



# HESSISCHER LANDTAG

28. 4. 2005

## 69. Sitzung

Wiesbaden, den 28. April 2005

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	4689	Mathias Wagner (Taunus) . . . . .	4706
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	4689	Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	4708
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	4689	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	4709
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	4724		
<b>70. Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Rot-Grün in der Sackgasse: Blockade in Hessen – Blamage in Berlin!)</b></b>		<b>41. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Stärkung des Mittelstandes</b></b>	
– Drucks. 16/3919 – . . . . .	4689	– Drucks. 16/3852 – . . . . .	4709
<i>Abgehalten</i> . . . . .	4693	<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i> . . . . .	4724
Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) . . . . .	4689		
Andrea Ypsilanti . . . . .	4691	<b>84. Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Stärkung des Mittelstandes in Hessen</b></b>	
Tarek Al-Wazir . . . . .	4692	– Drucks. 16/3933 – . . . . .	4709
Jörg-Uwe Hahn . . . . .	4692	<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i> . . . . .	4724
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	4693	Michael Denzin . . . . .	4709, 4720
		Frank Williges . . . . .	4712, 4720
<b>71. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Genmais in Hessen: keine Sicherheit für Landwirte und Verbraucher)</b></b>		Silke Tesch . . . . .	4714
– Drucks. 16/3920 – . . . . .	4693	Michael Boddenberg . . . . .	4717
<i>Abgehalten</i> . . . . .	4697	Evenlin Schönhut-Keil . . . . .	4718, 4721
Martin Häusling . . . . .	4693	Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	4721
Axel Wintermeyer . . . . .	4694	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	4724
Gernot Grumbach . . . . .	4695		
Heinrich Heidel . . . . .	4695	<b>89. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>keine Fußfessel für Langzeitarbeitslose – Justizminister muss Äußerungen klarstellen</b></b>	
Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	4696	– Drucks. 16/3942 – . . . . .	4724
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	4697	<i>Abgelehnt</i> . . . . .	4728
<b>72. Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Schlingerkurs der CDU beim Flugplatz Kassel-Calden)</b></b>		<b>90. Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>elektronische Fußfessel ist ein erfolgreiches Projekt für Straftäter</b></b>	
– Drucks. 16/3921 – . . . . .	4697	– Drucks. 16/3943 – . . . . .	4724
<i>Abgehalten</i> . . . . .	4703	<i>Angenommen</i> . . . . .	4728
Uwe Frankenberger . . . . .	4697	Minister Dr. Christean Wagner . . . . .	4724
Michael Boddenberg . . . . .	4698	Heike Hofmann . . . . .	4724
Dieter Posch . . . . .	4699	Alfons Gerling . . . . .	4725
Dr. Andreas Jürgens . . . . .	4700	Tarek Al-Wazir . . . . .	4726
Minister Karlheinz Weimar . . . . .	4701	Nicola Beer . . . . .	4726
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	4703	Frank-Peter Kaufmann . . . . .	4727
		Jürgen Walter . . . . .	4727
		Präsident Norbert Kartmann . . . . .	4728
<b>73. Antrag der Fraktion der FDP betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Verkehrsinfrastruktur sichern – Fehlanzeige für Hessen beim „Investitionsprogramm Straßenbau“)</b></b>		<b>2. Vereidigung des stellvertretenden Landesanwalts durch den Präsidenten des Hessischen Landtags</b> . . . . .	4728
– Drucks. 16/3922 – . . . . .	4703	<i>Vollzogen</i> . . . . .	4728
<i>Abgehalten</i> . . . . .	4709	Stellv. Landesanwalt Jörg Britzke . . . . .	4728
Dieter Posch . . . . .	4703	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	4728
Hildegard Pfaff . . . . .	4704		
Dr. Walter Lübcke . . . . .	4705		

	Seite		Seite
54. Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>für Religionsfreiheit und Religionsunterricht – gegen einen staatlichen Zwangs-Werteunterricht</b>		Reinhard Kahl	4766
– Drucks. 16/3893 –	4728	Evelin Schönhut-Keil	4767
<i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen</i>	4741	Ruth Wagner (Darmstadt)	4768
		Minister Stefan Grüttner	4769
		Präsident Norbert Kartmann	4770
78. Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Einführung eines gemeinsamen Religionsunterrichts in Hessen</b>		7. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein <b>Gesetz zur Aufhebung des Hessischen Gesetzes zum Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen</b>	
– Drucks. 16/3925 –	4729	– Drucks. 16/3885 –	4770
<i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen</i>	4741	<i>In erster Lesung abgelehnt</i>	4772
79. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Religionsfreiheit, Religionsunterricht und Ethikunterricht – für die Vermittlung von ethischen, sozialen und kulturellen Werten</b>		8. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU für ein <b>Drittes Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes zum Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen</b>	
– Drucks. 16/3926 –	4729	– Drucks. 16/3870 zu Drucks. 16/3520 –	4770
<i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen</i>	4741	<i>In zweiter Lesung angenommen:</i>	
Brigitte Kölsch	4729	<i>Gesetz beschlossen</i>	4772
Dorothea Henzler	4730, 4740	Frank-Peter Kaufmann	4770, 4772
Priska Hinz	4732, 4734	Michael Denzin	4770
Mark Weinmeister	4733	Gottfried Milde (Griesheim)	4771
Marco Pighetti	4734	Thorsten Schäfer-Gümbel	4771
Ministerin Karin Wolff	4736	Evelin Schönhut-Keil	4771
Norbert Kartmann	4738	Minister Dr. Alois Rhiel	4772, 4781
Jürgen Walter	4739	Präsident Norbert Kartmann	4772
Vizepräsidentin Ruth Wagner	4740		
81. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nach Art. 92 HV, § 54 GOHLT</b>		10. Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Hessisches Wassergesetz (HWG)</b>	
– Drucks. 16/3930 –	4741	– Drucks. 16/3866 zu Drucks. 16/3730 und zu Drucks. 16/2721 –	4772
<i>Untersuchungsausschuss eingesetzt;</i>		<i>In dritter Lesung angenommen:</i>	
<i>Gegenstand der Untersuchung festgestellt</i>	4751	<i>Gesetz beschlossen</i>	4774
88. Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Erweiterung zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nach Art. 92 HV, § 54 GOHLT</b>		Norbert Schmitt	4772
– Drucks. 16/3941 –	4741	Roger Lenhart	4772
<i>Gegenstand der Untersuchung erweitert</i>	4751	Gernot Grumbach	4773
Günter Rudolph	4741	Ursula Hammann	4773
Jürgen Frömmrich	4744	Heinrich Heidel	4774
Jörg-Uwe Hahn	4746	Minister Wilhelm Dietzel	4774
Birgit Zeimetz-Lorz	4748	Präsident Norbert Kartmann	4774
Präsident Norbert Kartmann	4751		
13. Große Anfrage der Fraktion der FDP betreffend <b>Ausbau des Frankfurter Flughafens</b>		80. Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU für ein <b>Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen</b>	
– Drucks. 16/3688 zu Drucks. 16/2417 –	4751	– Drucks. 16/3927 zu Drucks. 16/3904 und zu Drucks. 16/3634 –	4774
<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zur weiteren Beratung überwiesen</i>	4765	<i>In dritter Lesung angenommen:</i>	
Dieter Posch	4751, 4764	<i>Gesetz beschlossen</i>	4778
Bernd Riege	4753	Sarah Sorge	4775
Michael Boddenberg	4754, 4758	Michael Siebel	4775
Frank-Peter Kaufmann	4756, 4758, 4761, 4763	Eve Kühne-Hörmann	4776
Minister Dr. Alois Rhiel	4759, 4763	Nicola Beer	4776
Jürgen Walter	4762	Minister Udo Corts	4777
Kordula Schulz-Asche	4763	Präsident Norbert Kartmann	4778
Vizepräsident Frank Lortz	4765		
60. Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP betreffend <b>Würdigung von 40 Jahren deutsch-israelischer Beziehungen</b>		12. <b>Bericht des Landesschuldenausschusses nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über Aufnahme und Verwaltung von Schulden des Landes Hessen vom 4. Juli 1949 (GVBl. S 93); hier: 53. Bericht über die Prüfung der Schulden im Haushaltsjahr 2002</b>	
– Drucks. 16/3899 –	4765	– Drucks. 16/3824 –	4778
<i>Angenommen</i>	4770	<i>Zustimmend zur Kenntnis genommen</i>	4778
Norbert Kartmann	4765	Präsident Norbert Kartmann	4778

Seite	Seite
35. Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Zusatzprotokoll zur UN-Anti-Folter-Konvention</b> – Drucks. 16/3725 zu Drucks. 16/3636 – . . . . . 4778 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 4778 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 4778	22. Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Ja zu Rußfiltern – aber keine Luftnummer zulasten der Länder</b> – Drucks. 16/3674 – . . . . . 4779 <i>Dem Haushaltsausschuss zur abschließenden Beratung, federführend, und dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz, beteiligt, überwiesen</i> . . . . . 4779 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 4779
36. Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP betreffend <b>Folter ächten und bekämpfen – Ratifikation des Zusatzprotokolls zur UN-Anti-Folter-Konvention vorantreiben</b> – Drucks. 16/3726 zu Drucks. 16/3673 – . . . . . 4778 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 4778 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 4778	40. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Feinstaubbelastung der Umwelt verringern – Beschlüsse der Verkehrsministerkonferenz umsetzen</b> – Drucks. 16/3851 – . . . . . 4779 <i>Dem Haushaltsausschuss zur abschließenden Beratung, federführend, und dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz, beteiligt, überwiesen</i> . . . . . 4779 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 4779
63. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Kellereineubau am Steinberg stoppen – Zukunft für den Weinbau im Rheingau</b> – Drucks. 16/3869 zu Drucks. 16/3669 – . . . . . 4778 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 4778 Michael Denzin . . . . . 4779 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 4778, 4779	55. Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Hessen handelt beim Feinstaub – Berlin muss endlich aufwachen!</b> – Drucks. 16/3894 – . . . . . 4779 <i>Dem Haushaltsausschuss zur abschließenden Beratung, federführend, und dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz, beteiligt, überwiesen</i> . . . . . 4779 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 4779
15. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Modellprojekt begleitetes Fahren in Hessen: mehr Sicherheit für Fähranfänger</b> – Drucks. 16/3617 – . . . . . 4779 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 4779 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 4779	82. Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Feinstaubbelastung</b> – Drucks. 16/3929 – . . . . . 4779 <i>Dem Haushaltsausschuss zur abschließenden Beratung, federführend, und dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz, beteiligt, überwiesen</i> . . . . . 4779 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 4779
30. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Mobilitätsbedürfnis von jungen Menschen sicher, kostengünstig und umweltverträglich gestalten</b> – Drucks. 16/3780 – . . . . . 4779 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 4779 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 4779	18. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Erstellung eines Armuts- und Reichtumsberichts für Hessen, unter besonderer Berücksichtigung der Lebenslagen von Kindern und Familien</b> – Drucks. 16/3626 – . . . . . 4779 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 4779 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 4779
16. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Aktualisierung des Konzeptes Rhein-Main plus</b> – Drucks. 16/3620 – . . . . . 4779 <i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i> . . . . . 4779 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 4779	21. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Politik der Bundesregierung macht Deutschland ärmer</b> – Drucks. 16/3672 – . . . . . 4779 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 4779 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 4779
32. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Planung der ICE-Strecke Frankfurt – Darmstadt – Mannheim fortführen</b> – Drucks. 16/3783 – . . . . . 4779 <i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i> . . . . . 4779 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 4779	31. Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Sozialberichterstattung</b> – Drucks. 16/3782 – . . . . . 4779 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 4779 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 4779
17. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>saubere Luft darf nicht an CDU-Blockade im Bundesrat scheitern</b> – Drucks. 16/3621 – . . . . . 4779 <i>Dem Haushaltsausschuss zur abschließenden Beratung, federführend, und dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz, beteiligt, überwiesen</i> . . . . . 4779 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 4779	19. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>unverantwortliche Informationspraxis des Justizministers</b> – Drucks. 16/3629 – . . . . . 4779 <i>Dem Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . . 4779 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 4779

	Seite		Seite
20. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Umsteuern in der Finanzpolitik jetzt!</b>		29. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Windenergienutzung in Hessen voranbringen – unberechtigte Ängste nicht weiter schüren</b>	
– Drucks. 16/3632 – . . . . .	4779	– Drucks. 16/3755 – . . . . .	4779
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	4779	<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	4779
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	4779	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	4779
24. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Strukturveränderungen im Haushalt jetzt</b>		34. Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>hessische Windkraftpotenziale realistisch einschätzen</b>	
– Drucks. 16/3747 – . . . . .	4779	– Drucks. 16/3789 – . . . . .	4779
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	4779	<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	4779
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	4779	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	4779
85. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Hessische Landesregierung gibt rot-grüner Bundesregierung Nachhilfe in Finanzpolitik</b>		37. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Vollzug des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes (TEHG)</b>	
– Drucks. 16/3937 – . . . . .	4779	– Drucks. 16/3802 – . . . . .	4779
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	4779	<i>Dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur abschließenden Beratung, federführend, und dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, beteiligt, überwiesen</i> . . . . .	4779
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	4779	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	4779
23. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>verstärkte Öffentlichkeitsarbeit für die Europäische Verfassung notwendig</b>		57. Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>klare gesetzliche Regelungen für den Handel mit Treibhausgasen</b>	
– Drucks. 16/3708 – . . . . .	4779	– Drucks. 16/3896 – . . . . .	4779
Hierzu:		<i>Dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur abschließenden Beratung, federführend, und dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, beteiligt, überwiesen</i> . . . . .	4779
Änderungsantrag der Fraktion der FDP		Präsident Norbert Kartmann . . . . .	4779
– Drucks. 16/3858 –			
<i>Dem Europaausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	4779		
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	4779		
25. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Einführung von Regionalkonferenzen für eine nachhaltige Schulstrukturplanung</b>		38. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>fehlende Mittel für den Ökolandbau</b>	
– Drucks. 16/3749 – . . . . .	4779	– Drucks. 16/3818 – . . . . .	4779
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	4779	<i>Dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	4779
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	4779	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	4779
26. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Steuervorschläge des Ministerpräsidenten der Besserverdienenden</b>		56. Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Künast trägt eigene Agrarwende zu Grabe</b>	
– Drucks. 16/3751 – . . . . .	4779	– Drucks. 16/3895 – . . . . .	4779
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	4779	<i>Dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	4779
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	4779	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	4779
33. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Finanzplatz Frankfurt</b>		39. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Nutzung der Geothermie als Baustein einer zukunftsfähigen Energieversorgung in Hessen</b>	
– Drucks. 16/3788 – . . . . .	4779	– Drucks. 16/3819 – . . . . .	4779
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	4779	<i>Dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	4779
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	4779	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	4779
27. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Irritationen um den Landesaktionsplan zur Bekämpfung der Gewalt im häuslichen Bereich</b>		42. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Umsetzung des Gender-Mainstreaming-Ansatzes in der hessischen Landespolitik</b>	
– Drucks. 16/3752 – . . . . .	4779	– Drucks. 16/3853 – . . . . .	4779
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	4779	<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	4779
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	4779	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	4779
43. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Landesaktionsplan zur Bekämpfung der Gewalt im häuslichen Bereich</b>			
– Drucks. 16/3854 – . . . . .	4779		
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	4779		
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	4779		

	Seite		Seite
44. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Reform des Sozialgerichtsgesetzes</b>		52. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Kulturlandschaftskataster</b>	
– Drucks. 16/3881 – . . . . .	4779	– Drucks. 16/3890 – . . . . .	4779
<i>Dem Rechtsausschuss überwiesen</i> . . . . .	4779	<i>Dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst zur abschließenden Beratung, federführend, und dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz, beteiligt, überwiesen</i> . . . . .	4779
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	4779	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	4779
45. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Maut-Ausweichstrecken</b>		53. Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>positive Impulse durch Verlegung des Hauptquartiers der US-Streitkräfte nach Wiesbaden</b>	
– Drucks. 16/3882 – . . . . .	4779	– Drucks. 16/3892 – . . . . .	4779
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	4779	<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	4779
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	4779	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	4779
46. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Weimars Task-Force zur Sicherung des Steueraufkommens reicht bei weitem nicht aus</b>		59. Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Umweltallianz in Hessen – fünf Jahre Vorbild im kooperativen Umweltschutz</b>	
– Drucks. 16/3883 – . . . . .	4779	– Drucks. 16/3898 – . . . . .	4779
<i>Dem Haushaltsausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	4779	<i>Dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	4779
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	4779	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	4779
50. Antrag der Abg. Habermann, Hartmann, Quanz, Dr. Reuter, Riege, Ypsilanti (SPD) und Fraktion betreffend <b>keine Zwangsganztagsschulen – mehr Stellen und Mittel für einen bedarfsgerechten Ausbau von Schulen mit neuen pädagogischen Ganztagskonzepten</b>		86. Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Beantwortung der Großen Anfrage „Sparkassen“</b>	
– Drucks. 16/3888 – . . . . .	4779	– Drucks. 16/3938 – . . . . .	4779
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	4779	<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	4779
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	4779	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	4779
51. Antrag der Abg. Habermann, Hartmann, Quanz, Dr. Reuter, Riege, Ypsilanti (SPD) und Fraktion betreffend <b>Aktionsprogramm „Kein Schulversagen in Hessen“</b>		87. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>keine höhere Besteuerung von Wohnmobilen</b>	
– Drucks. 16/3889 – . . . . .	4779	– Drucks. 16/3940 – . . . . .	4779
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	4779	<i>Dem Haushaltsausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	4779
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	4779	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	4779

## Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
Vizepräsident Frank Lortz  
Vizepräsident Lothar Quanz  
Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil  
Vizepräsidentin Ruth Wagner

## Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner  
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
Minister der Justiz Dr. Christean Wagner  
Kultusministerin Karin Wolff  
Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts  
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel  
Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel  
Sozialministerin Silke Lautenschläger  
Staatssekretär Dirk Metz  
Staatssekretärin Oda Scheibelhuber  
Staatssekretär Harald Lemke  
Staatssekretär Herbert Landau  
Staatssekretär Karl-Joachim Jacobi  
Staatssekretär Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard  
MinDirig Klaus-Peter Güttler  
Staatssekretär Karl-Winfried Seif  
Staatssekretär Gerd Krämer

## Abwesende Abgeordnete:

Jürgen May

(Beginn: 9.01 Uhr)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle recht herzlich mit einem frohen Glückauf am dritten Plenartag. Ich freue mich, bin dankbar, dass Sie gekommen sind, und eröffne die Sitzung.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Zur Tagesordnung: Noch offen sind die Tagesordnungspunkte 2, 7, 8, 10, 12, 13, 15 bis 27, 29 bis 46, 50 bis 57, 59, 60, 63, 70 bis 73, 78 bis 81, 82, 85 bis 87.

Zum Ablauf der Sitzung: Wir tagen heute bis 18 Uhr bei einer Mittagspause von einer Stunde. Wir beginnen mit den Aktuellen Stunden. Kurz vor Eintritt in die Mittagspause findet die Vereidigung des stellvertretenden Landesadvokats statt.

Entschuldigt für die heutige Plenarsitzung hat sich Herr Staatsminister Riebel, der wegen eines Termins zur Koordination –

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

– Meine Damen und Herren, dieses Thema haben wir schon einmal erörtert. Ich darf Sie bitten, sich parlamentarisch zu verhalten. – Herr Staatsminister Riebel kann wegen eines Termins zur Koordination der Bundesratssitzung heute nicht an der Plenarsitzung teilnehmen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie sollten vorlesen, wann er anwesend ist!)

Gestern Abend fand das Skatturnier zugunsten des Weißen Rings statt. Sieger war einer der dienstältesten Abgeordneten, unser Freund Aloys Lenz. Herzlichen Glückwunsch

(Allgemeiner Beifall)

Erfreulicherweise haben der Sparkassen- und Giroverband sowie der Präsident des Hessischen Landtags das Startgeld aufgerundet, sodass wir dem Weißen Ring Hessen nunmehr 1.300 € aushändigen können.

(Allgemeiner Beifall)

Zum Sport: Ich habe hier eine „dpa“-Meldung mit der Überschrift vorliegen: „Landtagself nach kämpferischer Leistung unverdient doch unterlegen“. Am gestrigen Abend traf unsere Landtagself in Erbach in einem von Dr. Franz Josef Jung organisierten Spiel auf eine Auswahl der Eltviller Stadtverordneten. Trotz einer sehr starken kämpferischen Leistung und einer in weiten Strecken überzeugenden Leistung in der zweiten Spielhälfte reichte es für die Landtagself letztlich nicht zum Sieg.

Nach dem Anstoß durch die ortsansässige Weinkönigin sahen die zahlreichen Zuschauer in Erbach eine ausgeglichene erste Spielhälfte. Kurz vor dem Halbzeitpfiff trafen die Gastgeber aus dem Rheingau jedoch mit einem aus Sicht der Landtagself unglücklichen und unverdienten Doppelschlag zum 0 : 2-Halbzeitstand. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass diese beiden Tore von dem Patensohn unseres CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Franz Josef Jung erzielt worden sind. Also sind es eigentlich unsere Tore.

(Allgemeine Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich soll eigentlich nicht darauf hinweisen, dass der Kollege Mark Weinmeister beim 0 : 1 aus dem Tor gelaufen ist und aus vielerlei Gründen nicht mehr rechtzeitig zurückgefunden hat. Mark, ich bitte um Verständnis; ich sollte das eigentlich nicht sagen.

(Heiterkeit und allgemeiner Beifall)

In der 50. Minute fiel das längst fällige 1 : 2 durch Reinhard Derix vom Innenministerium. Alle Kräfte sind noch einmal mobilisiert worden. Aber wie es so ist, hat es dann doch nicht gelangt. Der Gewinner der Partie war ganz klar die Jugend des SV Erbach, denn diese konnte mit einem Scheck des Landtagspräsidenten und durch weitere Spenden der Zuschauer unterstützt werden. Im Anschluss an das Spiel wurde unserem ehemaligen Botenmeister Hartmut Rohde gedankt, der die Landtagself lange Jahre hindurch in allen organisatorischen Belangen unterstützt hat. Ihm möchte ich ein herzliches Wort des Dankes sagen.

(Allgemeiner Beifall)

Ein Wort des Dankes möchte ich auch an unseren ehemaligen Teamchef, Manfred Schaub, richten, der das Amt des Teamchefs an Vizepräsident Lothar Quanz übergab und ab sofort nur noch Golf spielt. Herzlichen Dank und weiterhin alles Gute.

(Heiterkeit und allgemeiner Beifall)

Wenn wir schon bei den Spitzenleistungen im hessischen Fußball sind – ich glaube, das darf man in den letzten entscheidenden Wochen hier sagen –: Wir wünschen unseren hessischen Mannschaften in diesen wichtigen Wochen alles Gute: ein Glückauf für Eintracht Frankfurt auf dem Weg in die Bundesliga und vor allen Dingen alles Gute für Kickers Offenbach.

(Allgemeiner Beifall)

Das wünschen wir auch allen anderen hessischen Mannschaften, die guten Willens sind. Ich möchte diesen Punkt jetzt abschließen. Aus Rücksicht auf den Regierungssprecher sagen wir nichts zur Deutschen Meisterschaft. – Das waren die amtlichen Mitteilungen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 70** auf:

**Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine Aktuelle Stunde (Rot-Grün in der Sackgasse: Blockade in Hessen – Blamage in Berlin!) – Drucks. 16/3919 –**

Das Wort hat der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Dr. Franz Josef Jung.

**Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die politische Sackgasse in Hessen heißt Rot-Grün.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Plottnitz ist schuld! – Norbert Schmitt (SPD): Du fängst heute da an, wo du gestern aufgehört hast!)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um etwas Aufmerksamkeit.

**Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU):**

Überall wird Rot-Grün zum Auslaufmodell: gestern in Schleswig-Holstein, im Mai wahrscheinlich in Nordrhein-Westfalen. In Hessen jedoch betreiben Sie eine rot-grüne Blockadepolitik.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich dachte, Sie regieren hier seit sechs Jahren! Haben Sie das noch nicht gemerkt?)

Wie der Zustand der hiesigen Opposition ist, wurde uns am Dienstag im Zusammenhang mit der SPD deutlich vor Augen geführt. Als wir über die Verfassung debattiert haben, zeigte sich, dass Sie die Modernisierung der Hessischen Verfassung scheitern ließen, weil Sie an dem sozialistischen Wirtschaftsmodell der alten Verfassung festhalten wollten.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Die SPD weiß offensichtlich immer noch nicht, warum die DDR – auch wirtschaftlich – untergegangen ist. Sonst hätten Sie in der Verfassung nicht einen solchen Unsinn – Planwirtschaft und Staatsdirigismus – stehen lassen.

(Zurufe von der SPD)

Ich will an sieben Beispielen aufzeigen, wie sich die rot-grüne Blockadepolitik darstellt. Der erste Punkt bezieht sich auf das Antidiskriminierungsgesetz. Jedermann weiß, dass dieses Gesetz weder den Mittelstand fördert noch Arbeitsplätze schafft, sondern dass das Gegenteil der Fall ist.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es könnte Diskriminierung beiseitigen! Das wäre auch etwas!)

Sie haben von diesem Pult aus gesagt: Wir werden das nicht korrigieren; das werden Sie hören. – Aber in Berlin wird bereits jetzt eingelenkt, weil man offensichtlich spürt, dass man diesen politischen Druck nicht aushalten kann. Anders verhält sich Rot-Grün in Hessen.

Zweiter Punkt: Graffiti bekämpfung. Sie haben unsere Initiative als überflüssig und unsinnig bezeichnet. Zwischenzeitlich lenkt der Bund jedoch ein. Der Bundesinnenminister beabsichtigt, Hubschrauber einzusetzen, um Graffiti sprayer zu bekämpfen. Was diese Frage betrifft, befindet sich Rot-Grün in Hessen aber immer noch in einer geistigen Blockadehaltung.

(Beifall bei der CDU)

Dritter Punkt: DNA-Analyse. Rot-Grün lehnt es ab, die Anwendung der DNA-Analyse auf die Verbrechensbekämpfung auszuweiten. Aber in Berlin erfolgt auch in dieser Frage bereits ein Einlenken. Die Anwendung der DNA-Analyse soll auf die Bekämpfung anderer Straftaten ausgeweitet werden.

Bei dem vierten Punkt geht es um das vereinfachte Planungsgenehmigungsverfahren. Sie haben hier eine entsprechende Initiative abgelehnt. Sie haben es mit rot-grüner Mehrheit sogar abgelehnt, die Anwendung des Beschleunigungsgesetzes auf Hessen auszuweiten, mit der der Ausbau der A 44 hätte schnell umgesetzt werden können. Aber zwischenzeitlich bewegt sich auch in dieser Frage etwas in Berlin, denn Herr Stolpe will die Anwendung dieses Gesetzes bei großen Bauprojekten zulassen.

Fünfter Punkt: Videoüberwachung. Sie haben unsere Gesetzesinitiative hierzu mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Herr Bundesinnenminister hält das alles jedoch für

richtig, kommt nach Frankfurt und besichtigt die entsprechenden Anlagen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Seit wann hatten wir die Mehrheit?)

Der sechste Punkt bezieht sich auf das Erlassen eines Kopftuchgesetzes. Sie haben es mit rot-grüner Mehrheit abgelehnt, ein solches Gesetz zu erlassen, aber der Bundesinnenminister sagt im Fernsehen, er halte es für richtig, den Lehrerinnen das Kopftuchtragen zu verbieten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Siebter Punkt: Stalking. Rot-Grün ist hier ebenfalls dagegen. Aber in Berlin gibt es mittlerweile eine Gesetzesinitiative, die das, was hier vorgetragen worden ist, aufnimmt.

Rot-Grün in Hessen ist mit seiner Blockadepolitik politisch völlig isoliert. Das ist der festzustellende Tatbestand.

(Beifall bei der CDU)

Der Kanzler hat Recht, wenn er sagt, die Ypsilantis bestimmten nicht die Linie ihrer Politik.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Warten wir einmal ab!)

Deswegen kam die „FAZ“ offensichtlich auf diese Formulierung: „Jürgen wer? Andrea wie? Tarek was?“

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Land hat eine gute Regierung.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber mit Rot-Grün hat es eine schlechte politische Opposition. Deshalb fordere ich Sie auf: Kommen Sie aus Ihrer politischen Sackgasse heraus. Hören Sie mit der rot-grünen Politik auf, alle Punkte zu blockieren, die unser Land nach vorne bringen. Nehmen Sie Ihre politische Verantwortung wahr. Sie werden noch viele Jahre in der Opposition bleiben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das macht uns Sorgen!)

Aber wenn Sie eine derartige Blockadepolitik fortsetzen, wird meines Erachtens die Entwicklung – auch aus Ihrer Sicht – in keiner Weise vorangehen.

Wir brauchen in Hessen nicht nur eine gute Regierung, sondern wir brauchen auch eine bessere Opposition.

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Beenden Sie die rot-grüne Blockade in Hessen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Dr. Jung. – Das Wort hat Frau Kollegin Ypsilanti. – Meine Damen und Herren, ich bitte Sie wirklich noch einmal um Aufmerksamkeit.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann sollen die nicht so einen Unsinn erzählen!)

Wir haben in den Geschäftsführerbesprechungen auch über die Aktuelle Stunde gesprochen. Wir bitten dringlich



darum, dass wir mit der entsprechenden Aufmerksamkeit und den notwendigen parlamentarischen Gepflogenheiten von allen Seiten diese Aktuelle Stunde gestalten.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Das ist meine herzliche Bitte. Dazu gehört auch, dass Sie mir nicht laufend dazwischenreden, wenn ich das hier vortrage. – Das Wort hat Frau Kollegin Ypsilanti.

**Andrea Ypsilanti (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD fühlt sich nicht in der Sackgasse.

(Zuruf von der CDU)

Nicht in Darmstadt, nicht in Baunatal,

(Beifall bei der SPD)

nicht im Rheingau-Taunus-Kreis, nicht in Marburg und schon gar nicht in Kassel.

(Beifall bei der SPD)

Für die CDU hingegen gilt: Blockade in Berlin, Blamage in Hessen. Da kommt die Partei mit dem größten Blockierer als Vorsitzendem und wirft den anderen Blockade vor. In der Psychoanalyse nennt man das Gegenübertragung.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Reden wir einmal über die Blockade in der Föderalismusdebatte. Da waren sich 90 % der Beteiligten einig. Dann kommt der Hessische Ministerpräsident und sagt: „Bei der Bildung werden wir uns nicht einig“, und das ganze Paket stirbt: Blockade in Berlin.

Reden wir einmal über die 4,5 Millionen €, die der Bund für das Bachelor- und Masterprogramm zur Verfügung stellen will. Alle Länder wollen das. Der Ministerpräsident blockiert und geht zum Bundesverfassungsgericht.

Reden wir einmal über das Geld, das der Bund für die Spitzenforschung zur Verfügung stellt. 15 Bundesländer sind sich einig. Der Ministerpräsident aus Hessen kommt und blockiert die ganze Angelegenheit. Das ist Blockade.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Reden wir einmal über die Bundesmittel für Ganztagschulen. Alle Bundesländer rufen das Geld ab. In Hessen braucht man Ewigkeiten für die Erlasse. Sie blockieren eine gute Bildungspolitik, die mit Ganztagschulen angestrengt wird.

(Beifall bei der SPD)

Dann können wir auch gern über Sackgassen diskutieren. Die Kinder, die bis im 4. Schuljahr entscheiden müssen, in welche Schule sie zukünftig gehen, und keine Chance mehr haben, den Bildungsgang zu wechseln, geraten in eine Sackgasse.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Hier können wir über Sackgassen reden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Reden wir einmal über die 300 Millionen €, die Sie den Kommunen für die Kinderbetreuung entzogen haben.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Mit Ihrer Schulpolitik haben Sie Hessen zum Gespött gemacht!)

Das ist Geld, das die Kommunen nicht mehr investieren können. Was heißt das denn für die frühkindliche Bildung? – Das ist für die Kinder auch eine Sackgasse. Es ist auch für die Mütter und Väter eine Sackgasse, die aufgrund mangelnder Betreuungseinrichtungen Schwierigkeiten haben, Beruf und Familie zu vereinbaren. Die Zahlen kennen Sie alle. Jedes fünfte Kind hat keinen Ganztagsplatz. Jedes 25. Kind im Schulalltag hat keinen Ganztagsplatz. Reden wir einmal über die Sackgassen von Müttern und Vätern, die Beruf und Familie vereinbaren wollen. Das sind Sackgassen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für wie viel tausend Menschen ist die „Operation düstere Zukunft“ eine Sackgasse? Soziale Autobahnen gibt es in Hessen nicht mehr. Auch die „Operation düstere Zukunft“ ist eine Sackgasse für ganz viele Menschen, die sich nicht mehr in die Gesellschaft integrieren können, weil Sie den Kommunen Gelder gestrichen haben und Beratungsangebote nicht mehr zur Verfügung stehen. Das sind Sackgassen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Dr. Jung, blamiert hat sich die CDU hier in Hessen, nicht etwa jemand von der SPD in Berlin.

(Lachen bei der CDU)

Sie haben sich mit einer unsoliden Finanzpolitik blamiert, die jetzt auf dem Rücken von Kommunen, Arbeitnehmern, deren Arbeitszeit Sie verlängert haben, und auf dem Rücken der Kinder, den Schwächsten von allen, ausgetragen wird.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU – Volker Hoff (CDU): Sagen Sie einmal etwas zu Hans Eichel!)

Da haben Sie sich blamiert. Sie blamieren sich immer weiter. Sie blamieren sich in der Wirtschaftspolitik, weil Ihnen in Hessen nichts für die Förderung des Mittelstandes und der kleinen Betriebe einfällt. Zum Thema Wirtschaftspolitik fällt Ihnen nichts weiter ein, als mit dem Finger nach Berlin zu zeigen. Das ist auch eine Blamage für Ihre Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Ihnen fällt außer dem Ballungsraumgesetz nichts zur Regionalisierung ein. Auch hier gibt es wieder eine Blockade hessischer Regionalpolitik.

(Beifall bei der SPD – Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Aber ich möchte Ihnen trotzdem für diese Aktuelle Stunde danken, zu der Sie für Hessen absolut nichts beigetragen haben. Aber Sie haben uns dankenswerterweise die Möglichkeit gegeben, den Ball da hinzuspielen, wo er hingehört, nämlich zur hessischem CDU.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Al-Wazir, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach der Rede des Kollegen Franz Josef Jung bin ich mir nicht mehr ganz sicher, was er im September 2006 in der Wahlkabine machen wird.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Langsam glaube ich, dass das Schlimmste, was der hessischen CDU passieren könnte, ein Regierungswechsel in Berlin ist. Denn worüber würden Sie dann im Hessischen Landtag noch reden, Herr Kollege Dr. Jung?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Frank Gotthardt (CDU): Heute haben wir einmal über Hessen geredet!)

Wenn einen das so sehr mitnimmt, Herr Kollege, dass man in seiner Rede zwei- bis dreimal von der „rot-grünen Mehrheit in Hessen“ redet,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der SPD: Ui!)

dann muss ich Sie darauf hinweisen, dass Sie seit 1999 dieses Land regieren. Vielleicht haben Sie es zwischenzeitlich vergessen, Herr Kollege Dr. Jung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn Sie allerdings angesichts der desolaten finanzpolitischen Lage, angesichts der Tatsache, dass Sie auf die drängenden Zukunftsfragen keine Antworten finden, angesichts der Tatsache, dass Ihr Ministerpräsident hauptberuflich Möchtegernnebenkanzler und Blockierer im Bundesrat spielt, das Gefühl haben, es müsse anders werden, dann können wir Ihnen helfen. Wissen Sie, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Union, Frau Kollegin Ypsilanti hat schon darauf hingewiesen, wenn man darüber redet, dass wir eine Blockade in Hessen durch Rot-Grün hätten, dann muss man sagen, dass wir aus unserer Sicht leider, aber im Sinne des Funktionierens der Regierung glücklicherweise im Bundesland Hessen keine zweite Kammer haben, die blockieren könnte. Insofern ist das mit Projektion oder ähnlichen psychologischen Begriffen richtig gut beschrieben.

Aber ich sage jetzt einmal ganz ernsthaft, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Union: Der Fasching ist vorbei, und ich warte seit Monaten auf den Donnerstag, an dem in der Plenarrunde die CDU im Hessischen Landtag einmal ein hessisches Thema zur Aktuellen Stunde einbringt.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die Tatsache, dass Sie das als CDU im Hessischen Landtag nicht machen, zeigt, dass die Hessische Landesregierung nicht ganz so strahlend ist, wie sie sich selbst immer darstellt. Ich glaube, mehr muss man zu der Sache nicht sagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Hahn, Vorsitzender der FDP-Fraktion.

**Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir als Liberale sind in der Debatte bisher nicht angesprochen worden.

(Heiterkeit bei der SPD – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh! – Norbert Schmitt (SPD): Ich finde ja auch, dass die FDP in Hessen überflüssig ist!)

Es war das übliche Ritual. Die CDU in Hessen schimpft auf Rot-Grün in Berlin. Das übliche Antwortritual war: Sozialdemokraten und jetzt auch die GRÜNEN schimpfen auf die CDU-Mehrheit in Hessen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, dass wir uns gerade zu einem Zeitpunkt, zu dem wir wissen, dass die Bürger dieses Landes diese Debatte mitverfolgen können, lieber mit ernsthafteren Dingen beschäftigen sollten als mit dieser Ritualisierung von Politik.

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube, jeder meiner Vorredner hat auch gemerkt, dass sich das Thema „Rot-Grün in der Sackgasse – Blockade in Hessen, Blamage in Berlin“ nicht so richtig für eine Aktuelle Stunde eignet. Ich möchte deshalb anhand von drei Punkten versuchen, die Arbeit etwas anders zu organisieren. Ich möchte uns allen empfehlen, stringent Politik zu machen.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

Und ich möchte empfehlen, dass wir das, was wir hier im Hessischen Landtag sagen, auch im Deutschen Bundestag sagen.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ich möchte darauf hinweisen, dass es keinen Sinn macht, im Hessischen Landtag gegen die Verhinderung von Graffiti zu polemisieren, wenn die FDP vorschlägt, das Eigentum zu schützen. Von den Sozialdemokraten wurde hier gesagt, es gebe keine Gesetzeslücke, und alles sei okay, wir würden uns nur aufregen, weil wir Liberale uns offensichtlich mehr dem Eigentum als dem künstlerischen Ausdruck von Jugendlichen verpflichtet fühlen.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

14 Tage oder drei Wochen später haben die Roten und die GRÜNEN im Bundestag einen Gesetzentwurf vorgelegt und dann sogar noch die gleichen Worte verwendet, die hier von Liberalen verwendet wurden, dass nämlich Graffiti-Sprühen kein Kavaliersdelikt ist. Politik sollte konsequent sein.

(Beifall bei der FDP)

Man sollte als GRÜNE im Hessischen Landtag genau dasselbe sagen wie im Deutschen Bundestag.

Ein anderes Beispiel ist das Thema Antidiskriminierungsgesetz. Wir haben dieses Thema in der Aktuellen Stunde in der letzten Plenarwoche diskutiert. Wir alle wissen noch von dem persönlichen Ausfall, den Dr. Jürgens hier hatte. Deshalb haben wir das alle noch in Erinnerung.

Es wurde hier erklärt, das müsse alles so sein. Diejenigen, die auch nur gewisse Abstriche von dem Antidiskriminierungsgesetz, wie es Rot-Grün in Berlin vorgelegt hat, vortragen, seien gegen die Behinderten. Das sagen insbesondere Kollegen von den GRÜNEN. Herr Kollege Al-Wazir, Sie sind ja der Fraktionsvorsitzendenkollege. Fast termingleich hat Rot-Grün in Berlin beschlossen, eine Reihe von den Dingen, die über der EU-Norm liegen, herauszuziehen.

(Beifall bei der FDP)

Das, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, erwarten die Bürger nicht von uns, sondern eine stringente Politik.

Lassen Sie mich zum Dritten das Thema Flughafen nennen und etwas zum Ausbau des Rhein-Main-Flughafens sagen. Sozialdemokraten in diesem Hause, die Union, die Liberalen, wir alle haben immer ein bisschen Probleme vor Ort mit unseren Kommunalen, sind aber als Partei, als Landespartei, als Fraktion stringent dafür, den Rhein-Main-Flughafen auszubauen. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, die GRÜNEN auf Bundesebene sind es auch.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch gar nicht wahr! Bleiben Sie bei der Wahrheit, Herr Kollege! Wiederholungen von Unwahrheiten machen sie nicht richtig!)

Sie haben einen Beschluss der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Ausbau der Flughäfen unterstützt, dass der Rhein-Main-Flughafen ausgebaut wird. Sie können noch so viel brüllen, Herr Kollege Kaufmann: Protokolle sagen etwas anderes als Ihre Worte.

(Beifall bei der FDP)

Alle wissen, dass Zeugenaussagen weniger gewiss sind als Urkunden.

Ich halte also fest: Die GRÜNEN in Berlin unterstützen den Ausbau des Rhein-Main-Flughafens, die GRÜNEN in Hessen aber nicht. Das ist eine unglaubliche Politik, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Das sollte man, finde ich, an diesem Platz einmal diskutieren. Politik muss stringent sein.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut!)

Eine Partei kann nicht vor Ort auf Landesebene erklären: „Wir sind gegen den Ausbau“ und herumpolemisieren, und die Sache auf Bundesebene unterstützen. Parteien können im Hessischen Landtag nicht sagen: „Graffitis dürfen nicht eingeschränkt werden, der Vorschlag, den die FDP in dieser Hinsicht gemacht hat, ist falsch“ und drei Wochen später erklären – Staatssekretär Alfred Hartenbach, pikanterweise auch noch ein Hesse –, Graffitis seien kein Kavaliersdelikt.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wenn wir schon solche Debatten führen, sollten wir sie nicht nach dem alten Ritual führen, sondern – der getroffene Hund Tarek Al-Wazir bellt, wie alle gerade mitbekommen – nach der Frage der Glaubwürdigkeit. Alle, die hier etwas sagen, sollten doch dasselbe auch im Deutschen Bundestag sagen. Dann haben wir wenigstens eine glaubwürdige Politik.

(Beifall bei der FDP)

### Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen in dieser Aktuellen Stunde. Damit ist diese Aktuelle Stunde abgehalten.

Ich rufe **Punkt 71** der Tagesordnung auf:

### Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine Aktuelle Stunde (Genmais in Hessen: keine Sicherheit für Landwirte und Verbraucher) – Drucks. 16/3920 –

Ich bitte um Wortmeldungen. – Herr Kollege Häusling hat das Wort.

### Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zwei Skandale in den letzten Wochen sollten die Gentechnik-Freunde von CDU und FDP eigentlich zum Aufwachen gebracht haben, denn sie zeigen, wie wenig beherrschbar die Gentechnik ist.

Fall eins: Die Firma Syngenta baut in den USA versehentlich eine Maissorte mit einem Antibiotikamarker an, die nirgendwo zugelassen ist, bringt diese Maissorte in den Handel, liefert sie nach Europa und stellt anschließend nicht einmal das Analyseverfahren zur Verfügung, mit der die Rückverfolgbarkeit gewährleistet werden könnte. Der Deutschlandsitz der Firma Syngenta liegt in Hessen. Wir hätten erwartet, dass die Landesregierung gegen die Firma Syngenta vorgeht und ihr skandalöses Verhalten kritisiert. Aber es passiert überhaupt nichts.

(Norbert Schmitt (SPD): Unglaublich!)

Zweiter Fall: Die Firma Pioneer liefert gentechnisch verseuchtes Saatgut an hessische Bauern aus. Das wird durch Zufall bei einer Saatgutkontrolle festgestellt. Was passiert? Wiederum überhaupt nichts. Das Ministerium warnt weder die Bauern noch die Öffentlichkeit. Ich vermute, es gibt an diesem Punkt ein Schweigekomplotz der Landesregierung und der Agroindustrie, die einfach den Deckel draufmachen und solche Geschichten nicht an die Öffentlichkeit bringen wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Heinrich Heidel, was sagt eigentlich der Hessische Bauernverband dazu? Das betrifft ja die Bauern in Hessen sehr stark. Dann behauptet der Ministeriumssprecher noch ganz dreist, es gebe eine „unklare Rechtssituation beim Saatgut“. Das ist mitnichten der Fall, Herr Minister. Wir haben beim Saatgut eine klare Rechtslage. Wir haben nämlich eine Regelung, die die Nachweisgrenze zur Grundlage macht. Das ist die Grundlage, auf der die Firma hätte ausliefern sollen. Was an Saatgut in den Handel kam, ist schlichtweg illegal.

Warum schweigt denn der Minister, warum schweigt die CDU an diesem Punkt? Es passt schlichtweg nicht in Ihr Weltbild, dass man hier wieder feststellen muss, dass die Gentechnik nicht kontrollierbar ist, insbesondere bei einer Industrie, die meiner Meinung nach selbst ein Risikofaktor ist. Diese Regierung, die ja keine Gelegenheit auslässt, Herr Minister, sich als Lobbyist der Gentechnik in Hessen aufzuspielen, verspielt ihr Vertrauen bei den Bauern und Verbrauchern in Bezug auf eine gentechnikfreie, eine sichere Ernährung.

Was wäre denn passiert, Herr Minister, wenn in Hessen dieses Saatgut zur Aussaat gekommen wäre? 20 ha hätten damit ausgesät werden können. Das Ministerium hat dann den Bauern empfohlen, einen Antrag zu stellen und ihre Flächen als gentechnisch behandelte Felder auszuweisen. Nur, da gibt es einen kleinen Fehler, Herr Minister. Dann hätte der Anbau erst in drei Monaten stattfinden können, oder die Bauern hätten die Flächen auf eigene Kosten umpflügen müssen. All das lassen Sie geschehen. Sie lassen die Bauern als diejenigen, die den Schaden haben, im Regen stehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum fordern Sie, Herr Minister, nicht die Bauern auf, wie wir es gemacht haben, bei den Saatgutfirmen das einzufordern, was eigentlich selbstverständlich ist, nämlich dass das Saatgut gentechnikfrei sein muss, bevor es zur Aussaat kommt? Das wäre eine ganz einfache Maßnahme. Aber nein, Sie tun überhaupt nichts. Warum gehen Sie nicht gegen diese Firmen vor, wenn sie illegales Saatgut in den Handel bringen? Ich hoffe inständig, dass diese Regierung endlich kapiert, dass das von ihr so häufig kritisierte Vorgehen von Renate Künast mit dem Gentechnikgesetz der richtige Weg ist, nämlich eine konsequente Kontrolle, eine Rückverfolgbarkeit der Produkte und klare, eindeutige Haftungsregelungen sicherzustellen, damit diejenigen, die keine Gentechnik einsetzen wollen, endlich einen konsequenten Schutz haben und das Wort Koexistenz nicht eine leere Worthülse bleibt, sondern wirklich den Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft garantiert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich fordere Sie, Herr Minister, an dieser Stelle auf, morgen die Gelegenheit wahrzunehmen, im Bundesrat, wenn es um die zweite Vorlage des Gentechnikgesetzes geht, Ihre Haltung noch einmal kritisch zu überprüfen, an diesem Punkt zu revidieren, dem Gentechnikgesetz zuzustimmen und damit dem zum Ausdruck zu verhelfen, was die Mehrheit der Verbraucher und der Bauern will, nämlich eine sichere, eine gentechnikfreie Landwirtschaft und eine sichere Ernährung. Wie gesagt, an dieser Stelle noch einmal ein Appell an den Minister und die Landesregierung. Morgen haben Sie die Chance, Ihre Haltung zu revidieren. Machen Sie jetzt klare Aussagen zu den zwei Skandalen, die die Landwirtschaft und die Verbraucher in Hessen zurzeit verunsichern. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Kollege Häusling. – Das Wort hat jetzt der Kollege Wintermeyer von der CDU-Fraktion.

#### **Axel Wintermeyer (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Häusling, Ihr Angriff auf die hessische Umweltpolitik ist reine Panikmache, und der Fund von gentechnisch veränderten Bestandteilen in Maissaatgut in unserem Bundesland zeigt doch – das müssen Sie anerkennen –, dass die Kontrollmechanismen des hessischen Umweltministeriums funktionieren, und es ist ein Erfolg des hessischen Umweltministers und seines Hauses, dass die Saatgutbestandteile aufgetaucht und entsprechend festgestellt worden sind.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie schon einmal etwas von Prävention gehört?)

– Die Prävention funktioniert in Hessen hervorragend. – Bei den behördlichen Kontrollen von Maissaatgut wurden in zwei Fällen Anteile einer europaweit zugelassenen Maissorte gefunden. Ich betone: eine zugelassene Maissorte. So ist meines Erachtens von einem Skandal nicht zu reden. Ich gebe Ihnen zwar Recht, Herr Häusling, wenn Sie sagen, dass beim Saatgut und dessen Kontrolle Rechtsunsicherheit bestehe, aber diese Rechtsunsicherheit, Herr Häusling, ist kein hessisches Problem, sondern ein Problem, das von der rot-grünen Bundesregierung verursacht wurde.

(Beifall bei der CDU – Lachen und Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Etwas ganz Neues!)

Die heutigen Vorgaben – das können Sie sich gerne anhören –, wobei ich betone, dass es Vorgaben sind und keine gesetzlichen Regelungen, sehen einen Richtwert von 0,3 und 0,7 % Genverunreinigung bei herkömmlichem Mais vor. Bei Lebensmitteln – das wissen Sie doch auch – ist die Nachweisgrenze noch höher. Sie beträgt nämlich 0,9 %. Und die zwei hessischen Funde hatten einen Wert von 1,1 % und 0,35 %. Sie sehen also, dass beide Kontrollwerte dem Richtwert angenähert waren. Nimmt man nun einen Durchschnittswert, hätte man also die beiden Maisteile zusammengeschüttet und Popcorn daraus gemacht, wären beide Funde zu dem Ergebnis gekommen, dass sie sogar noch den EU-Wert für Lebensmittel unterschritten hätten. So ist das mit dem angeblichen Skandal, den Sie hier hochziehen.

Herr Kollege Häusling, Sie schlagen wirklichkeitsfremde Grenzwerte vor und leben halt in einer neuen, schönen Welt; aber das müssen Sie mit sich selbst ausmachen. Sie wissen, dass die von Ihnen vorgeschlagenen Grenzwerte nur unter geschlossenen Bedingungen, also im Labor, zu erreichen sind, aber nicht in der freien Natur. Sie machen sich also immer nur ein Thema, wo Sie genau wissen, dass dieses Thema bestehen bleibt, solange wir über grüne Gentechnik reden.

Kommen wir zu etwas viel Einfacherem. Ich sagte vorhin schon: Der Fund ist bei einer Routinekontrolle zutage getreten. Das zeigt uns, dass die Kontrollmechanismen in Hessen funktionieren. Wir setzen uns in Hessen für den Verbraucherschutz ein. Ich hätte es ehrlich und anständig gefunden, Herr Häusling, wenn Sie, statt von Skandal zu reden, hier endlich einmal gesagt hätten, dass Sie anerkennen, dass die hessische Umweltpolitik entsprechend funktioniert, also keine Skandalisierung.

(Beifall des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Die Forderung, sämtliches Saatgut in Hessen flächendeckend und lückenlos zu kontrollieren, ist allerdings utopisch. Es ist finanziell, technisch und personell nicht leistbar. Wir wollen auch keinen Überwachungsstaat, der jeden einzelnen grünen Grashalm überwacht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut! Deswegen sollte man darauf verzichten!)

Die derzeitigen Kontrollen sind ausreichend.

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, Sie wecken mit Ihren Forderungen unbegründete Ängste und

verkennen dabei, dass die vorgefundenen gentechnisch veränderten Bestandteile von einer Maissorte stammen, die eine europaweite Zulassung für den Anbau besitzt. Sie führen weiterhin den altbekannten Kampf gegen die grüne Gentechnik mit allen Mitteln und unterstützen dabei die Innovationsverhinderungsministerin Künast in Berlin nach besten Kräften.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, neben einem völlig unzureichenden Gentechnikgesetz, über welches wir an dieser Stelle schon ausgiebig debattiert haben, hat Ministerin Künast Anträge zur Sicherheits- und Risikoforschung in der grünen Gentechnik gestoppt. Dies wissen Sie. Das hat sie deswegen gemacht, weil sie die eigenen Verhinderungsargumente nicht durch öffentlich geförderte Forschung widerlegt haben will.

Abschließend möchte ich auf Ihren früheren Gottvater Joseph Martin Fischer verweisen,

(Zurufe von der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

der am Montag aussagte, dass unser Land von Weltoffenheit lebe. Zeigen auch Sie, dass Sie es mit dieser Weltoffenheit wirklich ernst meinen. Denn die grüne Gentechnik wird nun einmal weltweit angewendet. Sie ist Realität. Dies ist bei den GRÜNEN in Hessen leider heute noch nicht angekommen. Lassen Sie die Kirche im Dorf, und hören Sie endlich auf mit dem durchsichtigen Versuch der Skandalisierung. Herr Häusling, was Sie hier heute gezeigt haben, war untauglich. Sie haben deutlich den Grenzwert des Ertragbaren überschritten.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Grumbach, SPD-Fraktion.

#### **Gernot Grumbach (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Problem an Herrn Wintermeyer ist: Er redet am Thema vorbei.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD): Nicht das erste Mal!)

Wir streiten heute überhaupt nicht darum, ob Gentechnik gut oder schlecht ist – darüber hat er geredet –, sondern wir streiten darum, welche Freiheitsrechte die Menschen in Deutschland haben. An der Stelle will ich relativ kühl sagen: Es darf in jedem Land der Welt Gentechnik sein. Wenn die Mehrheit der Menschen in Deutschland sagt: „Wir wollen davon nichts in unserem Essen haben“, ist es ihr gutes Recht. Niemand, kein Parlamentarier, kein Unternehmen hat das Recht auf Zwangsbeglückung. An dieser Stelle müssen Sie Ihre eigene Position ein Stück weit überprüfen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich verstehe Sie. Sie haben die Position, dass Sie das gut finden. Die dürfen Sie behalten, darum geht es hier gerade nicht. Aber nur, wenn Sie diese Position haben, können Sie auf die Idee kommen, dass die Frage der Grenzwerte eine Bedeutung hat. Für die Menschen, die sagen: „Wir

wollen das nicht“, heißt das: „Wir wollen null“. Die Grenzwerte haben nur damit etwas zu tun, was technisch möglich ist und was nicht. Das heißt, die Debatte, die Sie hier führen, ist aus Sicht der Unternehmen, die sagen: „Die Leute wollen null, und wir gucken einmal, dass sie es nicht merken“, akzeptabel. Aus Sicht der Verbraucher ist das nicht akzeptabel.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen kann ich meinen Beitrag ganz kurz fassen. Egal, welche Begründung die Menschen dafür haben, was sie essen wollen und was sie nicht essen wollen, ob das Kultur ist, ob das Religion ist, ob das ein Aberglaube ist – das kann Ihnen zum Teufel ganz egal sein. Die Menschen haben das Recht, darüber zu entscheiden, was sie in ihren Körper aufnehmen. Wir als Parlamentarier haben dafür zu sorgen, und die Regierung hat dafür zu sorgen, dass dieses Recht nicht eingeschränkt wird. Darum geht es hier, und darin liegt der Skandal.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie über die Regierung reden, ist der ganz schlichte Punkt – deswegen bin ich gespannt darauf, was der Minister sagt –: Etwas zu entdecken ist schön. Aber, wie der Herr Justizminister häufig zu sagen pflegt, eine entdeckte Tat ohne Folgen ist auch nicht gerade gut für den Lerneffekt in dieser Gesellschaft. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Heidel, FDP-Fraktion.

#### **Heinrich Heidel (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kollegen! „Genmais in Hessen: Keine Sicherheit für Landwirte und Verbraucher“ ist die Überschrift der Aktuellen Stunde der GRÜNEN.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

Da könnte man gleich hinzufügen: in Zukunft nach Wunsch der GRÜNEN und, wie ich jetzt gehört habe, auch der SPD keine Pflanzen mehr mit Genen. – Meine Damen und Herren, jeder, der sich in der Biologie auskennt, weiß, dass es dies nicht gibt.

(Beifall bei der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Quatsch!)

Zum wiederholten Mal wird hier durch politische Panikmache der GRÜNEN versucht, die grüne Gentechnik zu verteufeln. Es wird wider besseren Wissens dargestellt, dass die grüne Gentechnik gesundheitsschädlich sei.

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN und der SPD, was hat denn Ihre Bundesministerin Künast auf eine Anfrage der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag erklärt? Sie hat erklärt, Gentechnik sei für den menschlichen Verbrauch nicht schädlich. Das ist die Wahrheit, und nichts anderes.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Herr Kollege Häusling, wenn etwas nicht beherrschbar ist, dann ist es aus meiner Sicht die Politik der Frau Künast und Co., die sich in Berlin abspielt. Das ist im Gegensatz zu grüner Gentechnik nicht beherrschbar.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die Chance, die sich hinter dieser Gentechnik auch für Arbeitsplätze und Innovation verbirgt, wollen Sie nicht wahrhaben. Diese Chance lassen Sie ungenutzt. Gerade aufgrund der aktuellen Arbeitslosenzahlen, die heute Morgen vorgelegt worden sind, wird doch deutlich, dass es in diesem Land darum gehen muss, Arbeitsplätze zu sichern und Arbeitsplätze zu schaffen. Hierfür bietet die grüne Gentechnik eine große Chance, die von der Bundesregierung derzeit leichtfertig verspielt wird. Ich meine, wir sollten diese Chance nutzen.

Lassen Sie mich die beiden Funde in Hessen ansprechen. Ich sage ganz deutlich: Aufgrund des bestehenden Gentechnikgesetzes kann es nicht angehen, dass der Landwirt letztendlich der Dumme ist. Ich kann derzeit keinem Landwirt empfehlen, GVO-Saatgut einzusetzen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Immerhin! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da sind wir einig!)

– Da sind wir einig, Herr Kollege Kaufmann. – Aber ich sage auch ganz deutlich: Wenn wir uns an der Stelle einig sind, wäre es ganz schön, wenn diese Bundesregierung sich endlich bewegen und sich bemühen würde, europaweit einen einheitlichen verlässlichen Schwellenwert für Saatgut herbeizuführen. Denn das ist doch unsere Problematik.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Der deutschen Landwirtschaft und der deutschen Wirtschaft werden hier nach meiner Auffassung Zukunftschancen vorenthalten, während anderweitig in Europa die Entwicklung weitergeht und an der deutschen Landwirtschaft vorbeigeht.

Deshalb will ich zum Abschluss sagen: Das Problem des Gentechnikgesetzes ist die verschuldensunabhängige gesamtschuldnerische Haftung. Unter diesem Gesichtspunkt kann ich wirklich keinem Landwirt empfehlen, derzeit dieses Saatgut einzusetzen. Hieran gilt es zu arbeiten. Dann müssen wir europaweit einheitliche Regelungen bekommen. Da will ich nur auf die letzten Äußerungen der neuen Agrarkommissarin, Frau Fischer Boel, hinweisen, die eine große Chance in der Gentechnik sieht und die im Hinblick auf die Frage gentechnikfreier Zonen, die wir auch schon im Landtag diskutiert haben, ganz klar und deutlich gesagt hat, dass nach ihrer Auffassung diese gentechnikfreien Zonen europarechtlich nicht legal seien.

Ich komme zum Schluss. Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, Skandalisierung, Panikmache ist ein bewährtes Produkt Ihrer Politik. Sie wollen den Menschen vormachen: Da ist etwas Böses, wir GRÜNEN sind die Guten, wir helfen Ihnen dabei. – Das wird Ihnen nicht gelingen. Umfragen in der Bevölkerung zeigen ganz deutlich, wie realistisch und weltoffen die Bevölkerung auch mit den gentechnisch behandelten Produkten umgeht. Deshalb ist diese Aktuelle Stunde im wahrsten Sinn des Wortes in den Genmais geschossen. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Staatsminister Wilhelm Dietzel.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ist eigentlich Eberbach schon wieder sauber?)

### **Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich eines vorwegschicken. Wenn ich den Text dieser Aktuellen Stunde sehe, dann unterstreicht er den wirtschaftsfeindlichen Kurs der grünen Bundesministerin, und vor allem schüren Sie Angst in der Bevölkerung. Genau das ist eben auch vom Kollegen Heidel angesprochen worden.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Aber ich möchte auch hier eindeutig anmerken: Gerade diese beiden Fälle zeigen, dass die Saatgut- und Futtermittelkontrolle in Hessen gut funktioniert hat und der Verbraucher damit auch gut geschützt ist.

Wenn ich die Entwicklung einmal ansehe: Der Abg. Häusling hat mir am 21.04. einen Brief geschrieben, in dem er sich besorgt über diese Kontrollen geäußert hat. Herr Abg. Häusling, das war kein Zufall, sondern eine funktionierende Kontrolle bei uns in Hessen. Das zeigt eben auch, dass das Überwachungskonzept sachgerecht ist, entsprechend durchgeführt wird und sich auch bewährt hat. Damit ist die Sicherheit von Landwirten und Verbrauchern hergestellt.

Ich möchte auch eindeutig sagen: Wir haben keinen Überwachungsstaat, wie Herr Kollege Wintermeyer sagte, und eine hundertprozentige Beprobung ist nicht durchzuführen. Aber ich glaube, dass das, was wir in Hessen machen konnten, in vorbildlicher Weise durchgeführt worden ist.

Wenn ich das einmal anschau: Die Ergebnisse wurden ausgetauscht, indem sich die Länderbehörden über die Ländergrenzen hinweg informieren. Dieses Überwachungsnetz ist engmaschig. Es gibt eine Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Gentechnik, wo die Saatgutüberwachung organisiert wird. Seit Anfang dieses Jahres wird intensiv an diesem Thema gearbeitet. Vor allem wenn ich das Zwischenergebnis hiervon sehe, dass wir bei der Ziehung von Proben möglichst früh, noch bei der Verteilung des Saatgutes, beginnen wollen und nicht beim kleinen Landhändler und nicht beim Landwirt, dann denke ich, dass wir diese Kontrollen so am effektivsten durchführen können.

Meine Damen und Herren, alle für Gentechnik zuständigen Bundes- und Länderbehörden wurden unmittelbar nach den Funden informiert. Die Landwirte wurden ermittelt, über den Sachverhalt informiert und aufgefordert, das Maissaatgut nicht auszudrillen. Die betroffenen Saatgutpartien wurden zurückgeholt und gegen andere Sorten ausgetauscht. Wenn ich einmal die Größenordnung sehe: Bei den beprobten Partien wurden maximal 1,1 % nachgewiesen. Wir haben zur Absicherung noch einmal untersuchen lassen: 0,3 und 0,8 %, was zugegeben deutlich über der Nachweisgrenze von 0,1 % liegt.

Hier gilt auch die Aufforderung, die wir in der Agrarministerkonferenz am 4. März an die Bundesministerin gerichtet haben, ihre Hausaufgaben zu erledigen. Wir ha-

ben die Bundesministerin angemahnt, endlich die amtliche Methodensammlung nach § 28 des Gentechnikgesetzes zu schaffen und, wie eben auch angesprochen wurde, sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, Schwellen und Grenzwerte für Saatgut zu nennen, die realistischen Vorstellungen entsprechen. Auch das sollte man berücksichtigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Ich denke, dass wir in Hessen beim Landesbetrieb Hessisches Landeslabor bzw. früher bei dem Staatlichen Untersuchungsamt in Hessen gut gearbeitet haben und dass die Lebensmittel und Futtermittel entsprechend kontrolliert wurden. Sie haben nur einmal, und zwar im Jahr 2000, eine in der EU zugelassene BTL-Maissorte festgestellt. Im Zeitraum von 1999 bis 2004 wurden insgesamt 496 Lebensmittelproben und 91 Futtermittelproben auf gentechnisch veränderten Mais hin untersucht. Wie gesagt, wurde in 2001 einmal eine europaweit zugelassene Sorte gefunden. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass die EU-Kommission am 18. April dieses Jahres obere Werte z. B. bei Maisglutenfutter und Maistreber festgelegt hat. Ich denke, dass meine Behörde schnell gehandelt hat, indem wir die Werte am 21. April, also drei Tage später, umgesetzt haben.

Herr Abg. Martin Häusling, ich kann Ihnen nicht zusagen, dass wir morgen so, wie die GRÜNEN hoffen, im Bundesrat handeln werden, sondern das Land Hessen wird morgen dafür stimmen, dass der Vermittlungsausschuss angerufen wird.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So viel zum Verfahren!)

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir dort eine Mehrheit bekommen,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schwarz blockiert in Berlin! Blamage in Hessen!)

sodass wir in dem Regelungsbereich, vor allem in der Grünen Gentechnik, nachbessern können. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen den modernen und sicheren Methoden der Gentechnik den notwendigen Raum verschaffen und die Anwendung und die Forschung nicht vom Standort Deutschland vertreiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Minister, vielen Dank. – Damit ist auch diese Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 72** auf:

#### **Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine Aktuelle Stunde (Schlingerkurs der CDU beim Flugplatz Kassel-Calden) – Drucks. 16/3921 –**

Das Wort hat der Kollege Frankenberger.

#### **Uwe Frankenberger (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausbau des Verkehrsplatzes Kassel-Calden zu einem Verkehrsflughafen

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist der reine Irrsinn!)

hat im Hessischen Landtag und in der Region große Zustimmung gefunden. Auch die SPD hat gesagt: Wir sehen in dem Projekt Chancen für die Region. Wir wissen, dass es auch Risiken gibt, aber wir wissen, dass wir in dem Punkt die Chancen höher zu bewerten haben. Wir sind der Meinung, dass dieses wichtige Infrastrukturprojekt eine wichtige Chance für die Region ist.

(Beifall bei der SPD – Jürgen Walter (SPD): Da klatscht die CDU schon gar nicht mehr! – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, aufgrund der breiten Zustimmung der Region konnte man annehmen, dass sich die Parteien und die Fraktionen, nämlich SPD, CDU und FDP, auch in den Regionalparlamenten so verhalten würden wie im Hessischen Landtag, nämlich ein uneingeschränktes Ja zum Ausbau des Verkehrsflughafens Kassel-Calden äußern würden.

(Beifall bei der SPD)

Wie konnte es dann passieren, dass die CDU-Fraktion in Kassel – der Fraktionsvorsitzende ist Mitglied der Landtagsfraktion der hessischen CDU – erst nach Druck der Öffentlichkeit und der Wirtschaft bereit war, die notwendigen Mittel der Stadt Kassel für den Ausbau des Flughafens Kassel-Calden in den Haushalt der Stadt Kassel einzustellen?

(Zurufe von der SPD: Das ist unglaublich! – Jürgen Walter (SPD): Die schleifen die Leuchttürme für Nordhessen!)

Was war passiert? In einer Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Kassel am 13. April dieses Jahres hat der Magistrat der Stadt Kassel eine Veränderungsliste zum Haushalt 2005 vorgelegt, in der – das ergibt sich aus den Verträgen – folgerichtig 129.000 € für Sicherungsmaßnahmen und 17,8 Millionen € an Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre für den Ausbau des Flughafens Kassel-Calden eingestellt waren. Dies führte zu Aufregung bei der bis dahin noch existierenden schwarz-grünen Kooperation. Der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN in Kassel sprach gar von einem „unfreundlichen Akt.“

(Zurufe von der SPD: Oh! – Jürgen Walter (SPD): Das macht die CDU normal nicht! – Norbert Schmitt (SPD): Wenn man vertragliche Verpflichtungen einhält?)

– Meine Damen und Herren, Verpflichtungen aus Verträgen zu erfüllen, ist für uns kein unfreundlicher Akt, sondern das gebietet das Haushaltsrecht.

(Beifall bei der SPD)

Große Aufregung. Nach einer langen Sitzungsunterbrechung hat dann der haushaltspolitische Sprecher der CDU-Fraktion in Kassel beantragt, die entsprechenden Mittel und auch die Verpflichtungsermächtigungen aus dem Haushalt der Stadt Kassel zu nehmen.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Zurufe von der SPD: Unglaublich!)

Dem ist dann auch ein Verweigerungsbündnis aus CDU, GRÜNEN und PDS gefolgt. Ich stelle fest: Dem haushaltspolitischen Sprecher der CDU in Kassel war die Loyalität zu den GRÜNEN in Kassel wichtiger als das Be-

kennntnis zum Ausbau des Flughafens Kassel-Calden und die Loyalität zur Landesregierung und zu Roland Koch.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Große Aufregung. Die SPD und auch die FDP haben klargemacht, dass sie zu dem Projekt stehen.

(Frank Gotthardt (CDU): Zu Kassel oder Wiesbaden?)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Frankenberger, ich gehe davon aus, dass Sie in den fünf Minuten Redezeit keine Zwischenfragen zulassen.

**Uwe Frankenberger (SPD):**

In den fünf Minuten nicht. – In der „FAZ“ vom 19.04. konnte man lesen: „Ist die CDU in Kassel jetzt gegen den Ausbau des Flughafens Kassel-Calden?“

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört! – Weitere Zurufe von der SPD)

Sie gab auch gleich die Antwort: „Im Prinzip nein, aber sie verhält sich so“.

(Norbert Schmitt (SPD): Wer ist Landesvorsitzender der CDU Hessen?)

Der Druck wurde immer größer. Die Öffentlichkeit und die Wirtschaft waren entsetzt. Zwischendurch gab es immer wieder Bekenntnisse der bis dahin noch existierenden schwarz-grünen Kooperation, man wolle unbedingt an dem Bündnis festhalten. Das hat dann bei denjenigen, die den Flughafenausbau wollten, eher wie eine Bedrohung gewirkt. Noch am Montagmittag zeichnete sich ab, dass die schwarz-grüne Kooperation nicht bereit sein werde, in der entscheidenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am letzten Montag die Mittel in den Haushalt der Stadt Kassel einzustellen. Mit anderen Worten: Das Chaos war perfekt.

(Beifall bei der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Schwarz-grünes Chaos!)

Meine Damen und Herren, dann muss wohl sanfter Druck aus Wiesbaden ausgeübt worden sein. Ich möchte mich an dieser Stelle auch im Namen der Region ausdrücklich bei Herrn Dr. Jürgens und Herrn Boddenberg bedanken, denn ich denke, Sie sind nicht ganz unbeteiligt daran, dass sich die CDU-Fraktion in Kassel am Montagabend in der Stadtverordnetenversammlung in der entscheidenden Sitzung eindeutig zum Flughafenausbau bekannt und dafür gestimmt hat, dass die entsprechenden Mittel in den Haushalt der Stadt Kassel eingestellt worden sind.

(Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Große Koalition! – Zuruf der Abg. Brigitte Hofmeyer (SPD))

– Ach, Herr Kollege Jürgens. – Lassen Sie mich zum Schluss noch ein paar Worte zu dem Thema große Koalition, schwarz-grüne Koalition verlieren.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Aber bitte kommen Sie zum Schluss. Die Redezeit ist abgelaufen.

**Uwe Frankenberger (SPD):**

Ich komme zum Schluss. – Meine Damen und Herren, wie konnte es eigentlich zu dieser Situation kommen? Dazu kommt es, wenn sich zwei Partner zusammenschließen, die mehr Zeit darauf verwenden, das schriftlich festzuhalten, was sie trennt, als das, was sie eint.

(Beifall bei der SPD)

In einem Punkt waren Sie sich aber immer einig: wenn es darum geht, sich gegenseitig Posten zu geben.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Frankenberger, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Uwe Frankenberger (SPD):**

Meine Damen und Herren, mit solchen Postenbündnissen bringen Sie die Sache nicht voran. Sie tun nur ihren eigenen Leuten einen Gefallen, aber Sie schaden dem Land Hessen. – Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Lebhaftige Zurufe)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, bei ihren Zwischenrufen ihre Worte etwas genauer zu wägen. Der Kollege Gerling, Schriftführer, war gestern beim Hörtest. Seine Ohren sind neu eingestellt worden, und er hört wieder jeden Zwischenruf.

(Beifall – Gerhard Bökel (SPD): Jetzt wollen wir wissen, was er gehört hat!)

Der Kollege Boddenberg hat das Wort.

**Michael Boddenberg (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei dem Blick auf den von der SPD beantragten Punkt in der Aktuellen Stunde hatte ich mir schon die Frage gestellt, wie Herr Frankenberger oder die SPD versuchen würden, die Kurve zu kriegen. Denn Aktuelle Stunden bedeuten eigentlich, dass man über einen aktuellen Vorgang redet

(Gerhard Bökel (SPD): Was ist aus Schwarz-Grün in Kassel geworden?)

und nicht darüber, was zwei Wochen lang durch die Gazetten in Kassel ging und die Stadtverordnetenversammlung in Kassel beschäftigt hat. Aber sei es drum.

Herr Frankenberger, eines habe ich gelernt: Sie beschäftigen sich sehr intensiv mit der Frage von Koalitionen und Kooperationen und versuchen, eine Geschichte zu erfinden, dass sich die CDU von den GRÜNEN hat unter Druck setzen lassen.

(Norbert Schmitt (SPD): Das sogar aus freien Stücken! Das ist noch schlimmer! – Gegenruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU): Demokratieverständnis!)

Ich will an der Stelle noch einmal daran erinnern: Acht Jahre lang hat sich die Sozialdemokratie in Hessen von



GRÜNEN unter Druck setzen lassen und alles verhindern, was für dieses Land notwendig gewesen wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das zu der Frage, wer bereit ist, eine klare Linie fortzusetzen, auch mit Blick auf den Partner, die GRÜNEN, über die wir an der Stelle beide reden.

Meine Damen und Herren, Herr Frankenberger, mir ist es sehr recht, dass Sie uns die Gelegenheit geben, über Kassel-Calden, aber auch über Nordhessen zu reden. Ich glaube, es muss hin und wieder auch interessieren, was sich in den letzten Jahren Positives entwickelt hat.

(Zurufe der Abg. Dieter Posch (FDP) und Günter Rudolph (SPD))

Ich sage dies auch in Richtung der GRÜNEN, die nach wie vor nicht verstehen wollen, dass Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen der wesentliche Garant dafür sind, dass sich Regionen positiv entwickeln. Herr Tarek Al-Wazir, Sie haben die Menschen dort aufgefordert, lieber die Schafe in der Rhön zu zählen, als nach Mallorca zu fliegen. Meine Damen und Herren, es kann gar nicht oft genug daran erinnert werden, wie wichtig Infrastrukturmaßnahmen für eine Region sind, die ansonsten – das kennen wir aus der Debatte über Demographie in der Enquete-kommission – eine Reihe von Problemen hat.

(Günter Rudolph (SPD): Dann machen Sie da etwas! A 49!)

Schauen Sie sich einmal an, wie sich Regionen, wie sich Landkreise entwickeln, wenn sie verkehrlich angeschlossen sind. Das können Sie sehr gut auf einer Karte der Staatskanzlei nachvollziehen, wenn Sie sich beispielsweise den Bau der Autobahnen anschauen. Diese Landesregierung steht für die verkehrliche Erschließung durch den Bau von Autobahnen und Landstraßen. In den letzten Jahren sind in den Landesstraßenbau über 100 Millionen € investiert worden, also ein Vielfaches von dem, was viele Jahre vorher dort geschehen, besser gesagt, nicht geschehen ist.

(Günter Rudolph (SPD): Sechs Jahre lang bei der A 45!)

Wir sind die Partei – die hessische CDU und die Landesregierung –, die weiterhin dafür sorgt, dass sich die Region Nordhessen positiv entwickelt, dass sie sich insbesondere im Vergleich zu anderen Regionen positiv entwickelt, die nicht zu den Ballungsräumen gehören.

Daran muss in Richtung der GRÜNEN noch einmal erinnert werden. Wir investieren gerade in Nordhessen in einige Projekte des ÖPNV einen Betrag von über 200 Millionen €. Ich glaube, das ist ein deutlicher Beleg dafür, dass diese Landesregierung, was die verkehrliche Erschließung anbelangt, nicht nur den Autobahnbau und nicht nur die Entwicklung des Flughafens Kassel-Calden im Auge hat, sondern auch die anderen Verkehrsträger in ihrer Entwicklung fördert.

All das führt dazu, dass die Menschen in Nordhessen seit einigen Jahren, genau genommen seit 1999, wieder mit sehr viel mehr Zuversicht in die Zukunft blicken und die positive Entwicklung auch am eigenen Portemonnaie spüren. Das gilt für die Lage auf dem Arbeitsmarkt und die daraus folgenden Entwicklungen beim Bruttoinlandsprodukt, das gilt aber auch für die Perspektiven der jungen Leute, die sich am Standort Hessen fortbilden oder studieren wollen. Deswegen gehören nicht nur die verkehrlichen Aspekte zu unserer Standortförderungs politik

für Nordhessen, sondern auch Fragen der Bildung und der Hochschulpolitik.

Meine Damen und Herren, zu Kassel-Calden gibt es eine Menge zu sagen. Einige Vertreter der GRÜNEN waren in der vorletzten Woche mit dem Wirtschaftsausschuss auf dem Hahn. Wenn man zuletzt vor zwei Jahren dort gewesen ist und jetzt hinkommt, dann hat man das Gefühl, dass dieser Flugplatz im Hunsrück ein richtiger Flughafen geworden ist. Genau diese Entwicklung haben wir vor Augen, wenn wir über Kassel-Calden reden.

Wir lassen uns diesen Standort und die Perspektiven der Menschen von den GRÜNEN nicht schlechtreden. Wir lassen es nicht zu, dass die GRÜNEN weiterhin behaupten, dass dieser Flughafenausbau für die Region keine Vorteile bringe. Meine Damen und Herren, dieser Flughafen bringt Arbeitsplätze. Dieser Flughafen ermöglicht es durch seine Vernetzung mit internationalen Flughäfen den in Nordhessen ansässigen Unternehmen, im internationalen Konzert ihre wirtschaftliche Stellung zu verbessern. Das wird dazu führen, dass sich Unternehmen für und nicht, wie in der Vergangenheit häufig genug geschehen, gegen den Standort Nordhessen entscheiden.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Boddenberg, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Michael Boddenberg (CDU):**

Diese Politik ist verlässlich, nicht nur vonseiten der Landesregierung, sondern auch vor Ort.

Die Tatsache, dass die Kooperation mit den GRÜNEN jetzt beendet ist, Herr Frankenberger, mag Sie ärgern oder freuen. Diese konsequente Haltung haben wir aber an vielen Stellen und über viele Jahre in der Landespolitik zwischen 1991 und 1999 bei Ihnen vermisst.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Posch für die FDP-Fraktion.

#### **Dieter Posch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mir ging es wahrscheinlich wie vielen hier im Plenum: Es war hochinteressant, die neuesten Wasserstandsmeldungen aus dem Haupt- und Finanzausschuss in Kassel zu erfahren. Das ist aber nicht das zentrale Problem, wenn sich Landespolitiker mit dem Flughafen Kassel-Calden auseinander setzen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Soweit es die Kooperation zwischen Schwarz und Grün in Kassel angeht, sind die Unionschristen dabei, ihre Wunden zu lecken. Auch das muss nicht Gegenstand der Diskussion im Hessischen Landtag sein.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der SPD)

Fest steht, dass sich das Kasseler Stadtparlament dazu durchgerungen hat, die notwendigen Verpflichtungsermächtigungen in den Haushalt einzustellen. Mit wessen Hilfe dies gelungen ist, ist mir eigentlich ziemlich egal.

Ich will auf das eingehen, was Herr Boddenberg zu der Situation in Nordhessen bzw. zum Flughafen Kassel-Calden gesagt hat. Herr Boddenberg, Ihre Einschätzung der Situation in Nordhessen teile ich nicht ganz. Es ist völlig richtig, dass wir in der Vergangenheit in Sachen Infrastruktur vieles gemacht haben. Ich muss aber auch feststellen, dass in vielen Unternehmen eine ausgesprochen depressive Stimmung herrscht, weil viele Belastungen, die wir aufgrund der Politik von Rot-Grün in Berlin zu spüren bekommen, viel größere Auswirkungen auf strukturschwächere Regionen haben als z. B. auf das Rhein-Main-Gebiet. Ich möchte daher dem entgegenwirken, dass wir hier etwas gesundbeten, was so gesund in der Tat nicht ist.

Zurück zum Flughafen Kassel-Calden. Sie kennen die Position der FDP, die wir zu diesen Fragen eingenommen haben. Wir wissen allerdings auch, dass der Wettbewerb im Luftverkehr härter wird. Wir wissen, dass die Regionalflughäfen untereinander in einem Wettbewerb stehen, es hier zu Veränderungen kommt. Wir gehen davon aus – ich weiß nicht, wer vonseiten der Landesregierung hierzu etwas sagt, ob der Aufsichtsratsvorsitzende dazu Stellung nimmt –, dass hier Veränderungen stattfinden und dass die Entwicklungen im Regionalflugverkehr sorgfältig beobachtet werden müssen. Das ist nämlich die Voraussetzung dafür, dass ein solches Projekt erfolgreich zu Ende geführt werden kann.

Die FDP-Fraktion würde in diesem Zusammenhang natürlich folgende Frage interessieren – vielleicht kann darauf eingegangen werden –: Die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens für diesen Flughafen steht unmittelbar bevor. Wir haben in den Ausschüssen und hier im Landtag darüber gesprochen, dass es darum geht, sowohl die Investitionen für diesen Flughafen als auch seinen Betrieb sicherzustellen. Gerade dann, wenn ein solcher Regionalflughafen im Wettbewerb mit anderen bestehen muss, geht es darum, jemanden zu haben, der über das Know-how verfügt, der über die Erfahrung verfügt, diesem Flughafen – auch was die betriebliche Auslastung anbelangt – zu einem Erfolg zu verhelfen.

Es ist uns seinerzeit mitgeteilt worden, dass die Übernahme des Betriebs des Flughafens einer Ausschreibung bedarf und es nicht ohne weiteres möglich ist, sich auf dem freien Markt einen Betreiber zu suchen. Ich bin davon ausgegangen, dass das Ausschreibungsverfahren vor der Einleitung des Planfeststellungsverfahrens einer Entscheidung zugeführt wird. Das ist eine ganz wichtige Frage. Vielleicht wäre es möglich, in dem Zusammenhang aus der Sicht der Landesregierung hierzu etwas zu hören.

Wir stehen also zu diesem Projekt, wobei wir natürlich sehr sorgfältig beobachten – ich weiß aus meiner Tätigkeit im Beirat, dass der Aufsichtsratsvorsitzende und die Flughafen GmbH das in gleicher Weise tun –, welche Veränderungen gerade im Regionalflugverkehr stattfinden, in welchem Verhältnis der Regionalflugverkehr zum internationalen Luftverkehr steht.

Das, was sich im Kasseler Stadtverordnetenparlament diesbezüglich abgespielt hat, ist für uns nicht von Relevanz. Der Ausbau des Flughafens Kassel-Calden ist von Bedeutung. Die Entwicklung muss aber sorgfältig beobachtet und das Vorhaben sorgfältig weitergeführt werden, um die Chancen, die damit ohne Zweifel verbunden sind, realisieren zu können. Das ist die Haltung, mit der die FDP-Fraktion diese Maßnahme begleitet.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Dr. Jürgens für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es bleibt dabei, was ich zum Flughafen Kassel-Calden immer gesagt habe: Es soll Geld ausgegeben werden, das keiner hat, für ein Projekt, das keiner braucht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kein Logistiker plant, Kassel-Calden in sein Logistiknetz einzubeziehen. Die international tätigen Unternehmen in der Region, z. B. die B. Braun Melsungen AG und SMA in Niestetal, haben schon erklärt, sie brauchen Kassel-Calden nicht. Die Lufthansa und Air Berlin haben erst kürzlich erklärt, Regionalflughäfen wie Kassel-Calden seien so überflüssig wie ein Kropf. Das sind wahrlich keine fundamentalistischen Flughafenausbaueegner. Es gibt internationale Gutachten – und zwar nicht von Ausbauegegnern, sondern von Flughafenbefürwortern –, in denen festgestellt wird, dass Regionalflughäfen schädlich für die Regionalentwicklung und völlig ungeeignet für eine Wirtschaftsförderung sind. Es gibt also im Ergebnis nach wie vor kein einziges sachliches Argument für den geplanten Flughafenausbau. Es gibt nur ideologisches Wunschdenken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie planen eine gigantische Investitionsruine. Jetzt streitet sich die linke Seite mit der rechten Seite des Hauses darum, wer am vehementesten und am engagiertesten für den Ausbau von Kassel-Calden eintritt. Meine Damen und Herren, im Ergebnis streiten Sie sich darum, wer die Haushalte des Landes Hessen und der Stadt Kassel am besten ruinieren kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein Wettbewerb, den wir Ihnen gerne überlassen. Da machen wir nicht mit.

Das Planfeststellungsverfahren wird nach unserer Überzeugung beweisen, wie unsinnig, überflüssig und demzufolge auch unzulässig dieser Flughafenausbau ist. Im Übrigen ist es bezeichnend, dass die Flughafen GmbH das Planfeststellungsverfahren immer noch nicht beantragt hat, obwohl es schon mehrfach angekündigt wurde.

Zur Situation in Kassel: Aus meiner Sicht war die schwarzgrüne Kooperation in Kassel erfolgreich. Sie war vor allem deshalb erfolgreich, weil wir nicht gesagt haben, wir machen eine fest gefügte Koalition, wo der eine mit dem anderen in jeder Frage fest verbunden ist, sondern wir vereinbaren konkrete Projekte, die wir verwirklichen. Wir wollen z. B. einen gemeinsamen Haushalt verabschieden, aber wir sagen den Menschen auch klar, wo wir nicht einer Meinung sind. Das war die Grundlage dafür, dass die Zusammenarbeit funktioniert hat. Wie nicht anders zu erwarten: Nachdem die GRÜNEN wieder in die politische Verantwortung gekommen sind, ist es in den letzten einhalb Jahren in Kassel tatsächlich wieder vorangegangen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Kassel ist lebenswerter und vor allem auch kinderfreundlicher geworden. Ich darf die Erfolge kurz aufzählen: Ver-

abschiedung der Tarif- und Betriebsordnung für Kindergärten, Ausbau der Betreuung unter Dreijähriger, Bau eines neuen Hortes in Rekordzeit, voraussichtliche Erhaltung fast aller Kasseler Schulen und – hören Sie gut zu, das ist eine antizyklische Entwicklung – Einrichtung neuer integrierter Gesamtschulen. Die Schulsozialarbeit wird gefördert, und es finden Beteiligungsprojekte für Kinder und Jugendliche statt. Das sind nur einige Beispiele.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dieter Posch (FDP))

Anne Janz, unseres grünes hauptamtliches Magistratsmitglied, ist der Aktivposten im hauptamtlichen Magistrat.

In der Tat kam es in der letzten Woche zu diesem merkwürdigen Chaos um die Veränderungsliste zum Haushalt 2005.

(Zuruf des Abg. Dieter Posch (FDP))

Die CDU war zuerst für eine Verpflichtungsermächtigung. Dann war sie im Ausschuss mit uns – wie wir finden: zu Recht – dagegen. In der Sitzung war sie dann wieder dafür. Bei der SPD war es genau antizyklisch. Die war erst gegen den Haushalt, einschließlich der Verpflichtungsermächtigungen. Nachdem Sie mitbekommen haben, Sie haben eine politische Chance, sind Sie plötzlich umgekippt und haben alles mitgetragen, was Sie vorher noch vehement abgelehnt haben. So viel einmal zur politischen Redlichkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Denzin (FDP): Es ist einmal informativ, Kasseler Interna zu hören!)

Das Ergebnis war klar: kein gemeinsamer Haushalt mit der Union, Vertrag gebrochen, Kooperation beendet.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Denn wir haben, für jeden nachvollziehbar, von Anfang an immer klar gesagt: Wer ohne Not solche Verpflichtungsermächtigungen in den Haushalt 2005 hineinbringen will – dort gehören sie nicht hinein –, der provoziert eine Ablehnung durch unsere Fraktion. Das war jedem bekannt. Das war jedem klar. Das war eine eindeutige, nachvollziehbare, für jeden verständliche Linie.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen zeigt die Entscheidung der CDU nach meinem Dafürhalten nicht – wie Herr Holler über die Presse verbreitet hat – die Glaubwürdigkeit der Union, sondern es ist schlicht und ergreifend ein Einknicken vor der politischen Provokation des SPD-Kämmerers, nichts anderes.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Der hat den pawlowschen Reflex der Union auf alles, wo „Kassel-Calden“ draufsteht, gut einkalkuliert und die Zustimmung herbeigeführt.

Im Übrigen müssen wir uns anschauen, was weiterhin mit der SPD passiert. Der gewählte Oberbürgermeister, Herr Hilgen, erklärt im Augenblick überall, er wolle keine Koalition mehr. Dann aber erleben wir, dass sich die SPD-Fraktion bei der erstbesten Gelegenheit wieder der Union an den Hals wirft – in der großen Koalition der Calden-Befürworter.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uns für schwarz-grün zu beschimpfen, selbst aber schwarz-rot zu betreiben, das ist die interessante neue

Doppelstrategie der SPD. Wir werden sehen, wohin das führt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden weiterhin Kurs halten. Wir werden in der Stadt Kassel wie im Hessischen Landtag unsere inhaltlichen Projekte einbringen. Wir werden eine sachbezogene Politik machen. Dazu gehört für uns auch, dass wir überzeugt sind: Am Ende wird sich erweisen, es gibt keine vernünftigen Argumente für Kassel-Calden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Staatsminister Weimar.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In welcher Funktion? – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aufsichtsrat? Schuldenverwalter? Alleinunterhalter? In welcher Rolle?)

#### **Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem Ausbau von Kassel-Calden sind wir hervorragend im Zeitplan. Der Ausbau von Kassel-Calden wird kommen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Wetter ist schön! Jetzt könnte man wunderbar durch den Taunus brummen!)

Der Planfeststellungsantrag wird in Kürze eingereicht. Ich bin sehr froh darüber, dass die Stadt Kassel in Kürze das umsetzt, woran sie sich langfristig vertraglich gebunden hat.

(Günter Rudolph (SPD): Sehr gut!)

Ich will allerdings hier hinterlegen, dass ich durchaus Verständnis und auch Respekt für die Entscheidung der CDU in Kassel habe, bei einer wichtigen Sachfrage zur Not auch auf eine Koalition zu verzichten. Das ist nicht sehr einfach. Ich sage das generell.

Wenn man Verträge und Vereinbarungen geschlossen hat, ist das ein schwieriger Punkt. Herr Jürgens, Sie haben es angesprochen. Aber ich glaube, dass die Frage einer entschlossenen Unterstützung eines der wichtigsten strukturellen Projekte in Nordhessen sicherlich derartige Entscheidungen legitimiert.

Meine Damen und Herren, was Herr Jürgens gesagt hat, ist schlicht nicht korrekt. Der Flughafen Kassel-Calden ist ein außergewöhnlich positives Asset für den gesamten nordhessischen Raum. Er ist eine Chance für die Zukunft, die wir dringend nutzen müssen.

Meine Damen und Herren, wer sagt, der jetzige Flughafen könne ausgebaut werden – und das mit weniger Geld –, der liegt falsch. Wir wissen, dass wir mindestens 25 Millionen € aufwenden müssten, ohne die Kosten, die dann bei weiteren Sicherheitsmaßnahmen im Umfeld der jetzigen Bahn entstehen. Wer glaubt, damit könne man einen zukunftsfähigen Flughafen schaffen, der liegt schlichtweg falsch. Denn damit ist die infrastrukturelle Verbesserung für die Nutzung des Flughafens nicht gegeben. Deswegen gibt es hier nur die Alternative: Entweder gibt es dauerhaft kein Flughafen im nordhessischen Raum, oder es gibt einen funktionierenden neuen Flughafen, der auch die Zukunft gewinnen kann.

Meine Damen und Herren, ich verstehe die Diskussion vonseiten der GRÜNEN hier nicht so sehr, das muss ich ganz nüchtern sagen. Für Nordhessen ist die Prognose darüber, was dort in den nächsten Jahren und Jahrzehnten passieren wird, ganz offenkundig. Wir brauchen uns nur die demographische Entwicklung anzusehen. Wir brauchen uns nur anzusehen, welche Aufholbewegung wir in dieser Region noch notwendig haben. Deswegen müssen wir dort Chancen nutzen. Meine Damen und Herren, diese Landesregierung nutzt die Chancen für den nordhessischen Raum.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wie wollen Sie sich denn vorstellen, dass Firmen, die im nordhessischen Raum sind oder mittelfristig dorthin kommen sollen, in dem Wettbewerb, wie er heute international strukturiert ist, in Zukunft ohne einen in der Nähe befindlichen Flughafen dauerhaft ihr Geschäft in Nordhessen machen? Sie kappen doch Entwicklungschancen, und zwar sehr kurzfristig.

(Widerspruch bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle will ich Ihnen eines sagen – damit Sie sehen, mit welchen falschen Argumenten Sie an diese Sache herangehen: Wir haben zwischenzeitlich für den ÖPNV dort insgesamt 233 Millionen € ausgegeben, um diese Bahnen zu bauen – Lossealbahn, Regio-Tram und Kurhessenbahn.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Diese Bahnen haben ausschließlich einen lokalen Aspekt. Und hier reden wir über 151 Millionen € für den Ausbau eines neuen Flughafens,

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

der die Chance bietet, diese Region international dauerhaft anzubinden und Wirtschaftswachstum zu generieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt schon international? – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Interkontinental?)

Meine Damen und Herren, hören Sie doch einmal mit den Krokodilstränen bezüglich der Kosten auf. Hat denn von Ihnen irgendjemand etwas dagegen gesagt, dass wir 233 Millionen € für diese drei Regionalbahnen ausgegeben haben? Kein Wort. Es ist positiv begleitet worden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig!)

Das hat doch nur etwas mit Ideologie zu tun, nicht mit Geld, was Sie hier machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, die Kampagne, die jetzt von der grünen Geschäftsführerin der Stadtverordnetenfraktion in Kassel angekündigt wird, ist schlichtweg eine Sauererei.

(Zuruf: Was?)

Dort wird gesagt: Was könnte man mit dem Geld anfangen, wenn kein Flughafen gebaut würde?

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine richtige Frage!)

Meine Damen und Herren, vergessen Sie das. Die fraglichen 108 Millionen € sind mit größter Anstrengung des Landes Hessen gezielt für diesen Flughafen. Wenn dieser Flughafen nicht gebaut wird, gibt es auch keine 108 Millionen € für irgendwelche sonstigen Dinge in der Region.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Erpressung!)

Dann müssen wir diesen Betrag an anderer Stelle in die Infrastruktur des Landes stecken. Das ist keine Erpressung, sondern die Realität. Sie können nicht herkommen und sagen, wir sollten damit Kindergärten bauen oder sonst etwas. Vielmehr sind das Infrastrukturmittel, die wir dann an anderer Stelle des Landes einsetzen müssen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aha!)

Ich will das an dieser Stelle ganz deutlich sagen. Denn das ist eine schäbige Argumentation, die Sie hier anführen. Sie wollen Leute gegen ein außerordentlich wichtiges Projekt für die wirtschaftliche Zukunft des nordhessischen Raums emotionalisieren.

Meine Damen und Herren, wir reden dort über Chancen, nicht über Gewissheiten. Aber wer die Chancen nicht nutzt, der gibt von vornherein auf. Diese Landesregierung gibt für Nordhessen nicht auf, sondern wir wollen den positiven Trend, der dort in den letzten Jahren entwickelt worden ist, massiv fortsetzen.

Meine Damen und Herren, ich darf das in dieser Situation auch sagen: Ich bedanke mich sehr bei einer großen Anzahl von Landtagskollegen, quer durch alle Fraktionen, die dieses Projekt außerordentlich nachdrücklich und konstruktiv unterstützen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht alle Fraktionen! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Auch von den GRÜNEN?)

In dieser Frage stehen die GRÜNEN ganz alleine.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Bei Beiratssitzungen und anderen Anlässen konnten Sie feststellen, dass dies kein Anliegen nur des Aufsichtsratsvorsitzenden, des Aufsichtsrats oder irgendwelcher Politiker im nordhessischen Raum ist, sondern ein Anliegen aller, die dort in diesem Raum wirtschaften. Die wollen dieses Projekt nachdrücklich.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen, der Sachverstand liegt bei denen, die Wirtschaftsbetriebe haben und die etwas von Wirtschaft verstehen – und nicht bei Ihnen, die Sie aus ideologischen Gründen gegen jeden Flughafen dort sind.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sollten mit denen einmal reden!)

Wenn Sie sehen, wie dauerhaft wichtig solche Strukturen für die Regionen sind, dann muss ich mich doch mit dem auseinander setzen, was Sie, Herr Dr. Jürgens, dazu gesagt haben – Stichwort Air Berlin und Lufthansa. Das kann man hier sagen. Air Berlin hat Flugzeuge in Paderborn stehen. Meine Damen und Herren, da geht es um Wettbewerb. An dieser Stelle sage ich Ihnen auch: Wir sind verpflichtet, diesen Wettbewerb für Hessen zu führen, nicht für Paderborn.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

In den Gutachten zu den Planfeststellungsunterlagen steht, dass mit einem erheblichen Wachstum des Verkehrs auch in dieser Region zu rechnen ist und dass Paderborn nicht vor dem Exitus steht, sondern dass sich dort das Wachstum zugunsten von Kassel-Calden verlangsamt. Ich sage Ihnen, die Hessische Landesregierung und der Hessische Landtag sind verpflichtet, diese Chancen für Hessen zu nutzen und sie nicht kleinmütig aufzugeben – nur weil sich eine Fluggesellschaft aus wirtschaftlichem Interesse rechtzeitig vor der Diskussion über den Planfeststellungsbeschluss öffentlich äußert.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, das wird nicht passieren. Deswegen werden wir den Ausbau von Kassel-Calden entschlossen weiterführen. Ich glaube und spüre, dass diejenigen nicht weiterkommen, die auf ideologische Scheuklappen bauen und sagen, alles, was Flughäfen sind, ist schlecht, und alles was Regionalbahnen sind, die viel mehr kosten, ist gut.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit werden Sie nicht durchkommen. Denn beides ist gut. Wir müssen die regionale Infrastruktur für die Menschen verbessern. Dafür geben wir sehr viel Geld aus. Aber dann lassen wir uns nicht von den GRÜNEN in die Ecke treiben, die sagen, ein definierter Betrag, der vertretbar ist, sei für die Menschen nicht zumutbar.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist gerade zumutbar für die Menschen und die Wirtschaft.

Meine Damen und Herren, wir werden dieses Projekt vorantreiben. Daran werden Sie uns nicht hindern können.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Abwarten!)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Minister, ein freundlicher Hinweis: die Redezeit.

#### **Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Ich bin an dieser Stelle auch fertig. – Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang möchte ich noch einen Hinweis geben. Derzeit haben wir 24 Projekte in Kassel und im umliegenden Raum mit einem Gesamtvolumen von 463 Millionen € in der Pipeline. Meine Damen und Herren, ich glaube nicht, dass es schon einmal eine Phase gegeben hat, in der für Nordhessen so viel getan worden ist.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD – Reinhard Kahl (SPD): Sie haben aber ein kurzes Gedächtnis!)

In den Jahren, die ich als Politiker sehr wohl verfolgen konnte, wurde den Nordhessen relativ häufig erklärt, sie sollten froh und dankbar sein, dass es in Wiesbaden Landesregierungen gebe, die sie über Wasser halten. Es ist aber nichts dafür getan worden, dass die Chancen und auch das Selbstbewusstsein dieser Region wachsen.

Meine Damen und Herren, wir haben dafür gesorgt, dass investiert wird, dass die Menschen wissen, dass sie aus eigener Kraft mit diesen Hilfen diese positiven Potenziale heben können. Dazu gehört Kassel-Calden. Kassel-Calden ist ein wichtiger Baustein unserer Unterstützung für die Nordhessen, damit sie es aus eigener Kraft schaffen, den Anschluss an die anderen Regionen zu bekommen.

Wir sind auf einem guten Weg, sie werden an dieser Stelle weiterhin unsere Unterstützung bekommen. Wir werden den Ausbau von Kassel-Calden mit großem Nachdruck betreiben, denn es ist ein Eckpfeiler der Entwicklung dieser Region. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Minister. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr zu dieser Aktuellen Stunde.

Dann rufe ich **Tagesordnungspunkt 73** auf:

#### **Antrag der Fraktion der FDP betreffend eine Aktuelle Stunde (Verkehrsinfrastruktur sichern – Fehlanzeige für Hessen beim „Investitionsprogramm Straßenbau“) – Drucks. 16/3922 –**

Wer meldet sich freundlicherweise vonseiten der FDP-Fraktion? – Kollege Posch hat das Wort.

#### **Dieter Posch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Weimar, herzlichen Dank für das, was Sie gesagt haben. Es wäre schön gewesen, wenn Sie das, was an Fragestellungen in diese Diskussion eingebracht worden ist, auch beantwortet hätten. Diesen Hinweis erlaube ich mir schon.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wieder einmal geistert ein Programm durch den Straßenbauhimmel. „Investitionsprogramm Straßenbau“ heißt es diesmal. Die Kreativität bei der Namensfindung ist Herrn Stolpe ausgegangen. Früher nannte man das bei ähnlichen Programmen „Antistauprogramm“ oder „Zukunftsinvestitionsprogramm“ – kurz „ZIP“ genannt –, und jetzt ist man banal bei dem Betrag stehen geblieben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder vielleicht auch „Staufreies Hessen“!)

Es geht um etwa 2 Milliarden €, die vor dem Hintergrund eines Datums – 22. Mai – in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, hier wiederholt sich einmal mehr, dass im Bereich der Verkehrsinfrastruktur kein planmäßiges Handeln der Bundesregierung festzustellen ist, sondern von Termin zu Termin Programme aufgelegt werden, die keine innere Struktur erkennen lassen.

(Beifall bei der FDP)

Hinzu kommt, dass in diesem Fall das Bundesland Hessen wiederum nicht profitiert. Die FDP-Landtagsfraktion ist für eine integrierte Verkehrspolitik, bei der jeder Verkehrsträger entsprechend seiner potenziellen Stärken ge-

nutzt und gefördert wird. Gleichwohl gilt für Hessen, dass der Verkehrsträger Straße die Nummer eins ist.

Meine Damen und Herren, das ist keine Ideologie, sondern eine Folge der geographischen Lage dieses Landes. Deutschland liegt mitten in Europa, und Hessen liegt mitten in Deutschland. Deswegen ist der Verkehrsträger Straße in diesem Land so ungeheuer wichtig. Deswegen ist es nicht hinnehmbar, dass von den 75 Maßnahmen, die im Bundesverkehrswegeplan im vordringlichen Bedarf stehen, nicht eine Maßnahme im Investitionsprogramm des Landes enthalten ist. Wir fordern die Sozialdemokraten hier im Hause auf, sich dafür einzusetzen, dass dies korrigiert wird, denn dieses Bundesland bedarf der Unterstützung in dieser Frage.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Klaus Dietz (CDU))

Ich habe darauf hingewiesen, es gibt im Bundesverkehrswegeplan ausreichend viele Maßnahmen. Keine dieser Maßnahmen, die zur Realisierung anstehen, werden in diesem Programm berücksichtigt. Darüber hinaus wird ein weiteres Programm angekündigt, das für 2006 bis 2008 Gültigkeit haben soll. Ich hoffe, dass sich dann dieser Fehler nicht wiederholt.

Meine Damen und Herren, der Einbruch bei den Investitionen steht im diametralen Gegensatz zu der Tatsache, dass die vom Straßenverkehr erhobenen Steuern und Gebühren seit 1998 immer weiter gestiegen sind und sich mittlerweile auf dem historischen Höchststand von rund 53 Milliarden € befinden. Aber nur ein Bruchteil kommt tatsächlich dem Straßenbau wieder zugute.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Klaus Dietz (CDU))

Die Verkehrsteilnehmer werden zur Melkkuh gemacht, und die eingenommenen Mittel werden zur Sanierung des Haushaltes verwandt. Aber sie kommen nicht dem Zweck zugute, für den sie eigentlich gedacht sind, nämlich die Verkehrsinfrastruktur auszubauen. Deswegen appellieren wir aufgrund der besonderen Situation im Lande Hessen dafür, dass Rot-Grün und insbesondere die Sozialdemokraten an dieser Stelle dafür sorgen, dass diese Entscheidungen korrigiert werden.

Meine Damen und Herren, es geht nicht nur um die Frage des Straßenbaus. Es geht auch um die Schiene, wenngleich der höhere Anteil, nämlich 900 Millionen €, für den Straßenbau verwandt werden soll. Es befinden sich auch keine Verkehrsinfrastrukturprojekte im Bereich der Bahn in diesem Programm. Sie alle wissen – wir werden das an anderer Stelle noch einmal diskutieren –, dass wir dringend darauf angewiesen sind, auch in diesem Bereich die Investitionen voranzutreiben. Wir diskutieren gemeinsam. Die Sozialdemokraten haben den Antrag eingebracht, die Strecke Frankfurt – Darmstadt – Mannheim vorzufinanzieren, und haben unseren Antrag dann abgeschrieben. Aber Sie haben sich dazu bekannt, dass diese Maßnahme notwendig ist. Nichts davon steht im Investitionsprogramm.

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen den Ausbau der Kinzig-Strecke. Nichts steht davon drin. Diejenigen, die immer meinen, man müsste auch für die Bahn etwas in solche Investitionsprogramme tun, haben in diesem Punkt, was Hessen anbelangt, völlig versagt.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Posch, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Dieter Posch (FDP):**

Deswegen noch einmal ein Appell. Es kann nicht angehen, dass unter dem Diktat bestimmter Wahltermine Straßenbaupolitik entschieden wird. Das Bundesland Hessen gerät dabei unter die Räder, und dies in völlig unverantwortlicher Weise. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Posch. – Das Wort hat Frau Abg. Pfaff, SPD-Fraktion.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aha!)

#### **Hildegard Pfaff (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 17. März stehen zur Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von 2005 bis 2008 jährlich zusätzlich 500 Millionen €, insgesamt 2 Milliarden €, für Verkehrsinvestitionen zur Verfügung. Das Maßnahmenprogramm unterstreicht die Bedeutung des Verkehrssektors für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Mobilität ist – das wissen wir – für Deutschland und insbesondere für unser Bundesland Hessen als klassisches Transitland lebenswichtig.

Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag begrüßt daher das 2-Milliarden-€-Investitionsprogramm des Bundes, das neue Wachstumsimpulse bringen und vor allem auch Arbeitsplätze in der schwer gebeutelten Bauwirtschaft sichern soll. Das Programm ist in zwei Maßnahmenpakete aufgeteilt, in ein erstes für das Jahr 2005 und in ein zweites für die Jahre 2006 bis 2008. Herr Kollege Posch, Sie haben Recht, in dem Maßnahmenpaket 2005 befindet sich derzeit kein hessisches Projekt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist schlecht!)

Das räume ich an dieser Stelle ein. Nur sollten wir uns einmal fragen, weshalb das so ist und was dazu geführt hat. Aus dem Verkehrshaushalt fließen im Jahr 2005 ohne dieses neue Programm bereits jetzt knapp 200 Millionen € zum Bau oder Ausbau von wichtigen Fernstraßen nach Hessen. Die Bundesregierung stellt allein im Jahre 2005 für das Bundesland Hessen 191,2 Millionen € bereit, und damit können in diesem Jahr sechs ganz wichtige hessische Maßnahmen begonnen bzw. weitergebaut werden.

(Beifall bei der SPD)

A 66 Tunnel Neuhof, A 66 Neuhof bis Eichenzell, B 45 Ortsumgehung Höchst im Odenwald, B 277 Ortsumgehung Haiger, B 49 Limburg bis Obertiefenbach und B 457 Ortsumgehung Hungen – das ist Spitzenklasse,

(Beifall bei der SPD)

denn kein anderes Bundesland außer Nordrhein-Westfalen erhält vom Bund in diesem Jahr so viel Straßenbaumittel. Kein anderes Bundesland außer Nordrhein-Westfalen kann in diesem Jahr beim Ausbau der Verkehrsinfra-

frastruktur einen solch großen Schritt nach vorne machen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, es gibt nämlich Bundesländer, die in diesem Jahr überhaupt nichts erhalten. Diese wurden natürlich im ersten Maßnahmenpaket berücksichtigt. Das kann man kritisieren, aber das ist so. Bei der Verteilung der Mittel des Maßnahmenpaketes 2005 wurden zudem bestimmte Kriterien zugrunde gelegt. Ein zentrales Kriterium war die schnelle Abflussmöglichkeit, die schnelle Verbrauchbarkeit des Geldes. Wie sieht es in Hessen damit aus?

Es gibt eine Reihe von hausgemachten Problemen. Wir alle wissen, wie notwendig und wichtig die A 49 für Hessen und für den Lückenschluss im Autobahnnetz ist. Nach sechs Jahren Regierung Koch besteht immer noch kein Baurecht. Herr Minister, da haben sich ein paar Kammolche quer gelegt, und Sie wissen jetzt nicht, wie Sie mit diesem Problem umgehen sollen. – Da ist die A 44. Dort bewegt sich ebenfalls nichts. Es wurden Fehler im Planungs- und Genehmigungsverfahren gemacht. Der Bundesgerichtshof hat deswegen einen Baustopp verhängt. Auf dessen zügige Aufhebung, wie zugesagt war, warten wir immer noch, Herr Minister.

Wie sieht es z. B. mit den Personalkapazitäten aus? – Sie bauen Personal in den Ämtern vor Ort ab. Infolgedessen können eine ganze Reihe von kleinen Planungen nicht fortgeführt werden, wie es nachweislich bei der Ortsumgehung B 3 bei Friedberg der Fall ist. Machen Sie endlich Ihre Hausaufgaben, stoppen Sie den Personalabbau, und intensivieren Sie die Planungsverfahren.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt geht es um das Maßnahmenpaket 2006 bis 2008, das gegenwärtig erarbeitet wird. Herr Kollege Posch, wir wollen im Teil zwei dieses Maßnahmenprogramms hessische Maßnahmen aufgenommen sehen – ohne Zweifel.

(Beifall bei der SPD)

Dazu müssen die Voraussetzungen erfüllt werden. Seit Wochen steht die SPD im Gespräch mit der Spitze des Bundesverkehrsministeriums. Wir verhandeln über die Aufnahme von vier hessischen Maßnahmen in dieses Maßnahmenpaket II. Wir werden alles daransetzen, dass die B 3 Ortsumgehung Friedberg, die Ortsumgehung Hünfeld, die B 49 Abschnitt Merenberg bis Weilburg und die B 455 Ortsumgehung Friedberg-Dorheim in dieses Maßnahmenpaket aufgenommen werden.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Hildegard Pfaff (SPD):**

Ich komme gleich zum Schluss meiner Rede. – Unserer Auffassung nach sind die Gespräche bislang sehr zufrieden stellend verlaufen. Gegenwärtig gehen wir fest davon aus, dass diese vier Projekte aufgenommen werden.

Ich möchte deshalb an dieser Stelle noch einmal sagen: Herr Minister, machen Sie Ihre Hausaufgaben. – Denn das Baurecht liegt noch nicht für alle Projekte vor. Wir

werden helfen. Das haben wir bereits getan. Das habe ich zum Ausdruck gebracht.

Herr Minister, machen Sie Ihre Hausaufgaben. Das Baurecht liegt noch nicht bei allen vier Maßnahmen vor. Wir sind zuversichtlich, dass wir dann an diesem Programm beteiligt werden.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Lübcke das Wort.

#### **Dr. Walter Lübcke (CDU):**

Sehr geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Pfaff, in meinem Ohr sind Ihre Ausführungen das Schuldeingeständnis, dass Sie in die erste Tranche keine hessische Maßnahme hineinbekommen haben.

(Norbert Schmitt (SPD): Die Voraussetzungen sind von der Landesregierung zu erfüllen! Das ist das Problem!)

Ich wünsche Ihnen bei der zweiten Tranche viel Erfolg. Ich glaube, dass unsere Vertreter aus Hessen, die sich in der Bundesregierung in Berlin befinden, Sie nicht unterstützt haben. Ansonsten könnten wir Erfolge verzeichnen. Dann hätte Herr Stolpe nicht nur Projekte in Nordrhein-Westfalen vorgestellt. Das hat er getan, um in dem Wahlkampf zu retten, was zu retten ist.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Da ist nichts mehr zu retten!)

Glauben Sie mir, in Nordrhein-Westfalen ist für die Sozialdemokratie Land unter, auch wenn Sie noch so viel Geld in den Ausbau der Wasserstraßen oder andere Projekte stecken. Das sieht für Sie sehr schlecht aus.

Frau Pfaff, die Politik, die in Berlin gemacht wird, muss man Cha-Cha-Cha-Politik nennen.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh! – Norbert Schmitt (SPD): Machen Sie das vor! Zeigen Sie uns das einmal!)

Sie kennen das aus der Tanzschule: Schritt, Schritt, Wiegeschritt, Rück, Seit, Schluss.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP)

Das wird am 22. Mai 2005 in Nordrhein-Westfalen eintreten.

Ich glaube, wenn wir hier über den Straßenbau reden, dann sollten wir dabei nicht feststellen müssen, dass wir uns auf der Stelle bewegen. Wir müssen zeigen, dass es Mobilität gibt. Wir müssen nach vorne kommen.

Ich bin Herrn Posch ausgesprochen dankbar, dass er nicht alle Programme der Bundesregierung aufgezählt hat, die irgendwann einmal angedacht oder benannt wurden. Wir würden noch heute Abend hier sitzen und uns über die fantasiereichen Namen unterhalten, die es dabei gegeben hat.

(Norbert Schmitt (SPD): Ich fürchte, das Parkett hier ist so glatt, dass Sie ausrutschen!)

Bei Infrastrukturmaßnahmen geht es im Endeffekt ganz knallhart um Arbeitsplätze und um Wohlstand in unserem Land.

Die Bundesregierung hat die Mittel für das Verkehrswesen im Haushalt um einen Betrag gestrichen, der wesentlich höher als der ist, der jetzt nachgeschoben wird. Frau Pfaff, darüber müssen wir reden. Da wird eine Mogelpackung mit einem Betrag von 2 Milliarden € aufgelegt. Das hört sich natürlich toll an. Aber Sie haben selbst gesagt, dass das auf vier Jahre verteilt wird. Demnach sind es 500 Millionen € pro Jahr. Ich möchte daran erinnern, dass es dabei um 225 Millionen € für den Straßenbau geht.

Lassen Sie mich die erfolgreiche Arbeit der Hessischen Landesregierung daneben stellen. Als wir die Regierung 1999 übernommen haben, waren im Haushalt des Landes dafür, gut gerechnet, ca. 30 Millionen € vorgesehen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Es war weniger! Es waren 38 Millionen DM!)

– Vielleicht waren es auch 25 Millionen €. Ich habe großzügig gerechnet.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Okay, das war mit Mehrwertsteuer!)

– Ja, und mit allem, was da noch hineingerechnet werden muss, wie etwa Solidaritätszuschläge. – Heute haben wir dafür 55 Millionen € vorgesehen. Außerdem haben der Verkehrsminister und der Finanzminister ein Sonderprogramm für Hessen in Höhe von insgesamt 50 Millionen € aufgelegt. In den nächsten drei Jahren sind dafür 10 Millionen €, 20 Millionen € und 20 Millionen € vorgesehen.

Sie sollten das einmal nebeneinander stellen. Der Bund sieht 225 Millionen € für den Straßenbau pro Jahr vor. Das Land sieht für den Straßenbau im Endeffekt 65 Millionen € vor. Da frage ich mich schon, wie das mit dem Realitätssinn ist und was für eine Mogelpackung da vorgelegt wurde.

Frau Pfaff, eines möchte ich Ihnen auch noch sagen. Sie fahren laufend Angriffe auf die Mobilität, in dem Sie sagen: Bildung statt Beton. Das ist ein Angriff auf den Straßenbau.

(Norbert Schmitt (SPD): Was ist das?)

Das können Sie nicht dadurch wettmachen, dass Sie heute sagen: Deutschland braucht Mobilität. – Sie müssen sich entscheiden, was Sie wollen. Wollen Sie Cha-Cha-Cha auf der Stelle oder nach vorne tanzen? Da würde sich ein Ausfallschritt anbieten, der aber in die richtige Richtung erfolgen muss.

Sie haben von den Verkehrsprojekten in Hessen gesprochen. Ich glaube, dass wir uns beim Ausbau der A 44 und der A 49 auf einem guten Weg befinden. Vielleicht darf ich Sie daran erinnern, dass Ihr Kollege, ein Landtagsabgeordneter der SPD aus Nordhessen, der aus Fritzlar stammt, dort gesagt hat: Ich stimme dem Ausbau zu. – In Wiesbaden hat er dann dagegen gestimmt. So war das.

Jetzt gibt es eine verlässliche Verkehrspolitik. Ich danke dem Herrn Verkehrsminister und auch seinem Vorgänger, Herrn Posch, dass hier ordentlich gearbeitet und das Planungsverfahren eingehalten wird.

(Beifall der Abg. Florian Rentsch und Heinrich Heidel (FDP))

Es besteht Rechtssicherheit, die dazu führt, dass der Ausbau dann auch vollzogen werden kann.

Wir können nichts dafür, wenn es da irgendwelche Kammolche oder Hirschhornkäfer gibt, deren Vorhandensein erst im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens

festgestellt wird. Stellen Sie sich vor, die A 44 nach Wommen würde nicht gebaut und es wäre kein Planfeststellungsverfahren eingeleitet worden. Dann hätten wir die großohrige Fledermaus doch gar nicht gefunden. Es hätte niemanden gegeben, der sie gesucht hätte.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist Ihre Methode!)

Bei der A 49 war es so, dass man die Kammolche erst aufgrund der Untersuchungen zur Verträglichkeitsstudie gefunden hat. Seien Sie froh, dass wir uns darum kümmern.

Bei aller Freude darüber, dass Sie sich bei der zweiten Tranche für hessische Verkehrsprojekte einsetzen wollen, muss ich doch sagen: Wir hätten es gerne gesehen, wenn es schon in diesem Jahr Projekte gegeben hätte. Wir hätten es gerne gesehen, wenn wir in Hessen jetzt schon weiter vorangekommen wären.

(Hildegard Pfaff (SPD): Wir haben in diesem Jahr schon sechs Projekte!)

Ich möchte noch etwas ganz bewusst sagen. Denn meine Wahrnehmung war, dass Sie gestern nach 18 Uhr nicht mehr so richtig fit waren. Da war ein bisschen Unruhe hier im Raum.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat man gemerkt!)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Dr. Lübcke, Sie müssen zum Schluss Ihrer Rede kommen.

#### **Dr. Walter Lübcke (CDU):**

Ich komme zum Schluss meiner Rede. – Herr Wagner, ich möchte noch einmal an das tolle Projekt „Staufreies Hessen“ erinnern. Wir arbeiten daran, dass die Bürger die Möglichkeiten der Mobilität erhalten, die sie haben wollen. Frau Hofmeyer ist jetzt leider nicht da. Das kann auch der Radweg in Oedelsheim sein, der jetzt nach 20 Jahren aufgrund unserer Aktivitäten endlich gebaut wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Weiterhin gute Fahrt in unserem Land.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Sehr geschätzter Herr Kollege Dr. Lübcke, vielen Dank. – Herr Kollege Wagner hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich stelle mir Herrn Dr. Lübcke als Tangotänzer vor!)

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bevor ich auf das Thema der Aktuellen Stunde, die von der FDP-Fraktion beantragt wurde, und das eingehen möchte, was Herr Dr. Lübcke gesagt hat, möchte ich ein paar Worte an un-



sere geschätzten Freundinnen und Freunde unseres natürlichen Koalitionspartners SPD richten.

(Heiterkeit des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Es war zu lesen, dass euer Fraktionsvorsitzender gesagt hat, ihr hättet in der Verkehrspolitik mehr Gemeinsamkeiten mit der FDP und wahrscheinlich auch mit der CDU als mit uns. Ich hoffe, die Aktuelle Stunde bringt euch auf den Pfad der Tugend zurück

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und wir können bald in Hessen gemeinsam wieder rot-grüne Verkehrspolitik gestalten. Liebe Freundinnen und Freunde von der SPD, ich grüße die Mitglieder unseres natürlichen Koalitionspartners.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt möchte ich auf das Thema der Aktuellen Stunde der FDP-Fraktion zu sprechen kommen. Bei der FDP ist das ein bisschen merkwürdig. Letzte Woche hat Herr Dr. Lübcke eine Pressemitteilung verfasst, in der er genau das Thema aufgegriffen hat, über das wir heute reden. Die CDU-Fraktion hat dazu keine Aktuelle Stunde beantragt, denn sie kann sich ganz auf die kleine CDU verlassen, nämlich die FDP. Die hat für sie diese Aktuelle Stunde beantragt. Ich habe es lieber, dass sich Rote und GRÜNE einmal kabbeln, als Mitglied einer kleinen CDU zu sein, wie die FDP es ist. Ich habe da meine Rolle sehr viel lieber.

(Beifall bei der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Norbert Schmitt und Hildegard Pfaff (SPD))

Herr Kollege Posch, Sie zeichnen von den Verkehrsinvestitionen in diesem Lande ein völliges Zerrbild. Der Bund stellt dem Land eine halbe Milliarde Euro Regionalisierungsmittel zur Verfügung. Da wir über Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur reden, muss man das auch einmal sagen. Dank unserer Freundinnen und Freunde der SPD gibt es eine Antwort auf eine Kleine Anfrage über die Verwendung der GVFG-Mittel. Der Bund stellt also Mittel gemäß dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz zur Verfügung. Das ist ein richtiger Wälzer. Sie wollen hier aber das Zerrbild zeichnen, die Bundesebene würde in Hessen nichts mehr in die Verkehrsinfrastruktur investieren. Herr Posch, das stimmt so nicht. Als ehemaliger Minister wissen Sie das auch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Norbert Schmitt und Hildegard Pfaff (SPD))

Ich will jetzt auf Ihre auf den Straßenbau fixierte Argumentation eingehen. Sicherlich fahren Sie mit dem Auto mehr durch Hessen als ich. Aber auch ich fahre manchmal mit dem Auto durch Hessen. Herr Kollege Posch, ich kann Ihnen sagen, die Sicht auf das, was im Straßenbau in Hessen geschieht, ist aus meinem VW Polo anders als aus einem BMW der 7er-Reihe. Das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD) – Dieter Posch (FDP): Ich habe Sie noch nie in der Bahn getroffen!)

Sie kommen doch aus Nordhessen. Da gibt es die Projekte des Ausbaus der A 44 und A 49. Herr Posch, Sie wissen, dass wir das sehr kritisch sehen. Diese Projekte scheitern aber nicht daran, dass keine Bundesmittel zur Verfügung gestellt würden. Sie scheitern daran, dass Sie und Ihr

Amtsnachfolger die Planung nicht hinbekommen. Denn Sie wollen immer noch mit dem Kopf durch die Wand und wollen Umweltaspekte nicht berücksichtigen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Norbert Schmitt und Hildegard Pfaff (SPD))

Herr Kollege Posch, wenn Sie auf der A 5 fahren, dann werden Sie sehen, dass es dort die Möglichkeit der Freigabe des Standstreifens gibt. Das sollte Ihnen doch schon aufgefallen sein. Das wurde mit Mitteln des Bundes finanziert. Wenn Sie dann weiter Richtung Wiesbaden fahren, kommen Sie am Autobahnkreuz Bad Homburg vorbei. Auch dieses Autobahnkreuz wurde mit Mitteln des Bundes umgebaut. Des Weiteren fahren Sie dann auf der A 66. Diese wird zurzeit mit Mitteln des Bundes umgebaut. Erzeugen Sie hier also nicht das Zerrbild, der Bund würde für die Verkehrsinfrastruktur Hessens keine Gelder mehr zur Verfügung stellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Posch, Sie müssen es mir nicht glauben. Gestern fanden wir in unserem Fach eine Einladung des Herrn Ministers Rhiel zum Spatenstich für eine Baumaßnahme an der A 45 vor. Am 20. April 2004 erklärte Herr Staatsminister Rhiel: Bund und Land nehmen dynamische Wegweiser an A 3/A 66 zur Stauvermeidung in Betrieb – Wer hat das bezahlt? Der Bund hat das bezahlt.

In einer Presseerklärung des Herrn Staatsministers Rhiel vom 30. März 2005 kann man lesen, dass der Grundstein für das Gefahrenabwehrzentrum an der A 44 gesetzt wurde. Wer hat das bezahlt? – Der Bund hat das bezahlt.

In einer Presseerklärung des Herrn Ministers Rhiel vom 20. März 2005 kann man lesen: Baustart von fünf wichtigen Bundesfernstraßenprojekten in Hessen. – Frau Kollegin Pfaff hatte das schon erwähnt. Wer hat das bezahlt? – Der Bund hat das bezahlt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Norbert Schmitt und Petra Fuhrmann (SPD))

In einer Presseerklärung des Herrn Staatsministers Rhiel vom 2. Februar 2005 zum Ausbau der A 66 kann man lesen, dass der erste Abschnitt bei Hattersheim freigegeben wurde. Wer hat das bezahlt? – Der Bund hat das bezahlt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Norbert Schmitt und Lothar Quanz (SPD))

In einer Presseerklärung des Herrn Staatsministers Rhiel vom 21. Dezember 2004 kann man lesen: Fertigstellung der Urseltalbachbrücke. – Herr Staatsminister Rhiel, es handelt sich um die Urselbachtalbrücke und nicht um die Urseltalbachbrücke.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das muss auch gesagt werden. Aber auch hier stimmt das Besagte wieder. Wer hat es bezahlt? – Der Bund hat es bezahlt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Lothar Quanz (SPD))

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Wagner, die Redezeit ist abgelaufen. Bitte kommen sie zum Schluss.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Auch an der B 26 hat es der Bund bezahlt. B 519, der Bund hat es bezahlt. Selbst den Radweg an der B 54 hat der Bund aus Mitteln des Nationalen Radverkehrsplans gezahlt. Also, erstellen Sie hier keine Zerrbilder, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, und Glück auf mit den Freunden von der SPD.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Wirtschaftsminister, Herr Staatsminister Dr. Rhiel.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Wagner hat mir mit der Auflistung all dieser Maßnahmen schon ein Argument in dem Sinne genommen, dass ich es gegenüber Frau Pfaff nicht mehr einbringen muss. Herr Wagner hat mit der Aufzählung deutlich gemacht, dass die hessische Straßenbauverwaltung und das Ministerium sehr aktiv, innovativ und vorausschauend arbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Das geschieht ganz im Unterschied zu dem, wie es in der Vergangenheit war.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben Personal abgebaut!)

Frau Pfaff, wir haben – ich werde nachher noch darauf eingehen – sehr wohl eine ausreichende Anzahl und ein ausreichendes Volumen von Maßnahmen, um die Projekte zu beginnen, die vom Bund finanziert werden. Das wird durch nichts anderes unterstrichen als durch die Planungsleistung, die das Land, übrigens aus eigenen Mitteln, erbringt. Die Planungsausgaben für Bundesfernstraßen wurden von 1999 mit damals noch 7,7 Millionen € auf mittlerweile 16 Millionen € erhöht, um die Voraussetzungen zu erbringen, damit wir im Bundesfernstraßenbauprogramm ausreichend berücksichtigt werden können. Wir leisten die Vorarbeit. Wir schaffen die Voraussetzungen, damit finanziert werden kann.

(Beifall der Abg. Judith Lannert und Rüdiger Hermanns (CDU))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, allein das ändert nichts daran – diese grundsätzliche Kritik muss deutlich unterstrichen werden –, dass der große Bedarf, den Herr Posch und auch die anderen Redner deutlich gemacht haben und der auch im Bundesverkehrswegeplan sichtbar geworden ist, den diese Bundesregierung beschlossen hat, keine Entsprechung in der Finanzierung findet.

(Beifall der Abg. Dieter Posch und Heinrich Heide (FDP))

Dieser Bundesverkehrswegeplan ist latent unterfinanziert, und das macht die Probleme aus.

(Norbert Schmitt (SPD): Das war er in Vorzeiten auch so, vielleicht nicht ganz so schlecht!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das, was wir heute diskutieren, ist, wie zu Recht kritisiert wurde, einer dieser Schnellschüsse, die besser aufgehoben wären im Rahmen eines geordneten Ganzen, eines geordneten Haushalts.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Das wäre die richtige Basis. Hier muss ich Herrn Posch nachdrücklich unterstützen. Er hat dies hier deutlich gemacht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, uns geht es darum, wenn es schon solche Sonderprogramme gibt, dass Hessen nicht unterproportional beteiligt wird, sondern möglichst überproportional.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es ist dabei die Frage, wie wir richtig vorgehen. Deswegen halte ich es in diesem Zusammenhang eher so, dass ich mich mit der Bewertung zurückhalte, um im Wettbewerb zwischen den Bundesländern keine anderen Bundesländer unnötig auf den Plan zu rufen, im Wettbewerb noch mehr Anstrengung zu unternehmen. Frau Pfaff, ich möchte aber nicht den Verdacht im Raum stehen lassen, dass wir trotz des Belegs, den Herr Wagner eindrucksvoll erbracht hat, weniger erhalten, als wir möglicherweise erhalten können, weil die Voraussetzungen nicht geschaffen wären. Die Voraussetzungen reichen aus. Das wird nicht zuletzt durch die Möglichkeit bestätigt, die uns der Haushaltsgesetzgeber einerseits und der Finanzminister andererseits geben, nämlich mit einem Volumen von 50 Millionen € am so genannten Swing teilzunehmen. Das ist eine Überhangfinanzierung aus anderen Mitteln des Bundes,

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

mit der wir in den letzten Jahren zusätzliche Maßnahmen umsetzen konnten, sowohl beim Neubau als auch bei dem ebenso wichtigen oder vielfach noch wichtigeren Unterhaltungsbau.

Meine Damen und Herren, ich versage es mir, die absoluten Investitionszahlen der letzten vier Jahre vorzutragen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie legen hier einen Gummitwist hin!)

Ich kann Ihnen aber deutlich machen, dass die letzten zwei Jahre gegenüber einem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre weit überproportional ausgefallen sind, dass wir also einen Spitzenwert bei den Investitionen haben. Das Dilemma beim Vorgehen der Bundesregierung ist eher ein mediales; denn sie hat in dieser Presseerklärung Maßnahmen verkündet, die ausschließlich in anderen Bundesländern, jedenfalls nicht in Hessen, beheimatet sind. Das hat zu Recht unsere Aufmerksamkeit gefordert.

Frau Pfaff, ich muss Ihnen Recht geben und Sie in dem unterstützen, was Sie gesagt haben; denn wir haben viele Maßnahmen gemeinsam erreicht, z. B. den Lückenschluss der A 66 im Bereich Neuhoof, die Maßnahme an der A 66 im Bereich Wiesbaden/Frankfurt, die Ortsumfahrung Haiger, die Ortsumfahrung Ahlbach/Obertiefenbach, die Ortsumfahrung von Hungen. Wir haben darüber hinaus auch die Maßnahmen bei der Autobahnanschlussstelle

Hammersbach, bei Weiterstadt, Bürstadt-Bobstadt mit in dem mit dem Bund vereinbarten Programm.

Ich kann Ihnen heute so viel sagen, dass wir bezogen auf das, was im Sonderprogramm zur Verfügung steht, bereits folgende Maßnahmen auf der Ebene des direkten Gesprächs zwischen mir und dem Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, aber auch auf Abteilungsleiter-ebene, vereinbart haben, nämlich die Ortsumfahrung Friedberg, die B 3a, für die in Kürze der Planfeststellungsbeschluss und damit Baurecht vorhanden ist, ein vierstreifiger Ausbau der B 49 bei Merenberg-Ost/Weilburg-West, die Ortsumfahrung Herbornseelbach und auch der Ausbau an der A 4 bei Kirchheim – wie auch mittelfristig im Rahmen des Sonderprogramms die Maßnahmen bei Hünfeld und Hilders-Wickers.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Staatsminister, die Fraktionsredezeit ist zu Ende.

#### **Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte damit deutlich machen, dass wir sehr wohl in der Lage sind und dass es auch gelingt – dessen bin ich sicher –, ein großes Stück Kuchen aus dem Sonderprogramm für Hessen nutzbar zu machen. In diesem Jahr werden von den insgesamt 2 Milliarden € 500 Millionen € der VIFG zur Verfügung gestellt. Wir werden damit die Möglichkeit haben, für die eben von mir aufgeführten Maßnahmen und darüber hinaus für viele Bauunterhaltungsmaßnahmen wichtige Weichen für Hessen zu stellen.

Eines mögen Sie mir erlauben, am Schluss festzustellen: Es macht ein schräges Bild, wenn der Bund auf der einen Seite in diesem Jahr eine globale Minderausgabe von 225 Millionen € für den Verkehrshaushalt verhängt und dann mit einem großen Brimborium 2 Milliarden € für vier Jahre verkündet, was heruntergebrochen für ein Jahr 500 Millionen € bedeutet. Wenn wir die Kürzung der globalen Minderausgabe dem entgegenstellen, dann sind es gerade einmal 225 Millionen €.

(Norbert Schmitt (SPD): Jetzt rechnen wir einmal gemeinsam! Es sind 275 Millionen €! Kopfrechnen müsste man können!)

Das ist viel weniger als die Summe, um die der Bundeshaushalt mit der Einführung der Maut gekürzt worden ist. Denn es war uns zugesagt worden, dass die Mauteinnahmen zusätzlich zur Finanzierung von Verkehrsprojekten zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Der Bundesgesetzgeber, der Haushaltsgesetzgeber hat aber in dieser Höhe aus dem Haushalt gekürzt. Insgesamt ist es ein Nullsummenspiel. Auch das Sonderprogramm ändert nichts daran, so gut wir in Hessen auch bedient werden – das will ich anerkennen –, nicht zuletzt aufgrund unserer Verhandlungen.

(Reinhard Kahl (SPD): Na, na!)

Der Bundesverkehrswegeplan ist weitaus unterfinanziert. Hier muss sich deutlich etwas ändern. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Minister, vielen Dank. – Damit ist auch diese Aktuelle Stunde abgehalten.

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 41** auf:

#### **Antrag der Fraktion der FDP betreffend Stärkung des Mittelstandes – Drucks. 16/3852 –**

gemeinsam mit dem **Punkt 84:**

#### **Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU betreffend Stärkung des Mittelstandes in Hessen – Drucks. 16/3933 –**

Vereinbart sind 15 Minuten Redezeit je Fraktion für diese Beratung.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Es geht auch mit zehn!)

– Es geht auch mit zehn Minuten. Das muss jeder sehen. Das geht so oder so.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Das Wort hat Herr Kollege Denzin für die FDP-Fraktion.

#### **Michael Denzin (FDP):**

Herr Präsident, wir werden einfach einmal sehen, wie es geht.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Walter Lübcke hat eben gesagt, beim Infrastrukturthema gehe es um Arbeitsplätze, Arbeitsplätze, Arbeitsplätze. Bei diesem Thema, das ich für die FDP-Fraktion hier einbringe, geht es noch unmittelbarer um Arbeitsplätze, Arbeitsplätze und noch einmal Arbeitsplätze.

(Beifall bei der FDP)

70 % der hessischen Arbeitsplätze werden von denen vorgehalten, um die es jetzt geht, nämlich den kleinen und mittleren Unternehmen. Wir sprechen gemeinhin vom Mittelstand. Ich muss sagen, mir geht dieser Begriff auf den Wecker. Er ist zwar eingeführt und wird allenthalben gebraucht, aber wenn Sie sich die Mühe machen, im Lexikon zu gucken, was dort unter „Mittelstand“ steht, dann finden Sie inhaltlich fast das Gegenteil von dem, was wir vom so genannten Mittelstand erwarten, nämlich Initiative, Verantwortungsbereitschaft, Risikobereitschaft und Handlungsbereitschaft.

(Beifall der Abg. Silke Tesch und Bernd Riege (SPD))

Genau das reflektiert dieser Begriff nicht. Deshalb werde ich mich jetzt bemühen, von kleinen und mittleren Unternehmen zu sprechen.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Silke Tesch und Bernd Riege (SPD))

Meine Damen und Herren, Wirtschaftspolitik auf Landesebene zielt naturgemäß in der Hauptsache auf diesen Bereich unserer Wirtschaft und nicht auf den darüber liegenden der Großunternehmen oder der Global Player.

Die Wirtschaftspolitik hat natürlich auch für die Infrastruktur und für die Erreichbarkeit zu sorgen. In diesem Zusammenhang hatten wir die Flughafendiskussion und die ICE-Diskussion. Ferner gibt es Rhein-Main-Plus und wichtige Regionalverbindungen. All das dient nicht nur kleinen und mittleren Unternehmen, sondern auch der Lufthansa, Fraport und Opel – welche großen Unternehmen auch immer wir in unserem Land haben.

(Beifall bei der FDP)

Die Rahmenbedingungen, die wir hier leider immer wieder beklagen müssen, nämlich das unmögliche deutsche Steuerrecht, die Belastungen durch die Bürokratie oder das, was diese Berliner Regierung versäumt hat, um einen Drive in unsere Binnenwirtschaftspolitik zu bringen – all das trifft große und kleinere Unternehmen gleichermaßen.

Die Bertelsmann-Stiftung hat in dieser Woche ihren zweiten internationalen Vergleich veröffentlicht. Aus dem ersten internationalen Vergleich habe ich noch im vorletzten Plenum zitiert. In diesem internationalen Vergleich liegt Deutschland, was die Entwicklung in den vergangenen Jahren und die Entwicklungspotenziale für die nähere Zukunft betrifft, unter den 21 untersuchten Industrienationen an letzter Stelle. Das ist schlimm und trifft alle gleichermaßen.

Aber ein Global Player hat aufgrund seiner internationalen Verflechtungen immer noch die Möglichkeit, sich auf andere Länder zu konzentrieren – was wir neid- und leidvoll zur Kenntnis nehmen, wenn Arbeitsplätze abgezogen und Produktionsstätten verlagert werden, weil wir es nicht schaffen, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Produktionsstätten im Land bleiben können. Auch gelingt es uns nicht, die Produkte so weiterzuentwickeln, dass man ihre Herstellung in Deutschland noch bezahlen kann.

Die großen Unternehmen sind in allen Bereichen vom Staat weniger abhängig. Sie sind flexibel genug und haben eine Menge Rechtsabteilungen sowie große Steuerabteilungen. Sie können disponieren. Aber die Betriebe, um die es hier geht, nämlich die mittleren Unternehmen, die zwischen 10 und 100 Mitarbeiter haben und zwischen 1 und 50 Millionen € Umsatz machen – um in der gängigen Definition zu bleiben –, und die kleinen Unternehmen, die bis zu 10 Mitarbeiter haben und weniger als 1 Million € Umsatz machen, können das nur bedingt, und zwar nicht, weil sie zu blöd sind, sondern weil sie diese Vorleistungen aus objektiven Gründen gar nicht erbringen können.

Herr Wirtschaftsminister, deshalb ist es die zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik eines Landes, sich um diesen Bereich zu kümmern.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Aber das Sichkümmern hilft nicht weiter, wenn man lediglich ein Gesetz macht, in dem es heißt: Ich fördere den Mittelstand überall. – Dass wir uns darum kümmern müssen, zeigt sich in allen einzelnen Beschlüssen, die wir hier fassen. Es zeigt sich in den verschiedensten Aufgaben der Landespolitik, ob es sich dabei um die Verwaltungsstruktur, die Verwaltungsorganisation oder die Verwaltungsvorschriften handelt. In den letzten vier Jahren haben wir 3.500 davon abgebaut. Das muss weitergehen.

(Beifall bei der FDP)

Was die Genehmigungsverfahren betrifft, dürfen wir nicht bei der Reform der HBO, so, wie sie bisher gelaufen ist, stehen bleiben. Hier bestünde das Ziel darin, so weit wie möglich – Ausnahmen müssten begründet sein – von den Genehmigungsverfahren wegzukommen und stattdessen Meldeverfahren anzuwenden.

(Beifall bei der FDP)

In diesem Bereich haben wir die Förderung im engeren Sinne, also das, was früher die Landesentwicklungsgesellschaft gemacht hat – die alte HLT – in der IBH zusammengefasst. Jetzt, da die CDU meint, die Wirtschaftsförderungsprogramme von einer Hessen-Agentur durchführen lassen zu müssen – unter Abtrennung der Finanzierungsaufgabe von der Gestaltungsaufgabe –, haben wir einen Ausfall.

(Beifall bei der FDP)

Ich stelle fest, dass sich in einem Hauptbereich unserer Politik seit der letzten Wahl, als auch die Idee aufkam, eine Hessen-Agentur zu gründen, nichts mehr getan hat.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Es gibt gerade noch die Abwicklung bereits beschlossener Programme – sonst nichts. Es kommt kein Input, und es gibt keine Reaktion auf neue Entwicklungen und Herausforderungen. Mängel gibt es in einem Hauptbereich, dessen Wichtigkeit sicherlich von allen Fraktionen anerkannt wird, nämlich bei dem Transfer von Erkenntnissen aus Forschung und Entwicklung in die kleinen und mittleren Betrieben.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind bei der Technologiestiftung keinen Schritt weitergekommen. Im Gegenteil, ich habe den Eindruck, dass diese Umbruchssituation, d. h. die Zusammenführung in der Hessen-Agentur, alles lähmt. Es tut sich nichts; die Entwicklung scheint in ihrer ganzen Breite gelähmt zu sein.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte jetzt nicht mehr die einzelnen Punkte wiederholen, die in der Diskussion über die IBH und die Hessen-Agentur vorgetragen worden sind. Aber, Herr Minister, ich habe Sie gebeten, uns darzulegen, wie weit Sie sind. Broschüren, die, mit einem neuen Bild versehen – nämlich mit Ihrem –, alte Inhalte wiedergeben, bringen es nicht. Sie bringen an der Front nichts.

(Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Wir verlangen von denen, um die es hier geht, dass sie innovativ sind. Sie sind es in der Regel – sicherlich nicht alle, aber viele. Wir verlangen von Ihnen, dass sie risikobereit sind; denn im Gegensatz zu einem Managerunternehmer disponieren sie meistens über ihr eigenes Kapital und ihr eigenes Vermögen.

(Beifall bei der FDP)

Die Landesregierung ist nicht in der Lage, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die Unternehmer Handlungsfreiheit haben. In der Regel brauchen sie gar keine Staatsknete, sondern sie benötigen vor allem Handlungsfreiheit, um in Eigenverantwortung handeln und entscheiden zu können.

(Beifall bei der FDP)

Diese Regierung ist nicht in der Lage, die notwendigen Freiheiten zu schaffen, die Bürokratie einzuschränken und angesichts einer sich enorm schnell wandelnden Wirtschaftsstruktur und einer gewaltigen Umbruchssituation flankierende Hilfsmaßnahmen zu leisten.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Ministers Dr. Alois Rhiel)

– Nein, überhaupt nicht. Herr Minister, Wirtschaftspolitik scheint für Sie zu bedeuten, dass Sie sich am liebsten selbst abschaffen möchten.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Das kann nicht sein. Ein Land hat eine strukturpolitische Aufgabe. Es hat die Aufgabe, diese Umbruchsituationen mit flankierenden und stabilisierenden Maßnahmen zu begleiten und die Entwicklung voranzutreiben.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Der Wissenschaftstransfer bietet ein klassisches Beispiel dafür. Nehmen wir das Outsourcing, das bei großen Betrieben um sich greift. Mit der Aufgabenauslagerung und der Zusammenarbeit schon bestehender kleiner oder mittelständischer Betriebe bilden sich ganz neue Formationen. Herr Minister, von Ihnen habe ich noch nie ein Wort dazu gehört. Von der Hessen-Agentur habe ich noch nichts dazu gelesen. All das geht an uns vorbei. Dabei sind hier Kraftfelder, die man in Abstimmung mit allen Beteiligten nutzen und voranbringen kann.

(Beifall bei der FDP)

Herr Minister, darin liegt Ihr Missverständnis. Wenn man sich die Position der Manchester-Liberalen zu Eigen macht – das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns – und sagt, das werde sich alles richten, vernachlässigt man seine Aufgaben.

(Minister Dr. Alois Rhiel: Wissen Sie, was Manchester-Liberalismus ist?)

– Ja, genau das. – Dann lässt man alles laufen und achtet nicht darauf, wo man aus der Verflechtung heraus ansetzen könnte. Zu unserem Leidwesen haben wir eine Staatsbeteiligung an unserem ganzen Wirtschaftsgeschehen von annähernd 50 %. Selbst wenn man die Staatsbeteiligung auf 40 % zurückschraubte – was ich sehr gern und sehr schnell machen würde –, wäre der Staat als Handelspartner so stark eingebunden, dass er allein aus diesem Grunde eine Verantwortung übernehmen müsste.

Darüber hinaus hat er aber auch die Verantwortung, den Strukturwandel zu begleiten. Wenn wir das nach Ihrem Muster machen würden, wären angesichts der weltweiten Umbrüche bald überhaupt keine Produktionsstätte und kein Arbeitsplatz mehr in Deutschland zu halten. Das kann nicht jeder einzelne Betrieb für sich erledigen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben uns in unserem Antrag darauf konzentriert, Handlungsprinzipien aufzuzeigen. Das haben wir deshalb getan, weil wir das Ganze nicht wie einen Katalog behandeln und uns nicht Pünktchen für Pünktchen Aufgaben stellen – so sieht es in dem Antrag der CDU aus –, die dann abzuhaken sind. Vielmehr ist das eine Frage der Einstellung und der Herangehensweise. Ich möchte nicht die Punkte A bis Z einzeln abarbeiten, sondern meine Politik soll sich insgesamt von bestimmten Handlungsprinzipien leiten lassen. Deshalb sind in unserem Antrag die Handlungsprinzipien und die drei größten Themen, bei denen es Verwerfungen gibt, enthalten – allerdings nur global zusammengefasst.

Ich bitte Sie sehr, diesen Antrag – wir werden ihn im Ausschuss weiter beraten – konstruktiv zu begleiten. Auch bitte ich die Mitglieder der CDU – das ist ein weiterer Unterschied zwischen dem Antrag der CDU und unserem –, noch einmal darüber nachzudenken, ob die Auf-

tragsvergabe an Private nicht doch Vorrang vor der Auftragsvergabe an öffentlich kontrollierte Unternehmen haben muss.

(Beifall bei der FDP)

Es ist ein Grundsatzthema, das gilt sowohl für Berlin als auch für die Länder, wie wenig wir mittlerweile über die Wettbewerbsbedingungen nachdenken

(Reinhard Kahl (SPD): Was hat das mit Wettbewerb zu tun?)

und wie sehr das Grundgesetz der freien Marktwirtschaft – für die soziale Marktwirtschaft gilt das genauso –, nämlich das Gesetz gegen eine Wettbewerbsbeschränkung, mittlerweile in den Hintergrund getreten ist. Statt dass Berlin Kontrollagenturen aufbaut, ob das nun für die Telekom ist oder die Kontrolle über die Stromdurchleitung, wollen wir die Kontrolle an die Gralshüter des Wettbewerbs übergeben – dorthin, wo sie eigentlich angesiedelt werden müsste.

Das ist unser Bundeskartellamt. Dessen Aufgabenbereich wird ständig ausgehöhlt. Wir sollten einmal darüber nachdenken und uns die Folgen vor Augen führen.

(Beifall bei der FDP)

Es ist doch schon kaum noch in unserem Bewusstsein, dass ein Markt und Marktmechanismen nur dann funktionieren können, wenn sie nicht permanent durch irgendwelche politischen Vorgaben und Vorentscheidungen in die Schranken gewiesen werden und außer Kraft gesetzt werden.

(Beifall bei der FDP)

Insofern muss Deutschland wieder ein Stück Marktwirtschaft lernen. Es ist hoch interessant, dass die Impulse, die uns wieder in diese Richtung zurückführen und uns das wieder bewusst machen, von Brüssel und nicht von Berlin kommen.

(Beifall bei der FDP)

Ich denke, wir sind in Hessen Frau und Manns genug, um das selbst zu tun, soweit wir es vom Land aus ausfüllen können. Herr Minister, wenn Sie einmal merken, dass Sie hier eine Aufgabe und nicht eine Funktion haben, – –

(Minister Dr. Alois Rhiel: Was ist der Unterschied? – Lachen und Beifall bei der SPD)

– Danke schön. Das war die Bestätigung.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Michael Denzin (FDP):**

Das mache ich gerne. – Herr Minister, kommen Sie auf unseren Weg. Dann fahren Sie besser als mit dem, was wir bisher von Ihnen erlebt haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke schön, Herr Denzin. – Als Nächster hat Herr Wiliges für die CDU-Fraktion das Wort.

**Frank Williges (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sprechen heute über die wichtigste Säule der deutschen Wirtschaft, über den Mittelstand. Der Kollege Denzin hat bereits darüber gesprochen. 68,3 % aller Beschäftigten haben im Mittelstand ihren Arbeitsplatz, legt man die EU-Definition zugrunde, die bei 250 Beschäftigten kappt. Geht man nach der Definition des Instituts für Mittelstandsförderung in Bonn, sind es bis zu 80 %. Ich denke, dadurch und durch die Branchenvielfalt und insbesondere auch dadurch, dass der Mittelstand stets für Wachstum, Beschäftigung und Ausbildung stand und auch künftig stehen wird, wird die Bedeutung dieses Themas deutlich.

Lassen Sie uns einen Moment bei der Ausbildungsquote bleiben. 72,4 % aller Ausbildungsplätze in Deutschland werden vom Mittelstand zur Verfügung gestellt. Nur mit und durch den Mittelstand ist Ausbildung in unserem Land überhaupt sicherzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen aber auch eines feststellen: Der Mittelstand leidet sicherlich – wie alle anderen Bereiche der Wirtschaft auch – unter den Umbrüchen durch die Globalisierung. Wir müssen auch konstatieren, dass es sich in Deutschland um eine hausgemachte nationale Krise handelt. Das wird deutlich, wenn wir den Vergleich zu den anderen westlichen Industrienationen anstellen.

Am vorgestrigen Abend, beim parlamentarischen Abend der Arbeitsgemeinschaft der selbstständigen Unternehmer, wurde allen, die dabei waren, sehr deutlich vor Augen geführt, dass der Mittelstand diese Problematik so sieht, dass es sich um eine nationale Krise handelt. Ich möchte die an diesem Abend vonseiten der Unternehmer unterbreiteten Lösungsvorschläge nicht weiter thematisieren, weil ich sie nicht alle für so zielführend halte, wie es diejenigen tun, die sie entwickelt und vorgetragen haben.

Ich will – zugegebenermaßen selektiv – auf einige Ursachen hinweisen, die in der aktuellen Diskussion keine große Rolle spielen und dies deshalb auch in der Wahrnehmung der Menschen nicht tun. Ich will noch einmal in Erinnerung rufen, dass, wenn die größte Industrienation Europas, nämlich Deutschland, für sich isoliert die Entscheidung trifft, auf die friedliche Nutzung von Kernenergie dauerhaft zu verzichten, das natürlich Konsequenzen für den Standort Deutschland und für die Konkurrenzsituation gegenüber anderen Industrienationen hat.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dann werden die Energiepreise höher. Wenn General Motors eine Europakarte auflegt und Vergleiche anstellt, dann wird klar, dass Rüsselsheim und Bochum im Vergleich zu anderen verlieren.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist aber gar nicht der Fall, wie Sie wissen!)

Wenn wir – und das haben wir heute Morgen diskutiert – in Deutschland durch völlig überzogene Haftungsregelungen auf Gentechnologie verzichten, dann rauben wir Mittelständlern Existenzgrundlagen, und dann berauben wir uns einer Technologie, die in den kommenden Jahrzehnten eine entscheidende Rolle auf diesem Globus spielen wird.

(Beifall bei der CDU)

Wenn die fatale Politik der rot-grünen Bundesregierung dazu führt, dass der Transrapid in China und nicht zwischen Hamburg und Berlin verkehrt, dann ist das so, als wenn ein Metzger seine Wurst nicht isst, sie aber den Kunden verkaufen will. Das hat eine fatale Konsequenz für den Standort Deutschland.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Wer also Technologiefreundlichkeit zum Programm erhebt und wer dazu noch parallel die Rahmenbedingungen völlig ohne Not zuungunsten des Mittelstandes verschlechtert bzw. die Rahmenbedingungen nicht optimiert, der trägt die Verantwortung dafür.

(Reinhard Kahl (SPD): Das darf doch wohl nicht wahr sein! Da wird ein Popanz aufgebaut!)

Auch das will ich Ihnen an einigen ausgewählten Beispielen deutlich machen. Sie sind nicht bereit, für neu eingestellte Arbeitskräfte den Kündigungsschutz so zu verändern, dass er nicht weiterhin ein Einstellungshindernis ist.

(Zuruf von der SPD)

Sie haben in Ihrer Amtszeit in Berlin die Betriebsverfassung dahin gehend geändert, dass Betriebsräte ab einer Mitarbeiterzahl von 200 freigestellt werden und nicht wie früher ab 300 Mitarbeitern. Das nützt überhaupt niemandem, außer vielleicht den einzelnen freigestellten Betriebsräten. Aber es belastet den Betrieb mit zusätzlichen Kosten, die vermeidbar wären.

Lassen Sie uns das Antidiskriminierungsgesetz aufführen. Hier betreiben Sie – das hoffen Sie zumindest – eine knallharte Klientelpolitik, die aber ruinöse Folgen hat und die eine Politik ist, vor der die Mittelständler Angst haben. Mittelständler wollen bei ihren Personalentscheidungen und anderen Entscheidungen nach Kriterien gehen, die sie selbst bestimmen. Sie wollen sich nicht fremdbestimmt von Ihnen vorschreiben lassen, wen sie in ihren Betrieb aufnehmen und wen nicht.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie uns über die verkorkste Handwerksreform sprechen. Sie hat dazu geführt, dass wir plötzlich 16 polnische Fliesenleger mit der gleichen Adresse haben. Das hat mit neuer Selbstständigkeit und Existenzgründung nichts zu tun. All das führt im Ergebnis dazu, dass wir seit dem Jahr 2000 jedes Jahr neue, sich selbst übertreffende Insolvenzrekorde haben. Sie bewegen sich auf einem Niveau von ca. 40.000 Insolvenzen bundesweit pro Jahr.

Dem setzen wir in Hessen eine erfolgreiche Mittelstandspolitik mit Augenmaß entgegen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist eine Mittelstandspolitik, die, Herr Denzin, von dem Leitbild „Hilfe durch Selbsthilfe“ getragen wird.

(Reinhard Kahl (SPD): Das sind nur Sprüche!)

Das ist eine Wirtschaftspolitik aus einem Guss, die aber zugegebenermaßen solide Arbeit erfordert und die Arbeitsschritt für Arbeitsschritt so, wie Sie das genannt haben, Punkt für Punkt abarbeitet. Es genügt nicht, in höheren Sphären zu schweben und theoretische Überlegungen anzustellen, sondern Wirtschaftspolitik muss auch praktisch vor Ort abgearbeitet werden.

Das machen wir. Deshalb fördern wir die tatsächliche Selbstständigkeit und nicht die eben bereits angesprochene Scheinselbstständigkeit von Menschen aus osteuropäischen Ländern oder das, was Sie Ich-AGs nennen. Das, was Sie mit den Ich-AGs angerichtet haben, hat fatale Folgen für den Mittelstand. Ich weiß, dass Sie heute noch glauben, die Ich-AGs seien die beste Idee seit der Erfindung des Tubensens. Sie sind es aber nachweislich nicht. Sie sind sogar für diejenigen, die Sie in diese Form der Unternehmensgründung treiben, zum Teil existenzbedrohend bis existenzvernichtend.

Ich komme zu den Punkten hessischer Mittelstandspolitik, die greifbar, nachvollziehbar und wirkungsvoll sind. Der Kollege Denzin hat das angesprochen. Wir haben die Wirtschaftsförderung neu organisiert. Die IBH ist für den monetären Bereich zuständig und die Hessen-Agentur für die Beratung.

(Zuruf von der SPD: Das war schon der falsche Ansatz!)

Wir haben am Dienstag mit dem IBH-Gesetz die IBH in die Lage versetzt, sich künftig auch dauerhaft solide zu finanzieren. Wir sind da auf einem richtigen Weg. Es gibt die Bürgschaftsbank, und es gibt die mittelständische Beteiligungsgesellschaft als richtige und wichtige Instrumente für Wirtschaftspolitik.

(Reinhard Kahl (SPD): Die gibt es schon sehr lange!)

– Herr Kahl, Kontinuität kann durchaus auch richtig sein. Es muss nicht immer Brüche geben.

Es gibt das Programm „Gründung und Wachstum“ mit einem Zinssatz von 2,9 % für die Darlehen. Seit April 2002 wurden 1.250 Darlehen vergeben. Wir haben Hessen-Invest-Start für die technologieorientierten Gründer auf den Weg gebracht. Und wir haben mit dem Programm BoB – Bürgschaft ohne Bank der Entwicklung Rechnung getragen, die ich einmal schlagwortartig mit „Basel II“ überschreiben will.

Es ist für Existenzgründerinnen und Existenzgründer insbesondere ein Problem, ihre Existenzgründung zu finanzieren, wenn keine Sicherheiten vorhanden sind. Deshalb war es klug und richtig, den Weg umzukehren und dann, wenn ein Businessplan für eine gute Geschäftsidee vorliegt, der zugegebenermaßen solide sein muss – wir wollen keine Hasardeure fördern und können das auch nicht gegenüber denjenigen verantworten, die das absichern müssen –, und wenn eine Bürgschaft in Höhe von bis zu 80 % der Investitionssumme gewährt wird, dann das anschließende Gespräch bei der Hausbank so zu gestalten, dass Sicherheiten kein Thema mehr sind und dass nicht nur diejenigen zum Zuge kommen, die das Häuschen der Oma oder der Eltern mit ins Spiel bringen können.

Wir haben dafür gesorgt, dass die Handwerksleistungen in der VuB bis zu einer Grenze von 25.000 € freihändig vergeben werden können.

(Zuruf von der SPD: Wer war das?)

Das ist für das Land verbindlich. Das wird den Kommunen empfohlen.

(Zuruf von der SPD: Wir müssen euch doch bei allem treiben!)

Dass die SPD auf den Zug mit aufgesprungen ist, gibt mir Hoffnung, dass auch in den sozialdemokratisch geführten Kommunen dieser Erlass künftig angewandt wird.

(Beifall bei der CDU)

Dann wird es so sein, dass das Fahrzeug des Malers, der den Auftrag erhält, das Rathaus anzustreichen, vielleicht ein Kennzeichen hat, das die Bewohnerinnen des Ortes, in dem das Rathaus steht, auch kennen.

Wir haben mit der PPP-Beratung einer Entwicklung Rechnung getragen, die nicht nur bei der Finanzierung öffentlicher Investitionen, sondern auch schon in vielen Bereichen privatwirtschaftlicher Investitionen Standard ist.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Wir haben einer Entwicklung Rechnung getragen, und wir werden hier die Mittelständler durch gezielte Beratung und flankierende Maßnahmen in die Lage versetzen, sich auch an diesen PPP-Projekten zu beteiligen, sodass die Wertschöpfung in unserem Land und in unseren Regionen bleibt.

Wir wollen die Kooperation mit dem Mittelstand und der Mittelständler untereinander. Wir wollen keine Konfrontation. Wir haben den Hochschulzugang für Meister ermöglicht und damit insbesondere auch zur Imagepflege des Handwerks beigetragen.

(Zuruf von der SPD: Gleich platze ich!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal sagen, weil Herr Denzin das auch angesprochen hat: Mittelstandspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, und sie ist nicht nur an einem Ressort festzumachen. Ich will das an wenigen Beispielen deutlich machen. Dazu gehören natürlich Infrastrukturprojekte wie der notwendige Ausbau des Flughafens Kassel-Calden, über den wir heute gesprochen haben, oder des Flughafens Frankfurt. Dazu gehören die Bundesverkehrswege. Dazu gehören all die Maßnahmen, die wir mit viel Herzblut und großen Erfolgen in diesem Land vorantreiben. Dazu gehört aber auch eine Schulpolitik, weil die Forderung nach qualifizierten Abschlüssen auch eine Forderung derjenigen ist, die, wie ich eingangs anführte, die Ausbildung in diesem Land zu 74 % sicherstellen. Die berechnete Forderung derjenigen, die Ausbildung bereitstellen wollen, ist, dass die Bewerberinnen und Bewerber eine Qualifikation haben, die sie auch ausbildungsfähig macht.

Lassen Sie uns zum Bürokratieabbau kommen, weil auch diese Forderung berechtigterweise von Herrn Denzin erhoben wurde. Sie wird erfüllt. Neben vielen anderen Rechtsverordnungen und Vorschriften, deren Aufzählung den zeitlichen Rahmen sprengen würde, erwähne ich stellvertretend die Hessische Bauordnung. Auch da ist nicht das eingetreten, was von denjenigen prognostiziert wurde, die glaubten, dass die Bauten in Hessen künftig alle zusammenbrechen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Quatsch! Apfelsinenkisten sind zusammengebrochen! – Reinhard Kahl (SPD): Wer hat denn so etwas behauptet?)

Meine Damen und Herren, wir wollen Bürokratie auch dadurch abbauen, dass wir in unseren Antrag aufgenommen haben, die Landesregierung möge bitte prüfen, ob wir nicht auf das Hessische Mittelstandsgesetz von 1974 verzichten können, indem wir wirtschaftsfördernde Maßnahmen in Erlassen und Vorschriften regeln und indem wir – da komme ich noch einmal auf Sie zurück, Herr Denzin – die Subsidiaritätsklausel in § 121 der HGO eingeführt und damit den Weg dafür geebnet haben, dass der

privatwirtschaftlichen Erledigung von Aufträgen gegenüber der Kommunalwirtschaft der Vorzug gegeben wird.

(Beifall bei der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Was hat das mit Wettbewerb zu tun?)

All diese Erfolge, die ich hier aufgezeigt habe, sind messbar und werden auch von denjenigen honoriert, für die diese Politik gemacht wurde.

Lassen Sie mich abschließend nur noch auf einen Punkt eingehen, der mich ärgert. Im Kielwasser einer Kapitalismusdebatte, von der ich fest überzeugt bin, dass die neuen Wahlverlierer in Nordrhein-Westfalen sie im Mai schnell wieder einkassieren werden, weil sie erkennen, dass sie nicht zielführend ist und in einer globalisierten Wirtschaft nicht durchzuhalten ist, kommt es auch aus Hessen zu Boykottaufrufen. Die Menschen, die Sie zu Boykotten aufrufen, werden nicht selektieren zwischen den Großunternehmen, die Sie vielleicht meinen, und den mittelständischen Unternehmen, die durch die Not, die Sie mit herbeigeführt haben, gezwungen sind, Arbeitsplätze abzubauen. Diese Boykottaufrufe treffen den Mittelstand in einer Phase, in der er durch die Konsumzurückhaltung besonders stark gebeutelt ist.

(Hildegard Pfaff (SPD): Hören Sie doch mit den platten Thesen auf! – Silke Tesch (SPD): Der Mittelstand ist schlau genug!)

Dann können Sie ja durchaus behaupten, diese Boykottaufrufe gälten der Deutschen Bank und anderen. Ich sage Ihnen: Der unbedarfte Beobachter wird das alles auch auf viel, viel kleinere Betriebe beziehen. Dann ist es für den Inhaber der Bäckerei oder der Metzgerei, der durch die Not gezwungen war, Personal abzubauen, sicherlich kein Trost, wenn Sie ihm sagen: Das war friendly fire, und du bist das Opfer eines Kollateralschadens geworden.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt doch gar nicht!)

Nehmen Sie diese Politik der Boykottaufrufe, nehmen Sie diese Politik der verantwortungslosen Hetze zurück.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, für Hessen bleibt als Fazit festzustellen, dass es dem hessischen Mittelstand Gott sei Dank noch nicht so schlecht geht, dass er der Hilfe von SPD und GRÜNEN bedürfte. Der hessische Mittelstand weiß, dass er deshalb, weil Mittelstandspolitik in der Union in Hessen von Mittelständlern für Mittelständler gemacht wird, bei uns in guten Händen ist. Das wird auch so bleiben. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den Antrag hat doch die FDP gestellt!)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Williges. – Ich darf Frau Tesch für die SPD-Fraktion das Wort erteilen.

(Reinhard Kahl (SPD): Sie braucht jetzt längere Redezeit, um das alles zurückzuweisen! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war Mittelmaß zum Thema Mittelstand, sonst nichts!)

#### **Silke Tesch (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Herr Williges, wenn Sie es auch hundertmal wiederholen, „mit dem Meisterbrief an die Hochschulen“ ist einzig und allein das Verdienst der SPD.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU)

– Aber ganz allein. Sie wissen ganz genau, dass Sie es vor zweieinhalb Jahren noch abgelehnt haben. Wir haben es aufgegriffen und gefordert. Der Landtag hat es dann umgesetzt. Ich habe darüber mit einzelnen Menschen aller Fraktionen Gespräche geführt.

Das Zweite ist: Wir mussten Sie ebenfalls treiben bei der freihändigen Vergabe. Wir mussten Sie treiben bei den ÖPP-Modellen.

(Reinhard Kahl (SPD): So ist es! – Beifall bei der SPD)

Wenn wir Sie nicht treiben, wachsen Sie doch fest.

Die Kolleginnen und Kollegen von der FDP haben uns einen Antrag zur Stärkung des Mittelstands vorgelegt. Ich halte mich bei der Begriffsbestimmung des Mittelstands, ähnlich wie Herr Denzin, an die EU-Definition. Ihr Antrag beweist einmal mehr, dass die Landesregierung und der Wirtschaftsminister für kleine und mittlere Unternehmen bis heute noch kein Konzept vorgelegt haben. Wir und die KMU-Betriebe wissen nicht, wohin die Landesregierung will. Allerdings, meine Damen und Herren von der FDP, geht uns Ihr Antrag nicht weit genug. Er ist an verschiedenen Stellen undifferenziert und für uns inakzeptabel. Den privaten Leistungserbringern Vorrang vor denen der öffentlichen Hand einzuräumen konterkariert z. B. die Bemühungen für ÖPP-Modelle. Die FDP will naturgemäß so viel wie möglich privatisieren. Wir sind der Meinung, dass wir der Privatisierungswut der Landesregierung entgegenwirken sollten.

(Beifall bei der SPD)

Das Mittelstandsförderungsgesetz abzuschaffen ist das völlig falsche Signal. Andere Bundesländer haben es vor kurzem erst eingeführt oder sind dabei, es zu überarbeiten. Wir dürfen es nicht abschaffen, sondern müssen es modernisieren und permanent den Prozessen und Erfordernissen anpassen.

(Beifall bei der SPD)

Die CDU schiebt, wie immer, wenn es um Mittelstandspolitik geht, einen Dringlichen Antrag hinterher. Ihr Antrag beinhaltet, wie gewohnt, Lippenbekenntnisse und schmückt sich mit Ergebnissen, die die SPD vorangetrieben hat.

(Beifall bei der SPD)

Herr Boddenberg, ich hätte Sie gern als Sparringspartner gehabt, aber Sie haben sich ja verweigert. Von Regierungsseite viel Aktionismus, wenig sichtbare Erfolge. Die Zahlen in Hessen werden schlechter. Andere Länder haben ihren Spitzenplatz halten können. Sie rühmen die Hessen-Agentur als großen Wurf.

(Reinhard Kahl (SPD): Was hat sie bisher gemacht?)

Stellen Sie sich vor, Sie sind eine Person, die sich selbstständig machen will. Sie geben im Internet z. B. bei Google ein: Hessen, Förderprogramme, Existenzgründung. Was glauben Sie denn, wo Sie da landen? Bei der Um-



weltallianz, bei der IHK Frankfurt und beim Immobilien-Scout 24.

(Reinhard Kahl (SPD): Was?)

Bis Sie im Internet die Hessen-Agentur gefunden haben, ist es ein mühsamer Weg. Wenn Sie dann irgendwann bei der Hessen-Agentur gelandet sind, die Beratung anbietet,

(Reinhard Kahl (SPD): Die bereitet gerade eine Reise vor!)

stellen wir fest: Wenn es ums Geld geht, muss man sich an die IBH wenden. Hier erkennen wir doch den Unsinn der Trennung von Beratung von der monetären Hilfe. Hier wurde wieder einmal an der Realität vorbeigearbeitet.

(Beifall bei der SPD)

So viel zu Ihren wohlfeilen Angeboten und der Unterstützung von Existenzgründern.

Nun zum Kern Ihrer Anträge, der Stärkung des Mittelstands. – Herr Bouffier, Sie müssen ein bisschen leiser sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Minister Volker Bouffier: Ich bitte um Nachsicht!)

– Da kann man sich ja selbst nicht verstehen. – Ich möchte zum Kern, zur Stärkung des Mittelstands kommen. Die Bundesregierung hat die Stärkung des Mittelstands in den Vordergrund ihrer Politik gestellt. Alle Fördermaßnahmen und Unterstützungen aufzuzählen würde den heutigen Rahmen sprengen. Ich möchte Ihnen aber ein Beispiel nennen. Direkt vor meiner Haustüre sitzt ein kleines Unternehmen, ein kleiner Global Player, der die weltbesten Optikmaschinen herstellt. Mitarbeiter des Bundesforschungsministeriums sind darauf aufmerksam geworden, sind nach Steffenberg-Quotshausen gefahren – sicher kennt kaum einer hier den Ort in Mittelhessen – –

(Frank Gotthardt (CDU): Ich widerspreche Ihnen ungern, aber an der Stelle doch vehement!)

– Herr Gotthardt, Ihnen will ich es noch zugestehen. – Das BMBF hat sich die Arbeiten angeschaut und fördert dieses Unternehmen seit drei Jahren, und zwar mit dem Erfolg, dass dieser Unternehmer mit seinem Produkt erster auf dem Weltmarkt ist und permanent neue Leute einstellt. So kann es gehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen Instrumente in die Hand nehmen, die den Mittelstand unterstützen und aktivieren und nicht belasten. Was die mittelständischen Betriebe ausweist, ist doch, dass sie an sich wandelnde Märkte anpassungsfähig sind, Verantwortung und eine hohe Bereitschaft für die Ausbildung junger Menschen zeigen. Sie sind mit Abstand am innovativsten. Sie machen Marktnischen ausfindig. Sie fühlen sich der Region und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verpflichtet.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, was mittelständische Unternehmen derzeit am Erfolg hindert. Es hat sich gezeigt, dass hinter der Misere des Mittelstands weit mehr steckt als die objektiven Lasten durch Steuern und Abgaben. Zu 50 % ist es die Psychologie des Mittelstands. Vor allem anderen stört die Unternehmen die Bürokratie und Überregulierung – das kennen wir ja –, aber auch das derzeitige Konjunkturklima, die Finanzierungsproblematik und das Ausbildungsniveau der Nachwuchskräfte. Die Steuer- und Abgabenlast rangiert auf Platz drei. Das Gründungsklima muss dringend verbessert wer-

den. Nach wie vor entscheidet sich nur eine sehr geringe Anzahl deutscher Studienabgänger für die Gründung eines Unternehmens. Dies hat mit der Anerkennung des Berufs zu tun. Die Angst vor dem vermeintlichen Versagen ist in Deutschland weit höher als in anderen Ländern. Wer einmal Insolvenz angemeldet hat, ist bei uns in Deutschland unten durch. Andere Länder machen den Menschen Mut, in die Selbstständigkeit zu gehen und es eventuell erneut zu versuchen.

(Jürgen Walter (SPD): Ein ganz zentraler Punkt! – Beifall bei der SPD)

Eine Vertrauenskampagne zur Verbesserung des Unternehmerbildes in der Öffentlichkeit muss angestoßen werden. Dies ist zwar die ureigentlichste Aufgabe der Verbände, aber die Landesregierung kann hier Impulsgeber sein. Ökonomie hat viel mit Psychologie zu tun – das wissen wir seit Ludwig Erhard –, nicht nur bei den Konsumenten, sondern auch bei den Unternehmen. Die oberste Leitlinie eines Konzepts muss sein, kleine und mittlere Unternehmen gezielt, schnell und entschlossen zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen eine neue Aufbruch- und Gründerstimmung erzeugen, die Menschen ermutigt, in die Selbstständigkeit zu gehen. Mit Ihrem selbstzerstörerischen Gerede, meine Damen und Herren, dass Deutschland am Ende sei, fördern Sie die Misstimmung in unserem Land.

(Beifall bei der SPD)

Am 22. September 2004 hat Herr Dr. Rhiel in Rotenburg einen Vortrag über Regionalpolitik gehalten. Darin sind einige gute, von uns vorgeschlagene Themen aufgegriffen worden. Was ist daraus geworden? Wieder ein Papierchen ohne Folgen, Herr Rhiel.

Zurzeit werden wir mit Ihren teuren Broschüren überhäuft, die dokumentieren sollen, die Landesregierung tue etwas für die Wirtschaft.

(Zuruf des Ministers Dr. Alois Rhiel)

– Hören Sie mir doch einmal kurz zu. – Können Sie sich eigentlich vorstellen, wie diese Broschüren auf die Unternehmen wirken? Die meisten werden nicht einmal die Zeit haben, sie zu lesen. Für wen sind sie eigentlich gedacht? Sind Sie der Meinung, dass die Unternehmen das ernst nehmen? Politik für kleine und mittlere Unternehmen setzt eine effiziente regionale Wirtschaftspolitik voraus. Meine Damen und Herren, wer Regionen nicht definiert, der schwächt das wirtschaftliche Potenzial.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Regionale Wirtschaftsförderung benötigt Kompetenznetze mit dem Ziel, Arbeitsplätze in der Region zu schaffen und zu erhalten. In diesen Netzwerken müssen alle arbeitsmarktpolitischen Institutionen und Verbände zu einer Koordinierungsstelle zusammengeschlossen werden. Ziel des Wirtschaftsministers muss sein, die gleichwertige Entwicklung aller Regionen zu gewährleisten. Wir vermissen von der Landesregierung – und im Besonderen vom Wirtschaftsminister – ein Konzept, wie sie sich wirtschaftlich in den Regionen für die kommenden Jahre aufstellt.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen wieder Nummer eins in Deutschland und in Europa werden. Herr Riebel leuchtet in Berlin nicht als Leuchtturm, sondern als Windlicht. Wo ist er denn heute wieder?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Was tun Sie denn dafür, Hessen die Leuchtkraft wieder zu geben? Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, wir hören tagtäglich von Ihnen, dass Deutschland im weltweiten Wettbewerb nicht standhalten könne, dass unsere Löhne zu hoch seien, dass wir zu wenig arbeiteten, dass wir zu viele Urlaubstage hätten und dass die Steuerlast zu hoch sei. Schlicht: Wir seien zu faul und zu teuer. Ich finde das unverschämt.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Geschürt werden diese Meldungen von Verbänden, von Parteien mit dem großen C davor, von CDU-nahen Stiftungen, die uns in ihren Studien ständig sagen, wie schlecht wir seien. Sie machen uns demütig, sie nehmen uns unser Selbstwertgefühl, sie machen uns Angst. Nicht nur uns Bürgerinnen und Bürgern nehmen sie den Mut, sondern den kleinen und mittleren Unternehmen ebenfalls. Dies führt auch zu Konsumverzicht und hemmt Investitionen.

(Jürgen Walter (SPD): Genau so ist es!)

Mit Ihrem selbstzerstörerischen Gerede, dass Deutschland am Ende sei, fördern Sie die Missstimmung und schaden dem Standort. Schauen wir es uns doch einmal von außen an. Europäische Studien und sogar das DIW sprechen eine ganz andere Sprache, deren Analysen sind nicht schwarz gefärbt.

(Beifall bei der SPD)

Dort lesen wir, dass die Deutschen im Durchschnitt in Vollzeit 42,4 Stunden die Woche arbeiten, dass jede dritte Überstunde nicht bezahlt wird, dass die Deutschen weniger Urlaub nehmen, als im Tarifvertrag steht, und dass der Krankenstand so tief ist wie seit 1970 nicht mehr. Das muss man sich doch einmal vorstellen. Die großen Konzerne verdienen unverschämt gut, aber sie investieren zu wenig, und wenn, im Ausland.

Wir hören vonseiten der CDU und der FDP immer wieder, dass die Lohnnebenkosten zu hoch seien. Ich möchte Ihnen ein praktisches Beispiel nennen, was die Unternehmen vonseiten des Herrn Kohl auszuhalten hatten. Hören Sie zu, Herr Boddenberg, Herr Reif. Zu der Zeit waren auch Sie selbstständig. Die Krankenversicherung lag teilweise über 15 %. Zu Zeiten des guten Mannes aus Oggersheim stiegen die Rentenversicherungsbeiträge auf 20,3 %.

(Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

Hinzu kamen die Pflegeversicherung und der Solidaritätszuschlag. Zum guten Schluss hatten wir noch die deutsche Einheit zu verkraften, die ein Handeln der Sozialversicherungsträger fast unmöglich machte. In dieser verfehlten Politik liegt doch das ganze Übel.

(Beifall bei der SPD)

Aber wenn wir über Lohnnebenkosten reden – –

(Frank Gotthardt (CDU): Das erzählen Sie in 20 Jahren auch noch!)

– Herr Gotthardt, ich glaube, Sie waren noch nicht selbstständig. Sie können da überhaupt nicht mitreden.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Frank Gotthardt (CDU): Jeden Tag könntet ihr es ändern! Da macht ihr Kapitalismuskritik und Diskussionen, der Kanzler trägt Brioni-Anzüge!)

– Herr Gotthardt, hören Sie mir doch einmal zu. Nicht Sie haben das Wort, ich habe das Wort.

(Clemens Reif (CDU): Als Selbstständige müssen Sie doch für Ihre Altersversorgung selbst sorgen! Das wissen Sie doch!)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Ich bitte um etwas mehr Ruhe, damit Frau Tesch zu allen sprechen kann und alle sie hören können.

(Frank Gotthardt (CDU): Wir können uns hier doch nicht allen Stuss gefallen lassen!)

Frau Tesch, Sie haben das Wort.

#### **Silke Tesch (SPD):**

Wenn wir über Lohnnebenkosten reden, darf man die Produktivität nicht verschweigen. Unsere Produktivität ist gut, sogar sehr gut. In England beispielsweise liegt die Wochenarbeitszeit bei 43 Stunden. Bei der Produktivität finden wir England am unteren Ende der Skala. Viele Studien belegen, dass in Deutschland die Arbeiterinnen und Arbeiter besser ausgebildet sind und anspruchsvollere Tätigkeiten ausüben können als ihre Kollegen in England oder den USA. Das zeigt, was unsere Unternehmen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern leisten. Seit 15 Jahren sind die Lohnnebenkosten nicht gestiegen, aber die Produktivität hat doch zugenommen.

Aber die Beschäftigten in den Konzernen haben nicht davon profitiert. Die Klagen der DAX-Unternehmen und der Arbeitgeberlobby haben doch Früchte getragen. Deutschland ist besser als sein Ruf, sagt ein Schweizer Wissenschaftler. Wir haben 4,9 Millionen Arbeitslose, davon 1,7 Millionen in den neuen Bundesländern. Trotz dieser Hypothek liegt die Beschäftigungsquote bei gut 64 %. Wir sind die drittgrößte Volkswirtschaft auf der Welt. Wir schultern enorme Lasten durch die Wiedervereinigung und die europäische Integration, und wir tun das auch gern. Kein anderes Land der EU hätte diese Herkulesaufgabe gemeistert.

(Beifall bei der SPD)

Diese Leistung muss doch anerkannt werden. Sicher wurden weltweit 22 Millionen Industriejobs vernichtet, davon allein 11 Millionen in den USA. Die Frage lautet doch nicht: „Wie lässt sich das verhindern?“, weil jeder, der real denken kann, weiß, das lässt sich nicht verhindern, sondern: „Wie lässt sich dieser Verlust ausgleichen?“ – Einmal dadurch, dass wir mehr in Bildung und Forschung investieren, und zum anderen dadurch, dass wir nicht überall sparen und den Menschen wieder Hoffnung und Selbstbewusstsein geben. Die Jobs fallen bei uns im Wesentlichen da weg, wo der heimische Markt zusammengebrochen ist: im Einzelhandel, im Handwerk und in der Bauwirtschaft. Dies zu ändern liegt auch in unserer Macht.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen lassen sich verunsichern, und die, die konsumieren könnten, tun es nicht. Meine Damen und Herren von der CDU, erzählen Sie nicht permanent die Unwahrheit, verunsichern Sie nicht die Menschen, sondern machen Sie ihnen Mut für die Zukunft. Wir brauchen keinen Papieraktionismus, sondern konkrete Unterstützung. Hierfür möchte ich Ihnen einige wenige Beispiele nennen.

Wir brauchen ein regionales Management, Unterstützung bei Kreditfinanzierung, weil vielerorts ansässige Banken einfach die Fördermittel nicht weitergeben. Wir brauchen den Einsatz von mezzaninem Kapital – ein neues Förderinstrument zur Stärkung der Eigenkapitaldecke, eine direkte Nachrangfinanzierung –, eine Spezialeinheit für Unternehmen, die in schweres Fahrwasser geraten sind. Andere Bundesländer haben diese Task-Force schon lange. Wir brauchen mehr technologische und kommunale Kompetenzzentren, die Kräfte vor Ort bündeln und Gründungen erleichtern.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Tesch, Sie müssen zum Schluss kommen, die Redezeit ist zu Ende.

(Silke Tesch (SPD): Das ist aber bedauerlich! – Beifall bei der SPD)

– Ich muss Sie trotzdem darauf hinweisen.

**Silke Tesch (SPD):**

Meine Damen und Herren, ich werde jetzt meinen Schlusssatz sagen. Ich erkenne bei den Willensbekundungen der Landesregierung und ihren konkreten Vorschlägen doch einige Schnittmengen. Lassen Sie uns im Ausschuss darum ringen, wie wir unseren Betrieben und somit allen Bürgerinnen und Bürgern das Leben und Arbeiten erleichtern können. Herr Rhiel, packen Sie es an, lassen Sie sich nicht ständig aus der Staatskanzlei dirigieren.

(Gerhard Bökel (SPD): Hören Sie auf uns!)

Werden Sie endlich aktiv, und fangen Sie an zu regieren. Sie haben nur noch knapp drei Jahre. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Tesch. – Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Boddenberg das Wort.

**Michael Boddenberg (CDU):**

Herr Präsident! Frau Tesch, ich tue Ihnen gern den Gefallen und will mich der Debatte nicht entziehen. Ich will Ihnen auch die Gelegenheit geben, gleich noch etwas zu sagen. Vielleicht führen Sie dann das zu Ende, was Sie noch sagen wollten.

Frau Tesch, eines wird übersehen. Es wird übersehen, dass das größte Problem in unserem Land, das auch der Mittelstand hat, die Unsicherheit ist. Zu dieser Unsicherheit tragen nicht etwa Oppositionsparteien in Berlin bei, die zu Recht ihre Aufgabe wahrnehmen, sondern zu dieser Unsicherheit und Verunsicherung trägt in allererster Linie

eine Bundesregierung bei, die einen Schlingerkurs fährt, wie man ihn schlimmer nicht fahren kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie können doch als Bundeskanzler nicht 1998 die neue Mitte propagieren und sagen: „Wir sind jetzt die neue mittelstandsfreundliche Bundesregierung, oder wir wollen dies werden“, um sich dann mit entsprechenden Unternehmern zu schmücken. Ich erinnere mich noch an große doppelseitige Wahlkampfanzeigen mit Initiativen von Unternehmern, die zwischenzeitlich alle weggelaufen sind, weil sie gemerkt haben, dass sie gerade einmal dafür gut waren, für wenige Wochen im Wahlkampf aktiviert zu werden. Danach haben Sie angefangen, systematisch mittelstandsfeindliche Politik zu machen.

(Silke Tesch (SPD): Das stimmt doch überhaupt nicht! Gucken Sie sich doch einmal die Steuersätze an!)

Sie haben die 400-€-Jobs abgeschafft, seinerzeit ein wichtiges Instrument für den Mittelstand, mit mehr Flexibilität auf Arbeitsmarkt- und Umsatzveränderungen zu reagieren, als es danach der Fall war. Sie haben das Betriebsverfassungsgesetz geändert. Das können Sie alles tun. Aber Sie dürfen sich doch dann nicht wundern, dass sich Unternehmen von einem Mehr an Bürokratie eher abschrecken lassen, als dass sie sich befördert fühlen.

(Reinhard Kahl (SPD): Wir haben die steuerliche Belastung der Unternehmen deutlich gesenkt!)

Jetzt, nachdem Sie merken, dass das alles nichts hilft, dass Sie es sich im Grunde mit allen verdorben haben, aber auch mit den Sozialisten in Ihren Reihen, rudern Sie zurück und beginnen eine Debatte, mit der Sie glauben, noch kurz vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen punkten zu können. Diesen Schlingerkurs nehmen Ihnen die Menschen übel. Dieser Schlingerkurs führt dazu, dass die Sparquote in Deutschland bei über 10 % liegt, während sie in den USA bei 2,5 % liegt. Ich freue mich, dass die Leute sparen. Aber ich glaube, dass es in dieser Größenordnung unserer Konjunktur nachhaltig schadet. Deswegen braucht dieses Land eine Bundesregierung, auf die Verlass ist. Ich gehe davon aus, dass es im nächsten Jahr eine andere Bundesregierung sein wird.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Boddenberg, die zwei Minuten sind um.

**Michael Boddenberg (CDU):**

Eine letzte Bemerkung, Herr Präsident, wenn Sie gestatten, weil der Punkt von Frau Tesch angesprochen war.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Aber eine sehr knappe, weil wir für die Kurzintervention zwei Minuten Redezeit vereinbart haben.

**Michael Boddenberg (CDU):**

Ich will nur mit einem Satz andeuten: Über das Thema PPP reden wir noch im Ausschuss. Da gibt es einige Themen, die wir mit Blick auf mittelständische Interessen noch besprechen müssen. Insofern bin ich dankbar, dass Sie das hier ansprechen und gemeinsam mit uns einen Schritt vorankommen wollen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Herr Boddenberg. – Frau Tesch, Sie haben Gelegenheit zur Antwort. Bitte schön.

**Silke Tesch (SPD):**

Herr Boddenberg, Sie haben von der Verunsicherung gesprochen, die die Unternehmen schwächt. Sie haben an dieser Stelle zwei Minuten verunsichert. Sie haben wieder keine konkreten Vorschläge gebracht,

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

wie dieses Land wieder auf die Füße kommt. Wo stehen wir denn mittlerweile? Aber wahrscheinlich sollen wir es so machen, wie es Herr Williges gesagt hat: Hilfe zur Selbsthilfe, und das Land zieht sich zurück und macht überhaupt nichts.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Frau Tesch. – Als Nächste hat Frau Schönhut-Keil für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man sich die beiden Anträge, die heute vorgelegt worden sind, anguckt, kann man als Erstes feststellen: nichts Neues bei CDU und FDP.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie bürden uns jetzt zum x-ten Mal eine Mittelstandsdebatte auf, die an Plattitüden und Plattheiten nicht zu überbieten ist. Herr Denzin hat sich in seiner Rede wenigstens noch bemüht, inhaltlich zu werden. Das hat man ein Stück weit auch gemerkt. Wenn es aber darum geht, das akute Regierungshandeln bei der Mittelstandsförderung zu bewerten, kann ich nur sagen: in Hessen Fehlzanzeige.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Williges und Herr Kollege Boddenberg, ich sage Ihnen auch, woran das meiner Meinung nach liegt. Sie bewegen sich hier als Meister aller Zünfte durch die Gegend, die immer nach Veränderung und Revolution rufen, wenn es aber dann konkret wird, höchstens einmal das Fenster klappen, um ein bisschen frische Luft hereinzulassen. So wird das nichts.

Herr Kollege Williges, was mich im Übrigen wirklich ärgert hat: Sie haben die tolle Formulierung „Hilfe zur Selbsthilfe“ benutzt, um uns ausgerechnet in Verbindung mit dem Beispiel Transrapid wieder einmal vorzuwerfen, wir seien technologiefeindlich. Meine Damen und Herren, wir sind in keinsten Weise technologiefeindlich.

(Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

Aber Sie wissen genauso gut wie ich, dass die 3 Milliarden €, die damals für die Teststrecke notwendig gewesen wären, in dieser Situation von niemandem hätten getragen werden können. Das war der Punkt.

(Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Wir haben immer gesagt: Wir sind nicht gegen die neue Technologie, aber wir sind dagegen, dass der Bund alle Kosten selbst übernimmt. Die Investoren haben nicht gerade Schlange gestanden. Das ist das eigentliche Problem bei dieser Technologie gewesen. Deswegen muss man sich einmal fragen, was überhaupt Neues drin steht. Es ist eine Grundweisheit der Wirtschaftspolitik, dass die kleinen und mittleren Unternehmen flexibler sind als die großen. Es entspricht der simplen Logik, dass die neuen Unternehmen auch diejenigen sind, die neue Ideen als Erstes umsetzen. Die Wettbewerbspolitik muss deswegen dafür sorgen, dass die Kleinen und natürlich auch die neuen Unternehmen ihre Marktchancen bekommen.

Herr Wirtschaftsminister, weil Sie gerade „sehr gut“ sagen: Wenn es dann konkret wird – da komme ich wieder mit der Novellierung des Handwerksrechts, hier schon vielfach diskutiert –, wollen Sie doch alles so lassen, wie es bei den Zünften war. Sie haben bestritten, dass die Handwerksordnung eine ungerechtfertigte Marktzutrittschranke für neue Unternehmen darstellt. Meine Damen und Herren, gegen beträchtliche Widerstände hat Bundeswirtschaftsminister Clement den umfassendsten Liberalisierungsschritt im Handwerksrecht seit 1953 durchgesetzt. Sie waren dagegen. Das will ich hier einmal ganz klar festhalten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Silke Tesch (SPD))

Ich denke, dass man die positiven Sachen, die es gibt, zur Kenntnis nehmen muss. Es gibt viele Zeitungsartikel, die belegen, dass durch die neue Handwerksordnung für viele Menschen der Sprung in die Selbstständigkeit gelungen ist. Das finde ich erst einmal positiv. Ich denke, wir brauchen in diesem Land mehr von solcher Kreativität, die ausstrahlt und Kreise zieht. Deswegen ist die Novellierung der Handwerksordnung ein Beispiel dafür, dass dies über die Regulierung erreicht werden kann und eben nicht durch das angstvolle Beharren derjenigen, die als Lobbyisten in eigener Sache unterwegs sind.

Einen Punkt will ich an der Stelle aber gar nicht verleugnen. Natürlich lädt Freiheit auch zum Missbrauch ein. Es bleibt auch nicht aus, dass die Liberalisierung im Handwerksrecht ausgenutzt wird. Meine Damen und Herren, keinesfalls aber ist jeder ausländische Unternehmensgründer ein Scheinselbstständiger, der sich hier zu Niedriglöhnen verdingen möchte. Keinesfalls ist jeder, der sich ohne formelle Berufsausbildung selbstständig macht, ein Pfuscher. Aber selbstverständlich gibt es solche Fälle. Auf Missbräuche dieser freiheitlichen Regelung müssen der Markt und der Staat reagieren. Aber das kann doch kein Argument gegen die Dynamik sein, die wir dringend brauchen und die wir uns durch eine Öffnung der Märkte verschaffen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zu einem weiteren Punkt, der in Ihrem Antrag auftaucht. Die Förderung des Mittelstandes gerät auch anderswo mit der Bekämpfung von unlauterem Wettbewerb und Korruption in einen Zielkonflikt. Ich möchte dies an einem Beispiel erläutern, das auch in den beiden uns vorliegenden Anträgen erwähnt wird. FDP und CDU möchten die Bedingungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge mittelstandsfreundlich aus- und umgestalten. Dazu gibt es auch eine Presseerklärung aus dem Hause des Wirtschaftsministers, in der Herr Rhiel darauf hin-

weist, dass kleinere öffentliche Bauaufträge künftig direkt von den Verwaltungen der Kommunen und des Landes an Bauunternehmer vergeben werden können. Wenn der geschätzte Auftragswert unter 25.000 € ohne Mehrwertsteuer liege, sei kein formelles Vergabeverfahren mehr erforderlich. – So weit zum CDU-Antrag.

Meine Damen und Herren, jeder Gemeindevertreter oder Stadtverordnete, der sich schon einmal über die Bürokratie bei der Vergabe von Klein- und Kleinstaufträgen geärgert hat, wird dies begrüßen. Auch wir begrüßen das. Aber natürlich müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, dass weniger formale Vergabeverfahren die Möglichkeit zur Korruption erleichtern. Wie so oft, wenn wir Lenins Spruch bürgerfreundlich verdrehen und sagen: „Kontrolle ist gut, Vertrauen ist besser“, werden wir hinnehmen müssen, dass ein Vergabeverfahren nach diesem Motto zwar in vielen Kommunen problemlos laufen wird, in einzelnen Kommunen aber auch schief gehen kann.

Die Union spricht das wirklich wichtige Problem der Finanzierung mittelständischer Unternehmen an. Wir haben es vorgestern besprochen. Natürlich bemühen sich die Förderbanken von Bund und Land, also sowohl die KfW-Mittelstandsbank als auch die IBH, darum, innovativen Unternehmen den Start neuer Produkte oder Produktionstechniken zu finanzieren. Natürlich nehmen auch die Sparkassen ihre Aufgabe nach § 2 des Sparkassengesetzes durchaus ernst, den Kreditbedarf des Mittelstandes in der Region zu befriedigen. Auch die Genossenschaften sind flächendeckend verbreitet und haben ein offenes Ohr für ihr mittelständisches Publikum.

Meine Damen und Herren, viele Existenzgründer, Freiberufler und Handwerker beklagen sich aber darüber, dass die Banken nach wie vor Kredite in ausreichendem Umfang verwehren. Ich denke, da müssen wir hinschauen, dass für bestimmte Banken ganze Branchen nicht oder nicht mehr als kreditwürdig gelten. Ich habe den Verdacht, dass das Argument Basel II sehr oft ein willkommener Vorwand für die Banken ist, jedem Risiko aus dem Weg zu gehen. Wie ich vorgestern schon gesagt habe: Bei kleinen und mittleren Unternehmen kann Kapitalmangel dazu führen, dass notwendige Investitionen unterbleiben und dringend benötigte Arbeitsplätze nicht geschaffen werden. Meine Damen und Herren, da müssen wir entsprechend reagieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, was mich wieder geärgert hat, ist das ewig wiederkehrende Mantra der FDP: „Senkung der Steuerlast und der Arbeitskosten“. Frau Tesch hat bereits darauf hingewiesen, dass Deutschland zu den Ländern mit der niedrigsten Steuerquote gehört. Die Haushaltsdebatten im Landtag und anderswo zeigen vielmehr, dass der Staat unterfinanziert ist. Das ist unser eigentliches Problem. Sie können sich die ganzen Debatten sparen, wenn Sie sich das Ergebnis anschauen. Herr Denzin, die Bundesregierung hat in dieser Fragestellung reagiert.

(Silke Tesch (SPD): Ganz genau! – Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

Es stimmt nicht, dass es keine Mittelstandsförderung der Bundesregierung gibt. Es wurde immer gesagt: „Die Steuern müssen runter“. Was hat die Bundesregierung gemacht? Der Eingangsteuersatz wurde von Rot-Grün von 23,9 % im Jahr 2009 auf jetzt 15 % abgesenkt. Das ist eine alte Forderung von Ihrer Seite.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nie gemacht!)

– So ist es. – Der Spitzensteuersatz wurde gleichzeitig von 53 auf 42 % reduziert. Diese Senkung bei der Einkommensteuer kommt jedem Einzelunternehmen und jedem Mitinhaber einer Personengesellschaft zugute. Herr Denzin, das wollen Sie nie hören.

(Michael Denzin (FDP): Doch!)

Aber ich kann Ihnen die Wahrheit nicht ersparen. Das tue ich auch nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir bedauern, dass es im Jahr 2003 durch das Gewirr zwischen den Interessen des Bundes, der Länder und der Kommunen nicht zu einer umfassenden Reform der Gewerbesteuer kam. Trotzdem sind Einzelunternehmen und Personengesellschaften bereits jetzt von der Gewerbesteuer entlastet, weil sie die Gewerbesteuer weitgehend auf die Einkommensteuer anrechnen dürfen. Meine Damen und Herren, ein Ergebnis des Jobgipfels ist übrigens, dass die Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer weiter verbessert werden soll.

(Heinrich Heidel (FDP): Toll!)

Mittelständler, die trotz allem ausrechnen, dass sie mit einer Kapitalgesellschaft besser fahren, können eine GmbH gründen. Denn ein weiteres Ergebnis des Jobgipfels ist, dass unter anderem die Gründung einer GmbH vereinfacht werden soll.

Meine Damen und Herren, in drei Punkten möchte ich somit die Argumentation der FDP modifizieren. Nicht die Steuerlast ist zu hoch, sondern unser Steuersystem ist zu kompliziert.

(Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

Eine Steuervereinfachung würde allen Bürgern nutzen. Sie wäre auch ohne Zweifel eine besondere Wohltat für die Selbstständigen. Die Steuerlast weiter abzusenken würde dazu führen, dass dringend notwendige Investitionen in die Bildung und in die Infrastruktur unterbleiben. Das ist genau der Punkt. Deswegen können wir uns das nicht leisten. Herr Denzin, auch das wollen Sie nicht hören. Sie sprechen immer von der „Steuerreform auf einem Bierdeckel.“ Sie sind uns aber immer noch die Antwort schuldig geblieben, wie Sie das Ganze finanzieren wollen. Das haben Sie nie beantwortet. Herr von Hunnius, in Zeiten, in denen der Staat kein Geld hat, kann man es sich nicht so einfach machen. Dann können Sie sich höchstens die Zahl 18 auf beide Augen kleben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Genau so ist es doch. Das habe ich am Anfang schon erwähnt. Sie erheben Ihre immer währende Forderung nach Bürokratieabbau in Gestalt von Regulierungsdichte und Verwaltungsvereinfachung – und was sonst noch an Schlagwörtern durch die Gegend geistert. Ich und mit mir wahrscheinlich alle hier im Raum sind dafür, jede unnötige Bürokratie restlos zu entfernen. Das Problem ist aber, dass wir uns nicht darüber einig sind, was als unnötig betrachtet wird. Ich hege den Verdacht, dass es mit dem Bürokratieabbau so lange nichts wird, solange Bürokraten auch klären sollen und müssen, was unnötig ist und was nicht. Sie haben als Beispiel das so genannte Mittelstandsgesetz genannt. Ich bin seit 14 Jahren im Landtag. Das Ge-

setz ist mir noch nicht sonderlich oft untergekommen. Vielleicht liegt es daran, dass es erst seit 1974 in Kraft ist. Ich weiß es nicht.

Herr Rhiel, wir sind dabei. Wir prüfen gern, ob man da etwas ändern kann. Es kann nicht sein, dass wir gesetzliche Regelungen haben, nach dem Motto: Es schadet nichts, es nützt aber auch nichts. – Wenn ich höre, dass die EDV verbessert werden soll, dann ist zu sagen, dass das 1974 wahrscheinlich eine radikale Revolution gewesen ist, heute eher weniger. Wir sind dabei. Wir können gerne darüber nachdenken. Aber ansonsten sage ich: Wenn Sie Maßnahmen durchführen – was die Landesregierung auch schon gemacht hat – wie die Umbenennung des Faches Sozialkunde in das Fach Politik und Wirtschaft: Damit ist noch nichts gewonnen. – Das wissen Sie auch. Die Umfirmierung eines Sozialkundefahrers in einen Lehrer für Wirtschaft und Politik bleibt wirkungslos, solange sich in der Lehrerbildung und Lehrerweiterbildung nichts ändert. Wir sind Ihnen aber gerne behilflich, Sie entsprechend zu briefen, wie man das richtig macht.

Meine Damen und Herren, eingangs habe ich gefragt, was in Ihren Anträgen wirklich neu ist. Meine Antwort lautet nun: Im Verhältnis zur Textlänge ist der Gehalt an neuen Ideen bescheiden. Dafür finden wir in erheblichem Umfang Leerformeln.

Ein schönes Beispiel möchte ich Ihnen nicht vorenthalten. Unter Nr. 5 im Antrag der Union dürfen wir lesen:

Der Landtag hat zum Ziel, den Mittelstand durch weitere Maßnahmen zu entlasten und die notwendigen Freiräume zu geben, um sich gemäß den Anforderungen und Bedürfnissen entfalten zu können.

Meine Damen und Herren, diesem Satz kann nun wirklich jeder zustimmen. Er passt im Übrigen nicht nur auf den Mittelstand, sondern er lässt sich genauso gut auf andere Bereiche übertragen. Sein Nachteil ist, er ist völlig inhaltsleer und sagt überhaupt nichts aus.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Conclusio: Dem Mittelstand helfen wir weder durch Leerformeln noch durch rituelle Debatten. Wir helfen dem Mittelstand nur durch konkrete Schritte, z. B. dadurch, dass wir den Weg in die Selbstständigkeit erleichtern, wie das die Bundesregierung mit der Novelle der Handwerksordnung getan hat. Lassen Sie uns weitere Hemmnisse beseitigen, die den Weg in die Selbstständigkeit blockieren. Das lohnt sich für die Menschen, die diesen Weg mit Kreativität und Engagement gehen möchten, und es lohnt sich für die Volkswirtschaft insgesamt. Ein bisschen weniger Pessimismus, ein bisschen mehr Optimismus wäre in dieser Frage nicht verkehrt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Zu einer Kurzintervention erteile ich zunächst Herrn Abg. Williges das Wort.

#### **Frank Williges (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will in der gebotenen Kürze drei Steine, die die Frau Kollegin Schönhut-Keil aus der Mauer geschoben hat, wieder zurückschieben.

Frau Kollegin, ich hoffe, Sie nehmen mit Freude zur Kenntnis, dass ich heute Ihren Namen richtig ausspreche.

(Heiterkeit)

Im Gegensatz zu Ihnen habe ich als Unternehmer gelegentlich öffentliche Ausschreibungen zu bearbeiten. Ich kann Ihnen sagen, der Bürokratieaufwand, der selbst bei Kleinstaufträgen betrieben wird, steht in keinem Verhältnis zu den Ergebnissen.

Zweitens. Sie sagen, öffentliche Ausschreibungen verhindern per se das Auftreten von Korruption. Die Vergangenheit hat uns eines Besseren belehrt. Ich bin der festen Überzeugung, wenn wir in verantwortungsvoller Weise Ermessensspielräume bei freihändigen Vergaben eröffnen, dann werden diejenigen, die die Verantwortung tragen, mit diesen Ermessensspielräumen sehr sorgfältig umgehen.

Lassen Sie mich noch etwas zur Reform der Handwerksordnung sagen. Das gilt für Reformen grundsätzlich. Sicherlich sind Reformen notwendig, aber wenn Reform, wie in diesem Falle bei der Handwerksordnung, dazu führt, dass ein funktionierender Wirtschaftszweig dauerhaft stark geschädigt wird, dann muss man doch die Reform infrage stellen. Die Art und Weise, wie Sie Reformen durchführen, hat dazu geführt, dass die Menschen in diesem Staat Reformen inzwischen als Bedrohung und nicht als Beglückung empfinden.

Lassen Sie mich am Schluss noch einen Punkt nennen. Sie erwecken den Eindruck, als sei der Transrapid deshalb gescheitert, weil die Finanzierung nicht sicherzustellen war. Das Gegenteil ist der Fall. Ich hatte ab 1993 Gelegenheit, gemeinsam mit Ihrem Landesvorsitzenden Matthias Berninger im Kreistag des Landkreises Kassel zu sitzen. Schon zum damaligen Zeitpunkt haben Berninger und andere von den GRÜNEN den Transrapid bekämpft. Das haben Sie über die Jahre hinweg konsequent beibehalten mit dem Erfolg, den Sie am Ende gehabt haben. Das hatte mit der Finanzierung nichts zu tun. Das hatte mit Ideologie zu tun, weil Sie meinten, die Rad-Schiene-Technik, eine Erfindung des 19. Jahrhunderts, sei auch für das 21. Jahrhundert das einzig Zielführende und zu Realisierende.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Eine weitere Kurzintervention, Herr Kollege Denzin.

(Widerspruch des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

#### **Michael Denzin (FDP):**

Das hatte nichts damit zu tun, Herr Kollege Williges, und fast alles andere, was die Kollegin Schönhut-Keil hier vorgetragen hat, hat zumindest mit der Wahrheit nichts zu tun.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Bemerkung hat gepasst: nämlich die zu dem Riesenanteil der GRÜNEN an unserer Bürokratie.

(Beifall bei der FDP)

Nun zu den Vorwürfen zum Thema Steuern. Es ist geradezu ein Witz: Mein Hauptvorwurf war die Unüberschaubarkeit des Steuersystems, das wir haben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie lange haben Sie mitregiert und daran gearbeitet, es immer komplizierter zu machen, Herr Kollege?)

– Herr Kollege, wie Sie aus eigener Erfahrung wissen, kann man sich als kleinerer Koalitionspartner nicht immer durchsetzen. Das haben doch auch Sie schon erlebt.

(Beifall bei der FDP – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben jede Menge Steuererhöhungen mitgemacht!)

Frau Schönhut-Keil, Sie meinten, unsere Steuerreformvorschläge damit diskreditieren zu können, dass Sie sagten, wir hätten keine Gegenfinanzierung. Ich liefere Ihnen und auch dem ganzen Ausschuss – wenn es ihn interessiert – das gesamte Papier mit der kompletten Gegenfinanzierung. Das gibt es seit zwei Jahren.

(Beifall bei der FDP – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Rechnung stimmt aber nicht, Herr Kollege! Das ist Gesundheitsbeterei!)

– Das ist keine Gesundheitsbeterei. Sie sollten in der Lage sein, Tatsachen entgegenzunehmen, und sollten nicht immer in Ihren Wunschgebilden, in Ihren Denkgemäuern hängen bleiben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das bezieht sich auf Ihr Steuerkonzept! Da sollten Sie aus dem Wunschdenken herauskommen!)

Was die Kritik an den Steuersätzen angeht: Es ist zutreffend, dass die Körperschaftsteuersätze gesenkt worden sind. Nur, in der Wirkung sind sie noch nicht da, wo sie sein müssten.

Das zweite Hauptproblem sind die hohen Grenzsteuersätze, die wir haben.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, für das, was Sie zusätzlich an Einkommen erzielen, zahlen Sie unverhältnismäßig mehr Steuern. Damit werden Leistungsanreize genommen.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb wäre es das Beste, wenn man eine Flat-Tax einführen würde, dann hätten wir diese Probleme nicht mehr. Darüber muss man aber sicherlich noch länger nachdenken. Ob Ihnen das gelingt, bezweifle ich.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Michael Denzin (FDP):**

Herr Präsident, das passt wunderbar, weil es mir nur darum ging, diese Chimären zurückzuweisen.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Kaufmann, Sie haben Recht. Herr Denzin hat sich nach Ablauf der Redezeit gemeldet. Ich habe aber die Begegnung der Rednerin mit den Interventionis-

ten noch akzeptiert. Sie haben aber Recht: Ich hätte Herrn Denzin nicht das Wort geben dürfen.

Bitte schön, Frau Schönhut-Keil.

**Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Denzin, ich antworte Ihnen ganz kurz. Sie haben sich wieder redlich bemüht und trotzdem keine der Detailfragen, die ich angesprochen hatte, beantwortet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es nützt nichts – ich sage es Ihnen noch einmal –, ein sehr vereinfachtes Steuersystem zu fordern und die Gegenfinanzierung schuldig zu bleiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Denzin (FDP): Das haben wir doch!)

– Nein, ich habe das sehr ausführlich verfolgt, auch das, was wir diskutiert haben.

Zweitens. Herr Williges, ich weiß sehr genau, welche Problematiken es bei öffentlichen Ausschreibungen gibt. Ich habe als Verwaltungsleiterin eines Forschungsinstituts gearbeitet und weiß, welche bürokratischen Hemmnisse zu schultern sind. Ich bin mit Ihnen immer einer Meinung, wenn es darum geht, unsinnige Bürokratien abzubauen. Sie haben mich offensichtlich vollkommen missverstanden. Man muss dann aber einfach in Kauf nehmen, dass man größere Lücken in der Regelungsdichte hat, die eventuell die Korruption fördern und zu Ergebnissen führen, die man nicht haben möchte. Das habe ich gesagt. Insofern haben Sie mich völlig falsch verstanden. Vielleicht hören Sie im Moment besser zu.

Drittens. Sie wiederholen ein Märchen, solange es das Thema Transrapid gibt. Ich sage es noch einmal: Die GRÜNEN waren weder gegen den Transrapid noch gegen die Technologie, noch gegen irgendwelche Arbeitsplätze in Kassel oder sonst wo auf der Welt.

(Lachen bei der FDP)

Wir haben aber gesagt, diese Technologie muss sich in der Anwendung rechnen. Sie hat sich nicht gerechnet. Selbst große Investoren haben nicht Schlange gestanden. Das wissen auch Sie. Verbreiten Sie nicht immer wieder dieses Märchen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Rhiel.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir erleben eine Debatte unter dem Stichwort Mittelstand. Dabei können wir wahrnehmen, dass in den Redebeiträgen so gut wie kein Feld der Steuerpolitik, der Wirtschaftspolitik und der Technologiepolitik ausgespart worden ist, sodass diese Debatte, wenn man die Themen zusammenfasst, zu einer generellen Aussprache über die Frage wird: Was macht unseren Wirtschaftsstandort aus, und wie gelingt es, mithilfe der Wirtschaft den Wohlstand der Menschen so dauerhaft zu sichern, wie wir es uns wünschen und erarbeitet haben?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit wird aber auch deutlich, dass der Mittelstand der Kern des Wirtschaftens ist. Die Fakten sind schon genannt worden, z. B. der Anteil der Beschäftigten, der Auszubildenden, der Investitionen oder schlicht und einfach der Anzahl der Betriebe, die zum Mittelstand gehören. Das sind etwa 90 % aller Betriebe. Wenn dies so ist, dann ist Wirtschaftspolitik immer auch Mittelstandspolitik. Deshalb braucht die Mittelstandspolitik auch keine Ausnahmeregelungen, weil die Wirtschaftspolitik immer auf den Kern zielen muss und damit automatisch der Mittelstand bzw. die mittleren und kleinen Unternehmen – wie auch immer Sie den Begriff Mittelstand definieren wollen – im Mittelpunkt des Interesses stehen.

Wir diskutieren heute vor dem Hintergrund, dass die Wirtschaft in Hessen im Vergleich mit der aller anderen Bundesländer mit am erfolgreichsten ist. Die hessische Wirtschaft ist auf dem Vormarsch. Die Wachstumsraten lagen im letzten Jahr weit über dem Bundesdurchschnitt.

(Beifall bei der CDU)

Die Produktivität liegt mit 19 % weit über dem Bundesdurchschnitt. Dennoch müssen wir Obacht geben, ob wir diese Entwicklung halten können – nicht deshalb, weil die Potenziale in Hessen fehlen würden, sondern weil sich die Rahmenbedingungen in Deutschland zunehmend verschlechtern und weil diese Bundesregierung nicht die Kraft zu grundlegenden Reformen findet.

Während die Bundesregierung immer noch von einem Wachstum von 1,7 % und mehr ausgeht, mussten wir gestern die traurige und deprimierende Nachricht zur Kenntnis nehmen, dass die Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Prognosen bezüglich der Wachstumserwartung für dieses Jahr auf 0,7 % reduziert haben. Damit herrscht de facto wieder einmal Stillstand. Der Ifo-Konjunkturindex muss zum dritten Mal hintereinander nach unten korrigiert werden – mit allen Konsequenzen nicht nur für die Unternehmen, für die Menschen, für die Arbeitsplätze, sondern auch für die öffentlichen Haushalte, die naturgemäß dann weniger Steuern einnehmen können, wenn die Wirtschaftskraft der Unternehmen nachlässt.

Vor diesem Hintergrund reden wir dann über die Frage: Was ist Aufgabe des Staates? Was soll der Staat tun und was nicht?

Meine Damen und Herren, Herr Denzin, damit kommen wir zwangsläufig zu der Frage: Was ist Wirtschaftspolitik? Worauf gründet sie, auf welchem Verständnis von Freiheit, Ordnung und Verantwortung?

Sicherlich eher spaßhaft haben Sie eben gesagt, ich sei ein Manchester-Liberalist. Wenn Sie mir das sagen, müsste ich Ihnen ebenso abstrus entgegenhalten: Sie sind ein Staatsmonopolkapitalist.

(Michael Denzin (FDP): Ich bin ein Freiburger!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das eine ist so unsinnig wie das andere. – Herr Denzin ruft mir gerade entgegen, er ist ein Freiburger.

(Michael Denzin (FDP): Genau!)

Ich antworte Ihnen: Ich bin auch ein Freiburger. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das will nichts anderes sagen, als dass es dieser Freiburger Schule – der Schule der Ordoliberalen – darum geht, dass der Staat in erster Linie Regeln für die Wirtschaft aufstellt, innerhalb deren sich die wirtschaftlich selbstständigen Subjekte bewegen und trotz oder vielleicht sogar wegen ihres Eigeninteresses

durch die Ordnungsregeln des Staates die Interessen der Allgemeinheit nicht Schaden nehmen, sondern sogar bevorteilt werden. Meine Damen und Herren, das ist eine Ordnung, die aus eigenen Vorteilen, aus eigenem Handlungsstreben zu Vorteilen für die Allgemeinheit führt.

Die große Leistung dieser Ordoliberalen: Sie waren die Gründer der sozialen Marktwirtschaft und haben diese Ordnung in der Bundesrepublik mit großem Erfolg umgesetzt. Sie haben es verstanden, Moral und Eigeninteresse in Übereinstimmung zu bringen, fußend auf den Grundsätzen der christlichen Soziallehre, die hier in praktische Politik, in Gestaltung umgesetzt worden ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist die Grundlage, für die wir eintreten. Aber es reicht nicht aus, diese Grundlagen nur zu beschwören. Meine Damen und Herren, Politik muss sich konkret an diesen Grundlagen orientieren.

In Deutschland haben wir derzeit eine völlig abwegige Diskussion, die Herr Müntefering angestoßen hat. Herr Müntefering meint, er könne mit seinem Finger auf andere zeigen und sie haftbar machen. Aber das kehrt sich um, indem viele Finger auf die Bundesregierung, auf diese Koalition zeigen. Sie hat es offenbar nicht verstanden, ganz im Sinne dieser Ordnungspolitik die Regeln so zu setzen, dass sich die Wirtschaft zugunsten der Allgemeinheit entwickeln kann. Meine Damen und Herren, darin liegt der große Fehler. Nichts anderes hat dies deutlich gemacht, auch im Verhältnis der Großunternehmen zum Mittelstand – den wir heute hier ansprechen –, als die Titulierung dieses Bundeskanzlers als „Genosse der Bosse“. Meine Damen und Herren, das Wort der „Genosse der Bosse“ ist entlarvend. Denn dieses Wort – übrigens unwidersprochen von diesem Bundeskanzler – macht deutlich, dass er seinen Maßstab von den Interessen der Großunternehmen nimmt, nicht von den Erfordernissen der kleinen und mittelständischen Unternehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, darin liegt unser Problem begründet. Kleine und mittelständische Unternehmen in ihrer großen Zahl erfahren als Motor der Wirtschaft nicht die Aufmerksamkeit dieser Regierung, die sie verdienen.

Sehr geehrte Frau Tesch, Sie haben eben auf einen positiven Punkt hingewiesen, der – für sich genommen – richtig ist. Sie haben nämlich gesagt – und das gilt übrigens gerade für Hessen –, wir sind in der Bundesrepublik Deutschland Spitze mit der höchsten Produktivität.

(Reinhard Kahl (SPD): Ja!)

Sie meinen: die höchste Arbeitsproduktivität, d. h. die Erzeugung von Gütern und Dienstleistungen, gemessen in Euro, pro Arbeitseinsatz.

(Reinhard Kahl (SPD): Dazu brauchen wir Arbeit, das ist klar!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist richtig. Das ist in bestimmten Bereichen des internationalen Wettbewerbs, beispielsweise bei den Spitzenprodukten, auch gut. Aber das beschreibt auch die Ursache für unsere Arbeitslosigkeit. Denn durch die immer höheren Arbeitskosten haben wir schleichend – und manchmal in Sprüngen – eine Substitution von Arbeit durch Kapital. Wir müssen also Menschen freisetzen, weil immer mehr Kapitaleinsatz nötig wird, um mit unseren Kosten international überhaupt überleben zu können. Die negative Konse-



quenz ist die hohe Arbeitslosigkeit. Hier müssen wir ansetzen.

Das ist aber sicherlich Aufgabe der Bundespolitik, nicht der Landespolitik. Es ist Aufgabe der Bundespolitik, Bürokratie abzubauen, Steuern zu senken und insbesondere am Arbeitsmarkt mehr Flexibilität zu erreichen. Damit wäre ein Großteil für das getan, was wir uns an günstigen Voraussetzungen für die mittelständische Wirtschaft nicht nur erhoffen, sondern was wir immer wieder fordern müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zurück zur Ordnungspolitik. Ordnungspolitik heißt aber auch, darauf zu achten, dass überall dort, wo es Marktversagen gibt, der Staat unterstützend tätig ist.

Dieses Marktversagen haben wir in der Tat in vielen Bereichen der Mittelstandspolitik. Ich will zwei Schwerpunkte nennen. Damit will ich den Anschluss an die konkrete Politik dieser Landesregierung in diesem Feld herstellen.

Zum einen meine ich – das ist schon angesprochen worden – die Finanzierung der Unternehmen, insbesondere die Finanzierungshilfen durch und mit Fremdkapital.

Zum Zweiten meine ich den Punkt, auf den wir das größte Augenmerk legen müssen – nämlich die Frage: Wie können auch kleine und mittelständische Unternehmen mithilfe der technologischen Entwicklung, des technologischen Fortschritts, die insbesondere auch in den Forschungsinstituten geboren werden, Anschluss halten, um auf den nationalen und den internationalen Märkten zukunftsfähig zu sein? Damit meine ich den Wissenstransfer, die Transferpolitik als eine der wichtigsten, wenn nicht die wichtigste Aufgabe konkreter Wirtschaftspolitik des Landes.

Herr Denzin, hier bedaure ich, dass Ihnen die notwendigen Informationen noch nicht zugegangen sind.

(Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

Deshalb möchte ich Ihnen hier ganz konkret einiges erläutern und Daten vortragen, die belegen, dass die Landespolitik in diesem Bereich hervorragend und sehr erfolgreich ist.

(Unruhe)

Denn wir in Hessen haben deutschlandweit – wenn Sie zuhören würden, könnten Sie das noch besser aufnehmen –

(Lachen bei der SPD)

– Ich gebe Ihnen Gelegenheit zuzuhören. Dann haben wir auch eine bessere Basis, nachher im Ausschuss darüber zu diskutieren. Ich will Ihnen ein wichtiges Datum nennen – wenn Sie so gütig sind zuzuhören.

(Nicola Beer (FDP): Nein!)

Die hessische Wirtschaft hat die höchste Gründungsintensität in ganz Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Im Vergleich mit allen anderen Bundesländern haben wir, wie auch das Bundesland Bayern, eine Rate von 12 %. Dies dokumentiert in beachtlicher Weise die Tatsache, dass Hessen ein guter Boden für Gründungsunternehmen ist. Dafür steht all das, was wir an Mitteln zur Verfügung stellen.

Meine Damen und Herren, ich will das an der Nanotechnologie als einem ganz wichtigem Bereich des technologischen Fortschritts deutlich machen. Wenn Sie wollen, können Sie auch an den konkreten Veranstaltungen teilnehmen, die Schlag auf Schlag in diesem Jahr stattfinden – sei es die Nanotechnologiekonferenz mit Kapitalgebern im Juli dieses Jahres,

(Norbert Schmitt (SPD): Jetzt redet der Nanominister!)

seien es die Themenbereiche Nano-Med-Tech, Nanoelectronics, Nanosurface. Zu all diesen Themen gibt es Veranstaltungen in diesem Sommer, in denen wir die Technologietransfermittel allein in diesen Bereich verdichten und zu dem Thema beitragen, das ich eben als zentral dargestellt habe, nämlich den Wissenstransfer von Know-how in die Anwendungen und wieder zurück lebendig zu gestalten, insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen, die nicht – wie die großen Unternehmen – aus eigener Kraft einen direkten Zugang zu den Forschungsinstituten haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der zweite Punkt, der von Ihnen angesprochen worden ist, ist die Finanzierung. Kleine und mittlere Unternehmen, zumal aus bestimmten Branchen, haben es in Anbetracht einer äußerst dünnen Eigenkapitaldecke relativ schwer, genügend Fremdkapital für ihre Wachstumsinvestitionen zu erhalten.

(Unruhe)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister, die Fraktionsredezeit ist erreicht. – Das Plenum darf ich um mehr Aufmerksamkeit bitten.

#### **Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Hinblick auf die Finanzierung möchte ich Ihnen deutlich machen, dass wir gerade hier einen neuen Spitzenwert bei den Formen der Finanzierung erreichen: Risikokapital abdecken, Bürgschaften herreichen, aber auch Unterstützung in Einzelfällen. Sie haben dies kritisiert. Zum Beleg dafür will ich nur wenige Zahlen nennen: 444 Gründungs- und Wachstumsdarlehen im Jahr 2004 in Hessen, damit haben wir 174 Millionen € an Investitionen angeschoben; 47 Landesbürgschaften; 241 Bürgschaften der gemeinschaftlichen Bürgschaftsbank. Insgesamt sind hier über 300 Millionen € an Investitionen angestoßen worden, 334 Einzelfälle der Gründungsberatung mit der Konsequenz der Gründung von 156 neuen Unternehmen, die für sich allein genommen 508 neue Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt haben.

(Norbert Schmitt (SPD): Und die Landesregierung baut zugleich 10.000 Stellen ab!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich sehr und bin sehr gespannt auf die Aussprache im Ausschuss. Dort können wir nochmals die jeweiligen Positionen deutlich machen. Ich bin davon überzeugt, dass Sie dann auch dieser Landesregierung zugestehen, dass wir eine sehr erfolgreiche Mittelstandspolitik machen, die sich letztlich in den Zahlen niederschlägt, die für die Gesamtwirtschaft in Hessen gelten.

Hessen ist in der wirtschaftlichen Bedeutung auf dem Weg zur Spitze, und wir freuen uns auf Ihre Unterstützung nicht zuletzt darin, dass Sie uns in den Haushalten jeweils die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank Herr Minister. – Meine Damen und Herren, es liegen zu diesen Tagesordnungspunkten keine weiteren Wortmeldungen vor. Es ist vereinbart, beide Anträge an den zuständigen Wirtschaftsausschuss zu überweisen. – Dem wird nicht widersprochen. Damit ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, zunächst möchte ich geschäftsleitend Anträge ankündigen. Es ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU betreffend Erweiterung zum Antrag der Fraktion der SPD betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses eingegangen. Er hat die Drucks. 16/3941. Dieser Antrag hat die Tagesordnungspunktnummer 88. Die Dringlichkeit muss nicht mehr beschlossen werden, weil er zum Untersuchungsantragsgegenstand gehört.

Dann sind zwei weitere Dringliche Anträge eingegangen, die zwischenzeitlich auf Ihren Plätzen verteilt sind.

(Gerhard Bökel (SPD): Keine Zwiegespräche!)

Das ist zum einen – Herr Kollege Bökel – der Antrag der Fraktion der SPD, also Ihr Antrag, betreffend keine Fußfesseln für Langzeitarbeitslose – Justizminister muss Äußerung klarstellen, Drucks. 16/3942, und ein Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU betreffend elektronische Fußfessel ist ein erfolgreiches Projekt für Straftäter, Drucks. 16/3943. Ich frage zunächst, ob die Dringlichkeit bejaht wird. – Das ist der Fall. Dann ist so beschlossen. Wir geben diesen Anträgen die Tagesordnungspunktnummern 89 und 90. – Dem wird nicht widersprochen.

Meine Damen und Herren, ich rufe die beiden von mir eben dargebrachten Dringlichen Anträge auf.

**Tagesordnungspunkt 89:**

**Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend keine Fußfessel für Langzeitarbeitslose – Justizminister muss Äußerungen klarstellen – Drucks. 16/3942 –**

und

**Tagesordnungspunkt 90:**

**Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU betreffend elektronische Fußfessel ist ein erfolgreiches Projekt für Straftäter – Drucks. 16/3943 –**

Zuerst hat sich Herr Staatsminister der Justiz Dr. Wagner zu Wort gemeldet. Fünf Minuten Redezeit. Sind Sie einverstanden? – Danke.

**Dr. Christean Wagner, Minister der Justiz:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will gerne auf die beiden Anträge der SPD- und der CDU-Fraktion klarstellend eingehen. Die Idee, elektronische Fußfesseln für Langzeitarbeitslose zu fordern, ist absurd.

(Beifall bei der CDU und demonstrativer Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

NEN – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist absurd!)

Ich freue mich, dass das gesamte Haus einschließlich der Opposition diese klare Einschätzung, die ich bis zum heutigen Tage immer geteilt habe,

(Lachen und demonstrativer Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Michael Denzin (FDP))

auch bestätigt. Vielen Dank dafür. Es geht darum, dass die Fußfessel lediglich für Straftäter eingesetzt wird, und um nichts anderes.

(Reinhard Kahl (SPD): Das steht aber nicht in der Pressemitteilung!)

Allerdings will ich hinzufügen, dass die Presseerklärung vom 10. März 2005 unglücklich und missverständlich ist, soweit sie isoliert aus dem Gesamtzusammenhang herausgenommen wird. Ich will klar und deutlich sagen: Der Einsatz der Fußfessel bei Langzeitarbeitslosen wäre aus meiner Sicht auch menschenverachtend.

Eine letzte Bemerkung. Diese Formulierungen im Zusammenhang des Einsatzes der Fußfessel bei Straftätern benutzen wir in unseren Presseerklärungen seit dem Jahre 2001. Die Opposition hat vernünftigerweise hieran niemals Anstoß genommen, weil es wirklich nur um Straftäter und niemand anderen geht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort für die Fraktion der SPD hat Frau Kollegin Hofmann.

**Heike Hofmann (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem heutigen Tage titelt die „Bild“-Zeitung: „Justizminister knallt durch – Fußfesseln für Arbeitslose!“ Herr Justizminister Wagner, nach dem, was Sie gestern schon vor dem Haus erklärt haben – ich darf zitieren –: „Der Kollege Jörg-Uwe Hahn und ich haben die Fußfessel gemeinsam getragen“,

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

fragen wir uns nach dem, was heute in der „Bild“-Zeitung stand, und nach dem, was Sie gestern gesagt haben, ob Sie mittlerweile von allen guten Geistern verlassen wurden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist beschämend, dass solche Pressemitteilungen Ihr Haus verlassen.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Die Pressemitteilung, die Ihr Haus herausgegeben hat und für die Sie als Justizminister verantwortlich sind, könnte und wurde auch so verstanden, wie es die „Bild“-Zeitung heute auf Seite 1 ihres Blattes titulierte hat. Deshalb können und dürfen wir es nicht zulassen, dass durch Ihre Äußerungen Langzeitarbeitslose und psychisch Kranke als Kriminelle gehandelt werden.

(Zurufe von der CDU)

Herr Wagner, ich habe mich lange gefragt, warum gerade in Ihrer Pressemitteilung in dem Kontext der elektroni-

schen Fußfesseln Bezug auf Langzeitarbeitslose und Suchtkranke genommen wird. Ihre Sprache – das passt in den Kontext der CDU – ist tendenziös, wenn man ausländische Mitbürger anschaut. Sie tragen immer wieder mit Ihrer Sprache die Gefahr in sich, dass bestimmte Personengruppen in unserer Gesellschaft ausgegrenzt und abgewertet werden.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie schaffen es nämlich immer, bestimmte Personengruppen in unserer Gesellschaft – ob das Langzeitarbeitslose, ausländische Mitbürger oder auch psychisch Kranke, wie in dieser Presseerklärung, sind – so darzustellen und solche politischen Äußerungen zu treffen, die ohne Differenzierung dazu geeignet sind,

(Armin Klein (Wiesbaden) (CDU): Ach du liebe Güte!)

diese Personengruppen in einem bestimmten Licht darzustellen und abzuwerten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Herr Wagner, es ist doch klar, dass Sie es mit einer solchen Pressemitteilung schaffen, dass Vorurteile in dieser Gesellschaft gegen Langzeitarbeitslose und Kranke genährt werden. Das Bild mit der Botschaft entsteht, Langzeitarbeitslose würden morgens nicht aus dem Bett kommen und außerdem keinem geregelten Tagesablauf nachgehen.

(Zurufe von der CDU)

Das ist absolut schädlich für unser Land und unsere Demokratie.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde es im Prinzip in Ordnung, dass Sie sich von dieser Äußerung distanzieren haben. Aber in Zukunft sollten Sie darauf achten, dass aus Ihrem Hause nicht solche unqualifizierten Bemerkungen herausgehen.

(Gerhard Bökel (SPD): Das war der Metz, der wollte in die „Bild“-Zeitung auf Seite 1! – Gegenruf des Staatssekretärs Dirk Metz: Über die Meldung mit Maria Schell!)

Dass Sie sich vor allen Dingen so spät dazu geäußert haben, ist skandalös, denn solche Äußerungen werfen ein ganz schlechtes Bild auf Hessen, auf unsere Gesellschaft, und tragen dazu bei, dass bestimmte Gruppen in unserem Land ausgegrenzt und beschädigt werden.

(Beifall bei der SPD)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der Abg. Gerling, Fraktion der CDU.

#### **Alfons Gerling (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir alle lesen ganz gerne die „Bild“-Zeitung.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Ich tue es jedenfalls, Sie sicherlich auch, wahrscheinlich die GRÜNEN und die SPD heimlich. Ich tue es ganz offen.

(Heiterkeit bei der SPD und des Staatssekretärs Dirk Metz)

Wir sind immer wieder über die reißerische Aufmachung der Schlagzeilen und der Bericht überrascht.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber nicht immer sind diese Berichte und Überschriften ganz ernst zu nehmen. Oft gibt es Anlass zu Übertreibungen. Man nimmt das auch zur Kenntnis. Meine Damen und Herren, wenn aber die Tatsachen auf den Kopf gestellt werden, ein Sachverhalt völlig aus dem Zusammenhang gerissen wird, dann ist die Sache zumindest für die Betroffenen ärgerlich. So gilt das auch für die heutige Schlagzeile der „Bild“-Zeitung mit der Überschrift: „Arbeitslose sollen Fußfesseln tragen – was hat sich Hessens Justizminister bloß dabei gedacht?“

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das fragen wir uns auch!)

Meine Damen und Herren, der Justizminister hat das eben klargestellt. Er hat in aller Deutlichkeit gesagt, für was der Einsatz der Fußfessel gedacht ist und wie er in Hessen auch praktiziert wird. Die elektronische Fußfessel – darüber sollten wir uns im Klaren sein – soll ausschließlich bei Straftätern eingesetzt werden, das haben wir immer im großen Einvernehmen festgestellt, nämlich nur bei denen, die zu einer Bewährungsstrafe verurteilt sind.

Meine Damen und Herren, wir alle haben uns informiert, wie sie in der Praxis eingesetzt wird. Sie soll allen die Chance geben, zu einem geregelten Tagesablauf zurückzukehren, damit sie nachher wieder in Arbeitsverhältnisse vermittelt werden können. Die Pressemitteilung, die der Justizminister mit Datum vom 10. März herausgegeben hat, befasst sich allein mit dieser Tatsache. Dieses Modell ist erfolgreich. Es findet überall Nachahmer. Jetzt will sogar Österreich die elektronische Fußfessel einsetzen.

Meine Damen und Herren, die Verurteilten müssen sich streng an einen Tagesablauf halten, der gemeinsam mit Bewährungshelfern erarbeitet wird. Diese Kontrolle der Überwachung ermöglicht es, dass sich die Sozialprognose der Verurteilten verbessert. Sie dient – das ist ganz entscheidend – der Resozialisierung, für die wir uns alle einsetzen. Die Idee ist das besonders Positive beim Einsatz der elektronischen Fußfessel.

Meine Damen und Herren, es geht darum – das will ich noch einmal feststellen –, dass die elektronische Fußfessel nur für Straftäter eingesetzt wird

(Beifall bei der CDU und des Abg. Michael Denzin (FDP))

und nicht bei Langzeitarbeitslosen oder therapierten Suchtkranken. Es wird hier suggeriert, Langzeitarbeitslose sollten zur Zwangsarbeit angehalten oder sogar zwangstherapiert werden. Das ist unrealistisch. Das ist falsch. Das ist verleumderisch.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Die „Bild“-Zeitung hat mit diesem Bericht und mit dieser Überschrift in die Trickkiste gegriffen, und zwar in übelster Art und Weise die Wahrheit und die Tatsachen auf den Kopf gestellt. Sie sollte schnellstens diese Falschmeldung korrigieren. Das ist von einer seriösen Berichterstattung zu erwarten.

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Opposition fordere ich auf, nicht zu versuchen, Honig aus solchen Falschmeldungen zu saugen, wie Frau Hofmann es getan hat. Vielmehr sollten auch Sie sich an der Realität orientieren.

Weil die Fakten so klar sind – die elektronische Fußfessel ist ein erfolgreiches Projekt –, bitte ich Sie, unserem Dringlichen Antrag zuzustimmen, der aussagt,

dass die elektronische Fußfessel ein geeignetes und ausgesprochenes erfolgreiches Mittel des Justizvollzugs ist.

Ihr Einsatz wird so praktiziert, dass sie auch in Zukunft verwendet werden soll.

Anders lautende Spekulationen sind unberechtigt. Den Inhalt des Artikels der „Bild“-Zeitung sollten wir alle zurückweisen. Wir sollten uns an den Tatsachen orientieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der CDU: Bravo!)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Al-Wazir für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Clemens Reif (CDU): Der hat es schwer!)

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU, erste Feststellung: Dass die CDU anfängt, die „Bild“-Zeitung so zu beschimpfen, ist zumindest mir noch nicht vorgekommen. Ich habe das jetzt vorsichtig ausgedrückt. Verehrter Herr Kollege Gerling und sehr verehrter Herr Kollege Wagner, ich möchte darauf hinweisen, dass zumindest die Wehleidigkeit neu ist. Wenn ich mich daran erinnere, wie der damalige rechtspolitische Sprecher Wagner mit dem damals amtierenden Justizminister umgegangen ist, dann muss ich feststellen: Diese Wehleidigkeit ist auch unangebracht. – Das stellt man fest, wenn man an die Vergangenheit denkt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Was war mit Claudia Roth und der „Bild“-Zeitung? Ich sage nur: Landgericht Hamburg!)

Zweite Feststellung. Diese Debatte ist auch nicht absurd. Herr Kollege Dr. Jung, sie kann nicht richtig absurd sein. Denn wenn die Debatte völlig absurd wäre, hätte sich die CDU-Fraktion nicht bemüht gesehen, dazu einen Dringlichen Antrag einzubringen, mit dem sie sich von dem Justizminister distanziert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich komme zur dritten Feststellung. Die Äußerung in der Presseerklärung vom 10. März 2005 ist sehr eindeutig. Sie ist auch nicht verdreht worden. Der Satz lautet:

Die elektronische Fußfessel bietet damit auch Langzeitarbeitslosen und therapierten Suchtkranken die Chance, zu einem geregelten Tagesablauf

zurückzukehren und in ein Arbeitsverhältnis vermittelt zu werden.

(Frank Gotthardt (CDU): Lesen Sie den vorhergehenden Satz auch vor!)

Da steht nichts von Straftätern. Da steht nichts von Verurteilten. Da steht nichts von Bewährung.

(Frank Gotthardt (CDU): Herr Al-Wazir, lesen Sie einfach mal den Satz davor vor!)

Herr Justizminister, ich sage Ihnen: Der Satz, so wie er da steht, ist sehr eindeutig. Aber ich glaube Ihnen, dass Sie das, was da so eindeutig steht, so nicht sagen und ausdrücken wollten.

(Frank Gotthardt (CDU): Herr Al-Wazir, lesen Sie doch einmal den Satz vor, der davor steht! – Weitere Zurufe)

Herr Kollege Gotthardt, soll ich Ihnen das grundsätzliche Problem der hessischen CDU und des Justizministers nennen? Das grundsätzliche Problem dieses Justizministers besteht nicht darin, was er da sagen oder nicht sagen wollte. Vielmehr besteht das grundsätzliche Problem darin, dass man ihm das zutraut. Genau das ist der Punkt, um den es hier geht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Frank Gotthardt (CDU): Herr Al-Wazir, lesen Sie doch einmal den Satz davor vor!)

Genau das ist der Punkt, um den es hier geht. Genau darin besteht das grundsätzliche Problem.

Herr Justizminister, wenn Sie aus Ihrer Sicht aus dieser Debatte eine Konsequenz ziehen wollen, dann wäre die Konsequenz zu ziehen, dass ein Justizminister nicht nur dafür da ist, sich als härtester Durchgreifer zu gerieren. Vielmehr hat der Justizminister auch Bewahrer des Rechtsstaats zu sein. Außerdem sollte ein Justizminister auch der Bewahrer der Gerechtigkeit in einem Land in einem umfassenden Sinn sein. Weil Sie das nicht sind, traut man Ihnen zu, dass Sie das gesagt haben könnten. Das ist das eigentliche Problem.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Abg. Nicola Beer (FDP) geht zum Rednerpult.)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin, da es seit einiger Zeit die Kurzintervention gibt, bitte ich doch, zu warten, bis Sie aufgerufen werden. Ich muss Sie jetzt nämlich zurückschicken. Ich bitte den Kollegen –

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Bei fünf Minuten Redezeit gibt es keine Kurzintervention! – Weitere Zurufe)

– Das ist richtig.

(Heiterkeit und Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Frau Kollegin Beer, dieses Mal haben Sie Recht. Aber in zwei Fällen während dieser Woche ist es passiert, dass es andersherum war. Alles klar. Sie haben das Wort.

**Nicola Beer (FDP):**

Herr Präsident, herzlichen Dank. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss sagen: Ich halte die Debatte, die hier jetzt zu diesem Thema gehalten wird, für mehr als absurd.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich halte es für absurd, dass sich 110 Landtagsabgeordnete von einem Presseorgan, das mit einer solchen Meldung nur seine Auflage steigern will, heute am Nasenring durch das Parlament ziehen lassen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Frau Kollegin Hofmann, ich halte es für absurd, dass Sie jetzt auch noch mit dem Kopf schütteln. Wenn man die Presseerklärung des Herrn Minister Wagners liest, stellt man fest, dass von der Überschrift über sämtliche Absätze bis zum letzten Satz nur über Straftäter und Verurteilte gesprochen wird. Das konnte man gar nicht anders verstehen. Es geht da nur um Verurteilte.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich halte das auch noch aus einem anderen Grund für absurd. Herr Kollege Al-Wazir, Sie könnten jetzt sagen, das wäre ganz eindeutig und aufgrund der Person Christian Wagner müsse man das so verstehen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Satz ist eindeutig!)

Ich halte es auch deswegen für absurd, weil die Presseerklärung, die vom 10. März dieses Jahres war, die also sechs Wochen alt ist, von keinem der 110 Abgeordneten, die sie in Ihrem Postfach vorfanden, von keinem der so gebildeten wissenschaftlichen Referenten der Fraktionen und von keinem Mitglied der Landespressekonferenz so verstanden wurde, wie Sie es jetzt hier darzustellen versuchen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die ganze Diskussion ist auch deswegen so absurd, weil, wenn Herr Minister Dr. Wagner das, was Sie ihm unterstellen, hätte aussagen wollen, er es sicherlich mit Hilfe der Presseabteilung der Staatskanzlei und seiner eigenen Presseabteilung in der Überschrift so formuliert und für sich daraus eine Pressekampagne gemacht hätte, anstatt sechs Wochen lang darauf zu warten, dass irgendein Sozialverband das missinterpretiert.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehen Sie, Sie trauen ihm das auch zu!)

Nein, das ist keine missverständliche Presseerklärung. Vielmehr ist doch offensichtlich: Mit der PISA-Studie testen wir das Leseverständnis der Schulkinder. Vielleicht sollten wir nach dieser Diskussion auch einmal das Leseverständnis einiger Abgeordneter und Journalisten testen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren! Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Oh!)

– Herr Kollege Hahn, Sie hätten einen Antrag stellen können. Dann hätten wir das anders machen können.

Herr Kaufmann erhält das Wort zur Geschäftsordnung.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident! Ich möchte etwas zum Verfahren hinsichtlich der Dringlichen Anträge sagen. Ich denke, wir sollten keine Überweisung an den Ausschuss ins Auge fassen, sondern sie gleich abhandeln.

(Beifall bei der FDP)

Ich schlage vor und beantrage hiermit, den Dringlichen Antrag, Drucks. 16/3942, für erledigt zu erklären, weil der Herr Justizminister das Begehren erfüllt und eben jene Erklärung abgegeben hat.

(Beifall bei der Abgeordneten der FDP)

Für den Dringlichen Antrag, Drucks. 16/3943, beantrage ich, gemäß § 82 Abs. 2 der Geschäftsordnung eine getrennte Abstimmung durchzuführen. Dabei sollte wie folgt getrennt werden. Zusammengefasst werden kann Nr. 1 des Dringlichen Antrags mit dem ersten Satz von Nr. 2. Der zweite Teil wäre dann der Rest des Textes. Unsere Absicht besteht darin, da unterschiedlich zu votieren. – Das beantrage ich hiermit.

(Nicola Beer (FDP): Das hat auch etwas mit Leseverständnis zu tun!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vor allen Dingen muss ich das verstehen. Ich habe es auch verstanden. – Herr Kollege Walter, Sie haben das Wort zur Geschäftsordnung.

**Jürgen Walter (SPD):**

Herr Präsident! Es wurde beantragt, den Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD für erledigt zu erklären, weil der Minister gesprochen habe. Das trifft so nicht zu. Der Herr Minister hat sich nämlich nicht von seinen Äußerungen distanziert.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist peinlich!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Walter, einen Augenblick bitte. – Meine Damen und Herren!

**Jürgen Walter (SPD):**

Frau Beer, ich gebe Ihnen Recht, dass der Herr Minister erkennbar straffällig gewordene Langzeitarbeitslose gemeint hat. Das macht die Sache aber um keinen Deut besser. Denn die eigentliche Zielrichtung ist, zu sagen, Langzeitarbeitslose sind Kerle, die morgens nicht aus dem Bett kommen – –

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, bitte sprechen Sie zur Geschäftsordnung, also dazu, wie wir mit Ihrem Dringlichen Antrag umgehen sollen.

**Jürgen Walter (SPD):**

Ich muss diesen Geschäftsordnungsantrag begründen. – Um 5 Uhr liegen sie schon wieder im Bett, weil sie so viel Bier getrunken haben, dass sie nicht arbeiten gehen können. Der Justizminister sagt dann allerdings: Diejenigen, die nicht strafbar geworden sind, die bekomme ich nicht, bei denen kann ich keine Maßnahmen durchführen. Nur bei denen, die strafbar geworden sind, kann ich etwas machen, nämlich die Maßnahme mit der elektronischen Fußfessel. Die eigentliche Aussage ist doch: Langzeitarbeitslose sind faule Leute, die keinen geordneten Tagesablauf – –

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, ich ermahne Sie noch einmal, zur Geschäftsordnung zu sprechen.

(Jürgen Walter (SPD) verlässt das Rednerpult.)

Ich habe keinen Antrag von Ihnen dazu vernommen. Gibt es einen Antrag dazu?

(Jürgen Walter (SPD): Über den Dringlichen Antrag soll abgestimmt werden! – Reinhard Kahl (SPD): Der Dringliche Antrag ist nicht erledigt!)

Sie beantragen also direkte Abstimmung. Wissen Sie, was hier vorne und bei Ihnen deutlich ist, sind manchmal zwei verschiedene Paar Schuhe. Das ist zugegebenermaßen der Fall.

Die Antragsteller haben beantragt, über den Dringlichen Antrag der SPD-Fraktion direkt abzustimmen. Der andere Antrag besteht darin, den Dringlichen Antrag für erledigt zu erklären. Deswegen lasse ich zunächst darüber abstimmen, ob der Dringliche Antrag erledigt ist.

(Nicola Beer (FDP): Das geht nur, wenn der Antragsteller zustimmt! – Weitere Zurufe)

– Damit ist der Antrag des Herrn Kollegen Kaufmann de facto kein Antrag, sondern nur ein Vorschlag gewesen. Es wird also abgestimmt.

Wer dem Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD, Drucks. 16/3942, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen?

(Volker Hoff (CDU): Erst beantragen, der Dringliche Antrag solle erledigt sein, und dann stimmen sie mit ab!)

Stimmenthaltungen? – Damit ist der Dringliche Antrag mit den Stimmen der Abgeordneten der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Abgeordneten der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN abgelehnt.

(Frank Gotthardt (CDU): Dann hat sich die Debatte doch gelohnt!)

Wird die getrennte Abstimmung vom Antragsteller akzeptiert?

(Reinhard Kahl (SPD): Das muss akzeptiert werden!)

Ich komme zur Abstimmung über den Dringlichen Antrag der Fraktion der CDU, Drucks. 16/3943. Ich lasse über Ziffer 1 und den ersten Satz der Ziffer 2 abstimmen. Wer diesen Sätzen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist dieser Teil des Antrags einstimmig angenommen worden.

Ich stelle jetzt den zweiten und dritten Satz des zweiten Absatzes zur Abstimmung. Wer diesen Sätzen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit sind diese beiden Sätze mit den Stimmen der Abgeordneten der CDU- und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN angenommen worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vereinbarungsgemäß kommen wir damit zu **Tagesordnungspunkt 2:**

**Vereidung des stellvertretenden Landesanwalts durch den Präsidenten des Hessischen Landtags**

Ich schlage vor, dass wir danach in die Mittagspause eintreten. Ist das in Ordnung?

Dazu darf ich ganz herzlich den Präsidenten des Staatsgerichtshof, Herrn Dr. Paul, begrüßen. Herzlich willkommen hier im Hause.

(Allgemeiner Beifall)

Ich darf Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Herrn Britzke vereidigen. Er ist gestern gemäß § 10 Abs. 6 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof zum stellvertretenden Landesanwalt gewählt worden.

Nachdem gestern durch den Wahlausschuss die Wahl des stellvertretenden Landesanwaltes stattfand und Sie, Herr Britzke, zum stellvertretenden Landesanwalt gewählt wurden, komme ich zu Ihrer Vereidigung. Der Eid, dem Sie eine religiöse Beteuerung zufügen können, lautet: „Ich schwöre, dass ich mein Amt gerecht verwalten und die Verfassung getreulich wahren will.“

**Jörg Britzke, stellvertretender Landesanwalt:**

Ich schwöre, dass ich mein Amt gerecht verwalten und die Verfassung getreulich wahren werde, so wahr mir Gott helfe.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich darf Ihnen herzlich zu Ihrer Wahl gratulieren. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg und eine gute Zeit in diesem Amt. – Danke schön.

(Allgemeiner Beifall – Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir treten in die Mittagspause ein und treffen uns um 14 Uhr wieder.

(Unterbrechung von 12.50 bis 14.04 Uhr)

**Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Wir setzen die unterbrochene Plenarsitzung fort. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist es möglich, dass Sie die Ge-

sprache draußen führen? Sie wissen, dass es aufgrund der Akustik hier besonders laut ist.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 54** auf:

**Antrag der Fraktion der CDU betreffend für Religionsfreiheit und Religionsunterricht – gegen einen staatlichen Zwangs-Werteunterricht – Drucks. 16/3893 –**

Dazu wird **Tagesordnungspunkt 78** aufgerufen:

**Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend Einführung eines gemeinsamen Religionsunterrichts in Hessen – Drucks. 16/3925 –**

außerdem wird **Tagesordnungspunkt 79** aufgerufen:

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Religionsfreiheit, Religionsunterricht und Ethikunterricht – für die Vermittlung von ethischen, sozialen und kulturellen Werten – Drucks. 16/3926 –**

Es sind zehn Minuten Redezeit pro Fraktion vereinbart. – Zur Begründung des ersten Antrags hat Frau Abg. Kölsch für die CDU-Fraktion das Wort.

**Brigitte Kölsch (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin, etwas zitieren:

Gerade junge Menschen brauchen Orientierung, die z. B. der Religionsunterricht liefert. Im Übrigen hätte meine Mutter das, was wir heute in der Politik Solidarität nennen, Nächstenliebe genannt. Das liegt nicht so weit auseinander. Deshalb ist es richtig und wichtig, den Kindern die Möglichkeit zu geben, im Sinne ihres Elternhauses Religionsunterricht in der Schule zu haben.

Dies ist ein Zitat des SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzenden Franz Müntefering zur Entscheidung der Berliner SPD, den Religionsunterricht zugunsten eines Werteunterrichts abzuschaffen, nachzulesen im „Rheinischen Merkur“ vom 06.04.2005.

Meine Damen und Herren, es ist unverständlich und eigentlich nicht nachvollziehbar, dass die Berliner SPD sich entschieden hat,

(Silke Tesch (SPD): Wir sind in Hessen, nicht in Berlin!)

das Fach Religion an den Schulen abzuschaffen, und zwar zugunsten eines verpflichtenden Faches Werteunterricht, bindend und verpflichtend für alle, ohne Alternativen. Denn wie das von mir vorgetragene Zitat beweist, sind auch führende SPD-Politiker gegen diese Entscheidung, sogar der Kanzler. Dass sich die SPD hier ihrem roten Partner anschließt, der letztendlich an das totalitäre SED-Regime anknüpft, überrascht auf der einen Seite. Auf der anderen Seite wurden so schon häufig tief greifende Veränderungen eingeleitet, indem einer vorprescht und den Weg bereitet. Deshalb: Wehret den Anfängen.

(Beifall bei der CDU)

Daher ist es auch so wichtig, sich rechtzeitig auf allen demokratischen Ebenen mit diesem Thema auseinander zu setzen.

Meine Damen und Herren, nach der Regierungsübernahme im Jahr 1999 hat die CDU/FDP-Regierung hier in

Hessen dem Fach Religion wieder einen besonderen Stellenwert gegeben und alle Anstrengungen unternommen, den Religionsunterricht sicherzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Das war unter der Vorgängerregierung nicht immer so. Wer das Fach Religion nicht wählen will, kann sich jetzt für das Fach Ethik entscheiden.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schön wärs!)

Religionsunterricht vermittelt einerseits Wissen über die Wurzeln der eigenen Glaubensgemeinschaft und führt so zur Auseinandersetzung mit der eigenen Identität. Religionsunterricht vermittelt andererseits allgemein gültige Werte, die unserem Handeln Orientierung geben.

Gerade in der jüngsten Zeit konnten wir im Zusammenhang mit dem Tode von Papst Johannes Paul II. und der Wahl von Papst Benedikt XVI. erleben, wie groß die Anteilnahme auch von Jugendlichen war. Unabhängig von der Glaubensgemeinschaft zeigt dies doch wieder: Die Jugend sucht und braucht Orientierung.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind uns sicher einig, dass die Grundlagen mit der Erziehung im Elternhaus gelegt werden sollten. Aber auch die Schule vermittelt selbstverständlich in jedem Fach Werte und damit Erziehung. Religion ist eine eigenständige Dimension menschlichen Lebens. Schülerinnen und Schüler haben ein Grundrecht auf Religionsfreiheit. Aber die Wahlfreiheit muss gegeben sein.

(Beifall bei der CDU)

Genau das soll in Berlin nicht mehr möglich sein.

(Christel Hoffmann (SPD): Wir sind doch in Hessen!)

Wir wissen, dass unsere Kultur ihre religiösen Wurzeln im Christentum hat. Viele unserer Werte resultieren aus dieser christlichen Kultur. Deshalb kann und darf der Staat nicht zwangsweise Werte festlegen. Nach welchen Kriterien sollte dies geschehen? Man sieht auch in Berlin, wie uneins man darüber ist. Kann es denn im Sinne der Entwicklung unserer Gesellschaft sein – jetzt greife ich das Wort der Nächstenliebe auf –, dass der Staat in seiner Allmacht Werte festlegt? In diesem Zusammenhang spricht Heike Schmall in der „FAZ“ von der „Wertediktatur“.

(Christel Hoffmann (SPD): Haben Sie schon etwas von Grundrechten gelesen?)

Aber gerade den Menschen, die selbst nichts oder nichts mehr mit Religion, Kirche und Glauben anfangen können, müssen wir in aller Deutlichkeit klarmachen und erläutern: Es geht in dieser Frage nicht nur um Vermittlung religiösen und kulturellen Wissens, sondern es geht gerade auch um Religionsfreiheit, die Freiheit der Religion vor dem Staat und die religiöse Freiheit jedes Einzelnen. Religionsunterricht ist ein Teil der Achtung dieser Religionsfreiheit.

Meine Damen und Herren, religiöse Kompetenz kann auch vor Fundamentalismus und Fanatismus schützen. Deshalb gehört diese zu einer umfassenden Schulbildung.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Religionsunterricht an den Schulen ist in unserem Grundgesetz festgeschrieben. Deshalb konnte Brandenburg Lebensge-

staltung–Ethik–Religionskunde, das so genannte Fach LER, nicht als alleiniges Unterrichtsfach einführen. Vor dem Bundesverfassungsgericht wurde erstritten, dass neben LER auch wieder Religionsunterricht erteilt werden muss. Eine Entscheidung gegen Religionsunterricht steht daher auch in Berlin auf rechtlich unsicheren Füßen.

Tausende Menschen haben deshalb auch in Berlin einen Aufruf der evangelischen Kirche, des Erzbistums und der Jüdischen Gemeinde unterschrieben, den Schülern eine echte Wahlfreiheit zu geben – darunter übrigens führende Politiker aller Parteien und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Bischof Huber schreibt an den Regierenden Bürgermeister von Berlin:

Seelenlose „Religionskunde“ kann den Religionsunterricht nicht ersetzen.

(Beifall bei der CDU)

Man braucht ein eigenes Verhältnis zu Gott, zur Nächstenliebe und zu gelebtem Glauben, wenn man andere darin unterrichten will. Es gehört nicht zu den Aufgaben des Staates, das Christentum aus unseren Schulen zu verdrängen.

(Beifall bei der CDU)

Das verletzt die Pflicht des Staates zur religiösen Neutralität. Es widerspricht auch dem demokratischen Miteinander.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unterstützen Sie unseren Antrag, weil wir alle die Rechte jedes einzelnen Menschen im Blick haben. Ein Staat, der statt der Religion selbst Werte setzt, läuft Gefahr, diese Freiheit wie in einer Diktatur zu verletzen und so zu einer Gesinnungsdiktatur zu werden.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Völlig am Thema vorbei!)

Aus der „Bild“-Zeitung vom 11.04.2005 darf ich abschließend Wolfgang Thierse zitieren:

Zu DDR-Zeiten hat der Staat die Kirchen aus den Schulen verdrängt zugunsten eines staatlich verfügbaren Weltanschauungsunterrichts.

Das wollen wir nicht – Sie sicherlich auch nicht. Deshalb setzen wir uns mit aller Kraft dafür ein, den Religionsunterricht in Hessen zu stärken, damit die Freiheit der Religion gegenüber dem Staat erhalten bleibt.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Als nächste Rednerin hat Frau Abg. Henzler für die Fraktion der FDP das Wort.

#### **Dorothea Henzler (FDP):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Entscheidung der Berliner SPD, auf Wunsch der PDS neben dem Wahlfach Religion einen verpflichtenden Werteunterricht einzuführen, hat zu einer bundesweiten Diskussion über den Religionsunterricht an den Schulen geführt. Das war das einzig Gute, was diese Initiative ausgelöst hat.

(Beifall bei der FDP)

Die Rot-Roten in Berlin sind mit dieser Absicht sowohl bei der FDP und der CDU als auch in ihren eigenen Reihen auf eine breite Front der Ablehnung gestoßen. Zu nennen sind z. B. Franz Müntefering und Bundeskanzler Schröder. Wolfgang Thierse wurde schon zitiert. Selbst die GEW ist dagegen.

In Hessen können sich die Fraktions- und die Parteiführung der SPD augenscheinlich wieder einmal nicht auf eine Sprachregelung einigen. Es gibt nämlich keinen Antrag der SPD zu diesem Thema.

(Zurufe von der CDU: Die sind sprachlos! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein Blick in die Verfassung genügt, und dann hat sich alles erledigt!)

Dabei ist die Sache ganz einfach. Alle Menschen, insbesondere Kinder und Jugendliche, brauchen ein Glaubensbekenntnis, dem sie folgen können, das ihnen Orientierung gibt und zu dem sie flüchten können, wenn sie sich von niemandem mehr verstanden wissen. Die Religion ist seit Anbeginn der Menschheit ein wichtiger Bestandteil aller Kulturen, und deshalb darf sie in der Schule nicht totgeschwiegen werden.

Die Anteilnahme gerade der Jugendlichen in aller Welt an dem Leiden und dem Tod des alten Papstes sowie an der Wahl des neuen Kirchenoberhauptes Benedikt des XVI. hat eindringlich bewiesen, dass Religion ein brennend wichtiges Thema ist und dass es ein dringendes Bedürfnis bei Kindern und Jugendlichen gibt, sich intensiv mit ihr zu beschäftigen und mehr über sie zu erfahren.

Selbst bei Grundschulkindern ist ein reges Interesse an Glaubensfragen zu erkennen. Sie stellen neugierige, forschende Fragen nach Gott, dem eigenen Leben und dem Tod, und sie benötigen verständliche Antworten auf ihre Sinnfragen. Bei der neuen Papstwahl haben Schüler einer dritten Klasse nachgefragt: „Was war denn da? Was ist ein Konklave?“, und sie haben den Unterricht von sich aus in diese Richtung geleitet. Ich finde, das zeigt sehr deutlich, wie früh sich Kinder mit diesen Themen befassen. Darüber hinaus sind Kinder aller Glaubensrichtungen sehr interessiert an religiösen Riten und Bräuchen – ein Wissen, das man ihnen nicht vorenthalten darf.

Die FDP lehnt daher einen verpflichtenden staatlichen Werteunterricht, wie er im rot-rot regierten Berlin geplant ist, strikt ab.

(Beifall bei der FDP)

Dieser Unterricht ist nicht geeignet, Schülern eine Glaubensrichtung nahe zu bringen und ihnen Antworten auf persönliche, religionsspezifische Fragen zu geben.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Soll er gar nicht!)

– Sie brauchen das aber dringend, Frau Hinz. – Eine allgemeine Wertevermittlung dieser Art sollte in allen Unterrichtsfächern erfolgen, so übrigens die GEW-Position. Das versteht sich somit von selbst, und es bedarf daher keines zusätzlichen verpflichtenden Unterrichtsfachs.

Die FDP ist der Auffassung, dass Religionsunterricht zur Unterweisung der Schüler in Glaubensfragen, zur Erkundung anderer Religionen und damit zum Verständnis und zur Vermittlung von Wertetraditionen sehr viel besser geeignet ist.

(Beifall bei der FDP)



Die Vermittlung von echten, vom Zeitgeist und von einer Fremdbestimmung durch die Politik unabhängigen Werten ist ohne einen Religionsbezug überhaupt nicht möglich.

Das langfristige Ziel der FDP ist ein Religionenkundeunterricht, der allen Kindern gemeinsam – in einem Klassenraum – das vermittelt, was man ihnen heute nach Gruppen getrennt beibringt.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist auch kein Bekenntnisunterricht!)

Laut Lehrplan ist es heute in jedem Religionsunterricht Pflicht, auch über andere Religionen zu informieren. Langfristig hielten wir es für viel besser, wenn man die Kinder gemeinsam unterrichten könnte. Aber das müsste in der Form eines Religionenkundeunterrichts erfolgen.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das geht nicht!)

– Frau Hinz, das ist ein großer Unterschied. Das geht sehr wohl. – Bis es so weit ist, sind allerdings insbesondere in Hessen die christlichen Kirchen aufgerufen, sich einem gemeinsamen, überkonfessionellen Religionsunterricht nicht generell zu verschließen.

(Beifall bei der FDP)

Das gilt umso mehr, als der konfessionsgebundene Unterricht in unserem Land in der Realität leider ein recht stiefmütterliches Dasein fristet. Zum einen herrscht ein großer Lehrermangel in diesem Fach, zum anderen reicht an manchen Schulen die Schülerzahl sogar jahrgangsübergreifend nicht mehr aus, um den Unterricht konfessionsgebunden zu erteilen.

Liebe Kollegin Kölsch, gehen Sie einmal nach Kassel, Hanau oder Schwabach, und besuchen Sie dort eine Haupt- und Realschule oder eine Gesamtschule. An manchen Schulen gibt es leider gar keinen Religionsunterricht mehr, weil selbst jahrgangsübergreifend nicht einmal mehr neun Kinder zusammenkommen, die sich zu einer christlichen Konfession bekennen.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP fordert daher dringend eine Änderung des konfessionsgebundenen Religionsunterrichts in Hessen. Er muss stärker ökonomisch ausgerichtet werden.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ökumenisch! – Zuruf von der SPD: Ein schöner Versprecher!)

– Ökumenisch, Entschuldigung. Wir haben den ganzen Morgen über die Wirtschaft diskutiert. – Der Religionsunterricht muss stärker ökumenisch ausgerichtet sein und sollte bei Bedarf in einen gemeinsamen Religionsunterricht umgewandelt werden. Er sollte konfessionell kooperativ unterrichtet werden.

Nach einem Erlass aus dem Jahr 1999 ist es zwar bereits jetzt möglich, dass Schüler in absoluten Ausnahmefällen am Religionsunterricht der jeweils anderen Konfession teilnehmen können. In der Praxis scheitern Anträge dieser Art jedoch meistens am Widerstand der Kirchen. Die Schulen befürworten einen gemeinsamen Religionsunterricht, da die Schüler dadurch die anderen Konfessionen und auch ihre Mitschüler besser kennen und verstehen lernen. Besonders in Schulen mit einem schwierigen sozialen und pädagogischen Umfeld ist das für das Schulklima nur förderlich.

Im CDU/FDP-regierten Baden-Württemberg haben die beiden Landeskirchen, die evangelische und die katholische Landeskirche, einen revolutionären Schritt gewagt und im März 2005 eine Vereinbarung zur konfessionellen Kooperation im Religionsunterricht unterschrieben. Diese Vereinbarung sieht einen konfessionell kooperativen Religionsunterricht mit gemischt konfessionellen Gruppen vor, die im Wechsel von katholischen und evangelischen Lehrkräften unterrichtet werden sollen. Somit wird ökumenische Offenheit erfahrbar gemacht. Ich darf aus dieser Vereinbarung zitieren:

Die evangelische Kirche und die katholische Kirche bieten wechselseitig Schülerinnen und Schülern der jeweils anderen Konfession die Teilnahme am eigenen Religionsunterricht mit allen Rechten und Pflichten an, wenn von der anderen Konfession kein eigener Religionsunterricht angeboten werden kann. Dies ist dann der Fall, wenn selbst jahrgangsübergreifend keine Lerngruppen von mindestens acht Schülerinnen und Schülern der eigenen Konfession zustande kommen. Dieser konfessionelle Religionsunterricht ist offen für Schülerinnen und Schüler, die nicht der evangelischen oder der katholischen Kirche angehören, sofern sie selbst als religionsmündige Schülerinnen und Schüler oder Eltern nicht religionsmündiger Schülerinnen und Schüler die Teilnahme am konfessionellen Religionsunterricht wünschen.

Die FDP fordert die Landesregierung auf, mit den Kirchen in Hessen so schnell wie möglich die Voraussetzung für eine solche Vereinbarung zu schaffen. Schließlich beklagen die Kirchen selbst den Unterrichtsausfall und den Bedeutungsverlust des Fachs Religion. Sie haben sicher die Nachricht von Herrn Prof. Steinacker gelesen. Ein gemeinsamer Religionsunterricht wäre eine attraktive Lösung.

(Beifall bei der FDP)

Das Fach Ethik ist in Hessen in der Schulpraxis keine wirkliche Alternative zum Religionsunterricht, da auch hierfür die Lehrkräfte fehlen, Ethik daher häufig nicht angeboten werden kann und es für die Schüler nicht besonders attraktiv ist. Ein gemeinsamer Religionsunterricht, der auch für Nichtchristen offen ist, wie aus der oben zitierten Vereinbarung hervorgeht, könnte den Mangel an Ethiklehrern in Hessen ausgleichen helfen. Vielleicht würden sich dann sogar viele Schülerinnen und Schüler gegen den Ethikunterricht und für einen gemeinsamen Religionsunterricht entscheiden.

Dennoch steht die Landesregierung in der Pflicht, den Mangel an Ethiklehrern zu bekämpfen und endlich den seit 2001 angekündigten Ethikunterricht mit dem Schwerpunkt Islam auf den Weg zu bringen. Es wäre wichtig, im Ausschuss einen Sachstandsbericht dazu abzugeben.

(Beifall bei der FDP)

Junge Menschen suchen angesichts sich ändernder Familienstrukturen und ungewisser Zukunftsaussichten – das passt wiederum zu der Wirtschaftsdiskussion von heute morgen – stärker denn je Halt und Orientierung im Glauben. Da die religiöse Erziehung im Elternhaus heute oft zu kurz kommt, müssen die Schulen und die Kirchen einspringen und gemeinsam die Voraussetzung für einen modernen, den Bedürfnissen der Schüler gerecht werdenden Religionsunterricht schaffen.

Überlassen wir unsere Kinder nicht irgendwelchen staatlich vorgegebenen Wertevorstellungen, sondern geben wir ihnen einen Halt und eine Richtschnur im Religionsunterricht und im christlichen Glauben.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Als nächste Rednerin spricht Frau Hinz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Wortlaut des CDU-Antrags hat mich etwas irritiert. Ich habe mir nämlich die Frage gestellt – diese Frage stelle ich Ihnen heute –: Wer will denn – so, wie es in Ihrem Antrag formuliert ist – heute in Hessen den Religionsunterricht abschaffen? Wer versucht denn, hier in Hessen offen oder durch die Hintertür einen staatlichen Zwangs-Werteunterricht einzuführen? Gibt es etwa in der CDU subversive Kräfte, die einen solchen Putsch im Landtag inszenieren und dies durchsetzen wollten? Oder warum haben Sie diesen Antrag hier so formuliert? Oder hat Sie etwa das Motto einer großen Zeitung, die heute hier schon öfter eine Rolle gespielt hat, in der letzten Woche beflügelt, das lautete „Wir sind Papst“?

(Allgemeine Heiterkeit)

Natürlich weiß ich, dass der Anlass dieses Antrages die Debatte um den Religions- und Werteunterricht in Berlin ist.

(Zuruf von der CDU: Na also!)

Aber trotzdem finde ich die Wortwahl in Ihrem Antrag sehr merkwürdig. Da geht es um „Zwangs-Werteunterricht“. Aber wer spricht denn bitte schön von Zwangs-Religionsunterricht, von Zwangs-Deutschunterricht oder von Zwangsschule überhaupt? – Sie müssen sich schon einmal überlegen, warum Sie welche Anträge wie formulieren.

Wir brauchen die Debatte hier in Hessen nicht zu führen. Sie sind doch sonst so sehr für Kulturföderalismus. Sonst wehren Sie sich dagegen, dass irgendwo hineinregiert wird, Debatten stellvertretend geführt werden und am Ende sogar noch irgendwelche Entscheidungen gefällt werden, die in ein anderes Land hineinreichen. Aber hier wollen Sie auf einmal Berliner Debatten führen. Wir in Hessen haben eine ganz andere Verfassungslage.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Grundgesetz sieht Religion als ordentliches Lehrfach vor, und die Hessische Verfassung sieht dies ebenfalls vor. Aber es gibt eine so genannte Bremer Klausel, die das für Berlin eben anders regelt. Von daher muss man in Berlin natürlich eine Debatte darüber führen, welchen Unterricht man wie in der Schule haben will. Aber wir brauchen die Debatte nicht zu führen. Sie ist noch nicht einmal in der Enquetekommission zur Reform der Hessischen Verfassung geführt worden. Niemand hat den Art. 57 unserer Hessischen Verfassung infrage gestellt. Von daher ist Religionsunterricht als Bekenntnisunterricht ordentliches Lehrfach in Hessen, und das bleibt er auch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Darüber hinaus finden wir, dass die Vermittlung von ethischen, kulturellen und sozialen Werten generell Bestandteil von Unterricht und von Schule sein muss.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Ist es doch!)

Das gehört zu Erziehung und Bildung schlicht und einfach dazu. Das ist fächerungebunden. Denn Erwachsene vermitteln durch ihre Haltungen auch Werte. Lehrer und Lehrerinnen sind keine Neutren. Es ist gut, dass sie mit ihren Normen und Werten auch in der Auseinandersetzung mit Jugendlichen deren Entwicklung fördern. Das ist wichtig, auch für die Normbildung von Jugendlichen. Es ist wichtig, dass Lehrerinnen und Lehrer weder indoktrinieren noch manipulieren, dass sie aber sehr wohl zu ihren Werten und Haltungen stehen.

Es gibt den spezifisch wichtigen Religionsunterricht als Unterstützung der Ausübung von Religionsfreiheit. Trotzdem wehre ich mich dagegen, Frau Henzler, dass Sie sagen, bekenntnislose Menschen seien orientierungslos. Das stimmt so nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es gibt sehr wohl Menschen, die keiner Religionsgemeinschaft angehören, die sich aber sehr wohl an den humanistischen Idealen orientieren. Dann sind sie nicht orientierungslos. Sie gehören lediglich keiner Kirche an, und sie bekennen sich nicht zu einem Glauben. Es gehört auch zur Religionsfreiheit, dass ich mich entscheiden kann, ob ich einer Religionsgemeinschaft zugehören will oder nicht, und ob ich in einen Religionsunterricht gehen will oder nicht. Das alles gehört nach unserer Verfassung zur Freiheit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Unbestritten ist aber, dass im Religionsunterricht auch aufgrund unserer Geschichte und Tradition in besonderem Maße die Vermittlung von ethischen und religiösen Werten stattfindet, dass andere Religionen kennen gelernt werden können und dass die Entwicklung der eigenen Normbildung stattfindet. Ich halte auch das für richtig, was die FDP in ihrem Antrag fordert, dass nämlich mit den beiden Kirchen ein Weg gesucht werden soll, dort einen gemeinsamen Religionsunterricht anzubieten, wo Religionsunterricht ansonsten aufgrund der Schülerzahl nicht zustande käme. Denn sonst wären die Kinder benachteiligt, die gern Religionsunterricht hätten.

Aber diskutieren wir auch ansonsten über Hessen. Wir haben den christlichen Religionsunterricht. Aber es ist lang überfällig, dass wir islamischen Religionsunterricht an unseren Schulen einführen. Das sollte islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache mit in Deutschland ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern unter staatlicher Aufsicht sein.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Das hättet ihr gern!)

– Das hätten nicht nur wir gern, Herr Dr. Lübcke, sondern das hätte auch die evangelische Kirche und die katholische Kirche gern, das hätten die Lehrerverbände in Hessen gern, und das hätte auch der Integrationsbeirat gern, der von Ihnen ins Amt gehoben wurde und der von Ihnen immer hoch gelobt wird. Sie haben das bereits im Jahr 2001 beschlossen.

Aber bislang ist nichts geschehen. Die einzige Ausrede, die die Ministerin dazu immer hat, lautet, dass es keinen angemessenen Partner – weder die IRH noch sonst wen –

gibt. Aber das kann eigentlich nicht mehr gelten, weil Zwischenschritte möglich sind, die sich in anderen Ländern zeigen. Zur Religionsfreiheit und ihrer Unterstützung gehört eben auch, dass keine Gruppe benachteiligt wird. Der Islam ist eben die drittgrößte Glaubensgemeinschaft in Hessen. Darüber darf man nicht einfach auf Dauer hinwegsehen.

In Baden-Württemberg hat Kultusministerin Schavan verkündet, dass es mit Beginn des übernächsten Schuljahres an zwölf Standorten im Land bekenntnisgebundenen islamischen Religionsunterricht für muslimische Schülerinnen und Schüler geben wird. Als Ansprechpartner für den Staat kämen gemäß der neuesten Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zunächst lokale und regionale Elternverbände und Moscheengemeinden infrage. Warum macht denn die Kultusministerin in Hessen nicht einen solchen Zwischenschritt? Das Gerichtsurteil liegt vor. Hier hätte sie einmal in die Gänge kommen können.

Genauso ist nach dem Gutachten, das NRW, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern in Auftrag gegeben haben, auch die alevitische Glaubensgemeinschaft vom Grundsatz her ein adäquater Partner. Da gibt es nur noch Einzelheiten zu regeln. Auch hier ist noch keine Konsequenz gezogen worden. Im Gegensatz hat NRW beschlossen, einen Beirat einzurichten, um die Entwicklung des alevitischen Religionsunterrichts jetzt in Angriff zu nehmen.

Wie ist es aber in Hessen? In Hessen gibt es vier Jahre, nachdem der Integrationsbeirat seinen Beschluss gefasst hat, gerade einmal an drei Schulen in Frankfurt Ethik mit Schwerpunkt Islamkunde. Das groß angekündigte Modell von Frau Wolff, das sie als Ersatz für islamischen Religionsunterricht propagiert hat, wird noch nicht einmal von ihr selbst energisch betrieben, dass muslimische Kinder tatsächlich wenigsten diesen kleinen Strohalm im Ethikunterricht haben.

Religionsfreiheit ist unteilbar. Dafür müssten aktiv die Voraussetzungen geschaffen werden. Das ist das Thema, was hier in Hessen ansteht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Auch der Ethikunterricht als so genannter Ersatzunterricht für die Kinder, die vom Religionsunterricht abgemeldet sind oder gar nicht daran teilnehmen, weil sie bekenntnislos sind, lässt in seiner Realisierung zu wünschen übrig. Viele Kinder und Jugendliche können nicht am Ethikunterricht teilnehmen, weil er nicht angeboten wird. Meistens wird er erst ab der 9. Klasse angeboten, darunter eigentlich gar nicht.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Oftmals geht es auch in der 9. Klasse noch nicht, weil Lehrerinnen und Lehrer fehlen. Auf hartnäckige Anfragen von mir musste die Kultusministerin zugeben, dass die Weiterbildung erst einmal bis zum übernächsten Schuljahr ausgesetzt ist.

(Ministerin Karin Wolff: Was?)

Das betrifft die Weiterbildungskurse außer „Ethik online“. Lesen Sie sich einmal die Antworten auf meine Anfrage durch. Ansonsten gebe es angeblich keinen großen Bedarf. – Das kann ja wohl nicht wahr sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Natürlich gibt es einen großen Bedarf. Aber wenn das nicht wirklich in der Stundentafel als Ersatzfach vorsehen, dann können die Schulen den Bedarf für eine entsprechende Weiterbildung auch nicht anmelden. Wir fordern Sie auf, tatsächlich einmal die Daten offen zu legen, wie viele Kinder an keinem Religionsunterricht teilnehmen und stattdessen nach Hause, in die Bücherei oder sonst wo hingehen. Dann sehen Sie, wie viel Sie in Hessen noch zu tun haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Frau Kollegin Hinz, kommen Sie bitte zum Schluss.

#### **Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich komme zum Schluss.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Es gibt genug Diskussionen über Religions- und Ethikunterricht in Hessen zu führen. Es gibt für die Landesregierung genug zu tun, um diese Situation zu verbessern. Wer mit einem Finger dauernd auf Berlin zeigen will, auf den zeigen vier Finger Richtung Hessen und die Missstände, die hier insgesamt noch herrschen. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Herr Kollege Weinmeister, CDU-Fraktion, hat die Möglichkeit zur Kurzintervention.

#### **Mark Weinmeister (CDU):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Hinz, ich habe mich gemeldet, weil Sie vorhin gesagt haben – und das kann ich so nicht stehen lassen –, dass wir von Zwangs-Werteunterricht sprechen aber nicht von Zwangs-Religionsunterricht oder anderen Dingen. Es gibt keinen Zwangs-Religionsunterricht in der Bundesrepublik Deutschland. Das wissen Sie ganz genau. Wenn Sie das hier so formulieren und das auf eine Stufe stellen, dann versuchen Sie, Nebelkerzen zu werfen. Das kann so nicht stehen bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Aber warum werfen Sie diese Nebelkerzen? Das ist doch wohl ganz deutlich geworden. Wenn ich mir Ihren Antrag ansehe und Ihre Ausführungen von eben anhöre, erkenne ich, dass Sie nicht mit einem Wort etwas zum Zwangs-Werteunterricht in Berlin gesagt haben. Sie haben auf die Verfassung verwiesen. Aber eine Wertung darüber abzugeben, wie die hessischen GRÜNEN dazu stehen, haben Sie tunlichst vermieden. Ich habe nichts dazu gehört. Hier wäre eine klare Aussage nötig gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Bei Frau Henzler habe ich das ganz deutlich gehört. Das hätte ich mir auch von den GRÜNEN gewünscht. In der Frage, die Sie angeschnitten haben, nämlich dass die Vermittlung von Werten prinzipiell in der Schule gemacht werden muss, sind wir vollkommen d'accord. Nur die Frage, ob wir das nicht auch an Religionsgemeinschaften delegieren können, halte ich für absolut notwendig, ge-

rade aus der Erfahrung unserer Geschichte heraus. In der Zeit des Nationalsozialismus oder auch in der Zeit der Diktatur der SED waren es doch gerade Teile der Kirchen, nicht die ganze Kirche, die die Grundwerte, die wir heute verteidigen, aufrechterhalten haben.

Aus diesem Grund bitte ich doch darum, hier eine deutliche Sprache zu sprechen und uns auch deutlich dazu zu bekennen. Dass die PDS in Berlin so etwas einführen möchte, ist, glaube ich, folgerichtig, nicht nur aus ihrer eigenen Politik heraus, die sie als SED in der DDR betrieben hat, sondern auch aufgrund der Tatsache, dass man sich überlegen muss, welche Bedeutung gerade christliche Werte und die Kirchen im Bereich der friedlichen Revolution von 1989 hatten, was ja zum Machtverlust der SED und damit zur PDS geführt hat. Da habe ich das Gefühl, dass seit 1989 ein Kreuzzug in Berlin geführt wird, um sich nachträglich zu rächen.

**Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Herr Kollege Weinmeister, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Mark Weinmeister (CDU):**

Auch aus diesem Grund wäre es notwendig gewesen, dass die GRÜNEN als Rechtsstaatspartei dazu eine deutliche Meinung geäußert hätten.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Zur Erwiderung hat Frau Abg. Hinz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

**Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Meine Damen und Herren, in dem Antrag der CDU heißt es: Der Landtag wendet sich gegen jede Form eines staatlichen Zwangs-Werteunterrichts. – Wir in Hessen haben keinen Zwangs-Werteunterricht. In Hessen wird kein Zwangs-Werteunterricht eingeführt,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

und ich habe deutlich gemacht, dass wir in Hessen dafür stehen, dass es eine Bekenntnis-Religionsunterricht gibt, dass der Verfassungsartikel gilt und dass wir daneben für die Kinder, die keiner Glaubensgemeinschaft angehören, Ethikunterricht als obligatorische Alternative haben wollen, weil es wichtig ist, dass sich auch diese Kinder mit Wertmaßstäben, mit Orientierungen, mit Normen auseinandersetzen und dafür einen spezifischen Unterricht erhalten.

Das ist die Debatte, die wir in Hessen zu führen haben. Wir haben hier nicht die Berliner Debatte zu führen, die eine andere Verfassungsgrundlage hat. Die Politiker in Berlin müssen überlegen, wie sie eine Klammer zwischen einem Unterricht für die Kinder, die bekenntnislos sind, und den Kindern bilden können, die einer Religionsgemeinschaft angehören. Dass dies jetzt auch im Hinblick darauf debattiert wird, wie sie die Kirchen einbeziehen können, halte ich für die Berliner Situation für richtig. Aber wir müssen unsere eigenen Probleme klären. Davon haben wir genug, auch wenn der obligatorische Religionsunterricht bei uns nach der Verfassung so bleiben sollte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Als nächster Redner hat Herr Abg. Pighetti, SPD-Fraktion, das Wort.

**Marco Pighetti (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wer sich den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion mit dem Titel „Religionsfreiheit und Religionsunterricht – gegen einen staatlichen Zwangs-Werteunterricht“ einmal anschaut – die Rede von Frau Kölsch hat das vorhin bestätigt –, für den ist ganz offensichtlich, dass Sie wieder einmal einen Popanz gesucht und in den Landtag geschleppt haben. Sie haben ihn hier mit aller Macht aufgeblasen und aufsteigen lassen, um ihn schließlich mit gewaltiger Inbrunst abzuschießen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren von der Union, das ist keine seriöse Politik. Das ist Klamauk.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Hoff (CDU): Du bist doch normalerweise besser!)

– Keine Sorge, ich komme schon zum Thema.

Lassen Sie uns Ihren Antrag doch einmal etwas genauer beleuchten. Er beginnt damit, dass die Religionsfreiheit als eines der grundlegenden Menschenrechte in Deutschland geschützt werden muss, endet damit, dass die Landesregierung darauf hinwirken soll, die Freiheit der Religion gegenüber dem Staat zu erhalten, und in der Mitte wenden Sie sich gegen – so wörtlich – jeden Versuch, einen staatlichen Werteunterricht einzuführen, von dem sich auch religiös gebundene Schüler nicht abmelden können. Meine Damen und Herren von der Union, Frau Hinz hat schon darauf hingewiesen: Ist Ihnen eigentlich irgendjemand hier in Hessen bekannt, der Derartiges einführen will?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und wer bedroht denn hier die Religionsfreiheit? Aus den Reihen der Opposition ist mir niemand bekannt, und Sie selbst scheinen es ja auch nicht vorzuhaben. Da stellt sich also höchstens die Frage, ob in den Reihen der Landesregierung irgendetwas geplant ist, von dem hier keiner etwas weiß.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Das ist vielleicht der Hintergrund!)

Ein erstes Hinsehen zeigt also schon, dass der Antrag mit Hessen nichts, aber auch rein gar nichts zu tun hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie immer, wenn das der Fall ist, richten Sie Ihren Blick sofort nach Berlin. Ihr Lieblingsthema, die rot-grüne Bundesregierung, gibt diesmal nichts her; aber siehe da, in Berlin gibt es zum Glück auch noch eine Landesregierung.

(Heiterkeit bei der SPD – Jürgen Walter (SPD): Wie ist das eigentlich in Düsseldorf?)

Genau das ist die Stoßrichtung, auch wenn es in dem Antrag nirgendwo so steht.

Reden wir also einmal einen Moment darüber, worum es geht. Reden wir über Berlin, über die dortige Situation und die gesetzlichen Grundlagen. Ansonsten, meine Damen und Herren von der Union, macht Ihr Antrag überhaupt keinen Sinn.

In Berlin gibt es seit mehr als 50 Jahren einen freiwilligen Religionsunterricht in Verantwortung der Kirchen, von der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Im Gegensatz zu den anderen Bundesländern ist Berlin nämlich – auch darauf ist schon hingewiesen worden – nach Art. 141 des Grundgesetzes, der so genannten Bremer Klausel, nicht dazu verpflichtet, einen Religionsunterricht verpflichtend anzubieten.

(Mark Weinmeister (CDU): Das hat Frau Hinz auch schon gesagt!)

– Ihnen kann man es ja nicht oft genug sagen, damit Sie es wenigstens einmal verstehen.

(Beifall bei der SPD)

Mit anderen Worten noch einmal: Während sich bei uns Schülerinnen und Schüler vom verpflichtenden Religionsunterricht abmelden müssen, können sie sich in Berlin zum freiwilligen Religionsunterricht anmelden. Wer über dieses Thema redet, sollte dies wissen.

Zweiter Punkt. Gerade einmal 21 % der Oberschüler nehmen in Berlin am katholischen bzw. evangelischen Religionsunterricht teil, weitere 5 % an einem anderen Weltanschauungsunterricht. Mit anderen Worten: Drei von vier Berliner Schülerinnen bzw. Schülern nehmen derzeit an keinerlei Religionsunterricht oder Weltanschauungsunterricht teil. Wie man vor diesem Hintergrund zu der Einschätzung kommen kann, der Religionsunterricht werde durch die Einführung eines gemeinsamen Werteunterrichts aus der Schule herausgedrängt, ist mir schleierhaft. Es scheint doch haargenau das Gegenteil der Fall zu sein.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Quatsch, was Sie da erzählen!)

Über den Werteunterricht können die Kirchen die Religion und ihre Werte allen Schülern darstellen. Das heißt, die Auseinandersetzung mit Kirche, Glauben und Werten kehrt für 75 % der Schülerinnen bzw. Schüler eines Jahrgangs überhaupt erst wieder in die Schule zurück.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört! – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ein dritter Punkt. Der bisherige freiwillige Religionsunterricht wird zu 90 % vom Land Berlin finanziert. Dieser Unterricht wird auch nach Einführung des Werteunterrichts wie bisher angeboten und vom Land finanziert. Mit anderen Worten: Es gibt im Moment in Berlin einen freiwilligen Religionsunterricht an den Schulen, der staatlich finanziert ist. Wie wird die Situation nach Einführung des neuen Fachs sein? Ganz einfach: Es wird dort weiterhin den gleichen freiwilligen Religionsunterricht an der Schule geben, der staatlich finanziert ist. Die Einschnitte, von denen hier gesprochen wird, gibt es also offensichtlich gar nicht, meine Damen und Herren. Religionsunterricht war zusätzlich, und er bleibt zusätzlich. Mehr noch: Wenn wieder alle Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs mit Religion in Kontakt kommen, wird es gewiss auch einige unter ihnen geben, die wieder Lust auf konfessionellen

Unterricht bekommen. Das ist genau das Gegenteil von dem, was hier an die Wand gemalt wird.

Ein vierter Punkt. In der Bundeshauptstadt leben Menschen aus 190 verschiedenen Ländern. Dort fühlen sich 130 verschiedene Religionsgemeinschaften zu Hause. Mit anderen Worten: Berlin ist eine Einwanderungsstadt – das mag Ihnen nicht gefallen –, die für kulturelle und religiöse Vielfalt steht. Man kommt dort überhaupt nicht umhin, zumindest wenn man an den Lebensrealitäten nicht völlig vorbeigehen will, diese Tatsache auch in den Bildungseinrichtungen zu berücksichtigen.

(Beifall bei der SPD)

Wir können also noch einmal festhalten: Die Situation ist in Berlin eine gänzlich andere als bei uns in Hessen oder etwa in Rheinland-Pfalz. Das ist deswegen überhaupt kein Problem, meine Damen und Herren von der Union. Zur Abbildung verschiedener Traditionen und Lebensrealitäten haben wir in Deutschland ein ganz hervorragendes Instrumentarium. Das ist der Länderföderalismus. Betonen nicht gerade Sie immer wieder, dass gerade die Bildungspolitik ein Kernelement der Länderkompetenz ist? Warum mischen Sie sich dann von Wiesbaden aus in die Berliner Schulpolitik ein, die doch ganz offensichtlich eine Sache des Landes Berlin ist?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der Union, Ihr Ministerpräsident hat nicht nur dazu beigetragen, dass für Deutschland die so wichtige Föderalismuskommission zu Fall gekommen ist, nein, er blockiert auch noch jede noch so sinnvolle Initiative des Bundes in Sachen Schule und Hochschule, und zwar immer mit dem gleichen Argument, die Bildung sei Ländersache, hier habe sich der Bund herauszuhalten. Sie selbst haben gestern hier im Landtag einen Antrag verabschiedet, aus dem ich zitieren darf:

Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, sich weiterhin für die Leistungsfähigkeit und Eigenständigkeit der Länder in den Bereichen Bildung und Wissenschaft einzusetzen. Bildung und Wissenschaft sind elementare Bestandteile des Verantwortungsbereichs der Länder und können von diesen am erfolgreichsten gefördert werden.

(Einige Abgeordnete unterhalten sich im hinteren Teil des Sitzungssaals.)

– Meine Damen und Herren da hinten, es ist doch wirklich Ihr Geheimnis, wie man an einem Tag solche Beschlüsse fassen kann und am nächsten Tag den Religionsunterricht von Wiesbaden aus für Deutschland zentral regeln will. Das passt nicht zusammen. Das ist unglaublich und unangemessen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt komme ich noch einmal zum Werteunterricht und zu den Befürchtungen ihm gegenüber zurück. Um es noch einmal ganz klar zu sagen: Weder ich noch sonst irgendwer von uns käme auf die Idee, einen solchen Unterricht nach Berliner Modell in Hessen einzuführen. Ihn für diejenigen zur Verpflichtung zu machen, die sich vom Religionsunterricht abmelden, kann aber sehr wohl seinen Sinn haben. Mancher Schüler, manche Schülerin denkt vielleicht doch noch einmal darüber nach, wenn die Alternative zum Religionsunterricht nicht in einer Freistunde besteht.

Auch denjenigen, die den konfessionellen Religionsunterricht bewusst ablehnen und abwählen, würde es sicher nicht schaden, eine hinreichende Allgemeinbildung zu Fragen der Ethik, der Religionen und Weltanschauungen zu erhalten, die sie zum Dialog mit anders Glaubenden und anders Denkenden befähigt. Genau hierzu ist ein solcher Werteunterricht geeignet, in dem, wie es im Schulgesetz von Berlin heißt, „die Antike, das Christentum und die für die Entwicklung zum Humanismus, zur Freiheit und zur Demokratie wesentlichen gesellschaftlichen Bewegungen ihren Platz finden“.

Wenn es in dem CDU-Antrag wörtlich heißt: „Ein vom Staat verordnetes Fach Wertevermittlung bedeutet, dass der Staat nicht nur über das Recht, sondern auch über Ethik und Moral bestimmen will“,

(Norbert Kartmann (CDU): Das ist doch das Problem, das ist doch richtig!)

so ist das schlicht Quatsch. Zwischen der Vermittlung einer Sache und der Bestimmung über sie ist nun wahrlich ein himmelweiter Unterschied. Der Staat verordnet den Schülern auch das Fach Mathematik, aber doch nicht, um die seit Jahrtausenden geltenden grundlegenden Regeln der Logik und Beweisführung selbst bestimmen zu wollen, sondern um sie den Kindern beizubringen. Zumindest diesen Unterschied sollte man doch begreifen, wenn man sich hier zu dem Thema äußert.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Geschweige denn der Politikunterricht in der Schule: Herr Irmer, nach ihrer Logik dürfte doch der Unterricht der Schülerinnen und Schüler, getrennt nach Parteipräferenz, nur noch von eingetragenen Parteimitgliedern durchgeführt werden. Es ist offensichtlich, wie widersinnig solche Gedankengänge sind.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Herr Kollege Pighetti, kommen Sie bitte zum Schluss Ihrer Rede.

#### **Marco Pighetti (SPD):**

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. – Meine Damen und Herren von der CDU, ich möchte zu diesem Thema passend mit einem Zitat aus dem Markus-Evangelium schließen. In Kapitel 7, der Bergpredigt, heißt es: „An ihren Taten sollt ihr sie erkennen, nicht an ihren Worten.“

(Beifall bei der SPD)

Sie haben sich hier sehr wortreich für die Kirchen, für Religionsfreiheit, Religionsunterricht und andere, überhaupt nicht zur Disposition stehende Dinge stark gemacht.

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Herr Kollege, würden Sie bitte zum Schluss kommen?

(Marco Pighetti (SPD): Ich bin beim letzten Satz!)

– Auch für Sie gelten die Redezeiten, wie für jeden anderen Kollegen auch.

#### **Marco Pighetti (SPD):**

Deswegen komme ich auch zum Schluss. – Dort, wo Sie Ihren Worten Taten folgen lassen könnten, nämlich bei der Besetzung einer Härtefallkommission, drängen Sie die Kirchen und andere hinaus, weil sie Ihnen zu unbequem sein könnten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Als nächste Rednerin hat Frau Kultusministerin Wolff das Wort.

(Marco Pighetti (SPD): Ich hätte noch einen Nachsatz gehabt! – Heiterkeit)

#### **Karin Wolff, Kultusministerin:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe die leise Befürchtung, dass die SPD-Fraktion im Moment nicht begriffen hat, demonstriert durch ihren Beifall, wie nahe der Kollege Pighetti in seiner Argumentation an den Berliner Positionen war.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, einer der Auslöser für die Berliner Diskussion ist die Situation, dass die Berliner keinerlei Möglichkeit zur Gegenwehr gegen einen fundamentalistisch-islamischen Religionsunterricht in Berlin haben, ihn sogar noch finanzieren müssen. Dies ist eine Ausgangsposition in Berlin gewesen.

(Hildegard Pfaff (SPD): Was hat das mit Hessen zu tun?)

Herr Kollege Pighetti, ich weiß nicht, wen Sie letzte Woche ausladen mussten. Aber in dieser Argumentation wäre ich etwas vorsichtiger.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Berliner SPD – zusammen mit der PDS – legt sich nicht nur mit den Kirchen an, sondern sie legt sich auch mit den vernünftigen und moderaten Muslimen an, die ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinschaften haben wollen. Der Kollege Böger in Berlin, der den Antrag nicht vertreten hat, der dort in der SPD verabschiedet worden ist, weiß sehr wohl, warum er diese Position vertreten hat, nämlich weil er zu der Erkenntnis gekommen ist – ich denke, das ist auch richtig –, dass genau das Gebrauchmachen von der Bremer Klausel das ist, was uns in eine Situation hineinführt, in der es nicht eine Partnerschaft zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften gibt, bei der beide einem Religionsunterricht zustimmen müssen, sondern die dem Staat keine Gegenwehr gegen fundamentalistische Positionen mehr lässt. Aus diesem Grund wollte er eine Veränderung und wollte einen Religionsunterricht, wie er in den anderen Bundesländern üblich, sinnvoll und sogar von der Verfassung geboten ist. Dem hat die Mehrheit der SPD in Berlin ins Gesicht geschlagen.

Ich glaube aber, dass diese Partnerschaft zwischen Religionsgemeinschaften, bei uns den christlichen Kirchen, und dem Staat von fundamentaler Bedeutung für einen staatlich verordneten Unterricht im öffentlichen Raum der Schule ist und dass von daher auch der Erziehungsauftrag, der mit dem Religionsunterricht verbunden ist, gerechtfertigt ist und seinen Grund hat.

Meine Damen und Herren, die Berliner wollen in der Tat den Religionsunterricht marginalisieren. Natürlich werden sie das auch fortsetzen können, indem sie schlicht und willkürlich durch die Haushaltsgesetzgebung dem Religionsunterricht materiell den Boden entziehen, wie sie dies in den vergangenen Jahren gemacht haben und jederzeit wieder tun können. Das ist anders als in Ländern, wo die Position des Religionsunterrichts durch die Verfassung abgesichert ist und dementsprechend auch der Unterricht in der Stundentafel auszuweisen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer einen Unterricht, wie die Berliner das vorhaben, als „Werteunterricht“ positioniert, der macht, mit Verlaub, wenn er die Vertreter der Religionen vielleicht gnadenhalber in den Unterricht einlädt, wie es Herr Wowereit versprochen hat, das Vorführen der Religionen im Grunde zu einer Diashow. Ich könnte auch etwas boshafter sagen: zu einem Zoobesuch. Das hat mit Religionsunterricht nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer einen Werteunterricht so, wie er in Berlin konzipiert ist, proklamiert, der ignoriert, dass Erziehung im Bereich Werte, in der Sinnfindung, in den Bereichen Identität, Identifikation und Persönlichkeitsbildung erheblich mehr ist als das, was mit einem Werteunterricht vermittelt werden kann.

An dieser Stelle muss auch sehr klar gesagt werden: Ein solcher Religionsunterricht, der die Persönlichkeitsentwicklung befördert, ist nicht verbindbar mit einer Position der Neutralität. Auch im Werteunterricht wird es keine Neutralität geben; sie ist nicht aufrichtig. Im Religionsunterricht ist eine Positionsbeziehung durch den Lehrer, die Lehrerin, die unterrichtet, vorgegeben und bedingt, dass jegliche Diskussion und auch andere Meinungen im Unterricht zugelassen werden müssen, dass Persönlichkeitsentwicklung auch ein Nein zu diesem Angebot einschließt, das vom Religionslehrer, der Religionslehrerin gemacht wird. Aber es ist ein authentisches Angebot im Blick auf Sinn, auf Glauben, auf Identität und Persönlichkeitsbildung von jungen Menschen. Dies ist notwendig.

Zeigt uns nicht die Diskussion um die Entwicklung der vergangenen Wochen – Frau Kollegin Kölsch hat das angesprochen – recht eindrücklich die Wiederkehr der Religion und des Glaubens? Zeigen uns nicht die letzten Wochen, dass junge Menschen suchen? Zeigen uns nicht die letzten Jahre, je mehr wir über Globalisierung diskutieren, dass diese Globalisierung eine andere Seite derselben Medaille hat, nämlich dass Menschen wissen müssen, wo sie zu Hause sind, auch kulturell-religiös zu Hause sind?

(Beifall bei der CDU)

Umso mehr muss man ihnen ein Angebot in diese Richtung machen, zu dem sie sich stellen können. Deswegen ist das Allermindeste ein Wahlfach. Für Hessen sage ich, es bleibt beim Religionsunterricht, wie er durch die Verfassung, durch das Schulgesetz und durch die Erlasse vorgehen ist.

Meine Damen und Herren, natürlich haben wir ein schwieriges – man sagt oft: ein hinkendes – Verhältnis zwischen Staat und Kirche. Jawohl, das ist schwierig.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ja!)

Aber die Werte des Verfassungsstaates – wie oft ist das gesagt worden? – haben Grundlagen, die geistesgeschichtlich religiöse Wurzeln haben. Umgekehrt: Die „FAZ“ hat dieser Tage einen Ausspruch von Joseph von Eichendorff beim Hambacher Fest von 1832 zitiert: „Keine Verfassung garantiert sich selbst“.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ja, das war ein Liberaler!)

– In der Tat, Frau Kollegin Wagner, und darauf sind wir auch gemeinsam stolz. – Aber daraus leitet sich doch ab – das hat Paul Kirchhof in dem in diesem Artikel referierten Aufsatz auch gesagt –, dass der grundrechtsverpflichtete Staat „darauf angewiesen ist, dass Religionsgemeinschaften und Kirchen mit ihren Lehren, gewachsenen Überlieferungen, Lebensformen und Gemeinschaften eine religiöse Kulturgemeinschaft und ethischen Zusammenhalt anbieten“. Das halte ich für entscheidend für das Verhältnis von Kirche und Staat in unserer Gesellschaft und dementsprechend auch für den Religionsunterricht in unseren Schulen.

Deswegen muss man auch sagen: Die Werte, die der Staat in den Grund- und Bürgerrechten vermittelt, sind im Grunde Schutzrechte und Werte, die Bürgerinnen und Bürger vor dem Eingriff anderer in ihre persönlichen und Bürgerrechte schützen. Aber das Grundgesetz selbst vertritt nicht die Werte im Zusammenleben der Menschen,

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Sehr richtig!)

von denen wir glauben, dass sie junge Menschen in der Schule und im Elternhaus lernen sollen. Es sind Schutzrechte, aber es sind keine lebenden Werte, aus denen allein heraus Menschen ihr Leben gestalten.

(Jürgen Walter (SPD): Eben übernehmen Sie sich aber, das ist ein bisschen falsch!)

Das ist das, was im Religionsunterricht gelernt werden kann, aber nicht nur dort.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Walter (SPD): Reden Sie Ihren Unsinn, aber eben übernehmen Sie sich! Unsere Verfassung gibt keine Werte vor! Ein solcher Unsinn! – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Werte!)

– Ich glaube, Herr Kollege Walter, Sie sollten etwas vorsichtig sein mit dem Adrenalin. Sie grenzen Werte ab. – Nein, Herr Walter hat eben nicht im Zusammenhang zugehört. Das ist ganz einfach.

(Jürgen Walter (SPD): Keine Werte! Dieser Unsinn ist unglaublich! Sie reden hier einen völligen Unsinn! – Norbert Schmitt (SPD): Wir werden es nachlesen! – Jürgen Walter (SPD): Religionsunterricht in Hessen!)

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Das Wort hat immer noch Ministerin Wolff. Sie haben die Möglichkeit zu einer Kurzintervention. Ich darf Sie um Ruhe bitten.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will noch einmal darauf hinweisen, dass die Auseinandersetzung um Werte in der Schule selbstverständlich nicht auf den Religionsunterricht delegierbar ist, sondern die Erziehung zu Werten, die Erziehung zu einem wertegebundenen Zusammenleben in unserem Land ist der Erziehungsauftrag des Elternhauses und der gesamten Schule, aller Fächer und durch alle Lehrerinnen und Lehrer. In diesem Zusammenhang macht der Religionsunterricht ein besonderes Glaubens-, Sinn- und Identifikationsangebot.

Ich komme nun zu den Einwänden und den anderen Anträgen. Frau Kollegin Henzler, es ist in der Tat richtig, dass es in Baden-Württemberg eine Vereinbarung gibt, die über die defensiv formulierte Situation, zu der sich unsere Kirchen bereit gefunden haben, graduell hinausgeht. Das wird man mit unseren Kirchen durchaus auch erörtern können. Ich will nur darauf hinweisen, dass der Unterricht in Baden-Württemberg ein konfessioneller Unterricht bleibt. Er findet nur zu neuen Kompromissen im Hinblick auf die Zusammensetzung der Gruppen, sagt aber auch ganz bewusst: Dann müssen die Lehrerinnen und Lehrer aber auch wechseln, sodass sich dann beide konfessionelle Gruppen in einer solchen Gruppe mischen. – Ferner muss es jeweils – das ist ähnlich wie bei uns – entweder durch die Schuldekane oder durch die Landeskirchen genehmigt werden, sodass das auch relativ klar ist. Dieser Religionsunterricht wird beiderseits an Standards gebunden.

Dies halte ich in allen Bestandteilen für wichtig und zentral. Ich glaube, es bedarf nicht der Erörterung, dass wir hinsichtlich der Einführung des Faches Religionskunde, wie Sie es vorgeschlagen haben, nicht zu einer Einigung kommen werden und dafür auch die Verfassung – seit dem Dienstag schon erst recht nicht – nicht verändern werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Landesregierung will – daran arbeite ich Jahr für Jahr –, dass jeder Schüler und jede Schülerin einen verbindlichen Religions- oder Ethikunterricht bekommt. Das bedeutet, dass wir die Ausbildungsstätten in Hessen aufrechterhalten haben, an denen Religionslehrerinnen und -lehrer ausgebildet werden. Das bedeutet, dass wir für Religion und Ethik Weiterbildungskurse in einem Maße aufrechterhalten und weiterentwickelt haben, wie dies vorher nicht der Fall war. Frau Kollegin Hinz, das bedeutet, dass wir schon 250 Lehrerinnen und Lehrer über Ethik-Online abschließend ausgebildet haben und dass wir im Moment über 100 weitere in diesem Bereich ausbilden und dann auch einsetzen.

(Norbert Schmitt (SPD): Faktisch wird es aber nicht angeboten!)

Das heißt auch, dass ich die Schulen über die Schulämter angewiesen habe, in dem Jahr, in dem ein Mangel an Lehrern für den Religionsunterricht auftaucht, Religionslehrerinnen und -lehrer anzufordern. Das heißt auch, dass ich mit den Schulämtern geredet habe und sie einen Hinweis in die Richtung haben, dass im nächsten Jahr an allen Staatlichen Schulämtern ein Angebot von Ethikunterricht mit dem Schwerpunkt Islam

(Norbert Schmitt (SPD): Wie lange regieren Sie? Sechs Jahre? Nach sechs Jahren! – Gegenruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU): In der Bibel steht: Alles hat seine Zeit!)

auf der Basis der von uns erarbeiteten Module gemacht wird. Diese Module sind auf dem Bildungsserver nachzulesen. Sie werden von Hunderten von Lehrerinnen und Lehrer in unseren Schulen abgerufen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben darauf hingewiesen, dass Baden-Württemberg und Niedersachsen einen islamischen Religionsunterricht hätten. Ich weise nur darauf hin, dass sowohl Baden-Württemberg als auch Niedersachsen Modellversuche auf regionaler Ebene auf der Basis dessen eingeführt haben, dass sich auf regionaler Ebene muslimische Gruppierungen auf einen Lehrplan verständigt haben.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau das habe ich gesagt!)

Es ist also regional und modellhaft erfolgt. Wir können das nur insofern tun, als wir mit dem Revisionsverfahren, das im Moment gegen die IRH am VGH in Hessen anhängig ist, nicht kollidieren. Darauf will ich sehr deutlich hinweisen. Wir haben dort unsere Grenzen.

Was die alevitischen Anträge angeht, sind wir in einem absoluten Gleichklang mit Baden-Württemberg, mit Bayern und mit Nordrhein-Westfalen. Dort gibt es keine Unterschiede im Verfahren, weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart, noch in der Zukunft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, all das werden wir weiter sehr intensiv mit dem Ziel betreiben, dass die jungen Menschen in einer immer komplexer werdenden Welt ein eindeutiges Angebot bekommen, um ihre Sinn- und ihre Identität zu entwickeln – in Reibung mit den Angeboten der Erwachsenen. Sie werden die entsprechenden Stunden bekommen und sich im Gesamtgefüge der Fächer mit diesen Fragestellungen auseinandersetzen, und zwar speziell im Religionsunterricht, was den Glauben angeht. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, ich rufe nun zur zweiten Runde auf. Herr Kartmann, Sie haben für die Union das Wort.

**Norbert Kartmann (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte im Hinblick auf einiges, was ich eben in der Debatte gehört habe, feststellen, dass diese Debatte eine etwas tief schürfendere Behandlung verdient hat.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Dass Sie das jetzt nach der Kultusministerin gesagt haben, gibt uns zu denken!)

Lieber Herr Kollege Pighetti, in aller Toleranz und in aller Liebe Ihnen als Christ gegenüber sage ich: Darüber sollten wir nach dieser Debatte diskutieren, weil sie eine ganz andere Dimension hat als die hier angedachte, ausschließlich parteipolitische Dimension.

(Christel Hoffmann (SPD): Antrag!)

Selbstverständlich können Länder untereinander und miteinander diskutieren, und Bundespolitiker können sich zur Landespolitik äußern. Deswegen ist es wichtig, dass wir als hessische Politiker den Bürgern, die irritiert



sind, sagen: „Das kommt für uns nicht infrage.“ Das ist Sinn und Zweck dieser Debatte.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Frau Kollegin Hinz, was in Berlin geschieht, ist eine Fehlentwicklung. Deswegen ist es wichtig, dass wir darüber reden. Ich habe den einfachen Satz vermisst: „Der Berliner Weg ist falsch“, mehr nicht. Das müssen Sie sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Verehrter Herr Kollege Pighetti, es ist ein gewaltiger Unterschied, ob Sie einen Werteunterricht einführen, den der Staat gestalten muss, auch in der Lehrplanarbeit, oder ob Sie einen Religionsunterricht auf der Basis des christlichen Glaubens – katholisch, evangelisch –, auf der Basis des Alten und Neuen Testaments anbieten. Denn bei einem Werteunterricht mit einem Curriculum, das der Staat letztendlich erstellt, kann bei der Debatte über Werte Beliebbarkeit Platz greifen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Das ist allerdings auf der Grundlage des christlichen Glaubens nicht möglich. Dort sind feste Strukturen von Werten vorgegeben. Daran kann keiner manipulieren, wie er will. Das ist der entscheidende Unterschied.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das bewegt mich. Ich habe lange genug selbst Religionsunterricht erteilt. Ich bin ausgebildeter Religionslehrer. Ich habe ein Studium. Mit dem Studium allein hätte ich keinen RU geben dürfen. Meine evangelische Kirche hat mir die Fakultas erteilt. Die katholischen Kollegen haben eine Missio. Das heißt, das ist ein Stück mehr als rein staatlicher Unterricht. Das ist der entscheidende Punkt. Nur darum geht es.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Frau Kollegin Henzler, Religionskunde ist kein Religionsunterricht. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Auch andere Religionen sind im Lehrplan übrigens integraler Bestandteil. Das ist völlig klar. Aber Religionsunterricht ist auch ein Stück Verkündigung. Wir Religionslehrer dürfen ein Stück Verkündigung machen. Ein Religionskundler wird kaum mit den Schülerinnen und Schülern beten. Er wird ihnen etwas zur Religionshistorie beibringen. Da ist der fundamentale Unterschied.

In Baden-Württemberg geht es nicht um die Frage eines wie auch immer gearteten ökumenischen Religionsunterrichtes, sondern das ist die Antwort darauf – nach dem Motto „Lieber ein ökumenischer RU als überhaupt kein RU“ –, dass die Zahl der Schüler gesunken ist. Das ist ein Problem. Sie haben zu Recht das Thema Bedeutungsverlust von Religionsunterricht angeschnitten. Frau Kollegin Henzler, dies ist keine Frage der Schulen, keine Frage der Lernplanarbeit, sondern ein Problem dieser Gesellschaft, welches wir in den Schulen auszuhalten haben. Deswegen haben wir als Religionslehrer immer ein Problem damit gehabt, Schüler ab 14 Jahren im Religionsunterricht zu halten.

Ich kann Ihnen aus meiner Zeit sagen, dass ich mit meinen wenigen Religionsschülern zu den vielen anderen Schülern in der Freistunde an die Würstchenbude gegangen bin. Da hat das alles stattgefunden. Das heißt, das Problem lösen wir nicht in der Schule. Das lösen wir nur, in-

dem wir ein Komplementärfach anbieten, sodass sich die Schüler entscheiden können, ob sie zu dem einen oder zu dem anderen Fachunterricht gehen wollen. Ich habe meinen Schülerinnen und Schülern einmal die Frage gestellt: „Was wollt ihr lieber, soll ich euch Mathematik anbieten, wenn ihr nicht in den Unterricht geht?“ Dann haben sie gesagt: „Dann kommen wir zu dir in den Religionsunterricht.“ Das ist ein anderes Problem, das mit der Debatte nichts zu tun hat. Das muss man einmal diskutieren.

Mein Vorschlag – das sage ich hier und werde es auch in Angriff nehmen –: Lassen Sie uns unbeschadet unserer Mitgliedschaft in den Fraktionen uns als außerparlamentarische Gruppe zusammensetzen und diese Frage einmal frei von parlamentarischen Strukturen debattieren. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich werde das einleiten. Dann machen wir einen Gesprächskreis über diese Dinge. Ich bin ganz sicher, dass sich unsere Vertreter der beiden Kirchen bei der Hessischen Landesregierung, Herr Dulige und Herr Dr. Amend, bereit erklären werden, uns dabei zu begleiten. Denn dass wir diese Begleitung brauchen, habe ich jedenfalls nach dieser Debatte festzustellen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Michael Denzin (FDP))

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Zu einer Kurzintervention hat Frau Henzler das Wort.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ein Redebeitrag! Eine Kurzintervention geht nicht! Das kann nur ein Redebeitrag sein!)

– Ja, das waren nur fünf Minuten. Dann dürfen Sie sich melden, denn Sie haben noch Zeit für einen Redebeitrag. Dann kommt erst Herr Walter. – Vielen Dank, Herr Kaufmann.

#### **Jürgen Walter (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Ministerin, ich habe mich über zwei Dinge geärgert. Ich habe mich über eine ganz spezielle Aussage von Ihnen geärgert, und ich habe mich über mich selbst geärgert. Ich habe mich deshalb über mich selbst geärgert, weil man den Antrag der Union mit zusätzlicher Redezeit sogar noch adelt.

Ich möchte mit dem beginnen, was Herr Kartmann gesagt hat. Verehrter Herr Präsident, der Religionsunterricht ist in Hessen überhaupt kein Thema. Wenn Sie sagen, wir müssten festhalten, dass wir den Religionsunterricht so beibehalten wollen, wie er ist, dann muss ich sagen: Niemand in diesem Raume und auch niemand, der sich an der Debatte beteiligt, hat den hessischen Religionsunterricht infrage gestellt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir alle wissen, wie Politik gemacht wird. Auf der einen Seite sitzen die, die für einen Religionsunterricht stehen, und auf der anderen Seite die, die nicht dafür stehen. Ich halte es aber für unververtretbar, dieses Thema für eine politische Debatte zu benutzen.

Es gibt an dieser Debatte aber einen Punkt, der nicht ganz unwichtig ist. Frau Ministerin, das ist mir schon bei einer Diskussion in Fulda mit Ihrem Staatssekretär, Herrn Jacobi, aufgefallen. Es ging um die Frage der Wertevermitt-

lung durch den Staat. Wenn Sie hier im Plenum sagen, dass das Grundgesetz einen Schutzrahmen für die Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Staat und gegenüber anderen bietet, dass aber das Grundgesetz nicht wie eine Religion Werte vermitteln könne, und das in einen Antrag hineinschreiben, dann müssen wir darüber diskutieren.

In Ihrem Antrag steht:

Ein vom Staat verordnetes Fach Wertevermittlung bedeutet, dass der Staat nicht nur über das Recht, sondern auch über Ethik und Moral bestimmen will. Doch der Staat lebt von religiösen und ethischen Voraussetzungen, die er selbst nicht schaffen kann.

Selbstverständlich liegen unserem Staatswesen ethische und religiöse Voraussetzungen zugrunde. Lassen Sie uns aber einen Moment darüber nachdenken, ob der demokratische Staat nicht doch die Aufgabe hat, Werte zu vermitteln. Ich sage, ich bin hier definitiv anderer Auffassung als Sie.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der demokratische Staat hat die Aufgabe der Werteerziehung, selbstverständlich auch in der Schule. Unser Grundgesetz bietet ein Wertekonzept: freiheitliche Werte, soziale Werte, demokratische Werte. Auch im Schulunterricht wird das doch relativ deutlich. Soll ein Geschichtslehrer den Schülerinnen und Schülern die Zeit des Nationalsozialismus wertneutral darstellen?

(Ministerin Karin Wolff: Sie haben es wieder nicht verstanden!)

Werte Frau Ministerin, meines Erachtens ist eine Politik ohne Werte eine wertlose Politik. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen aktiv für die Werte unseres Grundgesetzes.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir hierüber eine Auseinandersetzung führen müssen, dann ist das ein Problem der hessischen Union, aber nicht der anderen Parteien, jedenfalls nicht der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Unseres Erachtens bietet das Grundgesetz ein Wertekonzept. Wir sind der Auffassung, dass wir als Politiker die Aufgabe und die Verpflichtung haben, aktiv und selbstbewusst für die Werte des Grundgesetzes einzutreten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Frau Kollegin Henzler hat das Wort für die FDP-Fraktion.

**Dorothea Henzler (FDP):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es hatte sein Gutes, dass ich erst nach Herrn Walter drankam. Herr Walter, Sie haben den Inhalt des Antrags nicht verstanden.

(Jürgen Walter (SPD): Ich kann zuhören!)

Kein Mensch sagt, dass wir die Werte des Grundgesetzes nicht hoch schätzen und dass sie in der Schule nicht vermittelt werden sollen. Das sollen sie von morgens bis

abends, in der Pause, in jedem Unterrichtsfach, in Form vorbildlichen Verhaltens der Lehrer, in jedem Gespräch, immer und überall.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Darüber sind wir uns doch einig. Das ist aber ein großer Unterschied zu dem, was der Religionsunterricht zusätzlich bietet. Der Religionsunterricht ist etwas ganz anderes. Da geht es um eine Überzeugung, um eine Glaubensrichtung, um zusätzliche Werte.

(Jürgen Walter (SPD): Das ist unstrittig!)

Das geht über die „normale“ Wertevermittlung auf der Basis des Grundgesetzes hinaus.

Jetzt möchte ich auf das antworten, was der Kollege Kartmann gesagt hat. Ich bin sehr froh, dass die CDU bereit ist, den Schritt Baden-Württembergs zu gehen, mit den Kirchen zu sprechen und zu prüfen, ob wir eine relativ einfache Vereinbarung hinbekommen, dass nicht jedes Mal extra Anträge gestellt werden müssen, sondern man einfach sagen kann: Wenn die Zahl die Schüler nicht reicht, kann man ökumenischen Religionsunterricht anbieten.

Ich weiß recht gut, dass die Verfassung dem widerspricht, was die FDP-Fraktion mit dem Fach Religionenkunde als langfristige Zukunftsperspektive meint. Religionenkunde ist etwas ganz anderes als das, was hier als Werteunterricht daherkommt. Wir wollen, dass das Fach Religionenkunde von Religionslehrern gegeben wird. Auch ich weiß, dass im heutigen Religionsunterricht die Unterrichtung über andere Glaubensrichtungen, z. B. Buddhismus und Islam, Pflicht ist. Wenn ich aber die Schülerinnen und Schüler über den Islam informiere, warum mache ich das bei den katholischen Kindern in dem einen Raum und bei den evangelischen Kindern in einem zweiten Raum, und bei den jüdischen Kindern in einem dritten Raum? Darin liegt doch der Fehler. Wir können doch alle Kinder in einem Raum zusammen unterrichten und ihnen die jeweils anderen Religionen nahe bringen. Ich halte das gerade bei jüngeren Kindern für außerordentlich wichtig. Die Kinder können sich dann auch gegenseitig zeigen, wie sie sich beim Beten hinknien, auf welche Weise sie ihre Hände falten, welche Rituale sie haben. Das fördert die Toleranz. Das kann man aber nur dann machen, wenn alle Kinder in einem Klassenraum unterrichtet werden. Man braucht sie nicht zu trennen.

Die Kirchen können selbstverständlich weiter Angebote im Fach Religion machen. Das machen sie in den Kirchen sowieso. Ich fordere sie auf, in die Schulen zu kommen, an Nachmittagen Unterrichtsangebote zu machen, um mit den Kindern weiter gehende religiöse Fragen zu behandeln. In die Zukunft gerichtet sage ich aber, wir werden hoffentlich eines Tages alle Kinder gemeinsam in einem Religionenkundeunterricht unterweisen und ihnen die verschiedenen Religionen und religiösen Werte – die ganz andere sind als die im Werteunterricht vermittelten Werte – gemeinsam nahe bringen.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Jetzt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Herr Kaufmann, ich möchte zunächst Ihre Fraktion fragen, ob auch Ihr Entschließungsantrag an den Ausschuss überwiesen werden soll.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, an den Ausschuss!)

Dann sage ich abschließend: Der Antrag der CDU-Fraktion, Drucks. 16/3893, der Dringliche Antrag der FDP-Fraktion, Drucks. 16/3925, und der Dringliche Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 16/3926, werden dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen. – Kein Widerspruch, dann geschieht das so.

Meine Damen und Herren, verabredungsgemäß rufe ich jetzt **Tagesordnungspunkt 81** und **Tagesordnungspunkt 88** auf:

**Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nach Art. 92 HV, § 54 GOHLT – Drucks. 16/3930 –**

**Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU betreffend Erweiterung zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nach Art. 92 HV, § 54 GOHLT – Drucks. 16/3941 –**

Es sind 15 Minuten Redezeit pro Fraktion verabredet. Herr Rudolph hat zunächst zur Begründung des Antrags der SPD-Fraktion das Wort.

#### **Günter Rudolph (SPD):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit einigen Wochen wird in der Öffentlichkeit über einen Korruptionsfall bei der hessischen Polizei berichtet. Konkret geht es um einen ehemaligen Mitarbeiter im heutigen Hessischen Präsidium für Technik, Logistik und Verwaltung, der in den vergangenen Jahren kriminelle Taten begangen und damit dem Land Hessen schweren Schaden zugefügt hat. Dieser Mitarbeiter, der für die Vergabe von Telekommunikationsaufträgen verantwortlich und zuständig war, soll, lassen Sie es mich salopp formulieren, Schmiergelder in Höhe von 300.000 € für die Vergabe von Aufträgen bekommen haben.

Als die ersten Vorwürfe in der Öffentlichkeit auftauchten – ich verweise auf die mittlerweile in den Reihen der CDU-Fraktion nicht mehr so hoch angesehene „Bild“-Zeitung, die unter dem 14. März 2005 „Minister Ahnungslos“ titelte –, haben wir als Opposition, wie Sie das früher genauso konsequent gemacht haben, die Vorwürfe aufgegriffen und den Innenminister um sofortige Aufklärung gebeten. Dabei war für uns in den ersten Runden insbesondere von Bedeutung, welchen Hinweisen das Innenministerium im Jahre 1999 nachgegangen ist.

Herr Kollege Dr. Jung, es gibt ein Schreiben vom 28. April 1999. Damals waren Sie noch Chef der Staatskanzlei. Dieses Schreiben haben Sie, daran haben wir keinen Grund zu zweifeln, an das zuständige Innenministerium weitergeleitet. In diesem Schreiben geht es um nicht korrekte Vorgehensweisen bzw. Auftragsvergaben des damaligen Bediensteten H. Ein Vorwurf bezog sich z. B. auf die freihändige Vergabe eines Auftrags über 76.000 DM – also keine Petitesse, sondern ordentlich viel Geld. Derjenige, der dieses Schreiben an Sie abgeschickt hat, hat auf den Auftrag über 76.000 DM geschrieben: „Freihändige Vergabe; gab es Preisvergleiche?“ Das war eine mehr als berechnete Frage. Herr Dr. Jung sagt, er habe den Brief

weitergegeben. Wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln.

Meine Damen und Herren, Innenminister Bouffier hat in der Ausschusssitzung am 15. März ausgeführt, in diesem Schreiben und seinen Anlagen würden keine konkreten Vorwürfe erhoben, insbesondere seien keine Hinweise auf den ominösen Mitarbeiter H. in diesem Schreiben respektive den Anlagen enthalten.

Der Minister hat weiter mitgeteilt, dem ehemaligen Mitarbeiter H. sei die Unterschriftsbefugnis im Oktober 2001 entzogen worden, als eine anonyme Anzeige eingegangen sei. Die stammt allerdings vom April des gleichen Jahres. Das Verfahren zog sich also hin. Es gab Ermittlungen, es gab eine Hausdurchsuchung. Der Minister hat seine Darstellung in der damaligen Sitzung mit den Worten geschlossen: Im Übrigen handelt es sich bei dem heutigen PTLV um eine nachgeordnete Behörde, mit der ich als Innenminister nichts zu tun habe.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion hat das als Getöse der Opposition abgetan nach dem Motto, da sei nichts dahinter. Schon die nächsten Tage haben aber belegt, Herr Innenminister, dass Sie Ihre eigenen Angaben korrigieren mussten. Sie haben den Innenausschuss nicht richtig informiert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe eine bewusst freundliche Formulierung gewählt, weil ich aus Ihrem Munde auch andere Zuspitzungen bei einem solchen Sachverhalt kenne. Deswegen ist das schon ein sehr interessanter Vorgang.

Sie haben sich dahin gehend korrigiert, dass dem Mitarbeiter die Unterschriftsbefugnis nicht entzogen worden sei. In einem Schreiben an die SPD-Fraktion, das wir im April erhalten haben, wurde uns mitgeteilt, die Unterschriftsbefugnis habe „geruht“.

Wir haben uns daraufhin § 70 der Landeshaushaltsordnung angeschaut. Ergebnis: Der Minister musste wiederum zugeben, ein Ruhen der Unterschriftsbefugnis gibt es gar nicht.

Man teilt uns also erst etwas Falsches mit. Dann stellt man fest, ein Ruhen gibt es gar nicht. Im Übrigen hätte der Mitarbeiter weiterhin die Anordnungs- und Feststellungsbefugnis gehabt.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist eine sehr merkwürdige Art der Berichterstattung. Das ganze Verfahren ist merkwürdig. Denn es ist augenscheinlich: Dadurch, dass man dem Mitarbeiter die Anordnungs- und Feststellungsbefugnis belassen hat, kam es offensichtlich weiterhin zu kriminellen Taten. Die spielen im jetzt laufenden Verfahren bei der Staatsanwaltschaft eine Rolle.

Hätten Sie damals konsequent gehandelt, wäre dies vielleicht gar nicht möglich gewesen. Das ist ein sehr entscheidender Vorwurf.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen stellt sich die mehr als berechnete Frage, ob nicht die Landesregierung durch konsequentes Handeln bereits zur damaligen Zeit weiteren Schaden hätte vermeiden können.

Herr Minister, jetzt wird es wirklich abenteuerlich. Ich frage Sie ernsthaft, wenn Sie eine Antwort von der damaligen Regierung – von Herrn Bökel – bekommen hätten, wie Sie sie uns erteilt haben, welchen Heidentanz Sie dann im Parlament veranstaltet hätten.

Wir haben Sie gefragt, warum Sie – als gegen den Mitarbeiter die Hausdurchsuchung erfolgte; angebliches Ruhen der Unterschriftsbefugnis – diesen Mitarbeiter eigentlich nicht versetzt haben. Der normale, gesunde Menschenverstand sagt doch als Erstes: Wenn es bei einem Mitarbeiter, der mit Auftragsvergabe zu tun hat, Vorwürfe gibt – ich lasse jetzt offen, ob die zutreffend sind –, dann kann dieser Mitarbeiter schaffen, wo er will, aber nicht mehr auf der Dienststelle, auf der er bisher war. Einfacher, gesunder Menschenverstand.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Begründung ist geradezu abenteuerlich. Der Minister schreibt am 12. April an alle Fraktionen, und damit also auch öffentlich, als Begründung dafür, warum er den Mitarbeiter nicht versetzen könne: Darüber hinaus habe es nicht eine einzige personelle Alternative für seine Umsetzung in diesem Amt – PTVL – gegeben. In einer Behörde mit Hunderten von Beschäftigten kann ich einen Mitarbeiter nicht versetzen – das ist abenteuerlich, abstrus und entspricht nicht der Realität in hessischen und deutschen Verwaltungen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Innenminister, das ist geradezu lächerlich. Im Übrigen hat der Minister dies auch noch in Anführungszeichen mitgeteilt, nach dem Motto: Das hat mir eine nachgeordnete Behörde mitgeteilt, ich habe damit gar nichts zu tun. – Das ist ein wunderbares Verfahren.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, hier stellt sich doch nicht nur für die geneigte Opposition – die interessiert Sie ja nicht –, sondern auch für die Öffentlichkeit, für die Menschen in Hessen, auch bei der Polizei, die Frage: Gab es denn eine Dienst- und Fachaufsicht? Gab es eine Innenrevision? Haben hier sämtliche Kontrollmechanismen versagt, sofern es sie gegeben hat?

Im Laufe der letzten Wochen sind immer neue Ungeheimheiten aufgetaucht. Der Innenminister und seine Behörden haben offensichtlich grob fahrlässig gehandelt. Denn dass ein ehemaliger Mitarbeiter zulasten des Landes weitere Manipulationen durchführen konnte, ist ein ungeheurer Vorgang. Offensichtlich ist in den letzten Jahren zur Vermeidung solcher Vorfälle in den zuständigen Behörden nichts passiert. Der finanzielle Schaden, der dem Land entstanden ist, ist zu klären. Er ist auf jeden Fall groß.

Meine Damen und Herren, der Untersuchungsausschuss hat daher den Auftrag, die Mängel in der Dienst- und Fachaufsicht im hessischen Innenministerium, im Landespolizeipräsidium und im PTVL zu klären. Das ist eine ganz wichtige Aufgabe für dieses Land.

(Beifall bei der SPD)

Es geht um die Frage, ob Sie, Herr Minister, und Ihr Haus in diesem Fall sachgerecht und nach Recht und Gesetz gehandelt haben. Das nämlich ist die entscheidende, die zentrale Frage, auf die Sie in den letzten Wochen überhaupt keine glaubhafte Antwort geben konnten.

Geradezu absurd und peinlich wird es, wenn Sie jede Verantwortung für eine von Ihnen zu leitende, auch nachgeordnete, Behörde mal eben ablehnen. Als Innenminister sind Sie verantwortlich für alle Behörden, die Ihrem Ressortbereich unterstehen. Dies vor der Klammer, damit Sie das endlich einmal zur Kenntnis nehmen. Daran wird sich auch nichts ändern.

(Beifall bei der SPD)

Herr Innenminister, im Leben ist es so: Man sieht sich immer zweimal. Deswegen ist es natürlich gut, wenn man einmal Ihre alten Reden, Ihre alten Pressemitteilungen aus den früheren Jahren ansieht. In der Vergangenheit war Volker Bouffier als innenpolitischer Sprecher der Opposition weniger kleinlich und differenziert, sondern da kam schon eher der grobe Säbel. Der damalige Innenminister Gerhard Bökel wurde quasi persönlich dafür in Haftung genommen, dass der ehemalige Frankfurter Polizeipräsident sein Pferd in Wiesbaden und nicht in Frankfurt geritten hat. Meine Damen und Herren, deswegen musste sogar ein Untersuchungsausschuss her, den Sie dann in großer Inbrunst zelebriert haben.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

– Der Herr Hahn wiehert schon. Herr Hahn, so ist das.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

– Herr Hahn, Sie müssen nachher aber auch richtig wiehern: wenn Sie angreifen. Herr Hahn, wenn Sie nämlich nicht richtig Opposition machen, dann gibt es weniger Stimmen auf Landesparteitag.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin auch Vorsitzender eines Unterbezirks. Da ist man als Vorsitzender froh, wenn man möglichst viele Stimmen erhält. Insofern verstehe ich Ihren Ansatz, bessere Ergebnisse zu erzielen. Nicht wiehern, sondern richtig angreifen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Meine Damen und Herren, zum Ernst der Sache. Ich habe den Eindruck, die geneigte CDU will die Sachverhalte nicht zur Kenntnis nehmen. Im Falle Hoffmann ging es nicht einmal um ein strafrechtliches Fehlverhalten – hier geht es um Unterschlagung und Betrug und damit um eine ganz andere Dimension. Das ist der entscheidende Unterschied.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

Lassen Sie mich Herrn Degen aus dem „Wiesbadener Kurier“ vom 08.03.2005 zitieren:

Viele Kontrollen müssen versagt haben, wenn es überhaupt welche gegeben hat. Der Mann hatte sich ein System geschaffen, das auch deswegen funktionierte, weil andere schlampige Beihilfe leisteten. Wie blind dürfen Vorgesetzte bei der Polizeiverwaltung sein? Vor allem: Wo war die Dienst- und Fachaufsicht?

Meine Damen und Herren, Recht hat Herr Degen. Was hat Ihr Ministerium, was hat eigentlich Ihr damaliger persönlicher Referent, ein gewisser Herr H., damals gemacht?

(Minister Volker Bouffier: Sie wissen doch, dass er es nicht war!)

– Sehen Sie, Herr Minister, jetzt habe ich Sie schon wieder erwischt. Seien Sie einmal ganz vorsichtig. Ich habe Unterlagen, aus denen hervorgeht, dass Herr H. Ihr persönlicher Referent war. Ich empfehle Ihnen: Überprüfen Sie das in aller Ruhe und Sachlichkeit – damit wir einmal nichts am Tisch machen, das machen Sie nämlich zu gerne. Ich sage etwas, was Sie nachprüfen können, und ich werde mich an dieser Stelle nicht korrigieren müssen. Seien Sie also sehr vorsichtig, Herr Innenminister.

(Norbert Schmitt (SPD): Fürs Protokoll: Was hat er eben dazwischengerufen?)

– Herr Kollege Schmitt, es ist mir relativ egal, was ein Minister von der Regierungsbank ruft. Das ist völlig unerheblich. Er wird vor einem Untersuchungsausschuss nach Recht und Gesetz aussagen und die Wahrheit sagen müssen. Darauf kommt es an – nicht darauf, was er hier mal eben dazwischenruft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Warum hat dieser Innenminister eigentlich jahrelang diesem Treiben zugesehen? Sie haben im Ausschuss viele Fragen nicht beantwortet. In der letzten Woche, en passant am Ende der Sitzung des Innenausschusses, sagt der Minister: Ja, ich habe den Rechnungshof eingeschaltet. – Offensichtlich stimmt in dieser Behörde etwas nicht. Dann werden der Amtsleiter und sein Stellvertreter ins Innenministerium abgeordnet – das hätte aber keinen Zusammenhang mit dem laufenden Verfahren. Alles eine merkwürdige Häufung von Zufällen.

Welche Konsequenzen haben Sie aus den bisherigen Ereignissen gezogen? Herr Innenminister, wie steht es mit möglichen Schadenersatzansprüchen gegen den Mitarbeiter H.? Herr Innenminister, Sie brüsten sich damit, die Kriminalität in Hessen zu bekämpfen. Eine Steigerung um 13 % in drei Jahren – und Sie haben es offensichtlich noch nicht einmal geschafft, im eigenen Hause kriminellen Taten entgegenzutreten.

(Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Das ist an dieser Stelle doch mehr als merkwürdig.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist Aufklärung notwendig. Meine Damen und Herren, wenn sich die Regierung und der Innenminister hierzu verweigern, muss die Opposition handeln. Wir sind nicht bereit – wie Sie –, die Dinge und die Akten liegen zu lassen und einfach zu sagen, wir gehen zur Tagesordnung über. Aufklärung ist nötig und notwendig.

Weil es so schön ist – das mag ich am liebsten –, zitiere ich wieder den Innenminister. Denn wenn wir etwas sagen, ignoriert er das. Deswegen zitiere ich Herrn Innenminister Volker Bouffier, damals in der Reitpferdaffäre, 10. Juli 1997, Fürst Metternich. – Ja, das stimmt, Herr Koch, für solche Sachen musste man viel Arbeit aufwenden, nicht nur, um die Frage zu klären, wer welchen Gaul wann wo geritten hat – zugegebenermaßen eine sehr spannende Frage, aber seis drum.

(Zuruf des Abg. Uwe Frankenberger (SPD))

Herr Bouffier hat erklärt: Im Gegenteil, die Sache muss aufgeklärt werden – also Fürst Metternich, Hafer & Co. Die Missstände müssen abgestellt werden. Dort, wo sie

gegeben sind, muss die politische Verantwortung deutlich gemacht werden.

Meine Damen und Herren, genau um einen solchen Sachverhalt geht es bei dem jetzigen Untersuchungsausschuss. Sie können Fehlverhalten bei unangenehmen und negativen Ereignissen in Ihrem Hause nicht einfach ablehnen und sagen: Damit habe ich nichts zu tun.

Der von uns beantragte Untersuchungsausschuss wird dies zu klären haben. Wir sind der festen Überzeugung, und das zeigen die bisherigen Belege, er wird deutlich machen: Hätten Sie konsequent gegengesteuert, hätten Sie gehandelt, als es erste Hinweise gab, dann wären weitere kriminelle Taten und weiterer Schaden vom Land Hessen abgewendet worden.

Das ist die zentrale Frage, die wir hier zu klären haben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Hätten Sie sorgfältig und gewissenhaft gearbeitet, wäre das nicht passiert. Dem Land Hessen ist bereits jetzt ein Schaden in Höhe von Hunderttausenden von Euro entstanden, ein Vertrauensverlust auch in die Arbeit der Polizei.

Meine Damen und Herren, uns interessiert dabei nicht besonders, dass Sie, Herr Minister, beständig sagen: „Ich habe mit all dem nichts zu tun“, „nachgeordnete Behörde“ usw. Es betrifft Ihr engstes Umfeld. Ich wiederhole: Ihr persönlicher Referent. Herrn Dr. Jung lasse ich außen vor, der hat sicherlich korrekt gehandelt.

Übrigens hatte Dr. Jung als damaliger parlamentarischer Geschäftsführer offensichtlich guten Kontakt zu dem Herrn W. Herr Klein hat ein bisschen ungeschickt angerufen. Deswegen ist der Kontakt abgebrochen. Herr Klein, das hätten Sie nicht tun sollen.

Meine Damen und Herren, das sind interessante Konstruktionen. Dann war der offensichtlich nicht mehr so gelitten. Er hat gedacht, nach dem Regierungswechsel bekomme er einen Posten dafür. Dann sind die Verbindungen ein bisschen abgebrochen. Gleichwohl – selbst, wenn man unterstellt, der Mann ist ein Querulant – hat sich im Nachhinein an ein paar Dingen belegen lassen: Es gab Hinweise, die man konsequent hätte verfolgen müssen.

Verehrter Herr Innenminister, deswegen ist es Aufgabe dieses Untersuchungsausschusses, das zu klären. Dabei interessiert uns nicht so sehr, was Ihre Behörden erklären. Wir wollen konkret wissen – darauf haben die Menschen in diesem Land einen Anspruch –: Was hat dieser Innenminister Volker Bouffier konkret getan, um diese Dinge abzustellen?

Meine Damen und Herren, es geht natürlich – das ist doch völlig klar – auch um die Frage der politischen Verantwortung. Herr Innenminister, dann wird es keine Ausflucht mehr geben, kein Abtauchen. Dann geht es darum, dass offensichtlich – das zeigen die ersten Hinweise sehr deutlich – dieser Innenminister nicht so gehandelt hat, wie Sie das mit Ihren markigen Sprüchen – „hart durchgreifen“ – immer verkünden. Hätten Sie das damals getan, dann hätten wir keinen Untersuchungsausschuss. Wir werden dies aufklären. Sie können sicher sein, wir werden beweisen, dass Sie versagt haben, dass Sie Ihr Haus nicht in Ordnung gehalten haben. Es wird die Aufgabe dieses Untersuchungsausschusses sein, Ihnen das nachzuweisen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Frömmrich, da Frau Zeimetz-Lorz jetzt auf die Begründung des CDU-Antrags verzichtet hat, sind Sie der nächste Redner für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte sehr.

**Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon verwunderlich, dass die CDU zwar einen Antrag einbringt, aber dann auf die Begründung verzichtet.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Das kommt noch! – Frank Gotthardt (CDU): Wir verzichten nicht auf die Begründung!)

Das ist schon erstaunlich.

(Frank Gotthardt (CDU): Jetzt weißt du gar nicht mehr, was du dazu sagen sollst!)

– Herr Kollege, ich kann schon etwas dazu sagen, weil ich Ihre Presseerklärung zu dem Thema habe. Von daher gehe ich davon aus, dass Sie Ihre Meinung nicht von gestern auf heute geändert haben. Das weiß man zwar nicht so genau, aber ich denke einmal, dass Sie das in dem Punkt nicht tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben es mit einem Sachverhalt zu tun, der im Bereich des Innenministeriums angesiedelt ist. Wir hätten uns heute gar nicht groß mit dem Thema beschäftigen müssen. Wir hätten heute eine ganz normale Diskussion führen können, wenn der Innenminister und Sie von der CDU bereit und in der Lage gewesen wären, in den zuständigen Ausschüssen, die sich bisher damit beschäftigt haben, anständig dem Parlament und der Opposition Auskunft zu geben. Das haben Sie nicht gemacht.

(Rudi Haselbach (CDU): Das ist die reine Unwahrheit!)

– Herr Kollege Haselbach, das spare ich mir jetzt. – Da ist in der Tat die Frage, weswegen wir uns hier damit beschäftigen. Was haben wir erlebt? – Wir haben erlebt, dass teilweise Auskünfte gegeben wurden, dass drum herum geredet wurde, dass Auskünfte nachträglich mit Schriftwechseln wieder zurückgenommen und korrigiert wurden.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Zwei Stunden haben wir gehabt!)

Mir hat dieser gesamte Sachverhalt zu denken gegeben. Ich sage: Wenn hier jemand wie der Innenminister, wenn hier jemand wie die Regierungsfraktion CDU Nebelkerzen wirft, Fragen nicht anständig beantwortet, Zuständigkeiten hin- und herschiebt, dann ist es angesagt, dass wir als Opposition das Recht der Hessischen Verfassung und der Geschäftsordnung nutzen und einen Untersuchungsausschuss zu diesem Thema einsetzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie waren relativ schnell mit dem, was Sie verkündet haben, Frau Kollegin Zeimetz-Lorz.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Kein Neid, Herr Kollege!)

Sie haben in Ihrer Presseerklärung vom 26. April gesagt: „In der Sache habe Innenminister Volker Bouffier alle notwendigen Schritte eingeleitet. Im letzten Jahr habe er vorsorglich den Rechnungshof zur Prüfung eingeschaltet und in der letzten Woche das Präsidium für Technik, Logistik und Verwaltung neu besetzt, um den Weg für die Neustrukturierung freizumachen.“ So weit das Zitat, Frau Zeimetz-Lorz.

Das haben wir im Ausschuss ganz anders erlebt, z. B. zur Frage der ruhenden Zeichnungsbefugnis. Uns konnte keine erquickende Antwort gegeben werden. Die Fragen, warum der Minister nicht im Ausschuss, als er das erste Mal dort Bericht erstattet hatte – Herr Minister, zugegebenermaßen in einem relativ engen Zeitrahmen, dafür hat auch jeder von uns Verständnis gehabt –

(Zurufe der Abg. Rudi Haselbach und Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

– Herr Haselbach, jetzt bleiben Sie einmal ganz ruhig. Sie kriegen gleich die Antwort. – Wenn er ein paar Tage später in einer Presseerklärung äußert, er habe schon den Landesrechnungshof eingeschaltet, und die Sache sei auf einem guten Weg, dann stelle ich die Frage: Warum hat er das nicht im Innenausschuss berichtet? Warum hat er seinerzeit die Auskunft nicht gegeben?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Was haben wir erlebt? – Wir haben eine Innenausschusssitzung gemacht, wo der Kollege Walter und die SPD dem Innenminister Fragen gestellt haben, nachdem in der heimischen Presse, aber auch in der „Bild“-Zeitung über diese Verfahren berichtet worden ist – immerhin ein Schaden des Landes Hessen in der Größenordnung von mehreren Hunderttausend Euro. Dann haben wir Fragen gestellt, um zu erfahren: Welche Maßnahmen wurden ergriffen, wie wurden solche Hinweise, die gegeben worden sind, aufgegriffen?

Das waren Fragen, die wir beantwortet haben wollten. Dazu wurde zum Teil vom Innenminister Auskunft gegeben. Die Grundthese, die immer vertreten worden ist, war: Davon habe ich nichts gewusst; das betrifft nachgeordnete Behörden; da sind zum Teil Unterlagen bei der Staatsanwaltschaft; dazu kann ich Ihnen überhaupt keine Auskunft geben. – Wir haben gedacht: Okay, wenn das wirklich so ist, dass das laufende Verfahren betrifft, wenn es staatsanwaltschaftliche Ermittlungen sind und der Innenminister immer darauf hinweist, dann gehen wir in den Rechtsausschuss.

Im Rechtsausschuss sind Fragen gestellt worden, und es gab einen Dringlichen Berichts Antrag der SPD-Fraktion dazu. Es ist eine Fülle von Fragen gestellt worden. Dann haben wir die Auskunftsfreudigkeit unseres Justizministers kennen gelernt. Immer dann, wenn es interessant wurde und wir wissen wollten, wie Verfahren laufen und was anhängig ist, wurde gesagt: Tut mir furchtbar Leid, das müssen Sie jetzt verstehen, aber das fällt in die Zuständigkeit des Innenministers. – Selbst die Frage nach der Zeichnungsbefugnis, die der Innenminister in der Zeit richtig gestellt und zu der er uns mitgeteilt hat, dass die nicht entzogen war, sondern dass die Zeichnungsbefugnis ruht –

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was immer das heißt!)

– Was immer das heißt, das müsste der Minister auch noch erklären. Darauf ist er die Antwort noch schuldig.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist eine, die schläft halt!)

Selbst die Antwort, die der Innenminister schon korrigiert hatte, hat der Justizminister noch in der alten Form gegeben, und er beharrte auf der Aussage. Er hatte uns darauf hingewiesen: Na ja, wenn das für Sie ein Problem ist, dann müssen Sie den Innenminister dazu fragen; das ist die Zuständigkeit des Innenministers. – Dann haben wir gesagt: Okay, wenn das die Zuständigkeit des Innenministers ist, dann stellen wir einen Dringlichen Berichtsantrag im Innenausschuss und fragen noch einmal konkret gewisse Sachen ab. – Meine Fraktion und die Fraktion der SPD haben umfangreiche Fragen gestellt.

Auch da hat sich wieder herausgestellt, dass im Prinzip auf den Kern der Fragen, wie es passieren konnte, dass nach vielen Hinweisen im Ministerium jemand, gegen den ermittelt wird, trotzdem noch auf einem Posten sitzt, wo er zeichnen kann und wo er zum Schaden des Landes Hessen tätig wird – das ist die zentrale Frage –,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Schweigen im Walde war. Da war der Innenminister wieder nicht in der Lage, das richtig zu erklären. Selbst die Frage: „Was heißt eigentlich ruhende Zeichnungsbefugnis?“, konnte nicht beantwortet werden. Wir haben glücklicherweise den Sachverstand des Rechnungshofes dagehabt. Der – wenn ich das einmal so salopp sagen darf – „maunzte“ etwas in Richtung: „Das ist kein Terminus technicus der Landeshaushaltsordnung“. Was das so genau heißt, weiß man also nicht.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Dann hat er erklärt, was es ist!)

Es ist kein Terminus technicus der Landeshaushaltsordnung.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Herr Schäfer hat doch weiter erklärt, was es ist!)

– Herr Hahn, es ist in Ordnung.

(Günter Rudolph (SPD): Herr Hahn, kritische Opposition!)

– Ich könnte jetzt ein Pinkwart-Zitat bringen, aber das schenke ich mir.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Innenminister, Sie haben trotzdem keine Auskünfte gegeben. Dieses Spielchen lassen wir Ihnen nicht durchgehen, dass der Innenminister auf den Justizminister und der Justizminister auf den Innenminister verweist, und wir als Opposition in diesem Parlament nicht in die Lage versetzt werden, Fragen, die wir gestellt haben, ordentlich beantwortet zu bekommen. Das werden wir Ihnen hier nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich denke, dass wir jetzt einen Untersuchungsausschuss einrichten, ist im Prinzip das richtige Vorgehen. Da werden konsequent die Fragen gestellt. Da müssen Sie konsequent auch die Fragen beantworten.

(Frank Gotthardt (CDU): Mit Fernsehübertragung?)

Jetzt sagen Sie doch einmal etwas zur Historie. Es fing in den Neunzigerjahren an. Da wurde über ineffiziente Strukturen geklagt. Es gab Kritik an der Zuständigkeit in der Telekommunikation. Da wurde im Bereich der Polizeiverwaltung Beschwerde geführt. Es wurde über die Personalausstattung Beschwerde geführt, auch seinerzeit schon über Auftragsvergabe bei Hard- und Software, über hessenweite Abrechnung, was offensichtlich zu Problemen führte. Es gab Vorwürfe in Richtung Amtsführung schon in den Neunzigerjahren. Dann gab es den ominösen Brief an den damaligen Staatsminister in der Staatskanzlei, Dr. Jung. Uns wurde gesagt – vielleicht klärt das Dr. Jung irgendwann –, das sei ins Innenministerium gegangen, und im Innenministerium sei das behandelt worden.

(Günter Rudolph (SPD): Das glaube ich aber!)

Ich gehe davon aus, dass das so richtig ist. Mir stellt sich die Frage: Ist das eigentlich ein normales Vorgehen, wenn ein Staatsminister mit einem Ministerium verkehrt, dass dieser Schriftwechsel nicht auf die M-Ebene kommt, sondern dass dieser Schriftwechsel irgendwo in irgendwelche Abteilungen gegeben wird? Das ist für mich schon eine interessante Frage, weil immer gesagt worden ist, die M-Ebene sei zu diesem Zeitpunkt im Verfahren nicht beteiligt gewesen. Von daher stellt sich die Frage: Wie haben Sie miteinander kommuniziert? Ich gehe davon aus, dass eher von Minister- zu Ministerbüro oder von M-Ebene zu M-Ebene kommuniziert worden ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, schon da ergeben sich für uns Fragen.

Dann ist natürlich für uns der zweite Komplex interessant. Es geht im Jahre 2001 mit anonymen Anzeigen los. Es gibt Vorwürfe der Preisabsprache. Es gab den Vorwurf der Vorteilsnahme. Es gab die Entgegennahme von Startgeldern und Bekleidungsartikeln. Der Mann, der in Rede steht, war ein begeisterter Cartfahrer. Alles das betrifft Fragen, die der Klärung bedürfen.

Dann wird uns gesagt: Na gut, wir haben das untersucht, aber es gab für uns überhaupt keine Möglichkeit, einzugreifen, und als wir eingriffen, haben wir die Zeichnungsbefugnis ruhen lassen. – Herr Minister, wir haben Ihnen schon im Innenausschuss die Frage gestellt: Was heißt „ruhende Zeichnungsbefugnis“, und an wen haben Sie das überhaupt kommuniziert?

(Nicola Beer (FDP): Das hat er nicht gefragt!)

Was nützt es, wenn Sie jemandes Zeichnungsbefugnis ruhen lassen und das nicht ins Haus kommunizieren, aber trotzdem fleißig Geld ausgezahlt wird? Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war ja der Fall.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Obwohl die Befugnis geruht hat, hat der Herr noch Dinge abgezeichnet und hat weiterhin zum Schaden des Landes Hessen gehandelt. Da bin ich auf Aufklärung gespannt. Erst nachdem der Strafbefehl angekündigt worden ist, hat sich etwas getan und wurden Konsequenzen gezogen. Auch dazu stellt sich die Frage, wie man jemanden, gegen den solche Vorwürfe laufen – jetzt einmal fernab jeder parteipolitischen Bunker, in denen man unter Umständen sitzt –

(Frank Gotthardt (CDU): Jetzt kommts!)

– Herr Kollege Gotthardt, die Frage ist doch, wie man so jemanden, gegen den solche Vorwürfe laufen, in Leitungs-

funktion im Hauptsachgebiet – jetzt hören Sie zu – Koordination und Haushaltsabrechnungswesen machen lassen kann. Das müssen Sie mir wirklich einmal erklären. Wenn das einer von uns machen würde, dann würden Sie hier Cha-Cha-Cha tanzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Innenminister, es gibt eine ganze Menge Fragen, die Sie aufklären und beantworten müssen. Ich sage nur: ruhende Zeichnungsbefugnis. Wie konnte dieser Mann, obwohl gegen ihn ermittelt wurde, noch zum Schaden des Landes tätig werden? War es eine gute Idee, so jemanden auf eine führende Position in diesem Bereich zu setzen? Das alles sind Fragen, auf die Sie Antworten geben müssen.

Herr Innenminister, das Spielchen, das Sie uns zum Teil während einer Sitzung des Innenausschusses vorgemacht haben und das zum Inhalt hat, das sei alles in der nachgeordneten Behörde geschehen, mit der Sie nichts zu tun haben, damit seien Sie nur rudimentär befasst gewesen, funktioniert nicht. Herr Innenminister, Sie tragen für Ihr Haus die politische Verantwortung. Diese politische Verantwortung nehmen Sie bitte auch wahr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf)

– Auf diesen Zwischenruf habe ich nun wirklich gewartet. Herr Kollege Peuser, mich wundert allerdings, dass er ausgerechnet von Ihnen kommt. Aber das ist nun einmal so.

Eine Frage ist auch, wie man früher mit solchen Themen umgegangen ist. Das ist schon interessant. Das Haus verliert nichts. Man kann das immer nachschlagen. Wer sich in der Opposition immer als schärfster Kritiker der anderen dargestellt hat und immer die schärfste Kritik an den anderen geäußert hat, der muss es sich gefallen lassen, an seinen eigenen Ansprüchen gemessen zu werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte Ihnen jetzt gerne aus dem Protokoll der Sitzung des Landtags vom 10. Juli 1997 zitieren. Damals ging es um Reitpferde. Damals sagte der heutige Innenminister, der zu dieser Zeit innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion war:

Verzeihung, Herr Präsident, ...

Frau Präsidentin, das ist schon das Zitat.

(Heiterkeit des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Verzeihung, Herr Präsident, ich komme zum Schluss. – So gesehen sind die Ausritte auf Fürst Metternich durchaus kein Randthema der Landespolitik.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dieser Innenminister sagte damals also, das sei kein Randthema der Landespolitik.

Hier ist Aufklärung verlangt. Wenn die Regierung sie verweigert, muss die Opposition handeln.

(Gerhard Bökel (SPD): Rücktritt hat er gefordert!)

Es kann doch nicht unsere Aufgabe sein, die Dinge zur Kenntnis zu nehmen und zu schweigen. Im Gegenteil, die Sache muss aufgeklärt, die Missstände müssen abgestellt werden. Dort, wo sie ge-

geben ist, muss die politische Verantwortung deutlich gemacht werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Damals ging es um Ausritte auf Dienstpferden. Jetzt geht es um mehrere Hunderttausend Euro, die zum Schaden des Landes veruntreut wurden. Da stellt sich dieser Innenminister hin und tut so, als würde er dafür keine Verantwortung tragen. Das geht so nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Bitte kommen Sie bald zum Ende Ihrer Rede.

#### **Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Das Spielchen werden wir nicht mitmachen. Die Fragen sind gestellt.

Ich freue mich auf den Untersuchungsausschuss. Herr Innenminister, in diesem werden Sie sich an den Antworten nicht vorbeidrücken können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die Fraktion der FDP erhält Herr Kollege Hahn das Wort.

#### **Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Für die FDP-Fraktion ist vollkommen klar, dass da noch Aufklärungsbedarf besteht.

(Zuruf von der SPD: Das ist gut!)

Der Vorgang ist aufklärungswürdig. Die Frage ist nur, wie man diese Aufklärungsarbeit betreibt.

Ich will zunächst darlegen, warum aus unserer Sicht die Frage nicht besonders aufklärungsbedürftig ist, warum oder ob eine Unterschriftsbefugnis entzogen wurde oder ruht.

Herr Kollege Frömmrich, wenn man zitiert, sollte man schon vollständig zitieren.

(Zuruf)

Was haben Sie denn gemacht? Sie haben einen Teil dessen berichtet, was Herr Schäfer als Mitglied des Senats des Rechnungshofs vorgetragen hat. Sie haben Recht: Er hat vorgetragen, das sei kein Terminus technicus. – Im Weiteren hat er dann erklärt, was in seinen Augen die Formulierung „ruhen“ bedeutet. Er sagte, dies bedeute, dass der Mitarbeiter die entsprechende Befugnis derzeit nicht habe. Ich habe jetzt fast wörtlich die Erklärung des Herrn Schäfer wiedergegeben.

Herr Kollege Frömmrich, da müssen Sie nicht polemisch werden. Vielmehr könnten Sie Manns genug sein und sagen: Uns wurde von dem Vertreter des Landesrechnungshofs schon berichtet, wie die juristische Auslegung des Begriffs „die Unterschriftsbefugnis ruht“ ist.



Dieses Thema halten wir für eine *Quantité négligeable*. Ich glaube, der Innenminister wird sich selbst am meisten darüber geärgert haben, dass er zunächst die Information bekommen hat und sie dann in der, so glaube ich – ich meine, das sei die letzte gewesen –, sehr spontan organisierten Sitzung am Rande der Plenarsitzungsrunde vorgebracht hat. Wenn sich zwei, drei Tage später das ihm Unterstellte relativiert, dann ist das halt so. Darüber kann man sich als Minister ärgern. Das ist aber sicherlich kein Grund, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen oder weitere Informationen als Parlamentarier haben zu wollen.

In unseren Augen sind zwei Punkte aufklärungswürdig.

Bei dem ersten Punkt geht es um die Frage, wie es sein kann, dass diese Person trotz eines gewissen Verdachts weiter wirken und das Land Hessen weiterhin binden konnte. Dieser Verdacht war offensichtlich vorhanden. Ich habe jetzt ganz bewusst nur das Wort „Verdacht“ verwendet.

Damit ist die Frage verbunden: Wie konnte so etwas passieren? Da ist berechtigt, die Frage zu stellen: Gibt es da ein Organisationsverschulden, wer auch immer das zu verantworten hat? Ist ein Organisationsverschulden überhaupt vorhanden? Außerdem ist zu fragen: Hat das vielleicht die Spitze des Präsidiums für Technik, Logistik und Verwaltung falsch eingeschätzt? Wann und wie wusste das Ministerium davon? Hat es nachgefragt oder nicht?

Ich sage das jetzt ganz bewusst, ohne Folgen zu fordern. Aber in unseren Augen kann es nicht sein, dass derjenige, bei dem der Verdacht besteht, er habe in Ausschreibungsverfahren etwas gemacht, weiterhin aktiv in diesem Bereich tätig ist. Es ist vollkommen klar: Das muss aufgearbeitet werden.

Genauso muss auch die Frage aufgeklärt werden, wie das Ruhen der Unterschriftsbefugnis kommuniziert wurde.

Auch dazu hat Herr Kollege Frömmrich falsch vorgetragen. Es waren nicht die GRÜNEN, die zuerst diese Frage gestellt haben. Vielmehr war es Kollegin Beer, die als Erste diese Frage in einer Sitzung des Rechtsausschusses gestellt hat. Herr Kollege Frömmrich, man kann sich auch mit fremden Federn schmücken. Aber wenn Sie meinen, Polemik betreiben zu müssen, dann will ich Ihnen wenigstens sachlich aufzeigen, wo Sie Fehler gemacht haben.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich entschuldige mich!)

Natürlich müssen diese Fragen geklärt werden. Auch da haben wir bisher noch keine Antwort erhalten.

Ich komme zum zweiten Komplex. Bei dem sind wir Liberale natürlich besonders sensibel. Insbesondere hierzu wollen wir wissen, was Sache ist. Dabei geht es um die Tatsache, dass die Spitze des Präsidiums für Technik, Logistik und Verwaltung in der letzten oder vorletzten Woche komplett abgeordnet wurde und nun nicht mehr als Spitze des PTLV fungiert, sondern im Innenministerium andere Aufgaben übertragen bekommen hat.

Es scheint evident zu sein, dass es da einen zeitlichen Zusammenhang gibt. Es kann sein, dass wir da etwas Falsches hineininterpretieren. Aber das muss erklärt werden. Bisher wurde das nicht erklärt. Vielmehr wurde dargestellt, es sei ein Zufall der Geschichte, dass es auf der einen Seite ein Problem im PTLV gebe und auf der anderen Seite nicht die eine Person, sondern die beiden Personen, die an der Spitze des PTLV standen, in das hessische

Innenministerium abgeordnet wurden. – Ich muss da etwas vorsichtig sein. Denn der Herr Innenminister hat mich während der Sitzung des Innenausschusses wegen meiner dort gemachten nicht juristischen Wortwahl getadelt.

(Günter Rudolph (SPD): Das stimmt, der ist nicht mehr da!)

Sie wurden auch nicht, wie man zunächst hätte vermuten können, in das Landespolizeipräsidium abgeordnet. Eigentlich wäre es logisch gewesen, eine Abordnung innerhalb der Organisationsstruktur der Polizei vorzunehmen. Man hätte also vom PTLV ins Landespolizeipräsidium abordnen können.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist eine nachgeordnete Behörde!)

Eigentlich wurde auch deshalb diese Trennung vorgenommen. Der Minister sagt zu Recht: Das ist eine nachgeordnete Behörde; dieses Aufgabengebiet ist eine in sich abgeschlossene Behörde.

Nunmehr wurde also auch dieses Konzept durchbrochen. Denn die Abordnung wurde von der Polizei in das Innenministerium vorgenommen. Es ist keine Frage: Diese beiden Bereiche sind aufklärungswürdig. Deshalb haben wir das auch schon einmal im Innenausschuss und im Rechtsausschuss als Thema behandelt. Ich glaube, das wurde auch schon einmal im Haushaltsausschuss besprochen.

(Günter Rudolph (SPD): Nein!)

– Dort war es also kein Thema. Dann haben sich nur der Innenausschuss und der Rechtsausschuss mit dieser Problematik beschäftigt.

(Günter Rudolph (SPD): Da gehört es auch hin!)

Lieber Herr Kollege Rudolph, wir sind der Auffassung, dass der Antrag auf Einsetzung des Untersuchungsausschusses verfrüht gestellt wurde. Wir sind der Auffassung, jetzt ist noch nicht der geeignete Zeitpunkt, einen Untersuchungsausschuss einzuberufen. Uns ist das Problem erst seit vier oder fünf Wochen bekannt. Mit „uns“ meine ich die Mitglieder dieses Parlaments.

Wir wissen, dass die Staatsanwaltschaft aktiv geworden ist. Wir haben in den Ausschusssitzungen gehört, dass mit den Zeugenvernehmungen gerade erst begonnen wird. Also diejenige, die eigentlich berufen ist, die Aufklärung dieses Sachverhaltes zu betreiben, und die auch viel geeignetere Mittel als das Parlament hat, nämlich die Staatsanwaltschaft, ist nach unserer Auffassung zunächst am Zuge. Wir haben in unserem Staatssystem ganz bewusst eine Dreiteilung, nämlich Judikative, Exekutive und Legislative. Ich habe die drei Gewalten in der umgekehrten Reihenfolge genannt. Damit soll sich also, bitte schön, zunächst doch einmal die Staatsanwaltschaft beschäftigen.

Drittens. Ich will noch etwas anderes sagen. Deshalb haben wir etwas Verständnis für die spontane und sehr schnelle Aktion der Sozialdemokraten.

(Günter Rudolph (SPD): Sie ist aber überlegt!)

Wir haben ein wenig Verständnis dafür, weil nach unserer Auffassung der hessische Innenminister eine Brücke nicht begangen hat, die ich ihm in Person für die FDP-Fraktion in der letzten Sitzung des Innenausschusses gebaut habe. Wir haben doch zur Kenntnis genommen, dass der Innenminister zwei Dinge gemacht hat.

Das eine ist Folgendes. Es wurde uns vorgetragen, dass eine unabhängige Begutachtung der Abläufe im Präsidium für Technik, Logistik und Verwaltung hinsichtlich der Ausschreibungsverfahren usw. vorgenommen wurde.

Das Zweite ist Folgendes. Nach irgendeinem Paragraphen der Landshaushaltsordnung – –

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): § 88 Landshaushaltsordnung!)

– Vielen Dank. – Gemäß § 88 Landshaushaltsordnung hat der Innenminister den Landesrechnungshof gebeten, ihn bei dieser speziellen Thematik zu beraten. Ich habe das jetzt etwas stelzig formuliert, weil das zunächst einmal kein Thema für das Parlament ist. Als wir diese Norm geschaffen haben, haben wir alle gemeinsam ganz bewusst der Regierung die Möglichkeit einräumen wollen, zunächst „intern“ den Landesrechnungshof mit seinem Sachverstand zu Rate zu ziehen.

Diese beiden Dinge wurden uns vorgetragen. Ich habe dann gefragt: Was ist bisher geschehen? Gibt es schon Informationen, die man uns während der Sitzung des Innenausschusses geben kann? Wenn der Innenminister das gewollt hätte, hätte man aus der öffentlichen Sitzung eine nicht öffentliche Sitzung machen können. Meine Fragen wurden aber nicht aufgegriffen.

Deshalb haben wir ein bisschen Verständnis dafür, dass die Sozialdemokraten offensichtlich der Meinung sind, dass die Regierung diese Art des Umgangs mit dem Parlament fortführen wird. Ich habe diese Befürchtung bisher nicht gehabt. Ich bin aufgrund der Erklärungen davon ausgegangen, dass in der nächsten Sitzung des Innenausschusses die weiteren uns zugesagten Erklärungen abgegeben werden.

Verehrter Herr Innenminister, aber natürlich hätte man in der Sitzung des Innenausschusses, die in der vergangenen Woche stattgefunden hat, schon einmal sagen können, wie die Grundstrukturen dieses unabhängigen Gutachtens aussehen. Uns wurde gesagt: Das Gutachten liegt vor, aber die Endfassung muss noch besprochen werden. – Dieses Verfahren kennen wir alle. Ich kritisiere es nicht. Aber natürlich hätte man uns während der Sitzung des Innenausschusses schon einmal die Grundstrukturen aufzeigen können. Wie gesagt, das hätte man auch in interner Sitzung machen können. Ich glaube, dazu wäre jeder von uns bereit gewesen. Das ist nicht geschehen.

Es ist außerdem nicht geschehen, dass der Innenminister den Zuständigen – jetzt kommen wir wieder zu Herrn Schäfer; jetzt ist Herr Frömmrich weg; das ist auch eine Art der Beteiligung an einer Debatte, wenn man vorher austeilt, dann hinauszugehen – bittet, dass der Rechnungshof seine ersten Eindrücke im Ausschuss kommentiert. Wir wissen, Herr Schäfer hat gesagt, man sei erst in der Einarbeitungsphase. Aber wie ich Herrn Schäfer kenne und wie seine Reaktion war, glaube ich, dass er nicht ganz ohne irgendwelche Informationen – ich will das sehr diplomatisch formulieren – in die Ausschusssitzung gekommen ist. Darauf ist man nicht eingegangen.

Deshalb haben wir, wie gesagt, ein wenig Verständnis, auch wenn wir es als zu früh erachten, jetzt schon mit dem Instrument des Untersuchungsausschusses nicht nur zu drohen, sondern es auch zu nutzen. Alle Beteiligten wissen – wir sind nicht unerfahren; der Hessische Landtag hat eine sehr beachtliche Geschichte im Umgang mit Untersuchungsausschüssen –, dass das mit viel Arbeit und zusätzlichem Personal verbunden ist. Wegen alledem hätte

man nach meiner Auffassung zunächst etwas zuwarten müssen.

Vorletzte Bemerkung. Ich hoffe, dass wir uns alle darüber einig sind, dass wir in keiner Weise in die Versuchung geraten, TV-Übertragungen von diesen Sitzungen organisieren zu wollen. Ich glaube, dass wir von vornherein zwischen uns erklären sollten, dass wir etwas Ähnliches wie das, was in Berlin abgegangen ist, nicht machen, weil es der Arbeit eines Untersuchungsausschusses konträr entgegenläuft. Ich weiß, dass das sogar Sozialdemokraten und GRÜNE in Berlin so sehen, jedenfalls wenn man persönlich mit ihnen spricht.

Eine letzte Bemerkung. Herr Kollege Rudolph, Sie haben meine persönlichen Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschuss zur kostenlosen Nutzung von staatlichem Eigentum in Form von zwei Reitpferden angesprochen. Das waren Fürst Metternich und Lautolos. Den sollten wir der Ehre halber erwähnen. Es waren zwei Pferde und nicht nur eines.

(Gerhard Bökel (SPD): Der war halt nicht so prominent!)

– Der war offensichtlich nicht so prominent, weil nicht „Fürst“. Das ist in unserer Welt anscheinend doch wichtiger. – Sie haben erwähnt, dass ich über entsprechende Erfahrungen verfüge.

(Gerhard Bökel (SPD): Das stimmt!)

Ich sage das hier nicht zum ersten Mal, sondern ich habe das auch hier im Parlament schon mehrfach gesagt: Ich gebe uns allen die Empfehlung, dass man Untersuchungsausschüsse nicht zu Tode reitet. Bei jenem Ausschuss haben wir, glaube ich, ein Beispiel gesehen. Es war ein interessanter Ausschuss.

(Heiterkeit des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Es kam auch viel mehr heraus – Herr Kollege Rudolph und ich haben es vorhin privat ein bisschen erörtert – als das, was man am Anfang gedacht hatte. Aber er war in der Arbeit ein bisschen zu lang. Das sollten wir bei diesem Ausschuss nicht tun.

Strich darunter: Wir haben einen Sachverhalt, der aufklärungswürdig ist. Dieser Sachverhalt hätte nach unserer Auffassung zunächst mit den üblichen parlamentarischen Mitteln aufgeklärt werden können. Wenn der Innenminister in der letzten Sitzung das Angebot angenommen hätte, sich etwas intensiver Aussagen der Opposition im Hessischen Landtag gegenüber zu öffnen, wäre die Aktion heute unverständlich. So ist sie nachvollziehbar.

Da wir nicht darüber abstimmen, sondern der Ausschuss mit den jeweiligen Anträgen eingesetzt ist, brauchen wir uns auch nicht zu irgendeinem Votum hinreißen zu lassen. Hätten wir Wetten abschließen müssen, so hätte ich gesagt, wir enthalten uns als FDP. Denn wir wollen, dass aufgeklärt wird, meinen aber, es ginge zunächst noch mit den anderen parlamentarischen Mitteln. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Abg. Zeimetz-Lorz für die Fraktion der CDU.

**Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Gegensatz zum Kollegen Hahn, der noch ein bisschen Verständnis für den Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses hatte, habe ich überhaupt kein Verständnis dafür,

(Günter Rudolph (SPD): Das ist schade, Frau Kollegin!)

auch nicht nach den Beiträgen von Herrn Kollegen Rudolph und Herrn Kollegen Frömmrich. Bei Herrn Rudolph war die Intention klar, bei Herrn Frömmrich war die Begründung ziemlich bemüht. Aber gut, es ist Ihr gutes Recht.

Es ist deswegen nicht zu verstehen und nicht nachzuvollziehen, weil wir wirklich Gelegenheit hatten, in drei öffentlichen Ausschusssitzungen – zweimal im Innenausschuss und einmal im Rechtsausschuss – umfassend Fragen zu stellen und beantwortet zu bekommen.

(Günter Rudolph (SPD): Na ja! Fragen gestellt, ja!)

Tatsache ist, wir können heute feststellen: Gegen Herrn H. – darauf ist schon hingewiesen worden – läuft zurzeit ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren.

(Günter Rudolph (SPD): Es gab schon abgeschlossene Ermittlungsverfahren!)

Tatsache ist auch, dass Herr H. zurzeit in Untersuchungshaft sitzt.

Tatsache ist, dass Herr H. am 14.07. des Jahres 2003 fristlos gekündigt worden ist, nachdem die Staatsanwaltschaft Wiesbaden einen Strafbefehl wegen Vorteilsnahme erlassen hat. Ich weise nochmals darauf hin: Aus damaliger Sicht wusste man von einer Schadenssumme von ca. 6.400 DM.

Nun könnte man die Frage stellen – sie ist auch im Ausschuss erörtert worden, sie ist auch hier erörtert worden –, warum Herr H. beispielsweise nicht zu einem früheren Zeitpunkt gekündigt worden ist, etwa nach der anonymen Anzeige im Jahre 2001. Ich denke, hierzu haben Sie hinreichend Antwort erhalten, sowohl im Innenausschuss als auch im Rechtsausschuss. Außerdem sind wir rückblickend – darüber können wir uns in diesem Hause bestimmt einig werden – immer schlauer als vorher.

Zum damaligen Zeitpunkt, also 2001, sind die Gründe für eine Kündigung als nicht ausreichend angesehen worden. Nach den mir vorliegenden Informationen hat das Arbeitsgericht im derzeit noch laufenden Kündigungsschutzverfahren selbst die Gründe für die erfolgte Kündigung – Strafbefehl der Staatsanwaltschaft Wiesbaden – als nicht ausreichend erachtet.

(Günter Rudolph (SPD): Dann wissen Sie mehr als wir! Interessant!)

Ich denke, das lässt Rückschlüsse darauf zu, wie schwierig es ist, einem Menschen erfolgreich zu kündigen.

(Günter Rudolph (SPD): Interessant! Woher haben Sie diese Information?)

– Das ist mir so zugerufen worden.

(Zurufe von der SPD: Aha!)

An dieser Stelle möchte ich feststellen: Hier wird nichts vertuscht. Es ist auch nicht so, dass der Innenminister nichts getan hätte. Er hat gehandelt. Aus unserer Sicht hat er ausreichend und hinreichend gehandelt.

Erstens. Er hat angeordnet, und das bereits vor einem Jahr, dass eine Organisationsuntersuchung in Auftrag gegeben wird

(Günter Rudolph (SPD): Im Dezember 2004, vor einem halben Jahr!)

– eine Organisationsuntersuchung, Herr Kollege Rudolph –, um mögliche Organisationsmängel im PTLV zu erkennen und zu beheben.

Zweitens ist Tatsache – das ist auch im Innenausschuss vorgetragen worden –, dass der hessische Innenminister im Dezember den Hessischen Rechnungshof eingeschaltet hat. Das Ergebnis wird wohl in Kürze vorliegen. Ich bin sicher, er wird es dem Innenausschuss entsprechend vortragen.

Deshalb frage ich Sie von der SPD: Warum haben Sie nicht wenigstens das abgewartet?

(Günter Rudolph (SPD): Wir wissen doch gar nicht, ob wir das Gutachten kriegen!)

Wir wissen drittens, dass der hessische Innenminister einen Verwaltungsermittler eingesetzt hat, um die Vorgänge im PTLV zu untersuchen. Auch das hat er vorgetragen. Herr Rudolph, ich weiß nicht, vielleicht waren wir in unterschiedlichen Veranstaltungen. Wir haben das Protokoll noch nicht vorliegen. Aber ich frage schon: Warum haben Sie nicht wenigstens das abgewartet und haben jetzt husch, husch einen Untersuchungsausschuss beantragt? Diese Frage müssen Sie sich schon stellen lassen. Das Protokoll kommt mit Sicherheit, und es wird mit Sicherheit nicht lange dauern. Es liegt aber jetzt noch nicht vor.

(Günter Rudolph (SPD): Schauen wir einmal!)

Durch die Kombination dieser Maßnahmen ist sichergestellt, dass das gesamte PTLV und die Vorgänge dort umfassend untersucht werden.

Viertens wurde die Behördenleitung ausgetauscht. Herr Hahn, Sie haben darauf hingewiesen, dass Sie da noch Aufklärungsbedarf sehen. Aber ich frage mich schon: Brauchen wir dazu einen Untersuchungsausschuss? Wenn ich mich recht erinnere, ist die Frage nach dem Warum im Innenausschuss so gar nicht gestellt worden. Von daher ist sie dort auch nicht beantwortet worden.

Ich frage noch einmal die SPD: Was wollen Sie nach all diesen Maßnahmen – dreimal Ausschuss, Rechnungshof, Organisationsuntersuchung, Verwaltungsermittler – eigentlich noch im Untersuchungsausschuss aufklären?

(Günter Rudolph (SPD): Lesen Sie meine Rede nach! Dann wird es Ihnen deutlich! Dann brauche ich nicht noch einmal zu reden!)

Dazu – darauf hat Herr Kollege Hahn zu Recht hingewiesen – läuft zurzeit noch das staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren, das mit Sicherheit andere Mittel zur Verfügung hat als ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss.

Wie gesagt, einen Untersuchungsausschuss zu beantragen ist natürlich Ihr Recht. Daher frage ich Sie, was Sie glauben, was dieser Untersuchungsausschuss nach allen von mir aufgezählten Maßnahmen überhaupt noch erbringen soll.

(Günter Rudolph (SPD): Die Wahrheit, Frau Kollegin!)

Zumindest verstehe ich Ihre Eile nicht. Hier bin ich mit Herrn Kollegen Hahn absolut einig. Warum haben Sie nicht das staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren abgewartet oder wenigstens das Protokoll der Innenausschusssitzung oder der Rechtsausschusssitzung? Nach der Auswertung hätten Sie entscheiden können, ob Sie einen Untersuchungsausschuss einrichten wollen. All dies haben Sie nicht getan. Deshalb werde ich den Verdacht nicht so ganz los, dass es der SPD nicht in allererster Linie um Aufklärung geht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Worum geht es Ihnen? Gras wachsen zu lassen über die Sache, möglichst viel und möglichst lang! – Günter Rudolph (SPD): Schwacher Beifall!)

Ich habe den Verdacht, dass es Ihnen um etwas ganz anderes geht.

(Petra Fuhrmann (SPD): Um die Wahrheit, um nichts als die Wahrheit!)

Ich denke, es ist bei dem Beitrag des Kollegen Rudolph sehr deutlich geworden: Ihnen geht es um Rache für Fürst Metternich.

(Petra Fuhrmann (SPD): Was?)

Wir haben das Thema heute schon häufiger angesprochen. Einige Kollegen haben schon angefangen zu wiehern.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben noch Katzen mit Mafiaschleifen und alles Mögliche!)

Ich denke, Ihr Beitrag hat es ziemlich deutlich gemacht, aber auch Ihre Presseerklärung vom 26. April. Dort heißt es im letzten Absatz:

Hätte der Innenminister nur den Hauch des Ehrgeizes in diesen Fall gesteckt, mit dem er seinerzeit nach Ausritten, schlammgrünen Reithosen und Friseurbesuchen des Frankfurter Polizeipräsidenten gefahndet hat, hätten weitere Straftaten verhindert werden können.

(Beifall des Abg. Günter Rudolph (SPD) – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Sie sicher, dass das falsch ist?)

– Applaus, also Rache. Mein Verdacht ist also zutreffend.

(Günter Rudolph (SPD): Ich habe zu dem Zitat geklatscht!)

Herr Kollege Rudolph, ich hatte ebenso wie Herr Hahn die Freude und das Vergnügen, jenem Untersuchungsausschuss beiwohnen zu dürfen.

(Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) wiehert. – Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP): Jetzt sind wir schon zu zweit!)

Ich darf nur darauf hinweisen, es ging nicht nur um das Reiten auf Lautolos und Fürst Metternich.

Da Sie das hier so vermengen und Zitate aus den Redebeiträgen des früheren innenpolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion gebracht haben, will ich eines sagen:

(Zuruf von der CDU: Davon kann man etwas lernen!)

Es gibt einen großen Unterschied zwischen den beiden Untersuchungsausschüssen. Ich will Ihnen gerne weiterhelfen.

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

– Herr Bökel, Sie kennen ihn. Ihnen brauche ich das nicht zu erklären. – Der Unterschied ist, dass der Polizeipräsident der immerhin größten Polizeibehörde in Hessen als politischer Beamter dem Innenminister als dem zuständigen Minister unmittelbar unterstellt ist. Herr H., von dem hier die Rede ist –

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Sagen Sie lieber „H-Punkt“!)

– H., das ist in Ordnung. Ich will hier nur die Form wahren. Herr Kollege Hahn, es tut mir Leid, wenn Sie sich angesprochen fühlen. Das fällt mir eben erst auf.

(Heiterkeit)

Herr H., also der Mensch, gegen den dieses staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren läuft – das ist vielleicht ein bisschen einfacher –, war, auch wenn Sie es nicht hören mögen, Herr Rudolph, Verwaltungsangestellter bei einer nachgeordneten Behörde. Diese Behörde hat eine eigenständige Leitung in Form eines Präsidiums. Es gibt einen ganz feinen qualitativen Unterschied. Das wollte ich hier anmerken.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum wurde der Präsident dieser Behörde abgeordnet? Er scheint doch einen Strang nach oben zu haben!)

Für meine Begriffe macht das einen wesentlichen Unterschied in der Frage nach der Verantwortlichkeit eines Ministers.

Wir haben nichts zu verbergen.

(Günter Rudolph (SPD): Sehr schön! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wollen am liebsten keine Aufklärung, vor allem jetzt nicht!)

Wenn wir uns aber in einem Untersuchungsausschuss mit Vorgängen, die schon dreimal in öffentlicher Sitzung erörtert worden sind, beschäftigen sollen, wollen wir auch wissen, was die frühere Landesregierung hier unternommen hat.

(Gerhard Bökel (SPD): Fordern Sie nur nicht meinen Rücktritt als Minister! – Gegenruf des Ministers Volker Bouffier: Das haben wir doch schon erledigt!)

Herr Kollege Rudolph und Herr Kollege Frömmrich waren so freundlich, die Schreiben des Herrn W., die er im Jahr 1999 an Herrn Dr. Jung und andere – oder auch nicht – gerichtet hat, anzusprechen. Daher wissen wir alle in diesem Hause, dass dies nicht das erste Schreiben und daher auch nichts Neues war, sondern dass es bereits Mitte der Neunzigerjahre Schreiben des Herrn W. gegeben hat, in denen er die Zustände im damaligen Polizeiverwaltungsamt beklagt hat.

(Zurufe der Abg. Günter Rudolph (SPD) und Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Uns ist bekannt, dass er sich auch an Herrn Bökel und an den damaligen Ministerpräsidenten Eichel schriftlich gewandt hat.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: B.!)

– B., das ist recht. – Uns interessiert, wie diese beiden, Herr Bökel und Herr Eichel, damals ihre Dienst- und Fachaufsicht wahrgenommen haben. Das möchten wir gerne aufgeklärt wissen. Deshalb beantrage ich für die CDU-Fraktion eine Erweiterung des Untersuchungsgegenstands auf die Vorgänge in diesem Zeitraum. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU – Günter Rudolph (SPD): Völlig in Ordnung!)

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. – Wir wollen das Verfahren abschließen. Es muss abgestimmt werden. So hat es der Staatsgerichtshof in einem Urteil beschlossen. Auf eine Abstimmung kann nur verzichtet werden, wenn verfassungsrechtliche Bedenken dagegen geltend gemacht werden. Diese Konstruktion ist anscheinend vorhanden.

Deswegen lasse ich abstimmen über den Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nach Art. 92 HV, § 54 GOHLT, Drucks. 16/3930. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Fraktionen der CDU und der FDP ist dieser Untersuchungsausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingesetzt.

Ich lasse abstimmen über den Dringlichen Antrag der Fraktion der CDU betreffend Erweiterung zu dem Antrag der SPD betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, Drucks. 16/3941. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Bei Enthaltung der Fraktion der FDP ist dieser Antrag mit Mehrheit angenommen, und sein Inhalt wird Teil des Untersuchungsgegenstandes.

Damit kommen wir zu **Tagesordnungspunkt 13:**

### **Große Anfrage der Fraktion der FDP betreffend Ausbau des Frankfurter Flughafens – Drucks. 16/3688 zu Drucks. 16/2417 –**

Es sind zehn Minuten Redezeit pro Fraktion vereinbart. Das Wort hat Herr Kollege Posch für die Fraktion der FDP.

### **Dieter Posch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die FDP-Fraktion hat im Juni vergangenen Jahres eine Große Anfrage zum Fortgang des Ausbaus bzw. der Planung zum Ausbau des Frankfurter Flughafens eingebracht. Ich habe im Plenum bereits an anderer Stelle gesagt, dass wir außerordentlich bedauern, dass die Beantwortung dieser Großen Anfrage acht Monate gedauert hat, ohne dass zwischendurch eine Fristverlängerung beantragt worden wäre. So sollte die Landesregierung nicht mit dem hessischen Parlament umgehen. Wir bitten darum, parlamentarische Anfragen in Zukunft wieder so zu beantworten, wie es den Gepflogenheiten der Geschäftsordnung entspricht.

Wir sagen das gerade im Zusammenhang mit dem Ausbau des Frankfurter Flughafens, weil es sich hierbei um eine Maßnahme handelt, die für das wirtschaftliche Wohlerge-

hen unseres Landes von essenzieller Bedeutung ist. Es geht um die Zukunftssicherung dieses Raums. Es handelt sich nicht nur um den Flughafen, sondern es stellt sich auch die Frage: Wird der Wirtschaftsraum gestärkt? Werden die Chancen für diesen Raum genutzt?

Ich habe an anderer Stelle darauf hingewiesen – deshalb will ich das hier nur ganz kurz erwähnen –, dass der Ausbau des Frankfurter Flughafens eine Aufgabe von solch großer Bedeutung ist, dass er die Kooperation zwischen den unterschiedlichen Beteiligten zwingend erforderlich macht. Es gibt drei Aspekte, die es zwingend erforderlich machen, Hand in Hand mit der Bundesregierung die Lösung bestimmter Probleme vorzubereiten und abzuschließen.

Es geht zum einen um die Einrichtung eines Flughafen-systems, worüber bis zum heutigen Zeitpunkt noch nicht entschieden ist. Möglicherweise befindet sich der Antrag inzwischen in Brüssel, oder er befindet sich noch auf dem Weg dorthin. Aber die essenzielle Frage, ob dieses Flughafen-system realisiert werden kann, ist bis zum heutigen Tage nicht entschieden.

Es gibt ein zweites Problem, das nach wie vor einer Lösung zugeführt werden muss – wobei ich aus Zeitgründen jetzt nicht auf die Details eingehen will. Sie wissen, dass die Europäische Kommission darauf bestanden hat, die Anwendung der Seveso-II-Richtlinie am Beispiel des Ausbaus des Frankfurter Flughafens zu exekutieren. Dabei geht es um die Frage, in welchem Verfahren diese Richtlinie angewendet werden muss. Es ist notwendig, dieses Verfahren zu einem Ende zu bringen.

Drittens wird die Anwendung der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie zu Schwierigkeiten führen. Das ist ein Problem, das wir bei vielen Projekten haben. Auch hier ist eine Kooperation zwischen der Europäischen Kommission, der Bundesregierung und der Landesregierung zwingend erforderlich. Ich appelliere an dieser Stelle an Sie, sich um diese Kooperation zu bemühen, damit wir keine weiteren Zeitverzögerungen hinnehmen müssen.

Ich will einen anderen Punkt ansprechen, bei dem ich bedauere, dass wir noch nicht weiter sind. Der Herr Ministerpräsident hat in der Haushaltsdebatte im November vergangenen Jahres angekündigt, wie der Hessische Landtag in den Entscheidungsprozess eingebunden wird: Der Hessische Landtag wird zur Rechtsverordnung zum Landesentwicklungsplan gehört und muss ihr seine Zustimmung erteilen.

Ich bedauere außerordentlich, dass diese Änderung des Landesplanungsgesetzes bis zum heutigen Zeitpunkt nicht das Licht der Welt erblickt hat, obwohl es lediglich darum geht – das ist relativ einfach –, sicherzustellen und im Gesetzestext zu formulieren, dass der Landesentwicklungsplan als Rechtsverordnung der Zustimmung des Hessischen Landtags bedarf. Dies ist von besonderer Bedeutung, weil der Landesentwicklungsplan als Rechtsverordnung von uns nicht nur zur Kenntnis genommen wird, sondern weil der Hessische Landtag auch die notwendigen Unterlagen braucht, um diese Entscheidung fällen zu können.

Es ist damit zu rechnen, dass die eine oder andere Kommune mit einer solchen Änderung im Landesplanungsgesetz gar nicht einverstanden ist. Wir werden eine Anhörung zur Änderung des Landesplanungsgesetzes durchführen müssen, um diese substantielle Änderung gründlich vorzubereiten. Man kann das nicht einfach aus dem

Hut zaubern und sagen: Das Landesplanungsgesetz wird in dieser Weise geändert.

(Beifall bei der FDP)

Das heißt, wir kommen in die Situation, dass die Änderung des Landesentwicklungsplans bereits eingeleitet wird, ohne dass das zugrunde liegende Gesetz verabschiedet ist. Ich halte das für einen unerträglichen Zustand. Es wäre durchaus möglich gewesen, erst das Landesplanungsgesetz zu verabschieden und dann das Änderungsverfahren zum Landesentwicklungsplan einzuleiten.

(Beifall bei der FDP)

Warum das bis zum heutigen Zeitpunkt nicht geschehen ist, erschließt sich der FDP-Fraktion beim besten Willen nicht.

Erlauben Sie mir, stichwortartig auf einige Punkte einzugehen, die Gegenstand der Großen Anfrage waren. Herr Kollege Hahn und ich haben damals der Öffentlichkeit kundgetan, dass es für uns wichtig ist, dass das Genehmigungsverfahren zum Ausbau des Frankfurter Flughafens rechtsstaatlichen Grundsätzen folgt und dass eine Transparenz gewährleistet ist. Die Antwort der Landesregierung macht deutlich, dass diese Transparenz nicht in dem Umfang gewährleistet ist, wie wir uns das gewünscht haben.

Wenn ich sehe, dass ungefähr 20 % der Fragen nicht oder nicht ausreichend beantwortet sind, muss ich feststellen, dass auch dies kein adäquater Umgang der Landesregierung mit dem Hessischen Landtag ist.

(Beifall bei der FDP)

Ich will Ihnen das nicht vorenthalten und anhand einiger Fragestellungen darauf eingehen. Wir haben z. B. gesagt, dass ein Flughafen nicht nur irgendwo existent ist, sondern auch der landseitigen Erschließung bedarf. Das ist die landseitige Erschließung durch das Straßen- und Schienennetz. Auf die Frage „Im Zusammenhang mit dem Ausbau des Flughafens steht auch die Entwicklung eines Konzepts im Straßen- und Schienenbereich. Ist das entsprechende verkehrspolitische Konzept mittlerweile erarbeitet?“, antwortet die Landesregierung: „Maßnahmen im Straßen- und Schienenbereich, die nicht Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens sind, werden rechtzeitig konzipiert und realisiert.“ Das ist nicht die Beantwortung dieser Frage. Dahinter steht, dass dieses Konzept offensichtlich noch nicht vorhanden ist. In anderen Verfahren ist es völlig selbstverständlich, dass das Erschließungskonzept mit dem Planfeststellungsverfahren erörtert werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass Maßnahmen im Straßen- und Schienenbereich rechtzeitig konzipiert und realisiert werden. Das ist der Hinweis auf die Rechtslage. Das ist nicht ausreichend, um den Landtag bei dem Willensbildungsprozess und bei dem Genehmigungsverfahren entsprechend mit einzuführen.

Ich möchte ein anderes Beispiel nennen, bei dem die Beantwortung der Frage mehr Fragen aufwirft, als sie tatsächlich Antworten gibt. Wir haben beispielsweise gefragt: Ist gewährleistet, dass im Zusammenhang mit der Aufstellung bzw. der Änderung des Landesentwicklungsplanes alle Varianten noch einmal untersucht werden? – Darauf antwortet die Landesregierung: Sie werden verglichen. – Das ist für mich keine Antwort. Wir sind immer davon ausgegangen, dass es etwas mit Transparenz zu tun

hat, dass eine Untersuchung tatsächlich auch im Änderungsverfahren zum Landesentwicklungsplan stattfindet. Dann ist die Aussage, man werde sie erneut vergleichen, nicht ausreichend.

An verschiedenen Stellen wird in der Großen Anfrage darauf hingewiesen, dass diese Aussagen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich sind. Ich habe volles Verständnis dafür, dass man so antwortet, wenn es tatsächlich so ist. Aber es gibt durchaus die Möglichkeit, an dem einen oder anderen Punkt auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt Probleme aufzuzeigen, indem man auf bestimmte Dinge hinweist.

Wir wissen, dass wir im Zusammenhang mit dem Nachtflugverbot immer wieder die Frage erörtert haben, welche Auswirkungen das auf die Randstunden zwischen 22 und 23 Uhr bzw. 5 und 6 Uhr haben wird. Natürlich kann man heute schon darauf hinweisen, welche Auswirkungen dies hat. Man kann es nicht verbindlich festlegen. Aber eine Aussage darüber, welche Konsequenzen das hat, wäre durchaus möglich. Denn wir können natürlich heute schon prognostizieren, dass es in diesen Zeiträumen zu einer erheblichen Ausweitung der Flüge kommen wird.

Uns, die Öffentlichkeit und die betroffenen Bürger interessiert es immer wieder, im Zusammenhang mit der Ticon-Problematik zu erfahren, welche Vorschriften einzuhalten sind, wenn Sicherheitsrisiken zu bewerten sind. Ich halte es nicht für ausreichend, wenn in der Antwort auf die Große Anfrage geantwortet wird: Aus den luftsicherheitsrechtlichen Bestimmungen ergibt sich, dass die Menschheit darauf angewiesen ist, bestimmt Risiken zu erdulden. – Das reicht nicht aus. So salopp steht es da drin. Ich habe es noch etwas salopper formuliert. Natürlich wissen wir, dass es in anderen Ländern Bestimmungen gibt, die die Frage der Risikobewertung zum Inhalt haben. Natürlich werden Menschen fragen, inwieweit solche Bestimmungen auf die Situation am Frankfurter Flughafen übertragbar sind.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Dieter Posch (FDP):**

Dann wird in der Beantwortung der Frage darauf hingewiesen – was juristisch exakt ist –, dass man immer prüfen müsse, ob jene Bestimmungen im Hinblick auf die Vergleichbarkeit der Situation übertragbar sind. Das ist zwar richtig. Aber das ist eine rein akademische Antwort und befriedigt die Bedürfnisse der Menschen nicht, die wissen wollen, welche Kriterien bei diesen Fragen berücksichtigt werden.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Kollege Kaufmann hat anlässlich der Ausschusssitzung in Hahn angeregt, ob die Möglichkeit besteht – –

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Posch, Sie sind zwei Minuten über der Redezeit.

**Dieter Posch (FDP):**

Ich komme wirklich zum Beschluss.

(Heiterkeit bei der FDP – Jörg-Uwe Hahn (FDP):  
Beschlossen und verkündet!)

– Beschlossen und verkündet.

(Zuruf von der CDU: Wir beschließen jetzt, dass  
das eine gute Rede war! – Beifall des Abg. Jörg-  
Uwe Hahn (FDP))

– Wenn Sie mich nicht unterbrochen hätten, wäre ich  
schon längst fertig.

(Allgemeine Heiterkeit)

Aber nicht im wörtlichen Sinne, sondern nur im Sinne des  
Verfahrens.

Herr Kollege Kaufmann hat gefragt, ob die Möglichkeit  
bestünde – obwohl das normalerweise nicht Usus ist,  
wenn eine Große Anfrage besprochen ist –, das Ganze im  
Ausschuss weiter zu behandeln. Darüber müsste noch be-  
raten werden. Ich hätte dagegen keinerlei Einwände. –  
Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg.  
Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Die nächste Wortmeldung kommt von  
Herrn Kollegen Riege für die Fraktion der SPD.

**Bernd Riege (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Damit ich es  
nicht vergesse, möchte ich das gleich zu Beginn sagen: Na-  
türlich ist auch meine Fraktion an einer fachlichen Bera-  
tung der dort gegebenen Antworten interessiert und  
möchte gern im Ausschuss darüber weiter beraten.

Herrn Posch möchte ich zu Beginn meiner Ausführungen  
sagen: Ihren Optimismus darüber, dass die Landesregie-  
rung zukünftig Große Anfragen schneller beantwortet,  
teile ich deshalb nicht, weil die FDP einen Antrag einge-  
bracht hat, der darum bittet, die Antwort auf die Große  
Anfrage zu der Sparkassenreform endlich vorzulegen. Er  
wird zwar heute nicht mehr beschlossen, aber das ist nach  
wie vor ein Beweis dafür, dass Sie auf taube Ohren stoßen  
– nicht nur Herr Denzin heute Morgen, sondern auch Sie  
heute Nachmittag.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Aber die Hoff-  
nung stirbt zuletzt!)

Wenn ich versuche, die Antworten auf die mehr als 70 Fra-  
gen zusammenzufassen – ich will nicht ins Detail gehen,  
wenn wir das im Ausschuss noch beraten können –, dann  
komme ich für meine Fraktion zu dem enttäuschenden  
Ergebnis: Wenn die Landesregierung so weitermacht, sind  
Zweifel am Gelingen der Umsetzung des Mediationspa-  
ketes mehr als angebracht.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe der Öffentlichkeitsarbeit der FDP-Fraktion ent-  
nommen, dass diese Zweifel dort in gleichem Maße beste-  
hen wie bei uns. Das ist für die große Mehrheit des Hessi-  
schen Landtages, die vor fast fünf Jahren die Landesregie-  
rung zur Umsetzung des Mediationspaketes aufgefordert

hat, ernüchternd. Es gibt – Herr Posch hat das schon ge-  
sagt – viele unbeantwortete Fragen im Zusammenhang  
mit der Landesentwicklungsplanung, mit dem Landespla-  
nungsgesetz, mit der Regionalplanung und den Diskre-  
panzen zwischen den Betroffenen und den Landesinter-  
essen auf allen Ebenen. Es gibt unbefriedigende Aussagen  
zu wichtigen Rahmenbedingungen des Planfeststellungs-  
verfahrens – das hat Herr Posch auch schon gesagt –, z. B.  
bei Maßnahmen im Schienen- und Straßenverkehr. Es  
gibt unbeantwortete Fragen im Zusammenhang mit der  
Schaffung des Flughafensystems Frankfurt-Hahn sowie  
unbeantwortete Fragen im Zusammenhang mit der Risi-  
kobewertung der Anlage von Ticona und viele andere  
mehr.

Das Ganze ist wegen des zweifelhaften Umgangs mit be-  
rechtigten Anliegen unter Natur- und Umweltschutz-  
aspekten ernüchternd. Wer bereits am Beispiel der A 49  
bewiesen hat, dass er damit nicht zurechtkommt, dem  
traut man angesichts der ungleich bedeutenderen Pro-  
bleme im Zusammenhang mit der Umsetzung des Media-  
tionspaketes kaum noch etwas zu.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN): So ist es, und das macht uns fröhlich! –  
Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES  
90/DIE GRÜNEN)

– Darauf komme ich noch. – Die Freude der Ausbaugeg-  
ner über das bisher von der Landesregierung Geleistete  
ist so verständlich wie berechtigt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN): Danke schön! – Beifall bei Abgeord-  
neten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zu-  
ruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Ich zitiere einmal aus unserer Beschlussfassung von vor  
fünf Jahren: „Das wichtigste landespolitische Vorhaben  
der Infrastrukturpolitik ist nicht in guten Händen.“ Das  
beweist die bisherige Entwicklung, und es gibt keine An-  
zeichen dafür, dass unsere Befürchtungen gegenstandslos  
werden könnten.

(Clemens Reif (CDU): Das stimmt doch alles  
nicht!)

– Sie kommen noch dran, Herr Reif.

Der erste Fehler des Ministerpräsidenten und seiner Par-  
teifreunde war, nicht an die Spitze des Regionalen Dia-  
logforums zu treten, das Gespräch mit Kritikern und Ge-  
gner zu suchen und der Umsetzung des Mediationspaketes  
zu dienen. Nahezu sämtliche Verantwortliche in der be-  
troffenen Region haben dies unter großen Anstrengungen  
getan.

Der Ministerpräsident hat sich da vornehm herausgehal-  
ten. Sie sind der einzige Verantwortliche in Hessen, der  
sich nicht an den Beratungen im Regionalen Dialogforum  
und an der Konsenssuche beteiligt, die so unendlich  
schwierig ist, wie wir alle vorher wussten. Da nützt es auch  
gar nichts, wenn eine Beobachtungsposition der Staats-  
kanzlei in diesem Regionalen Dialogforum redlich ver-  
sucht, die Diskussion mitzuverfolgen. Die Bürgermeister  
und Landräte der betroffenen Region tun sich mit der  
Mitarbeit in diesem Regionalen Dialogforum sehr schwer  
und haben nur unter großen Anstrengungen ihre Mitar-  
beit beibehalten, wofür ich sehr dankbar bin. Ich hätte mir  
aber gewünscht, dass die Spitze des Landes als Vorbild das  
strukturpolitisch wichtigste Vorhaben des Landes auch  
mit so viel Anstrengung im Dialogforum begleitet hätte.

Stattdessen haben uns der MP und seine Parteifreunde davon überzeugen wollen, als Aufsichtsratsvorsitzender von Fraport mehr für das wichtigste landespolitische Vorhaben im Infrastrukturbereich bewirken zu können. Lautlos hat er diese Position aufgegeben und damit das Scheitern dieser Einschätzung dokumentiert. Gescheitert ist damit auch die von uns grundsätzlich für falsch gehaltene Auffassung: Wenn nur der Chef fest genug auftritt, werden die Betroffenen die Fahne schon einrollen. – Sie haben das Gegenteil bewirkt. Darauf komme ich noch einmal zu sprechen. Denn Gleiches gilt für den Umgang des MP und seiner Parteifreunde mit dem Anliegen der Firma Ticon, wo wir von Ignoranz bis hin zu Enteignungsdrohungen die ganze Palette von Fehlleistungen erlebt haben, die zur Verfügung standen.

Der zweite Fehler des MP und seiner Parteifreunde war die Weigerung, das wichtigste landespolitische Vorhaben für die Infrastruktur als Ziel in den Landesentwicklungsplan aufzunehmen. Dieser Fehler liegt jetzt fünf Jahre zurück und ist bis heute nicht behoben.

Der dritte Fehler des MP und seiner Parteifreunde war die politische Entscheidung zum Ausbau der Variante Nordwest, noch bevor das Raumordnungsverfahren überhaupt begonnen hatte. Sie haben damit nicht einmal die Ausbaugegner in Ihren eigenen Reihen überzeugt, noch weniger dem wichtigsten landespolitischen Vorhaben der Infrastruktur einen Dienst erwiesen,

(Beifall bei der SPD)

und zwar weder als Landeschef noch als Aufsichtsratsvorsitzender des Vorhabensträgers Fraport, Herr Ministerpräsident.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in allen jetzt noch laufenden Verfahren werden weiterhin alle möglichen Varianten untersucht. Gibt es einen besseren Beweis dafür, dass auch diese von Ihnen getroffene Entscheidung falsch und dem Landesinteresse abträglich war? Mit Ihrer vordemokratischen Einstellung zum Umgang mit abweichenden Meinungen haben Sie, Herr Ministerpräsident, und Ihre Parteifreunde den Ausbaugegnern zunehmend das Geschäft erleichtert, obwohl allen Beteiligten von Anfang an klar war: Nur wenn es gelingt, Widerstände unmittelbar Betroffener durch Überzeugungsarbeit zu überwinden, kann das wichtigste landespolitische Vorhaben der Infrastrukturpolitik zum Wohle von Gesamthessen gelingen.

Die CDU als die Fraktion – Herr Reif, ich habe es Ihnen angekündigt –, die Regierungsverantwortung in diesem Hause hat, rühmt sich oft und gern damit, was alles besser geworden sei, seitdem sie regiere. Sie sollten mindestens so viel Anstrengung auf die Begleitung der Verfahren verwenden wie die Gegner des Ausbaus. Davon sind Sie meilenweit entfernt.

(Beifall bei der SPD – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das lassen wir lieber sein!)

Für die SPD-Fraktion gibt es keinen Grund, die Umsetzung des Mediationspakets nicht weiterhin von dieser Landesregierung einzufordern, auch wenn unsere Erwartungen in der letzten Zeit erheblich vermindert worden sind. Die Diskussion über die Große Anfrage hat uns aber gezeigt, wie sehr wir dem noch nicht näher gekommen sind. Unser schon heute hier gemachter Vorwurf, diese Regierung könne es nicht, ist damit erneut bestätigt worden, und das Liegenlassen von vielen wichtigen Anliegen

in diesem für das Verfahren so wichtigen Ministerium beweist uns, dass da eine größere Ursache dafür vorhanden sein muss als bloße Unwilligkeit.

(Beifall des Abg. Bernhard Bender (SPD))

Dieser Vorwurf, sie könne es nicht, ist mit dieser Antwort auf die Große Anfrage erneut bestätigt worden, auch – das ist nicht unwesentlich – von Ihrem früheren Koalitionspartner FDP, dessen Sorge um das Gelingen des Vorhabens auch hier im Hause immer deutlicher wird.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, angesichts der bisher vorliegenden Zwischenergebnisse fordern wir den Ministerpräsidenten, seine Regierung und seine Parteifreunde dringend auf, das wichtigste landespolitische Vorhaben der Infrastrukturpolitik mit mehr Sorgfalt und vor allen Dingen mit mehr Anstrengungen zum Dialog mit den unmittelbar Betroffenen zum Erfolg zu führen. Wir sind weiterhin am Erfolg interessiert. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) und Dieter Posch (FDP))

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Boddenberg von der Fraktion der CDU.

#### **Michael Boddenberg (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Posch, ich erlaube mir eine vielleicht etwas ironische Vorbemerkung. Wenn ich unterstellen würde, dass alle 70 Fragen, die Sie gestellt haben, tatsächlich deshalb gestellt worden seien, weil Sie die Antworten nicht wissen – ich betone: alle diese Fragen –, müsste ich mit Blick auf die letzte Legislaturperiode einige Sorgen haben.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Was ist denn in den zwei Jahren passiert? – Gegenruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gar nichts, das ist doch gut!)

Aber ich glaube, wir können uns dieses Spielchen ersparen, Frau Wagner, sondern ich kann zunächst feststellen, Herr Posch, dass ich gar nicht damit unzufrieden bin, dass Sie diesen umfangreichen Fragenkatalog gestellt haben, weil das eine ordentliche Zusammenfassung all der Fragen ermöglicht hat, die bei der Planfeststellung, im Raumordnungsverfahren vorher und in den Verfahren, die wir noch zu betreiben haben, eine Rolle spielen.

Meine Damen und Herren, ich will aber auch feststellen, dass ich anders als Sie, Herr Posch, sehr wohl der Meinung bin, dass diese Fragen, soweit das möglich war, sehr ordentlich beantwortet worden sind.

(Dieter Posch (FDP): Sie sind aber sehr bescheiden!)

Ich will das an einem oder zwei Beispielen festmachen. Herr Posch, Sie haben beispielsweise gesagt, dass dort lapidar stünde, dass noch ein Vergleich der drei Varianten vorzunehmen sei. Da steht ein bisschen mehr, Herr Posch. Ich will, wie gesagt, nur diesen einen Punkt herausgreifen. Auf Ihre Frage: „Wird der Gegenstand des Änderungsverfahrens vom Landesentwicklungsplan lediglich die Nordwestlandebahn sein, oder werden weitere Varianten ... untersucht?“, gibt Ihnen der Minister die Antwort: „Im



Rahmen der Änderung des Landesentwicklungsplans ist eine Abwägung unter Einbeziehung aller relevanten Belange vorzunehmen. Die Abwägung wird unter Vornahme eines erneuten Vergleichs“ – damit ist, wenn Sie so wollen, semantisch genau das gemeint, nämlich dass wir drei bzw. vier Varianten, also auch die Nullvariante, zu vergleichen haben, was auch Gegenstand der Mediation und des Raumordnungsverfahrens war, meine Damen und Herren –

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Mediation nicht!)

„der Varianten Nordwest, Nordost und Süd sowie auch der ... Nullvariante erfolgen. In die Abwägung“, Herr Kaufmann, „werden die Erkenntnisse und Abwägungsgesichtspunkte aus der landesplanerischen Beurteilung einfließen und durch neu gewonnene Erkenntnisse ergänzt und aktualisiert werden.“ Herr Posch, ich weiß wirklich nicht, was Sie mehr wollen als das, was der Minister hier geantwortet hat.

Herrn Riege will ich sagen: Zur Frage des Standorts haben wir immer gesagt, dass wir der Meinung sind, dass die Menschen ein Anrecht darauf haben, sobald die Politik für sich eine Meinung gebildet hat, diese Meinung zu erfahren. Das war seinerzeit der Grund, dass wir mit Blick auf die damaligen Informationen, die sich ja in grundlegenden Dingen, wie wir alle aus den uns bekannten Gutachten zwischenzeitlich wissen, nicht verändert haben, zu dem Zeitpunkt, als wir gesagt haben, die Nordwestvariante sei aus unserer Sicht diejenige mit den geringstmöglichen negativen Einflüssen und Auswirkungen auf die Bevölkerung und die Umwelt, dies den Menschen gesagt haben; nicht mehr und nicht weniger. Alles andere – das wissen Sie so genau wie wir – wird zu prüfen sein. Ich habe eben einen Bereich zum Landesentwicklungsplan vorgelesen, wo all das noch einmal in jeder Hinsicht evaluiert und überprüft werden muss.

Meine Damen und Herren, die Große Anfrage und deren Beantwortung zeigen natürlich auch, dass das ein sehr komplexes Verfahren ist. Herr Posch, ich glaube, da brauchen wir uns ebenfalls nicht wechselseitig zu unterstellen, dass wir das unterschätzt oder nicht richtig eingeschätzt haben. Aber die Große Anfrage und deren Beantwortung zeigen auch, dass es einiger Dinge bedarf, die man klären muss, bevor man den nächsten Schritt geht.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir warten auf die höhere Einsicht der Landesregierung!)

Ich glaube, es macht keinen Sinn, da Sie das ja noch einmal im Ausschuss diskutieren wollen, das weiter zu vertiefen. Aber es gibt eine ganze Reihe von Punkten, wenn Sie z. B. das Thema der Untersuchungen noch vor Einleitung des Landesentwicklungsplans anfragen, also was da noch erfolgen muss, und der Minister Ihnen sagt: Wir müssen uns noch mit dem Shell-Tanklager beschäftigen und mit dem flugbetrieblichen Störfall – Eintrittswahrscheinlichkeiten –, wir müssen uns mit der Seveso-II-Richtlinie vorher noch gutachterlich auseinander setzen und, und, und. Das zeigt, dass wir eine Step-by-Step-Genehmigung haben müssen und da und dort halt auch so geduldig sein müssen, bis der vorherige Schritt jeweils abgeschlossen ist.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Gutachten ist seit zwei Jahren überfällig!)

Ich stelle fest: In Summe und im Ganzen sind wir auf einem sehr guten Weg, meine Damen und Herren. Herr Riege, wir sollten es doch lassen, der Verwaltung und einer Landesregierung zu unterstellen, dass sie es nicht kann. Wir haben doch gerade mit der Planfeststellung zur A-380-Halle nach 22 Monaten den Beleg bekommen, dass diese Verwaltung, der ich dafür sehr herzlich danke, sehr wohl in der Lage ist, sehr genau, konkret und korrekt zu arbeiten, Herr Kaufmann.

(Beifall des Abg. Rudi Haselbach (CDU) – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schauen wir einmal, Herr Kollege! Noch stehen alle Bäume!)

Meine Damen und Herren, wir haben an anderer Stelle ebenfalls eine erfreuliche Entwicklung, nicht nur was das Verfahren anbelangt. Wir haben eine erfreuliche Entwicklung auf dem Hahn. Ich stimme Herrn Posch zu, dass wir bei der Frage des Flughafensystems leider zwei Jahre auf das Mittun der Bundesregierung warten mussten. Das ist ein Kritikpunkt, den man äußern muss, der aber ebenso obsolet ist wie andere Kritikpunkte, bei denen man sich über Dinge unterhält, die man nicht mehr ändern kann. Ich will aber am Beispiel A 380 ein anderes Problem deutlich machen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie lenken vom Thema ab!)

– Herr Kaufmann, Sie haben noch Gelegenheit, sich zu dem Thema zu äußern.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gern!)

Sie haben sogar 15 Minuten Gelegenheit, das vorzutragen, was Sie immer vortragen, Herr Kaufmann.

Ich will aber bei der Gelegenheit noch ein anderes grundsätzliches Thema ansprechen. Wir haben gestern erlebt, dass der A 380 – ich habe eben über die planerischen Voraussetzungen von Rhein/Main gesprochen – in Frankreich zum ersten Mal in die Luft gegangen ist.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war ein schöner Flug! Aber planmäßig, nicht so wie Sie, Herr Kollege!)

Über 50.000 Menschen, Herr Kaufmann, haben vor Ort diesem Ereignis beigewohnt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben gearbeitet!)

Meine Damen und Herren, wissen Sie, an was mich das erinnert? Das erinnert mich, Herr Al-Wazir, an eine Fernsehsendung, bei der wir vor ein paar Monaten einmal gemeinsam waren.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lassen Sie den Kammolch in Ruhe!)

Ich finde, dass der HR-Moderator wirklich etwas sehr Nettos gesagt hat. Ich glaube, selbst Sie haben gelacht. Er hat gesagt: Was uns Deutsche von den Franzosen unterscheidet, ist Folgendes: Wenn der Bauer in Frankreich auf dem Feld steht und den A 380 über sich fliegen sieht, ruft er: „Vive la France“, und wenn der deutsche Bauer den gleichen A 380 über sich sieht, ruft er seinen Anwalt an. – Meine Damen und Herren, das ist ein Mentalitätsproblem, über das wir in Zukunft noch mehr, auch und gerade mit GRÜNEN, werden reden müssen.

Zuruf der Abg. (Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

– Frau Wagner, ich erwarte gleich Ihre Intervention. Es wäre schön. Wenn Sie dabei gewesen sind, würde es mich für Sie freuen. Es muss ja auch ein wirklich großartiges Ereignis gewesen sein.

Das, was ich sagte, steht aber symbolhaft für ein Problem, das wir nach wie vor haben. Heute Morgen ist hier über Mittelstandspolitik und Wirtschaftspolitik im Allgemeinen gesprochen worden. Die Kollegin Schönhut-Keil hat heute Morgen eingefordert, die CDU solle doch nicht nur darüber reden, sondern solle etwas machen. Jetzt machen wir etwas. Wir bauen den Frankfurter Flughafen aus, meine Damen und Herren.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch haben Sie nichts gebaut!)

Wir fassen einen Planfeststellungsbeschluss für die A-380-Halle. Also, wir machen etwas, Frau Schönhut-Keil, und die Einzigen, die dagegen sind, sind die GRÜNEN,

(Beifall bei der CDU)

und bei den Sozialdemokraten versucht man, ein bisschen etwas von allem mitzunehmen.

Meine Damen und Herren, Frau Schönhut-Keil, Herr Kaufmann, wir brauchen in diesem Land nicht nur eine neue Bundesregierung, sondern wir brauchen auch wieder mehr Menschen, die sich für etwas begeistern können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann mich auch begeistern!)

Ich kann mich darüber begeistern, dass ein solches Flugzeug fliegt. Ich kann mich erst recht darüber begeistern, dass ein solches Flugzeug möglichst bald auch in Frankfurt nicht nur starten und landen kann, sondern, Herr Kaufmann, auch gewartet wird. Ich kann mich vor allen Dingen dafür begeistern, dass Menschen – gegen Ihren Willen, Herr Kaufmann und Herr Al-Wazir – dort zukünftig Arbeit finden werden,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und zwar nicht nur in den Jobs, über die man in Frankfurt hin und wieder ein wenig leichtfertig hinweggeht, weil man sagt: „Davon haben wir sowieso genug“, sondern ausgerechnet auch in den Berufen, die man Blaumannarbeitsplätze nennt, also Tausende Jobs auch für gering Qualifizierte.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sieht Landrat Gall auch so!)

Insofern würde ich mich freuen – deswegen nutze ich jede Gelegenheit, das zu thematisieren –, wenn sich noch mehr Menschen positiv für solche Vorhaben begeistern könnten. Wir sind froh, dass die Bundesregierung, also auch die von Rot-Grün getragene Bundesregierung – den Bundesverkehrsminister will ich an der Stelle zumindest einmal für die Ankündigung loben, dass er sich intensiver mit Genehmigungsverfahren beschäftigen wird –, endlich so weit ist, dass sie erkannt hat, dass Genehmigungsverfahren in Deutschland zu lange dauern. Ich glaube, die GRÜNEN sind immer noch dabei. Insofern hoffe ich nicht, dass Herr Stolpe vor der Wahl wieder einmal einen Alleingang unternimmt, um am Ende zu sagen, es ging leider mit dem Koalitionspartner nicht.

Meine Damen und Herren, kurzum: Wir sind an verschiedenen Stellen auf einem guten Weg. Eines allerdings ärgert mich. Herr Kaufmann, wir waren vorletzte Woche zusammen auf dem Hahn.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir waren zusammen nicht auf dem Kollegen! – Heiterkeit)

– Lieber Herr Kaufmann, dort gibt es einen Flughafen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deswegen sieht der Hahn so schlecht aus! – Anhaltende Heiterkeit)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Boddenberg, ich wollte Ihnen gerade die Redezeit verlängern. Ich halte die Uhr erst einmal an, bis sich das Volk beruhigt hat.

#### **Michael Boddenberg (CDU):**

Ich danke Ihnen, dass Sie mir die Redezeit ein wenig verlängern, dass ich das mit dem Hahn noch einmal richtig erklären kann.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben schon lang genug geredet, ohne etwas zu sagen! – Weitere Zurufe)

Herr Al-Wazir, wir waren vorletzte Woche zusammen auf dem Hahn im Hunsrück.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich auch?)

Herr Kaufmann hat gesagt, es sei schön gewesen.

(Große Heiterkeit)

Auf dem Flughafen Hahn hat man seit einigen Monaten das Gefühl, dass wirklich ein Flughafen entsteht. Dieser Flughafen entsteht dort, weil wir im Rhein-Main-Gebiet die Dinge vorantreiben. Sie kennen die Beteiligung der Fraport, Sie kennen das Engagement der Landesregierungen, was die Verkehrsanbindung angeht. Herr Posch, auch da gibt es noch eine ganze Menge zu tun. Ich habe dort etwas ironisch, aber auch kritisch angemerkt: Ich dachte, dass die Tannenbäume auf dem Gleis zwischenzeitlich entfernt seien. – Da gibt es noch viel zu tun, das ist völlig unbestritten.

Aber es gibt dort auch ein tolles Signal für die Region. Wenn Sie eine Besichtigung mit einem Busunternehmer vornehmen, der gefragt wird: „Wie hat sich Ihr Unternehmen in den letzten sechs Jahren entwickelt?“, und der sagt: „Ich hatte sechs oder sieben Busse, und mittlerweile habe ich 40 Busse und 250 Mitarbeiter in meinem Unternehmen“, dann soll das heißen: Wir sind diejenigen, die Arbeitsplätze schaffen. Herr Kaufmann, Herr Al-Wazir, Sie sind weiterhin diejenigen, die Arbeitsplätze verhindern und leider auch viel zu viele vernichten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Nächster Redner ist Herr Abg. Kaufmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Äußerungen des Kollegen Boddenberg brau-

chen nicht weiter kommentiert zu werden. Er möchte bauen: Nehmen Sie die Schaufel in die Hand.

Im Übrigen, Herr Kollege Boddenberg, sind wir durchaus zu begeistern. Manchmal schlägt bei mir Begeisterung durch, wenn ich sehe, wie dilettantisch die Landesregierung dieses Projekt vorantreibt; denn das bringt uns unserem Ziel immer näher.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich will noch eine andere Bemerkung machen. Vorgestern in der Debatte um die Verfassungsreform erfreute uns der verehrte Kollege Walter mit der Diagnose: „Die Fantasie übersteigt die Lesefähigkeit“. Heute im Zusammenhang mit der Flughafendebatte wird klar, dass er damit sich selbst meinte. Dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Erweiterung des Flughafens Frankfurt über das bestehende Areal hinaus aus vielen guten Gründen ablehnt, konnte der Kollege Walter nicht nur immer wieder hören, das konnte er noch öfter lesen – immer Lesefähigkeit vorausgesetzt, Herr Kollege Walter.

(Zurufe von der CDU)

Bei der Äußerung im „Wiesbadener Kurier“ vom 15. April: „Für einen Staatssekretärsposten kriege ich von denen auch die Zustimmung zur Landebahn“, Herr Kollege Walter, ist mit Ihnen die Fantasie wirklich durchgegangen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verehrter Herr Kollege Walter, ich sage Ihnen: Mit dieser Argumentationsstrategie werden Sie nie in die Verlegenheit kommen, Staatssekretärsposten vergeben zu dürfen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in der Tat: Wir GRÜNE lehnen den Ausbau des Flughafens nachdrücklich ab. Mehr noch, Herr Kollege Boddenberg, und das ärgert Sie: Wir arbeiten engagiert daran, den Ausbau tatsächlich zu verhindern, und – das ist Ihr Ärger im eigentlichen Sinne – wir sind erfolgreich in dieser Arbeit. Monat für Monat kommen wir unserem Ziel immer näher.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Boddenberg (CDU): Sie sind ein erfolgreicher Verhinderer!)

Vor einer Woche, zur Ankündigung der heutigen Rede, nervte der Kollege Posch die Journalisten in der LPK schon mit seiner Ex-Minister-Kompetenz und präsentierte zum wiederholten Mal die Große Anfrage mit der vollmundigen Behauptung, er zwingt damit sämtliche Beteiligten, „alle rechtlichen, praktischen oder jedenfalls vorstellbaren Risiken im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau des Frankfurter Flughafens im Voraus zu durchdenken und sie mit einem Lösungsvorschlag zu versehen“. Herr Kollege Posch, Welch großartige Einbildung, und zwar in beide Richtungen. Nicht nur, dass Sie selbst aus den Antworten der Landesregierung zu dem Zeitpunkt schon erkannt hatten, dass zumindest diese und auch Fraport meilenweit davon entfernt sind, auch nur die offen erkennbaren Risiken der Ausbauplanung durchdacht zu haben, geschweige denn, alle vorstellbaren. Auch Ihre Fragen haben nicht alle vorstellbaren Risiken einbezogen.

Zum Beispiel gab es keine Fragen, also auch keine Antworten und konsequenterweise ebenfalls kein Durchdenken in den Problembereichen Herstellung von Hindernisfreiheit, Vogelschlaggefahr, landseitige Verkehrsabwick-

lung. Es gab nichts sagende oder klägliche Antworten zum Thema Nachtflugverbot und überhaupt nichts zur Frage Qualität des Flughafens im Fall des Ausbaus.

Meine Damen und Herren, Ihr Glaube – damit meine ich die Ausbaubefürworter, ganz freundlich und zugewandt –, dass ein wachsender Flughafen, mehr Flughafen also, automatisch auch ein besserer Flughafen sei, ist schlicht falsch. Das meine ich nicht unter Betrachtung der belastenden Wirkung, sondern unter allen Aspekten.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Was passiert denn, wenn nichts passiert?)

In Wahrheit sind doch die Ausbaubefürworter mit ihrem Latein längst am Ende. Das müsste Ihnen doch auch deutlich geworden sein mit einem einzigen Blick in die „Zeitung für kluge Köpfe“. Am 21. April, also heute vor einer Woche, waren auf der Hessenseite direkt untereinander zwei Einspalter zu lesen, der obere Artikel mit der Überschrift „FDP fordert schnelleres Handeln der Landesregierung“. Darunter stand die Überschrift „Koch: Bei wichtigen Projekten kein Klageweg“. Meine Damen und Herren, was heißt das, wenn man den Text noch dazu gelesen hat? Posch sagt: Koch kann es nicht, Berlin muss helfen, in Brüssel und überhaupt. – Das hat er heute wiederholt. Koch sagt, der „gesunde Menschenverstand“ müsse wieder eine Chance bekommen,

(Demonstrativer Beifall des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

und meint damit, dass er eine rechtliche Überprüfung der Ausbauplanung per Gesetz verhindern will, weil er weiß, dass das, was Fraport präsentiert, selbst bei wohlwollendster behördlicher Betrachtung vor Gericht nie und nimmer standhalten wird. Es ist einfach Murks.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Quatsch mit Soße!)

Meine Damen und Herren, ich will einen anderen Aspekt beleuchten. Wenn es denn richtig ist, dass Lufthansa der größte und beste Kunde von Fraport ist, ja es entscheidend für die Entwicklung am Flughafen Frankfurt ist, wie Lufthansa sich positioniert, dann haben Fraport und Landesregierung viel dafür getan, ihren wichtigsten Kunden ordentlich zu vergrätzen. Zum 50. Geburtstag von Lufthansa – wir alle wissen seit 50 Jahren, dass dies der 1. April ist – gab es einen Auftritt in Frankfurt, der nur noch peinlich zu nennen ist.

(Michael Boddenberg (CDU): Waren Sie dabei?)

– Selbstverständlich. – Während in Hamburg, in Düsseldorf und in München ganz selbstverständlich die Ministerpräsidenten und die Flughafenchefs den Geburtstagsflug mit der Lufthansaspitze an Bord begrüßten, schickte in Frankfurt, dem größten Flughafen Deutschlands und dem wichtigsten für die Lufthansa, die Landesregierung ihre dritte Garnitur. Staatssekretär Abeln, allseits bekannt für seine Kompetenz und Eloquenz,

(Clemens Reif (CDU): Nur erste Garnitur!)

machte seine Aufwartung. Der Ministerpräsident, der Verkehrsminister, der Finanzminister – als Aufsichtsratsvorsitzender wäre er auch noch infrage gekommen – glänzten sämtlich mit Abwesenheit.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja!)

Auch Fraport schickte die dritte Reihe: den Arbeitsdirektor. Lufthansachef Mayrhuber kam deswegen zu einem

öffentlich bekundeten Lerneffekt, nämlich der neuen Erkenntnis über die Aufgaben des Arbeitsdirektors. Ich zitiere: „Er arbeitet und kommt zum Gratulieren, wenn andere urlauben.“

Meine Damen und Herren, es ist doch wohl klar, dass Fraport offensichtlich massiv verärgert ist, und die Landesregierung mit ihr, über die Einwendung der Lufthansa – man las, 450 Seiten stark – im Planfeststellungsverfahren. Da ist nachvollziehbar, dass der Hausseggen richtig schief hängt. Denn in diesen 450 Seiten kann nicht nur das Nachtflugverbot thematisiert sein. Da geht es mit Sicherheit auch um weitere Fragen. Wir wären sehr daran interessiert, wenn wir die Einwendungen alsbald zur Kenntnis bekämen, damit wir sie auch diskutieren können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, da steht nach meiner Einschätzung wahrscheinlich auch viel Kritisches zur Qualität des Flughafens im Ausbaufall drin. Ich sprach bereits davon. Wenn man sich das anguckt, stellen Sie fest, dass Fraports eigener Gutachter, Wolfgang Kassebohm, den Flughafenausbau mit einem deutlichen Qualitätsverlust verbunden sieht, gerade in Bezug auf die Ihnen so wichtige Hub-Funktion. Mit dem Ausbau werden die Reisezeiten der Flugzeuge nämlich deutlich länger, und die bisher planbare Umsteigezeit von maximal 45 Minuten lässt sich nicht mehr halten. Durch die geplante Landebahn entstehen deutlich längere Rollzeiten, nämlich – wir haben es nachgelesen – bis zu 36 Minuten. Das verwundert auch nicht. Jeder weiß, Flugzeuge sind am Boden nicht besonders flink. Das ist keine neue Erkenntnis. Da wird mancher Anschluss von bisher nicht mehr klappen können, und der Umsteigeflughafen Frankfurt verliert an Qualität. Das wird dem Hauptkunden Lufthansa natürlich nicht gefallen. Denn entweder muss er über längere Strecken mit mehr Schub und damit mit mehr Kosten und die Umwelt insgesamt mit mehr Schaden leben, oder die gesamte Logistik weltweit gerät durcheinander; denn es geht um erhebliche Zahlen.

Es ist doch klar, dass das der Lufthansa nicht gefällt, die gerade ihre strategischen Ziele neu ordnet – ich nenne nur das Stichwort Swiss-Erwerb und Hub in Kloten –, wenn Frankfurt obendrein relativ kurzfristig noch mehr Kapazitäten haben will. Sie wollten 2006 schon loslegen, und dann werden sie doch an die Konkurrenz vergeben. Da zeigt sich gerade aus dem Sichtwinkel des wichtigsten Kunden, rein ökonomisch betrachtet ist das Ausbauprojekt in Frankfurt alles andere als risikofrei. Das haben wir GRÜNE schon vor Jahren gesagt. Sie können es in den Protokollen des Landtags mehrfach nachlesen. Wir haben auch vor den ökonomischen Risiken gewarnt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn man schon so dicke Bücher lesen muss, sollte man die Erkenntnisse nicht für sich behalten. Bei der Gelegenheit für diejenigen, die es nicht lesen konnten: Keineswegs ist in den Antragsunterlagen von Fraport von 660.000 Flugbewegungen die Rede. Für den Ausbaufall stehen rund 60.000 Flugbewegungen mehr in dem Kassebohm-Gutachten. Das können Sie nachlesen: G 18 in den Bänden 58 und 59 der Unterlagen. Das steht jedem zur Verfügung.

Damit bin ich auch schon kurz beim Stichwort Nachtflugverbot. Darüber sprachen wir das letzte Mal. Sie sollten noch einmal überprüfen, ob das, was Sie hier jahrelang als Nachtflugverbot verkündet haben, und das, was in den

Antragsunterlagen steht, dasselbe ist. Ich sage: Es ist nicht dasselbe.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn selbst wenn dieses Nachtflugverbot, das obendrein angegriffen werden wird, so käme, wie es die Fraport beantragt hat, wird es nachts nicht ruhiger, aber tagsüber viel lauter. Das hätten dann Sie zu verantworten. Sie führen die Menschen hinters Licht, wenn Sie so tun, als würde die Nacht zukünftig leiser. Das merken auch immer mehr.

Am Ende muss ich doch noch einmal in die Richtung der SPD gucken. Es sind mehr als 40 Ortsvereine am Flughafen, die tiefer gehende Kenntnis haben, weil sie eine engere Betroffenheit haben. Die haben sich auch schon geäußert.

Wie gut die Landesregierung bisher gearbeitet hat, sieht man daran, dass das einzige Mal, als Sie versucht haben, etwas in einen Regionalplan hineinzuschreiben, es der VGH abschließend kassiert hat. Meine Damen und Herren, wir können das Verfahren mit großer Ruhe weiter betrachten.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kaufmann, eine Zwischenfrage.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Wir sehen uns auf einem guten Weg, dass wir es am Ende verhindern werden, dass dieser Ausbau kommt. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Boddenberg hatte sich zu einer Kurzintervention gemeldet.

**Michael Boddenberg (CDU):**

Herr Kaufmann, Sie haben sich mit dem Thema Nachtflugverbot wie immer, wie ich finde, unredlich auseinandergesetzt. Ich möchte noch einmal eine Frage an Sie stellen. Sie haben mir die Frage bis heute nicht beantwortet. Nachdem wir gemeinsam auf dem Flughafen Hahn waren, habe ich Sie noch einmal gefragt und das auch Presseöffentlich gemacht: Herr Kaufmann, wie machen Sie das, wenn Sie einerseits den Menschen in Rhein-Main erklären: „Nachtflugverbot sofort“, und jede Initiative unterstützen? Sie behaupten seit Jahren, dass das ginge. Andererseits haben Ihre rheinland-pfälzischen Parteifreunde vor zwei Wochen sehr dezidiert noch einmal gesagt: „Bei uns wird es nicht mehr Nachtflüge geben.“ Wo werden dann diese Nachtflüge stattfinden? Im Nirwana der GRÜNEN? Auf dem Flughafen Rhein-Main oder auf dem Flughafen Hahn? Diese Frage hätte ich von Ihnen gerne noch einmal beantwortet.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kaufmann, bitte.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Verehrter Herr Boddenberg, offensichtlich haben die Hessen ihre Probleme mit Flughäfen außerhalb Hessens.

(Zurufe der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP) und Michael Boddenberg (CDU))

Ich erinnere in dem Zusammenhang daran, dass Sie nach Hahn gefragt haben. Das liegt nicht in unserem Zuständigkeitsgebiet. Ich erinnere daran, was Ihr Parteifreund wohl zum Thema Kassel-Calden sagt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es scheint dort sozusagen grenzüberschreitend immer wieder Missverständnisse zu geben.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Wahrscheinlich hören wir uns einander nicht richtig zu oder interpretieren uns gegenseitig böseartig.

Herr Kollege Boddenberg, wir halten den Flughafen Hahn für einen geeigneten Ergänzungsflughafen innerhalb des Systems.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Wir sehen die Kapazitätsprobleme in Frankfurt, insbesondere in den Spitzen am Tag. Da kann der Flughafen Hahn durch entsprechende Angebote für Punkt-zu-Punkt-Verkehr wunderbar helfen. Im Übrigen, Sie sollten sich zur Frage Nachtflugverbot äußern. Die Frage, die viel wichtiger ist und immer noch im Raum steht, ist: Sie versprechen es ständig, Sie sagen aber nicht, welche Mogelpackung Sie mittlerweile darunter verstehen. Zweitens, was passiert denn in dem von Ihnen gewünschten Fall, wenn der Ausbau kommt und das Nachtflugverbot dann vor Gericht scheitert? Reißen Sie dann die Bahn wieder ab? Das müssen Sie hier erklären.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Rhiel.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Große Anfrage der FDP-Fraktion gibt mir Gelegenheit, zum aktuellen Sachstand aus Sicht meines Hauses noch einmal umfassend Stellung zu nehmen. Zunächst einmal endete Anfang März im Planfeststellungsverfahren für die Erweiterung des Flughafens die Einwendungsfrist für die Bevölkerung in den beteiligten Städten und Gemeinden in der Region. In wenigen Wochen wird mein Haus der Hessischen Landesregierung den Entwurf für die Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 zur Beschlussfassung zuleiten. Das sind zwei wichtige Meilensteine auf dem Weg.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann geht der Ärger erst richtig los!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dieser Änderung des Landesentwicklungsplanes soll die Erweiterung des Flughafens raumordnerisch abschließend festgelegt werden. Nach der Beschlussfassung der Landesregierung über die Anhörung, die zurzeit erfolgt, was die Gesetzesänderung betrifft, wird dieser Entwurf in gleicher

Art und Weise zur Einsichtnahme durch die Bevölkerung ausgelegt werden. Nach den Bestimmungen des Hessischen Landesplanungsgesetzes gilt, dass an dem Verfahren zur Änderung des Landesentwicklungsplans alle hessischen Kommunen zu beteiligen sind und nicht nur die im Umfeld des Flughafens. „Der Landesentwicklungsplan als wichtiger Hinweis im Ausbaustreit“ – so titelte die „FAZ“ im Januar dieses Jahres einen entsprechenden Artikel. Sie stellte dabei klar heraus – das kann so unterstrichen werden –, dass die Hessische Landesregierung mit diesem wichtigen Hinweis nunmehr eine eigene Position zu der Variante einnehmen wird, die nach Abwägung aller entscheidungserheblichen Gesichtspunkte für eine Erweiterung des Flughafens Frankfurt am Main die geeignetste Variante ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben uns, wie Sie nun wissen, entschlossen, die Feststellung des Landesentwicklungsplanes durch Rechtsverordnung von einer Zustimmung des Hessischen Landtags abhängig zu machen. Das ist eine Forderung, die hier schon frühzeitig erhoben wurde. Zu diesem Zweck wollen wir das Hessische Landesplanungsgesetz an der entscheidenden Stelle ergänzen, denn nach der geltenden Rechtslage ist nur eine Kenntnisnahme des Landtages bei Aufstellung und Änderung des Landesentwicklungsplanes vorgesehen. Das Gesetzgebungsverfahren zur Änderung dieses Landesplanungsgesetzes werden wir parallel zum Verfahren zur Änderung des Landesentwicklungsplanes betreiben.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Endlich!)

Derzeit erfolgt die Beteiligung der Kommunalen Spitzenverbände. Herr Posch, damit wird das eingelöst, was Sie hier eben noch einmal gefordert haben.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Die Gesetzesänderung sieht vor, dass diese Planänderung nach Auswertung der nach Offenlegung und Beteiligung eingegangenen Anregungen und Bedenken sowie der erneuten Vorlage eines Abwägungsvorschlages durch mein Haus – also ein erneuter Kabinettsbeschluss, der sich dem dann anschließt – dem Landtag durch Rechtsverordnung zu dessen Beschlussfassung zugewiesen werden soll. Das bedeutet – das ist die Conclusio –, dass die Rechtsverordnung ohne die Zustimmung des Landtags keine Verbindlichkeit erhalten wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Gesetzgeber und vor allem die Fraktionen im Landtag sollen – das ist der politische Wille der Landesregierung – eindeutig Position beziehen, und zwar nicht nur abstrakt, sondern sehr konkret zu der Variante, die von der Landesregierung nach umfassender Abwägung als die geeignetste vorgeschlagen wird. Die Erweiterung des Flughafens Frankfurt am Main ist von zentraler Bedeutung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung dieses Bundeslandes. Das ist immer wieder betont worden. Die landesplanerische Entscheidung über die Variante, die sich als die geeignetste erweist, ist von zentraler Bedeutung für die Rechtsbeständigkeit der weiteren planungsrechtlichen Entscheidungen, auf die im Einzelnen noch einzugehen ist. Wir sind der Auffassung, dass Entscheidungen von solcher Tragweite dem demokratisch gewählten höchsten Organ in diesem Bundesland – das sind Sie, das ist der Landtag – nicht vorenthalten bleiben dürfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die materiellen Anforderungen, die sich für den Abwägungsprozess zur Änderung des Landesentwicklungsplanes Hessen 2000, wie er bisher gilt, ergeben, sind aufgrund der Rechtspre-

chung der Verwaltungsgerichte sowie der einschlägig zu beachtenden Richtlinien der Europäischen Kommission sehr umfangreich und sehr tief gehend. Neben der eigentlichen aktualisierten raumordnerischen Verträglichkeitsprüfung auf der Grundlage der landesplanerischen Beurteilung des Regierungspräsidiums Darmstadt vom Juni 2002 – Sie kennen diese – zählen hierzu insbesondere die Prüfungen nach den Bestimmungen der Fauna-Flora-Habitat- und der Vogelschutzrichtlinie sowie der Richtlinie für die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme und – das ist in diesem Zusammenhang wichtig; auch darüber haben wir diskutiert – der Seveso-II-Richtlinie, die in diesem Zusammenhang, wie wir so schön formulieren, beachtet und abgearbeitet werden.

Der Antwort der Hessischen Landesregierung auf die Große Anfrage der FDP-Fraktion ist dies im Einzelnen zu entnehmen. Darüber hinaus müssen wir zur Beantwortung komplexer Sachfragen erneut externe Beratung von Sachverständigen einholen. Dies gilt sowohl für die rechtliche als auch vorrangig für sicherheitstechnische Fragestellungen. Ich darf Ihnen hier mitteilen, dass wir auf das letzte dieser Gutachten in diesen Tagen warten. All das braucht seine Zeit. Ich denke, diese Zeit sollten wir uns nehmen, denn hier geht Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

(Beifall des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in meinem Haus arbeiten mit Hochdruck daran, den Entwurf für die abwägende Entscheidung der Hessischen Landesregierung zur Einleitung der Anhörung des geänderten Landesentwicklungsplanes Hessen fertig zu stellen. Unter rechtlichen Gesichtspunkten ist eine weitgehend parallele Durchführung des Planfeststellungsverfahrens und des raumordnerischen Verfahrens unproblematisch. Es wird immer wieder die Frage diskutiert, welchen Vorlauf es geben muss, wann welcher Schritt getan werden muss. Ich sage noch einmal deutlich: Die Parallelität ist zunächst einmal nicht wesentlich und auch unproblematisch. Klar ist – dies wurde bereits mehrfach von mir auch gegenüber der Öffentlichkeit erklärt –: Das Verfahren zur Änderung des Landesentwicklungsplanes muss vor dem Planfeststellungsverfahren abgeschlossen sein. Dem Planfeststellungsbeschluss muss die Rechtsverordnung zur Änderung des Landesentwicklungsplanes durch die Beschlussfassung im Kabinett und durch die Zustimmung im Hessischen Landtag zwingend vorausgehen. Das ist elementar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das werden wir zeitlich auch gewährleisten. Nach Beschlussfassung der Landesregierung über den Anhörungsentwurf des LEP folgt dann eine dreimonatige Offenlegung und Beteiligung. Die in diesem Stadium eingehenden Anregungen und Bedenken werden sorgfältig ausgewertet und für die erneute Abwägung des Kabinetts aufbereitet. Mein Haus arbeitet darauf hin, dass der Landtag auf der Grundlage seine Beratungen zügig beginnen und hoffentlich auch zügig mit einem Beschluss beenden kann.

Meine Damen und Herren, ich möchte nun zu dem zweiten Schwerpunkt der Fragen in der Großen Anfrage der FDP-Fraktion überleiten, nämlich den beiden von der Fraport AG beantragten Planfeststellungsverfahren.

Erstens. Sie wissen, dass ich am 26. November 2004 den Planfeststellungsbeschluss zur Errichtung der A-380-Werft erlassen habe. Ich möchte deutlich hervorheben: Das zeigt die Leistungsfähigkeit der Behörden, denn nach

einer Verfahrensdauer von nur 22 Monaten wurde das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen, das mit einem Planfeststellungsantrag am 29. Januar 2003 begonnen hatte. Darauf dürfen wir durchaus stolz sein – siehe vergleichbare Verfahren. Mein Haus hat innerhalb von nur sechs Monaten, nachdem die Unterlagen von der Anhörungsbehörde dem RP Darmstadt übergeben worden waren, das Planfeststellungsverfahren durchgeführt und die Entscheidung vorbereitet.

Mit dem Erlass des Planfeststellungsbeschlusses könnte eigentlich der Bau der Halle beginnen, denn dieser Beschluss ist nach den Vorschriften des Luftfahrtverkehrsgesetzes sofort vollziehbar. Die beim VGH gegen den Beschluss bereits anhängigen Klagen entfalten daher, spitz betrachtet, keine aufschiebende Wirkung. Die Anordnung der aufschiebenden Wirkung kann nur mit einem Eilantrag nach § 80 VwGO zum VGH erreicht werden. Ein solcher Eilantrag ist bereits vom BUND, dem Kreis Groß-Gerau und den Kommunen Raunheim, Rüsselsheim und Neu-Isenburg einschließlich zweier privater Kläger gestellt worden, wie Sie auch der Presse entnehmen konnten.

Der VGH wird im so genannten Eilverfahren – das ist eine aktuelle Information – sogleich im Hauptverfahren entscheiden, ob die Klagen Erfolg haben werden. Wir rechnen nach dem, was wir bisher wissen, mit einer Entscheidung des VGH Mitte Juni dieses Jahres – sowohl im Eilverfahren als auch in der Hauptsache. Das gibt uns dann Klarheit, sodass bei einem positiven Ausgang des Verfahrens mit dem Bau begonnen werden kann. Allerdings ist abzuwarten, welche Auflagen vonseiten des Naturschutzes kommen – Stichwort: Rodung, Stichwort: Vegetationsperiode.

Rückblickend hat auch dieses Verfahren gezeigt, dass die Öffentlichkeitsbeteiligung im Planfeststellungsverfahren einen besonderen Stellenwert einnimmt. Nicht zuletzt die umfangreichen Anregungen von Bürgern, Verbänden und Fachbehörden haben zu der oben erwähnten Planänderung geführt, eine Änderung, mit der z. B. ein Teil des ursprünglich vorgesehenen Eingriffs in den Bannwald vermieden werden konnte. Die rund 150 Auflagen, die die Planfeststellungsbehörde – all das musste in einem kurzen Zeitraum bewältigt werden – mit der Zulassung verbunden hat, sind zum Teil ein Resultat dieser Öffentlichkeitsbeteiligung. Deswegen nehmen wir diese Beteiligung auch in allen anderen Verfahren so wichtig. Dabei handelt es sich um verschiedene Auflagen, bis hin zur Bauleistik und zur Betriebssicherheit des Flughafens.

Im Planfeststellungsverfahren zum kapazitiven Ausbau – manche sagen: das Hauptverfahren – wurde der grundlegende Verfahrensschritt der Öffentlichkeitsbeteiligung bereits abgeschlossen. Die Planfeststellungsunterlagen sind bereits Mitte Dezember letzten Jahres an die Auslegungskommunen, die Fachbehörden, die Verbände und andere Dritte ausgeliefert worden. Sie lagen vom 17. Januar bis zum 16. Februar 2005 in insgesamt 57 Kommunen öffentlich zur Einsichtnahme aus.

Die Unterlagen, die dort eingesehen werden konnten, haben sich gegenüber der Fassung, die im September 2003 eingereicht wurde, erheblich verändert. Die Zeit seit der Antragstellung ist dazu genutzt worden, die Unterlagen zu optimieren. Zunächst hat die Anhörungsbehörde, also das RP Darmstadt, unter Beteiligung der Fachbehörden und in Abstimmung mit meinem Haus die Unterlagen auf ihre Vollständigkeit hin überprüft. Der dabei festgestellte Ergänzungsbedarf ist der Fraport im Februar 2004 mitge-

teilt worden. Dabei handelte es sich insbesondere um die Beseitigung von Widersprüchen und um die Ergänzung bestimmter Pläne, Erläuterungen usw.

In der darauf folgenden Zeit haben auf Wunsch der Fraport verschiedene Besprechungen stattgefunden. Die Gespräche und die Stellungnahmen der Fraport haben letztlich dazu geführt, dass von einzelnen Nachforderungen abgesehen werden konnte und andere geändert wurden. Es wurden insgesamt etwa 15 % der Nachforderungen verändert oder ersatzlos gestrichen. Diese Änderungen sind Fraport im August 2004 mitgeteilt worden. Fraport hat daraufhin die Unterlagen überarbeitet und im September 2004, rund ein Jahr nach der Antragstellung, die vervollständigten Unterlagen bei der Anhörungsbehörde eingereicht. Sie sehen, welch eine große Intensität dieser Arbeit zugrunde liegt.

Nach einem weiteren Prüfdurchgang hat die Änderungsbehörde die Vollständigkeit der Unterlagen bestätigt. Dann wurden die Unterlagen gedruckt und ausgeliefert. Wir alle können uns noch an die Bilder erinnern, an das riesige Volumen der Unterlagen, die den Behörden zugeleitet wurden.

Meine Damen und Herren, es ist eine Selbstverständlichkeit, dass die beiden das Verfahren führenden Behörden, nämlich das RP und das Verkehrsministerium, eng zusammenarbeiten und sich untereinander abstimmen. Gerade in einem so komplexen Verfahren wie diesem kann eine sinnvolle Ermittlungstätigkeit der Anhörungsbehörde nur mit Blick auf die Erfordernisse der abschließenden Entscheidung erfolgen. Dies gilt im Übrigen auch für das Planfeststellungsverfahren als solches.

Sie werden daher verstehen, dass ich zum jetzigen Zeitpunkt noch keine verbindlichen Aussagen zu den von Ihnen angesprochenen Problemfeldern – Luftverkehrsprognose, Nachflugverbot und Ticona –, weder im Parlament noch öffentlich, machen kann. Die von der Fraport AG vorgelegte Luftverkehrsprognose – insoweit kann ich Ihnen natürlich Auskunft geben – wurde von der Interplan Consult GmbH München erstellt. Dieses Gutachten wird die Planfeststellungsbehörde unter Berücksichtigung der vorgetragenen Stellungnahmen und Einwendungen würdigen.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, die Fraktionsredezeit ist überschritten.

#### **Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Ich brauche noch wenige Minuten. – Gleiches gilt im Übrigen für die von Ihnen angesprochenen Gutachten und Publikationen zum Nachtflugverbot und dergleichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Anbetracht der Zeit komme ich zum Schluss. Ich möchte Ihnen deutlich machen, dass wir dieses Verfahren – das ist in der Antwort auf die Große Anfrage umfassend nachzulesen – sehr genau, gesetzes- und verordnungstreu, sachlich und transparent bearbeiten, insbesondere auf die Anhörung, auf deren Ergebnisse und die Einwendungen Rücksicht nehmen und diese auch im Hauptverfahren entsprechend würdigen.

Wir werden am Ende des Verfahrens zu einem Vorschlag für einen Planfeststellungsbeschluss kommen, der auf dem fußt, was Sie als Landtag beschlossen haben, nämlich

auf der Änderung des Landesentwicklungsplans. So gehen haben wir alle, die wir dieses Verfahren mit dem Ziel der Rechtssicherheit konsequent vorantreiben und das Verfahren im materiellen Bereich zu einem guten Ergebnis führen wollen, gemeinsam die Aufgabe, auch mit den Gremien zusammenzuarbeiten, die angesprochen worden sind, insbesondere mit dem Regionalen Dialogforum.

Herr Riege, ich will Ihnen abschließend sagen, weil Sie das kritisiert haben: Der Ministerpräsident war erst in der letzten Woche beim Regionalen Dialogforum. Er hat mit den Mitgliedern des Forums diskutiert und seine Positionen noch einmal dargelegt. Er hat dort deutlich gemacht, dass die Landesregierung auf der Basis des Mediationsverfahrens im Interesse einer breiten Zustimmung eine Güterabwägung vornehmen und dieses Verfahren hoffentlich zu einem guten Ende führen wird.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der Abg. Kaufmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wenn es der sehr verehrte Herr Kollege Dr. Jung nicht mehr hören kann, das ist heute sicherlich nicht die letzte Diskussion über dieses Thema. Wenn der Herr Staatsminister in dieser Angelegenheit weiterhin so viel Wunschenken verbreitet, wie er es eben gerade wieder getan hat, dann wird man immer wieder etwas dazu sagen müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Zunächst eine kleine Anmerkung. Herr Minister Dr. Rhiel, Sie haben klar gesagt, dass Ihr Ministerium und das Regierungspräsidium gemeinsam mit Fraport die Planfeststellungsunterlagen komplettiert und widerspruchsfreier gemacht haben. Ich kann dazu nur sagen: Es war ein ganz ein faires Verfahren versprochen. Andere Antragsteller würden sich „von“ schreiben, wenn ihnen die Behörden derart entgegenkämen, wie das bei Fraport offensichtlich der Fall ist. Aber gut, man kann sagen, das Land ist Miteigentümer von Fraport und hat deshalb ein besonderes Interesse.

Herr Minister Rhiel, viel interessanter ist, dass Sie gesagt haben, in wenigen Wochen sollen die LEP-Unterlagen fertig sein. Sie wollen – das ergibt sich aus Ihren Worten – mithilfe des Landesentwicklungsplans ganz präzise die Varianten vorschreiben, die es werden sollen. Dazu kann ich nur sagen: Ich begrüße es außerordentlich, dass die Landesregierung weiterhin nicht in der Lage ist, aus Gerichtsurteilen die richtigen Schlüsse zu ziehen. Sie haben etwas Ähnliches nach unvollkommener Abwägung schon einmal getan, indem sie versuchten, in den Regionalplan Süd eine Vorgabe hineinzuschreiben. Der VGH hat kurz und bündig gesagt: Damit ist der Regionalplan Süd nichtig. – Sie werden sich erinnern. Der Plan wurde erneut in Kraft gesetzt, alle möglichen Dinge wurden geändert, und das, was Sie hineinschreiben wollten, wurde herausgestrichen.

Für derartige Fälle haben Sie mittlerweile das Gesetz geändert. Das weiß ich. Aber auch Sie wissen doch, dass

man, wenn man ein Vorhaben in einen übergeordneten Plan – insbesondere in einen, der für das gesamte Land gilt – parzellenscharf hineinschreiben will, die gleichen Hürden wie in einem Planfeststellungsverfahren überwinden muss, nämlich eine Abwägung im Detail durchzuführen.

Der Herr Staatsminister hat gesagt, die Abwägungsgutachten seien „auf gutem Wege“. Ich darf daran erinnern: Wir haben im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr ausgiebig darüber diskutiert. Es gibt ein Gutachten des TÜV Pfalz, in dem die Frage der Absturzwahrscheinlichkeit diskutiert wurde. Dazu gibt es jetzt neue Unterlagen, auch vom TÜV Hessen. Der entscheidende Punkt ist aber die Frage, was passiert – immer unterstellt, man würde die Landebahn dort planen –, wenn nichts passiert, d. h., wie sind der ordnungsgemäße Betrieb einer Landebahn Nordwest und eines Chemiebetriebs parallel denkbar? Der TÜV hat ausdrücklich verlangt, dass dies nachvollziehbar nachgewiesen werden muss. Dabei ist die Hinderisfreiheit übrigens nur ein Kriterium. Andere Kriterien kommen hinzu.

Ein solches Gutachten müssten Sie haben, wenn Sie die LEP-Abwägungsentscheidung abschließend treffen wollen. Erklären Sie diesem Hause doch einmal, wie Sie zu einem Gutachten kommen wollen, das die Übereinstimmung zwischen einem möglichen Landebahnbetrieb und dem Betrieb einer Chemiefabrik darstellt, wenn es keinen Gutachter gibt, der den Chemiebetrieb bisher überhaupt untersucht hat. Das ist doch gar nicht möglich.

Herr Staatsminister, insoweit ist das, was Sie hier an Fristen angegeben haben, schönes Wunschdenken. Das mögen Sie behalten, aber das wird Sie in der Sache nicht weiterbringen. Denn es ist eine der entscheidenden Stellen, an denen sich zeigen kann, dass es nicht geht – dass man nicht gleichzeitig eine Chemiefabrik innerhalb des Anflugbereichs betreiben und darüber hinaus dort auch noch eine Landebahn hineinbauen kann, sondern dass man dort andere Regeln braucht.

Ich möchte jetzt gar nicht die Vielfalt der anderen unge lösten Probleme nennen. Aber die Anzahl der Einwendungen und auch die Qualität vieler Einwendungen – sicherlich nicht aller – hat Ihnen bereits gezeigt, was im Planfeststellungsverfahren auf Sie zukommt.

Wenn Sie einen Landesentwicklungsplan so präzise festlegen wollen, dass Sie das tatsächlich auch bindend für die nachgeordneten Planungsebenen hineinschreiben können, dann müssen Sie diese Qualität erreichen. Das wird Ihnen nicht gelingen. Deswegen kann man das in aller Ruhe abwarten. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Walter, SPD-Fraktion.

#### **Jürgen Walter (SPD):**

Herr Präsident! Herr Wirtschaftsminister, ich muss das hier nicht polemisch machen, da wir uns beide den gleichen Ausgang dieses Verfahrens wünschen, nämlich dass diese Bahn gebaut wird.

Allerdings bitte ich Sie zu einem Punkt noch um eine Stellungnahme. Wir haben schon angekündigt, dass wir es mit-

tragen und für einen guten Weg halten, dass Sie das Landesplanungsgesetz so verändern, dass der Landesentwicklungsplan hier vom Parlament mit Zustimmung versehen werden muss, bevor er in Kraft tritt.

Herr Kaufmann hat Recht. Wenn Sie nun in der Tat die konkrete Bahnvariante – –

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Walter, gestatten Sie Zwischenfragen? Frau Schulz-Asche möchte Sie fragen.

#### **Jürgen Walter (SPD):**

Nein, allenfalls nachher. Ich möchte erst sagen, was Thema ist.

Herr Wirtschaftsminister, wenn Sie die konkrete Bahnvariante in den Landesentwicklungsplan hineinschreiben, dann müssen wir als Parlament den gesamten Abwägungsvorgang, der in Ihrem Hause vorgenommen wird, nachvollziehen. An dieser Stelle weise ich nochmals darauf hin, dass es nicht möglich sein wird, dass die gesamten Abwägungen in Ihrem Hause vorgenommen werden, wir dann den Landesentwicklungsplan auf den Tisch bekommen und relativ schnell unsere Zustimmung erklären. Das kann nicht funktionieren.

Sie wissen, bei dieser Abwägung ist es nicht mit einigen Schreiben, die die Argumente dafür und dagegen enthalten, getan. Liebe Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen, vielmehr werden wir uns die erhebliche Arbeit machen müssen, jedes Gutachten – nicht jedes, aber die zentralen Gutachten ganz genau anzuschauen und sie auch nachzuvollziehen.

(Zustimmung bei der FDP)

Herr Wirtschaftsminister, das heißt, wir werden auch darauf angewiesen sein, dass die Fachleute, möglicherweise sogar die Sachverständigen, uns diese Gutachten darstellen. Ich glaube, das ist nicht ganz falsch. Ihr Vorgänger nickt an dieser Stelle.

Jetzt sehe ich folgende Gefahr. Wenn das gesamte Abwägungsverfahren in Ihrem Hause zu Ende geführt worden ist – Herr Kaufmann hat dies zu Recht eingewandt –, dann wissen wir noch überhaupt nichts über Seveso II; wir wissen zu diesem Zeitpunkt möglicherweise noch nicht, wie es mit dem Flughafensystem Frankfurt-Hahn aussieht, das ja beim Thema Nachtflugverbot eine nicht gerade untergeordnete Bedeutung hat, um es etwas vorsichtig zu formulieren.

Angesichts all dieser Schwierigkeiten und Imponderabilitäten hat der Kollege Posch Recht. Der Weg ist uns schon klar, aber wir hätten gerne an der einen oder anderen der zentralen Stellen eine etwas deutlichere Aussage.

Deshalb die Bitte an Sie, Herr Wirtschaftsminister, nochmals Stellung dazu zu nehmen, damit wir als Parlament in diesem Verfahren – das möglicherweise noch ein bisschen länger dauert, als Sie und wir alle hoffen, wir vielleicht eher befürchten als Sie – nicht irgendwann einmal unter dem Zeitdruck stehen, das komplette Verfahren relativ schnell nachvollziehen zu müssen. Wie stellen Sie sich vor, zum einen mit diesen Imponderabilitäten umzugehen, zum zweiten uns als Parlament in diese Abwägungsvorgänge einzubeziehen? Damit nicht nachher eine erhebliche Verzögerung dadurch entsteht, dass wir, wenn wir unserer Verantwortung als Abgeordnete gerecht werden, sa-



gen müssen: Leute, wir müssen uns mit den drei, vier zentralen Gutachten relativ lange und intensiv beschäftigen können und auch relativ eingehend Zeit haben, mit den Sachverständigen zu sprechen. – Herr Minister, wenn Sie dazu noch etwas sagen können.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Walter, es war noch die Frage der Kollegin Schulz-Asche, die Sie beantworten wollten.

**Jürgen Walter (SPD):**

Bitte, Frau Kollegin.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Kollege Walter, Sie sagten als ersten Satz – dazu habe ich mich gemeldet –, dass Sie den Ausbau des Flughafens begrüßen. Da wollte ich Sie fragen, ob diese Position mit dem SPD-Landratskandidaten im Main-Taunus-Kreis abgestimmt ist.

(Zurufe von der CDU und der FDP – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese Frage kann man stellen!)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Walter.

**Jürgen Walter (SPD):**

Liebe Frau Kollegin, wir haben in der SPD eine Vorgehensweise, wonach für Fragen von landespolitischer Relevanz der Landesparteitag zuständig ist. Der Landesparteitag kommt zu einem Ergebnis. Bei zentral wichtigen Fragen ist es so, dass wir diese Position vertreten. Das heißt, wir vertreten hier die Position des Landesparteitages.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen dazu meine ganz persönliche Position. Ich sage – nicht aus politischen Gründen; wenn dieses Projekt scheitern würde, dann brächte das für diese Landesregierung größte Probleme mit sich –: Bei der Zahl von 40.000 Arbeitsplätzen – jetzt können wir darüber streiten, aber die Zahl 40.000 ist eine, die im Wesentlichen unstrittig sein müsste –,

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

wenn es um mindestens 40.000 Leute geht, um diese wirtschaftliche Perspektive für unser Bundesland, dann stelle ich mein persönliches Wunschenken, denen ein Bein zu stellen, hinten an. Deshalb sage ich das hier ohne Rhetorik. Ich hoffe, dass dieser Flughafen eine Entwicklungschance erhält, die im Interesse unseres Landes und im Interesse der Menschen in unserem Lande ist.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Staatsminister Dr. Rhiel, bitte.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Walter, ich bin recht froh, dass ich aus Anlass Ihrer Frage dazu noch einmal kurz Stellung nehmen und deutlich machen kann, wie sich die Beteiligung des Landtags in diesem Verfahren aus unserer Sicht darstellt.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir im letzten Jahr eine zeitliche Projektion mit dem Planfeststellungsbeschluss im Jahr 2007 vorgelegt haben. In meiner Rede habe ich eben deutlich gemacht, dass es sehr wohl möglich und auch sinnvoll ist, dass sowohl die Änderung des Landesentwicklungsplanes wie auch der Vollzug des Planfeststellungsverfahrens parallel erfolgen können. Aber bevor der Planfeststellungsbeschluss gefasst werden kann, müssen die Änderungen des Landesentwicklungsplans – in diesem Falle durch das Parlament – vollzogen werden. Das ist der entscheidende Punkt.

Wenn wir diese Zeitstrahlen nebeneinander sehen, dann wissen wir, dass wir für die Beratung des Landtags zur Beschlussfassung über den Verordnungsentwurf des Kabinetts zur Änderung des Landesentwicklungsplans ausreichend Zeit zur Verfügung stellen müssen. Aber nicht wir müssen diese Zeit zur Verfügung stellen, wir müssen sie in unserem Verfahren einkalkulieren. Der Landtag ist der Souverän. Sie werden alle Unterlagen in ausreichender Art und Güte von uns erhalten. Ob Sie auch die Gutachter nochmals bitten, Stellung zu nehmen, das bleibt Ihrem Ermessen vorbehalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, der Zeitraum ist dann ausreichend. Man darf unterstellen, dass Sie keine Verhinderungsstrategie fahren wollen. Ihre Mitwirkung wird sicherlich eine Anstrengung erfordern. Aber wir wollen Ihnen nicht mehr zumuten, als wir uns selbst zumuten. In einem ausreichenden Zeitraum werden Sie zu einer Bewertung und dann hoffentlich zu einer positiven Beschlussfassung kommen.

Die zeitliche Projektion, die wir in Bezug auf die Änderung des Landesentwicklungsplans vorgelegt haben, wird sich dadurch allerdings ändern. Ursprünglich war bei dem, was ich im Sommer vorigen Jahres vorgelegt habe, die Zustimmung des Landtags nicht enthalten und dieser Beratungs- und Entscheidungsprozess nicht notwendig. Jetzt gehört er dazu und verlängert damit diesen Zeitstrahl, Stichwort: Landesentwicklungsplan. Der soll vor dem von uns avisierten Zeitpunkt zum Planfeststellungsbeschluss enden. Ich denke, diese zeitliche Projektion, so geändert, ist nach wie vor in sich schlüssig und ermöglicht eine breite Beratung und dann – hoffentlich – eine breite Zustimmung. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Das Wort hat der Kollege Kaufmann.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Er soll aber zur Sache reden! – Gegenruf des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Lieber soll er gar nicht reden!)

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte jetzt keine Hassgefühle. Ich

weiß, dass es schon spät ist. Aber solange die Ausführungen des Ministers aus seiner eigenen Sicht stets ergänzungsbedürftig bleiben, so lange bestehen für uns auch das Recht und die Notwendigkeit, dazu noch etwas zu sagen. Ich will mich auf ganz wenige Bemerkungen konzentrieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als das Raumordnungsverfahren durch die landesplanerische Stellungnahme zum Abschluss kam, haben wir in diesem Hause auch heftig darüber diskutiert. Damals bin ich für meine – zugegebenermaßen scharfe – Kritik am damals zuständigen Verkehrsminister und auch am Regierungspräsidenten sehr angegangen worden, die ja für die Erarbeitung des Werkes zuständig waren, und zwar in dieser Reihenfolge. Damals habe ich gesagt, dass in nie gekannter Weise mindestens an den Zielsetzungen des Rechts vorbei argumentiert worden ist. Denn ein Ergebnis eines Raumordnungsverfahrens steht nie für sich, sondern ist immer nur so gut, wie es die tatsächlichen Probleme löst.

Mittlerweile wissen wir, dieses Raumordnungsverfahren hat keine Probleme gelöst. Eindeutiges Beispiel ist das Vertragsverletzungsverfahren bei der EU. Diese Probleme hätten im Raumordnungsverfahren gelöst werden können und müssen – wenn man sie denn für lösbar hält. Das ist nicht geschehen. Deswegen besteht dieses Problem immer noch.

Wenn man jetzt glaubt, innerhalb kürzester Frist im Nachgang diese Probleme ersatzweise über den Landesentwicklungsplan zu lösen, dann steht man möglicherweise vor der gleichen Problematik. Wir werden uns das im Detail anschauen.

Mein Informationsstand ist jedenfalls nicht der, dass dies alles schon so weit vorbereitet ist, dass man davon ausgehen kann, dass dann z. B. das Verfahren in Brüssel problemlos endgültig zu den Akten gelegt werden kann. Sie wissen, auch die Bundesregierung hat die Landesregierung bereits angemahnt, hierbei sorgfältig zu sein und nicht Vorabentscheidungen zu treffen.

Letzte Randbemerkung. Der Kollege Walter meinte eben, angesichts der von ihm mit 40.000 bezifferten Zahl weiterer Arbeitsplätze habe er nicht die Absicht, in der Flughafenfrage der Landesregierung ein Bein zu stellen. – Wir betreiben das Thema Flughafenbau nicht unter dem Aspekt, der Landesregierung ein Bein zu stellen,

(Zurufe von der CDU: Ah! – Alfons Gerling (CDU): Alles Ausreden!)

sondern wir betreiben das Thema Flughafenbau unter dem Aspekt, den Ausbau tatsächlich verhindern zu können, weil dies die bessere Lösung für die Region und langfristig auch die bessere Lösung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rhein-Main-Gebiet und darüber hinaus ist. Sie wissen, was wir immer vorgeschlagen haben – eine Kooperation mit bestehenden Flughäfen, um auf diese Weise die Probleme zu lösen, aber nicht im dicht besiedelten Rhein-Main-Gebiet mit der dann zu erwartenden Schädigung der Wirtschaftsstruktur und damit der Einkommenssituation für viele. Einen Flughafen kann man nicht über alle Grenzen immer weiter wachsen zu lassen. Das ist die falsche Strategie. Es ist auch keine nachhaltige Strategie. Deswegen verfolgen wir eine andere.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Wir wollen die Sache verhindern. Wenn bei der Gelegenheit die Landesregierung mit über die Wupper geht, dann würden wir ihr keine Träne nachweinen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kaufmann. – Das Wort hat Herr Kollege Posch, FDP-Fraktion.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Über die Wupper gehts wahrscheinlich im Mai!)

#### **Dieter Posch (FDP):**

Herr Kollege Kaufmann, weil Sie noch einmal die Bedeutung der Arbeitsplätze angesprochen haben, will ich in aller Deutlichkeit sagen: Es geht erst einmal nicht um 40.000 neue Arbeitsplätze, sondern es geht um den Bestand der Arbeitsplätze, die wir heute an diesem Flughafen haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Es geht auch um die Arbeitsplätze, die nicht am Flughafen selbst sind, sondern bei all den Unternehmen, die mit dem Flughafen zu tun haben. Tun Sie doch nicht immer so, als ginge es isoliert um die Frage der Erweiterung. Es geht um wesentlich mehr. Es geht darum, das, was wir haben, zu sichern und darüber hinaus die Chancen zu schaffen, überhaupt neue Arbeitsplätze in dieser Region anzusiedeln. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Ich bin Herrn Minister Rhiel und auch Herrn Kollegen Walter recht dankbar, dass wir die Frage angesprochen haben, welche Bedeutung es hat, den Hessischen Landtag in die Willensbildung einzubeziehen. Ich glaube, dass dies von substanzieller Bedeutung ist und dass es nicht nur darum gehen kann, dass der Landtag ein politisches Bekenntnis zum Flughafen abgibt, sondern dass er in den Willensbildungsprozess einbezogen wird. Herr Kollege Boddenberg, dann sollten wir uns – deswegen sage ich das an dieser Stelle noch einmal – darüber im Klaren sein, dass dies Zeit kostet, zumindest Zeit kosten kann.

Das war der Grund, warum ich immer gesagt habe: Verspricht nicht, etwas zu bestimmten Zeitpunkten in Aussicht zu stellen, weil das möglicherweise nicht realisierbar ist. Kollege Walter, deswegen will ich darauf eingehen. Wir haben ein Problem, nämlich die Tatsache, dass wir zunächst ein Landesplanungsgesetz verabschieden müssen. Meine Kritik ist: Das hätte schon verabschiedet werden können, denn das Landesplanungsgesetz beinhaltet den Zustimmungsvorbehalt durch den Hessischen Landtag. – Es ist durchaus denkbar, dass so manche Kommune sagt: Was geht das denn den Landtag an? Ich sehe mich in meinem Selbstverwaltungsrecht beeinträchtigt; das gehe ich an.

Das heißt, aus der Großen Anfrage ergibt sich, dass wir Rechtswegemöglichkeiten für das geänderte Landesplanungsgesetz haben. Solange das Landesplanungsgesetz nicht geändert ist, und zwar bestandskräftig, so lange habe ich keine Möglichkeit, das Änderungsverfahren zum Landesentwicklungsplan zu Ende zu bringen. In der Beantwortung der Großen Anfrage wird dargestellt, welche Rechtswegemöglichkeiten es gibt. Ich will darauf nur hinweisen. Ich halte es für richtig, dass wir diesen Weg gehen, weil die Einbeziehung des Parlaments sinnvoll ist. Aber es führt dazu, dass wir uns damit auseinander setzen müssen, dass andere die Rechtswegemöglichkeiten beschreiten.

Deswegen muss man sich darüber im Klaren sein, welche Konsequenz das hat. Ich halte das deswegen für richtig, weil es nicht nur um ein politisches Bekenntnis des Landtages geht, sondern damit auch die Bestandschancen für das Verfahren insgesamt erhöht werden. Aber es zeigt damit auch die gesamte Problematik. Herr Minister Rhiel hat darauf hingewiesen, dass wir als Landtag in dieses Verfahren eingebunden werden. Ich weiß nicht, ob man so weit gehen muss, dass wir zusätzliche Gutachtenaufträge erteilen müssen – das glaube ich nicht –, sondern es geht um die Frage, die Entscheidung der Landesregierung nachvollziehbar für den Hessischen Landtag darzustellen.

Das kostet Zeit – einschließlich der damit verbundenen Rechtswegemöglichkeiten. Darauf wollte ich hinweisen, weil ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir uns darüber im Klaren sind, welches große Projekt wir tatsächlich zu bewältigen haben. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Jürgen Walter (SPD))

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Posch. – Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit sind wir am Ende dieser Debatte. Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP ist besprochen

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir überweisen an den Ausschuss!)

und wird, wie vereinbart, an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 60** auf:

#### **Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP betreffend Würdigung von 40 Jahren deutsch-israelischer Beziehungen – Drucks. 16/3899 –**

Das Wort hat der Abg. Kartmann, CDU-Fraktion.

#### **Norbert Kartmann (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor 40 Jahren haben die Bundesrepublik Deutschland und Israel diplomatische Beziehungen aufgenommen. 20 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, 20 Jahre nach der Befreiung der Konzentrationslager und dem endgültig Sichtbarwerden der Unglaublichkeit des Holocaust war und ist es ein besonderes Datum in der Geschichte Deutschlands.

Mit dem vorliegenden gemeinsamen Antrag aller im Landtag vertretenen Parteien wird deutlich, dass die besonderen Beziehungen zum Staat Israel zu den grundlegenden Bestandteilen der Politik der Bundesrepublik Deutschland gehören. Dabei geht es nicht sosehr um eine außenpolitische Debatte, obwohl die politische Situation dieser Region nicht auszublenden ist und uns natürlich fast alltäglich begegnet und beschäftigt. Mir scheint es heute und in Bezug auf den vorliegenden gemeinsamen Antrag darum zu gehen, dieses Ereignis im Kontext der besonderen Verantwortung Deutschlands in Bezug auf das jüdische Volk zu würdigen.

Wir Deutsche wissen, dass es eine mutige Entscheidung der Mehrheit der Abgeordneten in der Knesset war, diesen Schritt der damaligen Regierung zu billigen. Dies war

ein Zeichen der Versöhnung und der Anerkennung der damaligen Entwicklung unserer Bundesrepublik. Dass die damalige DDR den Staat Israel mit dem gesamten Komplex der besonderen deutschen Verantwortung ignorierte, muss erwähnt werden, ohne hier näher darauf einzugehen.

Nach der Gründung des Staates Israel und der Bundesrepublik Deutschland gab es zunächst nur spärliche Kontakte zwischen den beiden Staaten. Ein erster Meilenstein war das Wiedergutmachungsabkommen im Jahre 1952. Ich erinnere auch an das historische Treffen zwischen Ben Gurion und Adenauer am 14. März 1960 in New York. Der millionenfache Mord an Jüdinnen und Juden, der im deutschen Namen begangen wurde, verbietet es, von normalen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel zu sprechen. Es werden immer besondere Beziehungen bleiben. Konrad Adenauer sagte 1966:

Wer unsere besonderen Verpflichtungen gegenüber den Juden und dem Staate Israel verleugnen will, ist historisch und moralisch, aber auch politisch blind.

Unser Bundespräsident Köhler äußerte am 2. Februar dieses Jahres vor der Knesset:

Zwischen Deutschen und Israel kann es nicht das geben, was Normalität ist. Aber wer hätte vor 40 Jahren gedacht, wie gut, ja wie freundschaftlich sich unser Verhältnis entwickeln würde.

Das demokratische Deutschland war sich seit seiner Gründung im Jahre 1949 immer seiner Verantwortung gegenüber dem Staat Israel bewusst. Das bereits erwähnte Wiedergutmachungsabkommen wurde schon drei Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik geschlossen. Dabei muss klar sein, dass keine wie auch immer geartete Wiedergutmachung über finanzielle Entschädigungen ausreichend sein kann, dieses Kapitel deutscher Schuld vergessen zu machen.

Aus Schuld ist Verantwortung erwachsen, der wir auch heute noch und in Zukunft gerecht werden müssen. Die Wiedergutmachung über Kopf und Herz wird stetiger und bedeutender Bestandteil Deutschlands in seinen besonderen Beziehungen zu diesem Land sein. Deshalb ist Bundespräsident Horst Köhler zuzustimmen, der bei seinem Besuch in Israel – wie schon zitiert – vor der Knesset ausführte:

Die Verantwortung für die Shoah ist Teil der deutschen Identität. Dass Israel in international anerkannten Grenzen und frei von Angst und Terror leben kann, ist unumstößliche Maxime deutscher Politik.

Damit wird klar, dass das deutsch-israelische Verhältnis durch zwei Elemente bestimmt ist – zum einen durch die Aufarbeitung des nationalsozialistischen Terrors gegenüber den deutschen und europäischen Juden und die daraus folgenden Konsequenzen für unsere heutige und zukünftige Aufgabe bezüglich der Abwehr rechtsextremistischer Erscheinungsformen und zum Zweiten durch die fortwährende Unterstützung des Staates Israel im Kampf um sein Existenzrecht. 60 Jahre nach dem Kriege kann man sagen, dass Deutschland die Aufarbeitung seiner Vergangenheit angemessen gestaltet und alles darangesetzt hat, auch bei der jüngeren Generation ein Bewusstsein dafür zu entwickeln, dass nie mehr geschehen darf, was geschehen ist.

Der letztjährige Träger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels, Peter Esterhazy, hat dies in einer Rede in

der Paulskirche uns Deutschen in besonderer Weise konstatiert. Auch hier gilt, dass wir uns nicht zurücklehnen können, sondern dass dauerhafte Wachsamkeit ein Gebot jedes Tages ist, und dies im Besonderen, als uns in Zukunft die Aufgabe zuwächst, auch ohne das Zeugnis der Opfer des Nationalsozialismus und ohne Zeitzeugen die Erinnerung wach zu halten und in den jungen Menschen Bewusstsein zu erzeugen, welches sie in Zukunft stark macht, jeglicher populistischen rechtsextremen Verführung im Speziellen und jedwedem Extremismus im Allgemeinen zu widersprechen. Dies bleibt unsere gemeinsame Aufgabe.

Meine Damen und Herren, die zweite Angelegenheit ist, dass wir als Deutsche unverbrüchlich, wie Köhler es ausdrückte, an der Seite Israels in dem Kampf um sein Selbstbestimmungsrecht stehen. Dies ist kein Gegensatz zu unserer Auffassung, dass wir das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anerkennen, weil wir davon überzeugt sind, dass Israel nur in Frieden leben kann, wenn auch den Palästinensern ihr Recht zuteil wird. Aber alles leitet sich davon ab, dass diese Existenz Israels auch von seinen Nachbarn anerkannt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, heute gilt, dass die deutsch-israelischen Beziehungen auf grundlegenden Gemeinsamkeiten basieren. Dies hat die Botschaft der Israelis in Berlin umschrieben. Der Hessische Landtag wird durch den heutigen Beschluss dieses Bewusstsein, von dem ich gesprochen habe, verstärken und in die Zukunft blickend das Ziel formulieren, das am Ende die allerbeste und einzige richtige Möglichkeit von Friedenssicherung grundsätzlich und im Speziellen ist – die Begegnung von Menschen.

Dies ist für mich und meine Fraktion ein zentrales Element dieses Antrags, dem wir nicht nur selbstverständlich, sondern aus der tiefen Überzeugung zustimmen werden, dass es zu den formulierten Inhalten und Zielen keine Alternative gibt. – Herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Kartmann, vielen Dank. – Herr Kollege Kahl hat für die SPD-Fraktion das Wort.

#### **Reinhard Kahl (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Hessische Landtag würdigt heute mit einem gemeinsamen Antrag den 40. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland. Dies sind diplomatische Beziehungen, die von herausragender Bedeutung für die deutsche Nachkriegsgeschichte sind, für den demokratischen Neubeginn nach der Katastrophe des Nationalsozialismus und für die Wiederaufnahme unseres Landes in die demokratische Völkergemeinschaft.

Wir erinnern uns an das Kriegsende vor 60 Jahren, an die Befreiung der nur wenigen Überlebenden in den Vernichtungslagern, an die Ermordung von Millionen europäischer Juden und die vielen Opfer des verbrecherischen Krieges.

Nach der Gründung des Staates Israels und der Bundesrepublik Deutschland schien es undenkbar, dass zwischen diesen beiden Staaten jemals eine Zusammenarbeit möglich werden könnte. Dennoch wurde aber die tiefe

Sprachlosigkeit im deutsch-israelischen Verhältnis, die nach der Shoah herrschte, aufgebrochen. Unter Konrad Adenauer und David Ben Gurion gelang eine vorsichtige Annäherung. Die ersten offiziellen Kontakte und die Verabschiedung des Wiedergutmachungsabkommens im Jahre 1952 waren schwierige und umstrittene Schritte. Dies waren Schritte, bei denen Adenauer im Übrigen voll auf die Unterstützung der Sozialdemokraten zählen konnte.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Ihr konsequenter Weg hin zu diplomatischen Beziehungen ist, rückblickend betrachtet, nicht nur mutig und wegweisend gewesen. Das hat auch eines deutlich gemacht: Nationalsozialismus und Antisemitismus mit all ihrer Verblendung und ihrem Schrecken durften nicht obsiegen und haben nicht obsiegt.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nahum Goldmann, der langjährige Präsident des Jüdischen Weltkongresses, formulierte es in seinen Erinnerungen folgendermaßen: „Wäre der Holocaust das Schlusskapitel“ der deutsch-jüdischen Geschichte „geblieben, so wäre sie für immer auf Hass und Ressentiment basiert geblieben“.

Wir können heute mehr als dankbar feststellen, dass in den vergangenen 40 Jahren der deutsch-israelischen Beziehungen ein anderer, hoffnungsvoller Weg gegangen wurde. Dies geschah trotz aller Widrigkeiten und der Überwindungen, die es verständlicherweise dabei gegeben hat.

Dabei sind wir Deutschen uns einer Sache unmissverständlich klar: Die Verbrechen der Nazizeit sind ein bedrückender Teil der deutsch-israelischen Beziehungen und werden es bleiben. Wir sind uns bewusst, dass die Verantwortung für die Shoah und für ein anderes, demokratisches und friedliebendes Deutschland unverzichtbarer Teil der deutschen Identität geworden ist.

(Beifall bei der SPD)

Die deutsch-israelischen Beziehungen werden von vielen ganz persönlichen Kontakten in Kultur und Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft und zwischen Parlamentariern und Gewerkschaften getragen. Rund 120 Städtepartnerschaften und ein reger Jugendaustausch sind Beispiele für die gute und lebendige Zusammenarbeit, die es weiter auszubauen gilt.

Die deutsch-israelischen Beziehungen waren dabei in den letzten Jahrzehnten sicherlich nicht immer einfach. Denn wir müssen dabei auch an das komplexe Verhältnis zur arabischen Welt und die Kontakte zu den Palästinensern denken, die wir Hessen auch intensiv pflegen. Auch die Hoffnung und das Streben nach einer politischen Lösung für den Nahen Osten und auf eine gute und friedvolle Zukunft für Israel und Palästinenser gehörten zu den deutsch-israelischen Beziehungen.

Das starke Band der deutsch-israelischen Beziehungen trägt. Gott sei Dank trägt es auch in Zeiten wieder zunehmender rechtsextremer und antisemitischer Tendenzen und Übergriffe in Deutschland. Wir verstehen und teilen die Sorgen und das Entsetzen angesichts der Bilder aufmarschierender Mitglieder der NPD und angesichts verbaler und tätlicher Übergriffe gegen Menschen anderen Glaubens, anderer Hautfarbe oder anderer Lebensweise.

Wir sind uns der besonderen Verantwortung bewusst. Dies ist eine Verantwortung gegenüber den Überlebenden des Holocaust. Es ist auch die Verantwortung für den Erhalt unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung in Deutschland.

Deshalb können die Bildungsarbeit und die Arbeit zur Ermöglichung von Begegnungen der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung und die Arbeit vieler anderer Bildungsträger und Vereine nicht hoch genug bewertet werden. Das ist auch entsprechend zu fördern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Michael Denzin (FDP))

Die SPD-Fraktion begrüßt ebenso ausdrücklich die Ankündigung der Kultusministerkonferenz, die sie nach ihrem Gespräch mit dem israelischen Botschafter vor sechs Wochen gemacht hat, derzufolge dem 40. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen eine besondere Bedeutung beigemessen wird, die zu intensiveren bildungspolitischen und kulturpolitischen Beziehungen führen soll, die sich dann auch im Unterricht niederschlagen sollen.

Gerade bei der jungen Generation müssen wir die Erinnerung und die Bereitschaft zur Übernahme der Verantwortung wach halten. Wir müssen das Verständnis für Aussöhnung und Verständigung bei unseren Bürgerinnen und Bürgern weiter fördern. Wir müssen die unterschiedlichen Bereiche der deutsch-israelischen Zusammenarbeit, insbesondere der hessisch-israelischen Zusammenarbeit, weiter ausbauen.

Lassen Sie mich mit folgender Hoffnung und folgendem Wunsch schließen: Wir wollen die kommenden Jahrzehnte der deutsch-israelischen Beziehungen mit wichtigen hessischen Beiträgen in der Art und Weise lebendig und vielfältig fortführen, wie es gerade in den letzten Jahren zunehmend gelungen ist.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Kahl, vielen Dank. – Frau Kollegin Schönhut-Keil hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

#### **Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann nahtlos an das anschließen, was meine beiden Vorredner bereits ausgeführt haben.

Das Leid, das das nationalsozialistische Unrechtsregime über Europa gebracht hat und das mit dem Holocaust an den europäischen Juden seinen grausigen Tiefpunkt gefunden hat, wird auf immer unauslöschlicher Teil der deutschen Geschichte sein, der wir uns stellen müssen. Genauso unauslöschlich werden diese Ereignisse auch immer die Beziehungen zwischen Deutschen und Israelis prägen.

Neben der Erinnerung müssen wir mit unserem Handeln aber auch immer wieder dafür sorgen, dass in Deutschland nie wieder rassistischer, religiöser oder politischer Wahn als Basis für eine Politik gebraucht werden kann, mit der die Menschenrechte dann außer Kraft gesetzt werden. Dabei reicht es bei weitem nicht aus, immer wie-

der auf unser gutes Grundgesetz und die bestehenden demokratischen Institutionen zu verweisen. Auch im Vorfeld organisierten politischen Handelns gibt es in der Gesellschaft eine Wirklichkeit, in der wir als Demokraten immer wieder Flagge zeigen müssen. Das ist z. B. der Fall, wenn es zu ausländerfeindlichen oder antisemitischen Äußerungen kommt.

Leider müssen wir feststellen, dass wir da alle miteinander in der Vergangenheit nicht immer so wahnsinnig erfolgreich waren. Herr Kollege Kahl hat eben das Erstarken rechtsextremer Parteien und den Einzug der NPD z. B. in den Sächsischen Landtag angesprochen.

Welchen Schaden diese Leute innerhalb kürzester Zeit anrichten können, hat ihr unsägliches Auftreten beim Gedenken an die Bombardierung Dresdens bereits gezeigt. Dies lehrt uns, dass Demokraten bei diesen Fragen nicht relativieren dürfen. Vielmehr müssen sie die Feinde der Demokratie deutlich benennen und diese auch angehen. Deshalb ist es auch geradezu blauäugig und fatal, zu sagen: Es muss doch irgendwann einmal Schluss sein.

Diese Debatte ist leider immer wieder neu und aktuell zu führen. Wenn man sich anschaut, welche Ereignisse es im Sächsischen Landtag gegeben hat, dann muss man feststellen: Hier hat die Politik insgesamt versagt.

An der Fähigkeit Deutschlands zur Aufarbeitung seiner Vergangenheit und auch an der Einstellung seiner Repräsentanten gab es in der Vergangenheit auf israelischer Seite große Zweifel. Gerade hierbei ist herauszuheben, dass wir Hessen viel Vertrauen aufgebaut haben. Durch das Wirken des hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer in den Fünfziger- und Sechzigerjahren, der mit seiner Arbeit den Auschwitz-Prozess in Frankfurt ermöglichte, wurde deutlich, dass es Vertreter des Nachkriegsdeutschlands gab, die die Verbrechen, die während der Nazizeit begangen wurden, nicht verschwiegen, sondern konsequent geahndet sehen wollten. Das war in den Fünfzigerjahren leider keineswegs selbstverständlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und des Abg. Michael Denzin (FDP))

Teile der Funktionsträger des Dritten Reichs waren bereits wieder in den Staatsdienst aufgenommen worden. Über deren vorhergehendes Wirken wurde der sanfte Mantel des Schweigens gelegt, während es die Männer und Frauen aus dem Widerstand sehr schwer hatten, in der Nachkriegsgesellschaft Fuß zu fassen.

Gleichzeitig wurde von den Justizbehörden die Verfolgung nationalsozialistischer Täter oft nur halbherzig oder gar nicht betrieben. Juristen wie Fritz Bauer, die sich an die konsequente Aufarbeitung heranmachten, mussten sehr viele Anfeindungen erleben.

Dass es trotzdem gelang, die Beziehungen zu Israel Stück für Stück aufzubauen und zu verbessern, ist auch vielen persönlichen Begegnungen in dieser Zeit zu verdanken. Insbesondere Jugendliche haben durch Aufenthalte in Israel, beispielsweise mit der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, als lebendiges Beispiel für ein neues Deutschland gewirkt. Diese zwischenmenschlichen Begegnungen und das beispielhafte Handeln einzelner Menschen können ein Vertrauen schaffen, das von keinem noch so ausgefeilten Kommuniké erzielt werden kann.

An dieser Stelle will ich einmal etwas einschieben. Wir erleben im Moment, dass es immer wichtiger wird, das Vergangene lebendig zu halten. Denn sehr viele Zeitzeugen sind inzwischen verstorben. Das heißt, junge Menschen

bekommen die Problematik nicht mehr direkt in einem Dialog mit den Menschen, die das Ganze erlebt haben, vermittelt. Vielmehr müssen sie sich das entweder anlesen oder durch Institutionen wie Schule oder andere Bildungseinrichtungen darauf hingewiesen werden. Das heißt, wir müssen langsam darangehen, zu überlegen, wie wir das, was geschehen ist, den jungen Menschen transparent verdeutlichen.

Gerade wenn man sich die Vorkommnisse anschaut, zu denen es im Sächsischen Landtag gekommen ist, kommt man zu der Schlussfolgerung, dass dies wichtiger denn je ist. Dieser Verantwortung sollten wir uns alle bewusst sein. Die Grundlage, die in unserem Grundgesetz aufgrund dieser furchtbaren Vergangenheit gelegt wurde, muss lebendig bleiben. Das Bewusstsein dafür muss auch an die jüngere Generation übertragen werden. Denn ansonsten würde nicht mehr klar, was die Väter und Mütter des Grundgesetzes eigentlich gewollt haben und warum sie bestimmte Dinge so eingerichtet haben, wie sie es eben taten.

Ich freue mich sehr, dass mit der Hilfe Hessens eine Stätte der Jugendbewegung wie die Friedensschule Monte Sole geschaffen wurde, in der sich Jugendliche aus verschiedenen Ländern zu gemeinsamen Aufenthalten treffen. Dort gibt es seit drei Jahren Sommercamps mit deutschen, italienischen, israelischen und palästinensischen Jugendlichen. Sie haben dort die Möglichkeit, sich mit der Geschichte und der Gegenwart der jeweiligen Länder auseinander zu setzen.

Meine Damen und Herren, diese Partnerschaften zwischen Jungen und Alten und zwischen Einrichtungen, diese Städtepartnerschaften müssen weiter gepflegt werden, damit der Kommunikationsprozess mit der deutschen, aber auch mit der israelischen Bevölkerung, egal, ob sie jüdischen oder palästinensischen Ursprungs ist, nicht abreißt. Das sollte uns Verpflichtung sein. Ich freue mich, dass wir einen Antrag verabschieden, den alle vier Parteien mittragen können. – Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Schönhut-Keil. – Für die FDP-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Ruth Wagner das Wort.

#### **Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich, sozusagen einige Ergänzungen zu den Reden der drei Vorrednerinnen und Vorredner beitragen zu können. Ich will das Wort von Herrn Kahl aufgreifen, dass in der Tat bei Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 und bei der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949 eher eine tiefe Sprachlosigkeit zwischen beiden Staaten, zwischen beiden Völkern vorhanden war.

Anerkennung deutscher Schuld an anderen Völkern, Anerkennung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die Wahrnehmung des Holocaust, das hat nach dem 8. Mai 1945 in allen Parteien begonnen. In Schulen ist in Schüben mit großem Entsetzen, aber auch mit unglaublichem Schuldgefühl und noch mehr Verdrängen die Aufarbeitung, wenn man so sagen darf, begonnen worden. Nicht nur die von den Alliierten durchgeführte Entnazifizierung, sondern auch der demokratische parlamentarische

Prozess, der gemeinsame Wille von Parteipolitikern in den Ländern, auch im Parlamentarischen Rat – das gehört dazu – haben sehr viel dazu beigetragen, dass im ersten Bundestag und in der ersten Bundesregierung eine Auseinandersetzung mit der historischen Schuld begonnen hat.

Ich sage das heute, glaube ich, ohne Menschen zu verletzen, gerade in der Gedenksituation, die wir jetzt erleben: Die Auseinandersetzung in der Gesamtbevölkerung war noch nicht so weit fortgeschritten wie zum Teil in den politischen Eliten. Das kann man heute durchaus sagen.

Meine Damen und Herren, Helfer wie z. B. Schindler oder der gerade von einem amerikanischen Überlebenden entdeckte Plagge in Darmstadt oder die Eltern von Cornelia Schmalz-Jacobsen, die sind völlig vergessen worden, aus dem Verdrängen, dass es Helfer hat geben können, die das Fritz-Bauer-Institut heute auf fast 20.000 schätzt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das war dann sozusagen eine Anerkennung der eigenen Schuld, die man damit hätte vollziehen müssen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sehr richtig!)

Das ist vielleicht eine Situation, die wir als Enkel besser begreifen können.

Meine Damen und Herren, ich will noch ein paar historische Bemerkungen dazu bringen, die ich nachgelesen habe, die mir sehr gut gefallen haben. Theodor Heuss hat sich in seiner allerersten Ansprache, nachdem er am 12. September 1949 als erster Bundespräsident gewählt worden war, zu unserer Schuld bekannt, aber in einer differenzierten Art und Weise. Ich habe etwas Schönes mit einem hessischen Bezug entdeckt. Er war Anfang Dezember 1949 zu seinem Antrittsbesuch im Land Hessen und hat hier in Wiesbaden vor der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, die bereits im Winter 1946/47 gegründet worden ist, eine bedeutende Rede gehalten mit dem Titel: „Mut zur Liebe“.

In dieser bedeutenden Rede hat er sich zu der Diskussion, die im Deutschen Bundestag heftig geführt worden ist, ob wir eine Kollektivschuld hätten oder nicht, zu einer guten Bezeichnung durchgerungen, die heute immer noch von Richtigkeit ist. Er sagte, dass es so etwas wie eine Kollektivscham für alle nachfolgenden Generationen geben muss.

(Allgemeiner Beifall)

Er hat gesagt:

Aber etwas wie eine Kollektivscham ist aus dieser Zeit gewachsen und geblieben. Das Schlimmste, was Hitler uns angetan hat – und er hat uns viel angetan –, ist doch dies gewesen: dass er uns in die Scham gezwungen hat, mit ihm und seinen Gesellen gemeinsam den Namen Deutsche zu tragen.

Das ist aus der Zeit heraus eine für uns sicherlich merkwürdige Formulierung. Aber wir können sie sicherlich alle gemeinsam annehmen.

(Beifall des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Noch eine schöne Sache, die ich auch für unsere Erinnerungsarbeit gefunden habe. Heuss hat mit Adenauer, mit SPD-Kollegen die Diskussion in den Deutschen Bundestag gebracht. Am 27. September 1951 hat der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer die Verantwortlichkeit

für alle Fraktionen des Deutschen Bundestages in einer bewegenden Debatte klargestellt. In einer Debatte im Jahre 1952 hat sich in drei Tagen die Knesset in Jerusalem mit dem Thema beschäftigt, ob man mit dem Land der Täter wirklich bald Beziehungen aufnehmen kann. Es war eine bewegende Debatte, zu der ich jetzt zwei Botschafter zitieren möchte.

Das ist zum einen Rudolf Dreßler, der die Bundesrepublik Deutschland in Israel vertritt. Er hat gesagt:

Es war eine herausragende Leistung von Bürgern und von Regierungen des jüdischen Staates, zu Deutschen wieder Beziehungen aufzunehmen, wieder mit uns zu sprechen, uns zu besuchen, deutsche Besucher zu empfangen.

Avi Primor, der israelische Botschafter, hat in bewegender Weise in seiner Biografie deutlich gemacht: Ich will kein deutsches Wort mehr hören noch lernen. – Er hat es aber gelernt und liest Bücher in deutscher Sprache. Er hat gesagt:

Verträge und Abkommen zwischen Staaten, die nur deshalb ausgehandelt werden, weil sie im möglicherweise vorübergehenden Interesse des Staates liegen, können oberflächlich und provisorisch sein. Eine alltägliche Zusammenarbeit zwischen Menschen, die ein gemeinsames Ziel anstreben, entwickelt Beziehungen, die Weichen für eine dauerhafte Verständigung zwischen den Völkern stellen.

Dazu hat Hessen in ganz besonderer Weise beigetragen. Alle Hochschulen haben beste Beziehungen. Walter Wallmann hat zwischen Tel Aviv und Frankfurt Beziehungen angebahnt. Wir haben in Nahariya ein Begegnungszentrum von jungen Israelis und Palästinensern, das aus dem Main-Taunus-Kreis unterstützt wird und das wir aus Hessen unterstützen und das Beth Heuss heißt. Darüber freue ich mich besonders.

Meine Damen und Herren, nach dem Luxemburger Abkommen von 1952 war es ein langer Weg von 13 Jahren, bis tatsächlich diplomatische Beziehungen aufgenommen wurden, die von diesen Auseinandersetzungen zeugen. Theodor Heuss hat auf seinem Krankenbett, das dann das Totenbett wurde, einen Brief an Adenauer geschrieben, eine Art Vermächtnis, in dem er gesagt hat: Ich möchte gerne Sie, Konrad Adenauer, als ersten Kanzler auffordern, dass Sie diese diplomatischen Beziehungen zu Ende führen. – Konrad Adenauer musste am 11. Oktober 1963 demissionieren. Daher hat er es nicht mehr geschafft. Ludwig Erhard hat dann tatsächlich die diplomatischen Beziehungen aufnehmen können.

Sie geschehen heute – das will ich abschließend sagen – in einer gemeinsamen Verantwortung, die aus den besonderen Beziehungen eines Tages, so hoffe ich zumindest, normale besondere Beziehungen macht und die auch dazu beitragen kann, dass kein Verdrängen stattfindet.

Ich bin seit vielen Jahren Mitglied im Kuratorium der Leo-Baeck-Stiftung. Ich gehöre zu den Mitautoren der Empfehlungen für den Deutschunterricht, die die KMK übernommen hat, um die jüdische Geschichte in Deutschland wach zu halten. Ich freue mich besonders, dass sowohl Frau Wolff wie auch Frau Ahnen das aufgenommen haben und damit klar wird, dass es eine Pflicht aller Generationen ist, Erinnerung und Verantwortung gegen das Verdrängen und das Vergessen zu übernehmen. – Herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

### Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Staatsminister Grüttner.

### Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Aus Anlass des 40-jährigen Bestehens der deutsch-israelischen diplomatischen Beziehungen ist es gut und wichtig, dass der Landtag die Gelegenheit findet, dies jenseits des Streits, der in diesem Hause geführt wird, in den Mittelpunkt einer Debatte zu rücken, die auch besinnliche und rückblickende Momente gehabt hat. Ich finde es aus Sicht der Landesregierung ausgesprochen gut, dass es eine solche Möglichkeit auch am Abschluss von drei Tagen gibt, in denen man sich dieser historischen Dimension bewusst werden kann.

Alle Vorredner haben die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel in einen historischen Kontext gestellt. Natürlich ist dieser historische Kontext im Wesentlichen geprägt – ich denke, das ist nachvollziehbar – vom Holocaust, von den Menschenrechtsverbrechen während des Zweiten Weltkriegs und der Nazidiktatur. Umso wichtiger erscheint es mir, einen kurzen Moment darauf zu schauen, wie sich die Situation insbesondere in Israel nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gestaltet hat und mit welchen Möglichkeiten überhaupt erst ein Prozess eingeleitet worden ist, der 1965 zu der formalen Aufnahme diplomatischer Beziehungen geführt hat.

Frau Kollegin Wagner hat Avi Primor zitiert, der ein bemerkenswertes Buch geschrieben hat: „Europa, Israel und der Nahe Osten“, in dem er versucht, die Entwicklung Revue passieren zu lassen, auch vor dem Hintergrund des 40-jährigen Bestehens der diplomatischen Beziehungen. Er schreibt:

1949, ein Jahr nach Erlangen der Unabhängigkeit, begann der Staat Israel, seinen Bürgern Reisepässe auszustellen. Mit dem Raum für Personalien, Lichtbild und Gebührenmarke unterschieden sie sich nicht weiter von den Pässen anderer Länder. Auffallend war nur der Stempelaufdruck, der den Geltungsbereich in lapidarer Kürze einschränkte: „Gilt für alle Länder mit Ausnahme Deutschlands.“

Wenn man sich dies bewusst macht und aufgrund der Beschäftigung mit der jüngeren Geschichte Verständnis dafür entwickelt, wird einem klar, wie die Situation zwischen 1949 und 1965 aussah, bevor es zu der Aufnahme diplomatischer Beziehungen kam.

Aber selbstverständlich – auch das ist schon gesagt worden – wäre dies nicht möglich gewesen, wenn nicht auch Politiker, wie David Ben Gurion oder Konrad Adenauer, den Mut gehabt hätten, sich mit Widerständen in den eigenen Ländern auseinander zu setzen, die sich gegen die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte, gegen das Überwinden von Vorurteilen und gegen die Aufnahme politischer Beziehungen richteten.

Aber was würde es nutzen, wenn das, was von den Politikern vorbereitet worden ist, nicht auch von den Menschen in Deutschland und Israel mitgetragen würde? Ich bin fest davon überzeugt, dass es, von der Vereinbarung von Netanya bis heute, vor allem die Menschen waren, die die deutsch-israelischen Beziehungen getragen haben.

Die Hessische Landesregierung unterstützt die in dem Antrag formulierten Forderungen, die sich auch an sie selbst richten, an dieser Stelle ausdrücklich. Wir sind sehr stolz und froh, dass wir bereits eine ganze Reihe von Partnerschaften haben. Fast alle hessischen Universitäten – oder viele Fachbereiche – unterhalten Partnerschaften mit Universitäten in Israel und leisten auf diese Weise einen wesentlichen Beitrag zum Wissenschaftsaustausch.

Die Aktivitäten der Schulen, die vom Kultusministerium begleitet werden, sind bereits angesprochen worden. Ich denke, dass sie von dem Leben, was Frau Schönhut-Keil angesprochen hat: Jetzt, da es immer weniger Zeitzeugen gibt, muss man noch stärker versuchen, jungen Menschen diesen Abschnitt der Geschichte zu vermitteln. Das ist ein wesentlicher Auftrag, den die Schulen zu erfüllen haben.

Ich glaube aber auch, dass das von der Landesregierung unterstützte Fritz-Bauer-Institut einen wesentlichen Beitrag dazu leistet. Ich erinnere an die Ausstellung mit dem Titel „Legalisierter Raub“, die seit kurzem in verschiedenen hessischen Städten läuft. Dort wird noch einmal auf einige Punkte aufmerksam gemacht, und man versucht, die Zeitgeschichte lebendig zu erhalten. Aber auch der Dialog zwischen Deutschen und Israelis wird gepflegt.

Vor diesem Hintergrund war es wichtig, dass der Bundespräsident anlässlich dieses Jubiläums eine Rede in der Knesset gehalten hat. Ich möchte gern mit dem schließen, was der israelische Botschafter Stein, der Deutschland inzwischen als seinen zweitwichtigsten Freund bezeichnet, ausführte. Er spricht nicht mehr nur von einer Partnerschaft, sondern sogar von einer Erfolgsgeschichte. Allerdings müssen wir alle uns darum bemühen, dass sich diese Erfolgsgeschichte auch in Zukunft fortsetzt. Die Hessische Landesregierung will dazu ihren Beitrag leisten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich bedanke mich für die Aussprache.

Ich stelle den Antrag zur Abstimmung. Wer diesem gemeinsamen Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag mit allen Stimmen dieses Hauses angenommen worden.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

#### **Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Aufhebung des Hessischen Gesetzes zum Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen – Drucks. 16/3885 –**

in Verbindung mit **Tagesordnungspunkt 8:**

#### **Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU für ein Drittes Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes zum Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen – Drucks. 16/3870 zu Drucks. 16/3520 –**

Fünf Minuten Redezeit pro Fraktion sind vereinbart worden. Ich will eine Prognose stellen: Gehen Sie bitte davon aus, dass wir noch eineinhalb Stunden brauchen, um die Tagesordnung abzuarbeiten. Zunächst hat der Kollege Denzin das Wort.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Berichterstatter!)

– Entschuldigung, zunächst erfolgt die Berichterstattung. Darauf können und wollen wir nicht verzichten. – Herr Kollege Kaufmann, Sie haben das Wort.

#### **Frank-Peter Kaufmann, Berichterstatter:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Angesichts der späten Stunde gebe ich Ihnen einen stark zusammengefassten Bericht. Auf der Drucksache 16/3870, die Ihnen allen vorliegt, finden Sie die Details.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf mit einigen in der Drucksache genannten Änderungen anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr in der 59. Plenarsitzung am 26. Januar 2005 überwiesen worden.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr hat eine schriftliche Anhörung betroffener Verbände und Organisationen durchgeführt.

In seiner Sitzung am 14. April 2005 hat er sich mit dem Gesetzentwurf befasst und mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP die Beschlussempfehlung abgegeben. – Danke.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Herr Berichterstatter. – Jetzt hat der Kollege Denzin das Wort.

#### **Michael Denzin (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte kurz auf den Ablauf dieser Beratung eingehen. Einige werden sich fragen: Wieso kommt die FDP in der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs für ein Änderungsgesetz mit dem Antrag, das Gesetz aufzuheben? Das ist schnell aufgeklärt. Man kann ein Gesetz nur durch ein Gesetz aufheben. Wenn ich das so ausdrücke, wird der Ablauf vielleicht nachvollziehbar.

Im Zusammenhang mit der Sache selbst will ich kurz auf drei Punkte hinweisen. Die Fehlsubventionierungsabgabe wurde mehr oder weniger aus Gerechtigkeitsempfinden eingeführt, als die Wohnraumsituation noch angespannt war. Diese Situation haben wir jetzt nicht mehr. Das Gerechtigkeitsargument tritt daher in den Hintergrund.

Immer bedeutender wird aber folgende Wechselwirkung: Ein Zuschlag auf die Sozialmiete führt in den Wohngebieten, in denen diese Abgabe noch erhoben wird, dazu, dass Leute, die sich eine andere Wohnung leisten können, ausziehen und dass der so genannte Segregationsprozess einsetzt. Gerade die, die gestern das Gespräch über das Thema „Soziale Stadt“ geführt haben, möchte ich auf diese Zusammenhänge hinweisen. Ich will das jetzt nicht weiter vertiefen.

Diese Entwicklung wird sich aufgrund der demographischen Entwicklung verschärfen. Letztlich wird diese Abgabe noch in 70 von 425 Gemeinden erhoben. Ich wäre gespannt, was das Bundesverfassungsgericht dazu sagen würde, dass in 70 Gemeinden Bürger zur zusätzlichen Gemeindefinanzierung, auch wenn das Geld für die Wohnraumversorgung in ihrer ganzen Breite bestimmt ist, he-



rangezogen werden, während das in den anderen 350 Gemeinden nicht der Fall ist. Auch das ist eine spannende Frage.

(Beifall bei der FDP)

Abschließend ist festzuhalten, dass selbst ein Land wie Berlin, das einen rot-roten Senat hat, die Fehlbelegungsabgabe vor zwei Jahren aus gutem Grund abgeschafft hat. Rheinland-Pfalz hat sie bereits vor langer Zeit abgeschafft. Einige andere Länder haben das auch getan. Daher weiß ich nicht, warum wir an dieser Abgabe festhalten sollten. – Danke.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Milde, CDU, das Wort.

**Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Anhörung, die dazu stattgefunden hat, hat die ganze Bandbreite der Meinungen zu diesem Thema deutlich gemacht. Unsere Position liegt genau in der Mitte des Meinungsspektrums. Umso besser ist der Gesetzentwurf, den wir heute in zweiter Lesung vorlegen.

(Beifall bei der CDU)

– Da darf man ruhig einmal klatschen. – Ich möchte Ihnen ein Zitat aus der „Frankfurter Rundschau“ vorlesen. Sie wissen, dass die „Frankfurter Rundschau“ nicht gerade ein Mitteilungsblatt der CDU ist. Im Juni 2003, nachdem ich angekündigt hatte, was wir machen wollen, hat die „Frankfurter Rundschau“ einen Kommentar dazu veröffentlicht. Darin ist eigentlich alles wiedergegeben, was in den Stellungnahmen zu dem Gesetz enthalten war. Die Überschrift lautete: „Maßvoll“:

Die Pläne der CDU zur Reform der Fehlbelegungsabgabe sind ein vernünftiger Kompromiss. Sie berücksichtigen die Finanzlage der Städte, die ohne die Einnahmen aus diesem Topf schon heute praktisch keinen Wohnungsbau mehr betreiben könnten. Zugleich tragen sie den Wünschen von Sozialpolitikern Rechnung.

Gegner und Befürworter der Abgabe werden bald einen Streit vor Ort führen, weil wir die Entscheidungen von denjenigen treffen lassen, die richtigerweise dafür zuständig sind, nämlich die Kommunen. Dort kann sich Herr Vandreike im Stadtparlament mit den Vertretern der Parteien über dieses Thema auseinander setzen.

Sehen Sie sich z. B. den Presseartikel vom 7. Dezember aus Wiesbaden mit der Überschrift „Geld aus Fehlbelegungsabgabe für Wohnbauprogramm“ an. Sie können nachlesen, dass das Geld aus der Fehlbelegungsabgabe praktisch der einzige Betrag ist, den die Kommunen noch in den sozialen Wohnungsbau investieren. Sie erkennen, wie wichtig das ist.

Zu dem Gesetzentwurf der FDP möchte ich sagen, dass nach § 14 des Bundesgesetzes über die Fehlbelegung der Landesgesetzgeber gar nicht berechtigt ist, auf die Fehlbelegungsabgabe zu verzichten.

(Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

Insofern ist und bleibt unser Gesetzentwurf ein maßvoller Mittelweg. Deswegen wird die große Mehrheit dieses Hauses heute zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Schäfer-Gümbel, SPD, das Wort.

**Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion wird dem Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zustimmen. Herr Milde hat die wesentlichen inhaltlichen Punkte eines auch aus unserer Sicht ausgewogenen Gesetzentwurfs vorgestellt und vorgeschlagen. Insofern kann ich es sehr kurz machen.

Herr Denzin, zu Ihrem Gesetzentwurf kann ich mir allerdings eine Bemerkung nicht verkneifen. Wenn das, was in dem letzten Satz der Problembeschreibung steht, nämlich dass die Fehlbelegungsabgabe in weiten Teilen zu einer Gettoisierung von Wohngebieten geführt habe, für Sie die eigentliche Ursache des Problems darstellt, muss ich sagen, dass es die FDP bei dem Thema Fehlbelegungsabgabe sich selbst, der Wohnungswirtschaft und auch der Stadtentwicklungspolitik zu einfach macht. Sicherlich ist die Fehlbelegungsabgabe in dem einen oder anderen Fall ein zusätzliches Argument, warum die Menschen aus solchen Quartieren wegziehen, aber sie ist keinesfalls die Ursache dafür. – Deswegen werden wir diesen Gesetzentwurf definitiv ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Frau Kollegin Schönhut-Keil, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden diesem Gesetzentwurf zustimmen und den Gesetzentwurf der FDP ablehnen. Herr Kollege Denzin, im Übrigen haben Sie uns nicht lückenlos erklärt, warum Sie von der Einbringung des Gesetzentwurfs der CDU-Fraktion am 26. Januar 2005 bis zum 19. April 2005 gebraucht haben, um diesen Gesetzentwurf vorzulegen.

Ich will nur kurz sagen: Natürlich ist es so, dass gegenwärtig insbesondere im Nordosten unseres Landes die Wohnungen längerfristig leer stehen. Aber wir wissen auch, dass wir im Rhein-Main-Gebiet und in Südhessen nach wie vor einen Mangel an bezahlbarem Wohnraum haben. Wir wissen auch, dass sich die Bevölkerungsstruktur in den nächsten Jahren wandeln wird. Das heißt, wir brauchen viel mehr Wohnraum, weil die Leute auch als Singles vermehrt Wohnungen benötigen.

Meine Damen und Herren, im Übrigen darf ich sagen, dass die Anhörung erbracht hat, dass die Mehrheit der Experten damit rechnet, dass im Jahr 2010 deutlich mehr Regionen als heute unter Wohnungsknappheit leiden werden. Das müssen wir bei der Zukunftsprognose berücksichtigen. Knapp gesagt: Bezahlbarer Wohnraum wird nach wie vor knapp bleiben. Da die Einnahmen aus

der Fehlbelegungsabgabe häufig die einzigen Mittel sind, die die Kommunen gegenwärtig in den sozialen Wohnungsbau investieren können, bleibt die Fehlbelegungsabgabe schon aus diesem Grund für uns unverzichtbar. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. – Doch, der Minister. Bitte schön, Herr Minister Dr. Rhiel.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem alles gesagt ist, möchte ich das, was ich sagen wollte, zu Protokoll geben. – Danke schön.

(Allgemeiner Beifall – siehe Anlage)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Herr Minister. – Zur Geschäftsordnung, bitte schön, Herr Kollege Kaufmann. Es fehlt noch ein Antrag, damit wir etwas machen können.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, angesichts der Lage und der Äußerungen beantrage ich gemäß § 14 Abs. 1 der Geschäftsordnung, die Drucks. 16/3885 gleich in erster Lesung abzulehnen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Danke für den Antrag, der hat nämlich noch gefehlt. In dem Fall muss man einen Antrag stellen.

Dann lasse ich zunächst zu Tagesordnungspunkt 7 über den Antrag des Kollegen Kaufmann abstimmen, mit dem die Beratung dieses Gesetzentwurfs beendet wäre. Wer dem Antrag des Kollegen Kaufmann zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Sehen Sie, jeder hat hier eine Stimme. Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist mit der Mehrheit des Hauses, mit den Stimmen aller Fraktionen außer der FDP-Fraktion, dieser Gesetzentwurf in erster Lesung abgelehnt worden und damit erledigt.

Ich komme zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion unter Tagesordnungspunkt 8 und frage Sie: Wer diesem Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist dieser Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Fraktion der FDP angenommen und hiermit zum Gesetz erhoben.

Meine Damen und Herren, das war schon einmal gut.

(Unruhe)

– Ich wollte Tagesordnungspunkt 10 aufrufen. – Jetzt rufe ich den **Tagesordnungspunkt 10** auf:

**Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Hessisches Wassergesetz (HWG) – Drucks. 16/3866 zu Drucks. 16/3730 und zu Drucks. 16/2721 –**

Berichterstatter: Abg. Schmitt. Bericht wird erbeten.

**Norbert Schmitt, Berichterstatter:**

Der Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des Änderungsantrags Drucks. 16/3761 und folgender mündlich beantragter Änderung in dritter Lesung anzunehmen:

Art. 3 erhält folgende Fassung: „Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich Art. 1 § 94 am Tag nach der Verkündung in Kraft.“

Der Gesetzentwurf und der Änderungsantrag waren dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz in der 65. Plenarsitzung am 16. März dieses Jahres zur Vorbereitung der dritten Lesung überwiesen worden. Der Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz hat in seiner Sitzung am 14. April 2005 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die eben wiedergegebene Beschlussempfehlung an das Plenum ausgesprochen. Zuvor waren Nr. III.7 des Änderungsantrags einstimmig, die mündlich beantragte Änderung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der GRÜNEN bei Enthaltung der SPD und der Änderungsantrag insgesamt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen worden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall – Zuruf: Wir dir auch!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abg. Lenhart für die Fraktion der CDU.

**Roger Lenhart (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dritte Lesung zur Novellierung des Hessischen Wassergesetzes – ich denke, in Anbetracht der Zeit können wir uns darauf beschränken: Es ist gesagt, was gesagt werden muss. In den Ausschüssen wurde vorbildlich ausführlich diskutiert. Erfreulicherweise ist es gelungen, mit einer Fraktion gemeinsam einen Antrag einzubringen. Schade, dass die anderen hier nicht mitgezogen haben, aber gut.

Einen Punkt möchte ich an der Stelle doch noch einmal hervorheben, weil heute Morgen im Radio zu hören war, es gehe heute um die Privatisierung der Wasserwirtschaft. Das ist so nicht richtig. Deswegen ist es wichtig, hier klarzustellen: Es geht darum, den Kommunen optional die Möglichkeit einzuräumen, die Wasserversorgung in die Hände Privater zu geben. Dies ist deshalb vertretbar, weil wir die Trinkwasserverordnung haben, der Öffentliche wie Private unterworfen sind, insofern über die Verordnung also auch die Qualität gesichert wird.

Im Übrigen hatten wir genügend Beratungszeit. In Anbetracht der jetzt fortgeschrittenen Zeit bitte ich um Zustimmung zur Novellierung des Hessischen Wassergesetzes. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Grumbach, Fraktion der SPD.

**Gernot Grumbach (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Abg. Lenhart, wenn Sie die Zustimmung zu mehr als einem Punkt wollen, müssen Sie bessere Gesetze machen. Das ist relativ einfach.

(Beifall bei der SPD)

Ich will es auf drei Punkte beschränken; denn in der Tat ist es langweilig, wenn man redet, die gleichen Sachen wieder zu sagen. Aber drei Punkte müssen schon sein.

Der erste Punkt ist: Sie lassen die Kommunen allein mit den Kosten bei den kleineren Hochwasserschutzmaßnahmen. Das ist ein Punkt, bei dem Sie alle Ihre Kommunalfreundlichkeit noch unter Beweis stellen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Das will ich auch sagen, weil wir das im Ausschuss so gesagt haben: Sie haben in der Frage der Bebauung im Überschwemmungsgebiet gelernt. Das finde ich gut so.

Der dritte Punkt ist relativ deutlich. Da versuchen Sie einen Nebenkriegsschauplatz aufzumachen, der mit dem Wassergesetz ursächlich gar nichts zu tun hat. Sie versuchen, Macht, Einfluss und Geldquellen zu verteilen. An dieser Stelle sage ich Ihnen sehr deutlich: Das ist nicht mehr nur schlichte Kapitalismuskritik, sondern das ist die Frage, was Sie tun, wenn Sie sagen, Sie eröffnen die Möglichkeit, zu privatisieren. Wer leitungsgebundene Energien privatisiert, riskiert Monopolstrukturen, riskiert Oligopolstrukturen und riskiert die Folgen für die Kunden. Das können Sie in jedem Buch darüber nachlesen.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen an der Stelle relativ klar: Wir treten weiterhin dafür ein, dass die Menschen, die kommunalpolitisch verantwortlich gewählt sind, darüber entscheiden können, wie die Versorgung mit Wasser organisiert wird, wie die Preisgestaltung ist und wie es zu den Bürgern kommt, weil wir glauben, dass das ein Kernbestand dessen ist, was Kommunalpolitik zu tun hat. In welcher Form sie das organisieren, ist nicht Debattengegenstand. Aber Sie jedenfalls machen, für welche Freunde auch immer, eine Tür auf, und die Tür hätte zu bleiben sollen. Deswegen lehnen wir das Gesetz ab.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Frau Kollegin Hammann, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Ergebnis ist enttäuschend. Ein zukunftsfähiges Was-

sergesetz ist eben nicht zustande gekommen, und das liegt ganz allein in der Verantwortung von CDU und FDP.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben in keiner Weise – nur in einem Punkt – auf das gehört, was in der Anhörung gesagt wurde. Sie haben einen Stand erreicht – das muss ich an dieser Stelle deutlich machen –, der dem Stand vor dem Elbehochwasser entspricht. Sie haben es noch nicht einmal geschafft, die Ergebnisse aus dem Vermittlungsausschuss in das Wassergesetz einzubauen, obwohl da die Länder letztendlich zugestimmt haben.

Ich will meine Rede zu diesem Thema knapp halten. Aber ich möchte noch einmal auf die drei für uns wichtigen Punkte hinweisen. Das ist zum einen die Privatisierung. Ich denke, es kann nicht sein, dass unser Lebensmittel Nummer eins zum Spielball wirtschaftlicher Interessen wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Nach Ihrer Entscheidung wird es darauf ankommen, wie die Quartalsberichte der Unternehmen aussehen, die sich einkaufen werden. Es wird Kommunen geben, die ihre Trinkwasseranlagen und ihre Förderungsanlagen verkaufen werden. Das heißt, es ist infrage zu stellen, ob die Qualität so bleibt und ob der Preis sozial bleibt. Damit verstoßen Sie gegen die Wasserrahmenrichtlinie. Denn dort wird eindeutig gesagt: Wasser ist keine Handelsware.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist ein ererbtes Gut, das verteidigt werden soll. Das sehen Sie in keiner Weise. Sie wollen die volle Privatisierung zulassen. Wir haben einen Änderungsvorschlag eingebracht, der natürlich eine privatrechtliche Öffnung ermöglicht, aber eben keinen Ausverkauf. Das, was auf dem Gas- und Strommarkt los ist, müsste Ihnen doch wirklich ein schlechtes Beispiel sein und dazu führen, dass Sie solch eine Regulierung für den Bereich Wasser nicht treffen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In der Ökologie sind wir keinen Schritt vorangekommen. Sie haben – das muss ich so deutlich konstatieren – die angrenzenden Landökosysteme in keiner Weise berücksichtigt. Das ist eine Fehlentscheidung. Denn die Wasserrahmenrichtlinie erfordert einen guten Zustand der Gewässer. Dieser ist nun einmal nur dann zu erreichen, wenn man die angrenzenden Gebiete an den Gewässern genauso berücksichtigt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein dritter Punkt, der mir absolut wichtig ist, ist der Hochwasserschutz. Sie haben es nicht geschafft, hier besondere Punkte mit hineinzunehmen, wie wir es Ihnen in unserem Änderungsantrag vorgeschlagen haben. Das sind die Gefahrenkarten, die Hochwasserschutzpläne und die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. Denn es geht um eine Sensibilisierung der Menschen, die in diesen Gebieten wohnen, um Schadenspotenziale von vornherein zu verhindern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen an dieser Stelle ganz deutlich: Sie haben eine Chance verpasst, die Chance für ein gut gestaltetes Wassergesetz auch für das Land Hessen. Das bedauere ich

sehr, und deshalb werden wir Ihrem Gesetzentwurf nicht zustimmen können. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Oh!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächster Redner, Herr Kollege Heidel, Fraktion der FDP.

(Volker Hoff (CDU): Heinrich, gibs zu Protokoll!)

**Heinrich Heidel (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zu dem vorgelegten Wassergesetz ein paar Bemerkungen machen.

Erstens. Mit der Verabschiedung des Wassergesetzes wird eine praxisgerechte Wasserpolitik in Hessen umgesetzt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch gar nicht wahr!)

Zweitens. Die Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie erfolgt 1 : 1, sie erfolgt übersichtlich, und sie erfolgt systematisch. Das ist wichtig für unsere Bürger.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Drittens. Die Gewässerrenaturierung wird voll ihren Aufgaben gerecht. Die Renaturierung berücksichtigt aber auch das, was bisher – und bei den grünen Änderungsanträgen noch viel mehr – in den Hintergrund getreten war, nämlich das Eigentum, das links und rechts dieser Wasserläufe liegt. Auch auf dieses Eigentum müssen wir sorgfältig Wert legen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Viertens. Ich halte die Privatisierungsoption für sehr wichtig, weil es nur darum gehen kann, dass der Staat die ökologischen Maßstäbe und gesundheitlichen Standards setzt. Dann ist es egal, wer das Wasser letztendlich liefert. Das kann jeder, das können auch Private.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Als fünften und letzten Punkt möchte ich anmerken: Wenn wir den Änderungsanträgen der GRÜNEN zu diesem Wassergesetz gefolgt wären und jetzt das Hochwasser am Kloster Eberbach sehen, dann sage ich ganz einfach, die Änderungsanträge hätten bewirkt, dass das Kloster Eberbach morgen hätte abgerissen werden müssen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Für die Landesregierung hat Herr Staatsminister Dietzel das Wort.

(Reinhard Kahl (SPD): Bitte zu Protokoll geben! – Weitere Zurufe)

– Einen Augenblick, Herr Staatsminister. Ich will erst einmal für Ruhe sorgen. – Jetzt hat Herr Dietzel das Wort.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will nur wenige Punkte ansprechen. Es war wichtig, dass Heinrich Heidel darauf hingewiesen hat, dass wir die Europäische Wasserrahmenrichtlinie 1 : 1 umgesetzt haben. Das heißt, wir haben europäischem Recht genügt und auf der anderen Seite Bürgern, Kommunen und dem Land Hessen nicht mehr abverlangt, als uns die Europäische Union vorgibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir haben auch die Beteiligung der Öffentlichkeit in hervorragender Weise gelöst, indem wir Informationsveranstaltungen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie durchgeführt haben und einen landesweiten Beirat einrichten wollen. Wir haben Doppelregelungen aus dem Gesetz gestrichen, was es zu einem schlanken Gesetz machen wird. Weiter sollte man hier ansprechen, dass wir nach der Expertenanhörung eingebracht haben, dass in Überschwemmungsgebieten innerhalb der Ortschaften wasserrechtliche Belange wieder berücksichtigt werden.

Auch die Privatisierung haben wir auf einen richtigen Weg gebracht, nicht eine freie Privatisierung, sondern die Dritten müssen fachkundig, zuverlässig und leistungsfähig sein und die Erfüllung der übertragenen Pflichten dauerhaft sicherstellen. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Kommunen hier richtig und im Interesse ihrer Bürger entscheiden werden.

Meine Damen und Herren, wenn ich dieses Gesetz insgesamt sehe, denke ich, dass wir auf dem richtigen Weg sind, dass wir den EU-Anforderungen in vollem Umfang gerecht geworden sind,

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eben nicht!)

aber vor allem einen Ausgleich zwischen ökologischem Gewässerschutz, den Kommunen und der Landwirtschaft erreicht haben. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu dem Gesetz.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Volker Hoff (CDU): Das war ein Quicky!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann darf ich bitten, dass wir in dritter Lesung über den Gesetzentwurf abstimmen.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Drucks. 16/3866 zu Drucks. 16/3730 und zu Drucks. 16/2721, in dritter Lesung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen und zum Gesetz erhoben.

(Volker Hoff (CDU): Wir haben schon wieder gewonnen!)

Meine Damen und Herren, jetzt rufe ich **Tagesordnungspunkt 80** auf:

**Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU für ein Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum**

**Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen – Drucks. 16/3927 zu Drucks. 16/3904 und zu Drucks. 16/3634 –**

Berichterstatterin: Frau Kollegin Sorge. Sie haben das Wort.

**Sarah Sorge, Berichterstatterin:**

Vielen Dank, Herr Präsident. – Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf unverändert in dritter Lesung anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst in der 67. Plenarsitzung am 26. April 2005 nach der zweiten Lesung zur Vorbereitung der dritten Lesung zurücküberwiesen worden, gemeinsam mit dem Änderungsantrag Drucks. 16/3924. Der Änderungsantrag Drucks. 16/3928 war dem Ausschuss am 26. April 2005 vom Präsidenten direkt überwiesen worden.

Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst hat sich in seiner Sitzung am 26. April 2005 mit dem Gesetzentwurf befasst und mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP die eben wiedergegebene Beschlussempfehlung gefasst.

Zuvor waren die beiden Änderungsanträge abgelehnt worden, und zwar war der Änderungsantrag Drucks. 16/3924 mit Ausnahme der Nr. 2 a mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, die Nr. 2 a mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der SPD abgelehnt worden. Der Änderungsantrag Drucks. 16/3928 war mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt worden.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Volker Hoff (CDU): Sehr sachlich!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Sorge. – Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Kollegin Sorge für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben es hier mit einem Gesetz zu tun, das von Anfang an nicht sonderlich umstritten war. Alle Fraktionen in diesem Hause begrüßen die Ausweitung des Rechts der Hochschulen, sich ihre Studierenden auszuwählen. Denn gute Auswahlmechanismen können dazu führen, dass Studierende und Studiengang oder Studierende und Hochschule besser zueinander passen. Das führt im Idealfall zu kürzeren Studienzeiten, zu geringeren Abbruchquoten und zu mehr Zufriedenheit und besserer Qualität der Ausbildung.

Wir hatten zum Gesetzentwurf noch einige Änderungen beantragt, die von Ihnen abgelehnt wurden, was wir sehr schade finden. Wir hatten beispielsweise das Streichen des Wortes „Durchschnittsnote“ bei der Qualifikationsbewertung beantragt, weil dies den Hochschulen mehr Spielraum insbesondere bei der Zulassung von Studierenden ohne Abitur ließe. Gerade weil es sich bei den ver-

schiedenen Auswahlmöglichkeiten um ein noch nicht besonders erprobtes und erforschtes Gebiet handelt, halten wir eine Evaluation für unabdingbar.

So weit zu dem, was man hier einigermaßen harmonisch abarbeiten kann. Denn die Passage in dem Gesetzentwurf, meine Damen und Herren von der CDU, dass die Kosten, die für das Auswahlverfahren entstehen, „dadurch kompensiert werden, dass sich infolge der Zulassung der am besten geeigneten Bewerberinnen und Bewerber mittelfristig der Aufwand für studienbegleitende Betreuungs- und Beratungsleistungen verringert“, ist nun wirklich der blanke Hohn.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier fragt man sich, wie ernst Sie die Entwicklung in den Hochschulen überhaupt nehmen und ob Sie an einer qualitätsvollen Umsetzung des neuen Auswahlrechts Interesse haben. Die Anhörung hat ganz deutlich gezeigt, wie sehr sich die Hochschulen von der Hessischen Landesregierung verschaukelt fühlen. Ich habe es am Dienstag schon ausführlich angesprochen: Die dilettantische Art und Weise, wie Sie diesen Gesetzentwurf viel zu spät eingebracht haben und mit der Arroganz der Mehrheit im Schnellverfahren durchziehen,

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr richtig! – Frank Lortz (CDU): Na, na, na!)

die Spielchen und die Unwahrheit in Bezug auf die Rechtsverordnung – mal hü, mal hott, und nichts Genaues weiß man nicht –,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

dieses Herumgeeiere, die Widersprüche und die Arroganz, die dieses Gesetz unnötigerweise von Ihrer Seite geprägt haben, zeigen, dass Ihnen die Mehrheit zunehmend so zu Kopfe steigt, dass für ordentliche Verfahren und für vertiefte Sachkenntnis kein Raum mehr bleibt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir werden sehen, ob das Verfahren noch rechtzeitig umsetzbar ist. Für die Hochschulen und für die Studierenden würde ich es mir allerdings wünschen. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Siebel, Fraktion der SPD.

(Reinhard Kahl (SPD): Jetzt aber ein Highlight!)

**Michael Siebel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Man könnte es in der Tat kurz machen und sagen: Getretener Quark wird breit, nicht stark.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Aber ich habe mich in den zwei Tagen noch einmal gefragt: Warum hat es die CDU nicht hingekriegt, dieses Gesetz gemeinsam mit der Beratung des Hessischen Hoch-

schulgesetzes im Dezember des letzten Jahres als Artikelgesetz einzubringen?

(Reinhard Kahl (SPD): So viel auf einmal können die nicht!)

Es wäre möglich gewesen. Dann habe ich mir ausgedacht, es hätte daran gelegen haben können, dass sich Herr Staatsminister Corts oder irgendjemand gedacht hat, dass es schwierig ist, so etwas mit dem Hochschulgesetz gemeinsam zu beraten, weil dieses Paket möglicherweise etwas an Diskussionen provoziert hätte, was nicht in die politische Landschaft passt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn bei Ihren Erwägungen, die jetzt dazu geführt haben, dass dieses Gesetz im Schweinsgalopp verabschiedet wird, eine Rolle gespielt hat, dass Sie Ihre politischen Spielchen machen wollen, und dies auf dem Rücken der Studierenden in Hessen, dann ist das ist der Tat ein Vorgang, der so nicht zu akzeptieren ist.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nicola Beer (FDP))

Zweite Bemerkung. Man kann sich darüber streiten, ob man bestimmte Sachverhalte in einem Gesetz oder in einer Verordnung regelt. Aber wenn man mit großen Worten eine neue Ära der Auswahlverfahren für die Hochschulen einleitet, d. h. wenn man wirklich etwas Neues macht, nicht nur technokratisch irgendeinen Verwaltungsvorgang abfrühstückt, Kollege Lortz, wenn man versucht, hier mit dicken Backen etwas zu verkaufen, auf der anderen Seite nicht bereit ist, einen Vorgang wie die Evaluation solcher Verfahren ins Gesetz zu schreiben, dann hat man offensichtlich etwas zu verbergen. Das kann mit uns nicht gehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorletzte Bemerkung.

(Frank Lortz (CDU): Es reicht schon! – Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

– Herr Hoff, Sie haben als Fraktion auch daran mitgewirkt; denn es ist ein Fraktionsgesetz. Von daher: cool down.

Sie haben in die Vorbemerkung eine ziemliche Unverschämtheit hineingeschrieben. Sie haben hineingeschrieben, dass sich die Finanzierung schon ergeben würde, weil irgendwann an den Hochschulen die Einsparungen passieren würden. Das Gegenteil ist der Fall. Es wird mehr Geld kosten – vorausgesetzt, man will es an den Hochschulen vernünftig machen. Deshalb bleibt unsere Forderung bestehen: Es muss in die leistungsorientierte Mittelzuweisung einbezogen werden. Es muss ein geordnetes Verfahren geben, dass die Hochschulen, soll es vernünftig werden und nicht nur ein Windei, das Sie gelegt haben, im Rahmen der leistungsorientierten Mittelzuweisung eine Zuwendung erhalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine letzte Bemerkung zur Frage des Gebührenverbotes. Ich wiederhole es hier. Herzlichen Dank, Herr Staatsminister, dass Sie von diesem Pult aus gesagt haben, es wird für diese Verfahren keine Verwaltungsgebühren und keine sonstigen Gebühren geben. Das ist in Ordnung.

(Norbert Schmitt (SPD): Das einzig Gute! – Reinhard Kahl (SPD): Wer zahlt es denn nun?)

Wir hätten uns sehr gewünscht, dies auch ins Gesetz hineinzuschreiben, und deshalb haben wir zwischen zweiter und dritter Lesung noch einmal den Versuch mit einem Änderungsantrag unternommen. Sie haben dies im Rahmen des Verfahrens abgelehnt.

Aus diesem und aus den vorher dargelegten Gründen werden wir dem Gesetzentwurf nicht zustimmen. Gleichwohl sind wir sehr gespannt, wie Sie versuchen wollen, das in den nächsten Tagen an den Hochschulen im Sinne der Studierenden umzusetzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Frau Kollegen Kühne-Hörmann, CDU-Fraktion.

**Eva Kühne-Hörmann (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Erster Punkt. Ich stelle fest, in der dritten Lesung haben sich keine neuen Erkenntnisse ergeben. Deswegen halten wir als CDU-Fraktion die dritte Lesung für entbehrlich.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben die Änderungsanträge doch abgelehnt!)

– Herr Kollege Kaufmann, wenn Sie richtig zugehört hätten, wüssten Sie, dass der GRÜNEN-Antrag jedenfalls zur zweiten Lesung bereits vorlag und hätte abgestimmt werden müssen. Dazu war keine dritte Lesung erforderlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Zweiter Punkt. Herr Kollege Siebel, selbst Sie und die SPD haben inzwischen eingesehen – auf Nachfrage in Berlin –, dass das Gesetz in dieser Plenarwoche verabschiedet werden muss, damit die Verordnung über die ZVS-Studiengänge bis zum 31. Mai erlassen werden kann.

(Michael Siebel (SPD): Warum haben Sie es nicht als Artikelgesetz mit dem Hochschulgesetz gemacht?)

Drittens. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin froh darüber, dass die Hochschulen nun ihre Satzungen auf den Weg bringen und in Hessen künftig die Hochschulauswahl in großem Umfang erfolgen kann.

Für diesen Gesetzentwurf bitte ich um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Frau Beer für die FDP-Fraktion.

**Nicola Beer (FDP):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Kollegin Kühne-Hörmann, diese Zustimmung werden Sie von uns, von der FDP-Fraktion, nicht bekommen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

– Ich kann Ihnen das leider nicht ersparen. Wenn Sie dazwischenrufen, dauert es noch länger. – Auch in der dritten Lesung gilt: Eigentlich gehören der Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen gekündigt, die ZVS als Studentenlandverschickung abgeschafft und das Kapazitätsrecht in der Autonomie der Hochschulen neu geordnet. Das CDU-Gesetz nutzt leider nicht einmal die nach der heutigen Rechtslage möglichen Freiräume aus. Statt den Hochschulen so viel Autonomie wie irgend möglich, so viel eigene Entscheidungskompetenz und Regelungsfreiheit wie möglich zu geben, bleibt es bei gesetzlichen und ministeriellen Reglementierungen unserer hessischen Hochschulen, selbst bei dem Hochschulauswahlverfahren in den örtlichen NC-Verfahren.

Fazit für die FDP-Fraktion, liebe Kolleginnen und Kollegen: Das Gesetz ist seit der zweiten Lesung am Dienstag nicht besser geworden. Wir lehnen es ab.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Staatsminister Corts.

(Norbert Schmitt (SPD): Der zieht das Gesetz zurück, das war überzeugend!)

#### **Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe volles Verständnis. Sie wollen genauso nach Hause wie ich. Aber es gibt zwei, drei Punkte, die ich verdeutlichen möchte.

Erstens. Hier wird immer von der Arroganz der Macht gesprochen,

(Demonstrativer Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass wir in zwei Tagen die zweite und dritte Lesung durchpeitschen würden. Dazu kann ich nur sagen: Es hat sich nichts verändert, Sie hätten schon am Dienstag zustimmen können. Ich gebe jetzt ein Beispiel aus Ihrer Legislaturperiode zu Protokoll, wie arrogant Sie es gemacht haben, als Sie an der Macht waren. Das Vierte Gesetz zur Änderung des Hessischen Kindergartengesetzes: 12. Dezember 1995 zweite Lesung, 14. Dezember 1995 dritte Lesung.

(Norbert Schmitt (SPD): Das war auch ein besseres Gesetz!)

Das Gesetz zur Änderung des Hessischen Privatrundfunkgesetzes: 27. Februar 1996 zweite Lesung, 29. Februar 1996 dritte Lesung.

(Michael Siebel (SPD): Das war noch besser als das Kindergartengesetz!)

Die weiteren sechs oder sieben, die ich kurz aus dem Computer geholt habe, gebe ich bei Interesse gern zu Protokoll, weil die Zeit abgelaufen ist. Vielleicht können wir uns das für die Zukunft einfacher machen, dass Sie dieses Argument bitte nicht mehr aus der Schublade holen, weil ich Ihnen sonst weitere Beispiele herausziehen muss.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Doch! – Michael Siebel (SPD): Warum haben Sie kein Artikelgesetz mit dem HHG gemacht?)

Zweitens wird dauernd darüber gesprochen, lieber Herr Siebel, wir seien zu spät dran, und es müsste ein Regierungsentwurf und kein Fraktionsgesetz sein.

(Michael Siebel (SPD): Warum haben Sie es nicht im Dezember gemacht?)

Auch dazu kann ich ganz einfach sagen: Ihre fortschrittliche Kollegin in Berlin, Frau Bulmahn, hat dieses Gesetz in die Wege geleitet. Wir setzen es rechtzeitig um. Jetzt kann ich auch da einmal nachsehen, wie die anderen es machen. Zum Beispiel Ihre fortschrittlichen Kollegen aus Mecklenburg-Vorpommern,

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ein Vergleich! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kreistag des Main-Kinzig-Kreises!)

SPD und PDS – ich sage es jetzt einmal so, früher nannte man sie anders –, haben auch einen Fraktionsentwurf in die Wege geleitet. In Sachsen gibt es jetzt eine SPD-Kollegin, die hat auch einen Fraktionsentwurf in die Wege geleitet. In Schleswig-Holstein ist die Regierung leider abgewählt worden, da waren die GRÜNEN dabei.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Was heißt „leider“?)

– Gott sei Dank ist sie abgewählt worden, endlich ist sie abgewählt worden.

(Volker Hoff (CDU): Sehr richtig!)

Auch da gab es einen Fraktionsentwurf, der Ende letzten Jahres in die Wege geleitet wurde. Das sind alles nur Beispiele, die ich zur Richtigstellung anführen will.

Das Letzte. Meine Damen und Herren, es gibt einfach Grenzen der Zumutbarkeit.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Sie immer überschreiten, Herr Minister! – Weitere Zurufe)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, jetzt hören wir wieder zu.

#### **Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Herr Kaufmann, wenn Sie einfach ein bisschen konstruktiver durchs Leben gehen würden, hätten Sie viel bessere Laune. Gehen Sie einmal davon aus.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Seien Sie nicht immer so destruktiv, seien Sie konstruktiv. Setzen Sie sich für den Flughafen ein und nicht dagegen. Dann haben Sie viel mehr vom Leben, dann können Sie auch einmal wegfliegen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Last, but not least, meine Damen und Herren, zitiere ich Frau Sorge aus dem Protokoll vom Dienstag – mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das dürfen Sie gar nicht zitieren!)

– Ich zitiere aus dem vorläufigen Protokoll vom Dienstag.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das erlaubt die Geschäftsordnung nicht!)

– Einverstanden, dann machen wir es im Ausschuss. Ich dachte, Sie würden immer zu dem stehen, was Sie sagen. Aber auch das sehe ich nicht. Es tut mir Leid.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen einen schönen Abend, und ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister, eine Zwischenfrage? – Ist erledigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Unruhe)

– Da alles so fröhlich ist, können wir die anderen Punkte gerne heute Abend noch behandeln. – Damit kommen wir zur Abstimmung über den Gesetzentwurf.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich finde, der Minister hätte noch ein paar Minuten reden sollen!)

– Nein, Gesetze verabschieden wir schon bei ein bisschen mehr Ruhe. Wir haben, wenn Sie Lust und Laune haben, noch 30 Punkte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nur, wenn der Wissenschaftsminister redet! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Udo forever!)

Wer dem Gesetzentwurf in der vorgetragenen Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses in dritter Lesung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme?

(Günter Rudolph (SPD): 3 : 1! – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): 1 : 0!)

Damit ist dieser Gesetzentwurf bei der Zustimmung einer Fraktion, der CDU, gegen die Ablehnung von drei Fraktionen, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, trotzdem angenommen und zum Gesetz erhoben.

(Beifall bei der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Das ist unlogisch, Herr Präsident! – Norbert Schmitt (SPD): Komische Mathematik hier!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen jetzt die Tagesordnung abarbeiten, drei Punkte ohne Aussprache, und ansonsten müssen wir die Überweisungen besprechen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

**Bericht des Landesschuldenausschusses nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über Aufnahme und Verwaltung von Schulden des Landes Hessen vom 4. Juli 1949 (GVBl. S. 93); hier: 53. Bericht über die Prüfung der Schulden im Haushaltsjahr 2002 – Drucks. 16/3824 –**

Dieser Bericht wird hiermit ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, darin steht „zustimmend

Kenntnis nehmen“, insoweit müssen wir abstimmen!)

– Das ist mir so nicht mitgeteilt worden. Dann machen wir es trotzdem so. Bei Kaufmann muss man sicher sein, sonst haben wir hinterher noch einen Untersuchungsausschuss.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir wollen ihn ablehnen!)

Dann nehmen wir ihn durch Abstimmung zustimmend zur Kenntnis. Wer ihn zustimmend zur Kenntnis nehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist der Bericht des Landesschuldenausschusses mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Gegenstimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Enthaltung der Fraktion der SPD zustimmend zur Kenntnis genommen.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Tagesordnungspunkt 35** auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend Zusatzprotokoll zur UN-Anti-Folter-Konvention – Drucks. 16/3725 zu Drucks. 16/3636 –**

Berichterstatlerin: Frau Kollegin Hofmann. – Wir verzichten auf Berichterstattung.

Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme?

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren, ich ertrage vieles, aber es wäre schön, wenn es nicht so unerträglich wäre. Seid bitte ruhig, dann sind wir bald fertig. – Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktion der CDU gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen angenommen.

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 36** auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP betreffend Folter ächten und bekämpfen – Ratifikation des Zusatzprotokolls zur UN-Anti-Folter-Konvention vorantreiben – Drucks. 16/3726 zu Drucks. 16/3673 –**

Berichterstatlerin ist Frau Kollegin Hofmann. – Wir verzichten auf Berichterstattung.

Wer der Beschlussempfehlung zustimmt, bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen angenommen.

Schließlich rufe ich **Tagesordnungspunkt 63** auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Kellereineubau am Steinberg stoppen – Zukunft für den Weinbau im Rheingau – Drucks. 16/3869 zu Drucks. 16/3669 –**

Berichterstatler ist Herr Kollege Williges. – Wir verzichten auf Berichterstattung.

Wer der Beschlussempfehlung zustimmt, bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen angenommen.



(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Wiederholung!)

Bitte? – Wenn Sie etwas zur Geschäftsordnung sagen möchten, melden Sie sich bitte. – Kollege Denzin.

**Michael Denzin (FDP):**

Herr Präsident, ich bitte um Wiederholung. Hier gab es ein leichtes Durcheinander.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Wer dieser Beschlussempfehlung unter Tagesordnungspunkt 63 zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit stelle ich jetzt fest, dass diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN angenommen ist.

Meine Damen und Herren, zur Vereinfachung des Verfahrens nenne ich nun nur die Ziffern der Tagesordnungspunkte und sage, was die Geschäftsführer vereinbart haben. Wenn Sie sich nicht ablehnend äußern, stimmen Sie zu.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Die **Tagesordnungspunkte 15 und 30** werden im nächsten Plenum behandelt.

Die **Tagesordnungspunkte 16 und 32** werden an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen.

Die **Tagesordnungspunkte 17, 22, 40, 55 und 82** werden an den Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz, beteiligt, und an den Haushaltsausschuss, federführend und zur abschließenden Behandlung, überwiesen.

Die **Tagesordnungspunkte 18, 21 und 31** werden im nächsten Plenum behandelt.

Der **Tagesordnungspunkt 19** wird an den Rechtsausschuss zur abschließenden Behandlung überwiesen.

Die **Tagesordnungspunkte 20, 24 und 85** werden im nächsten Plenum behandelt.

Der **Tagesordnungspunkt 23** wird zur abschließenden Behandlung an den Europaausschuss überwiesen.

Der **Tagesordnungspunkt 25** wird im nächsten Plenum behandelt. Ebenso im nächsten Plenum werden die **Tagesordnungspunkte 26, 33, 27, 43, 29 und 34** behandelt.

(Zurufe: Zusatzzahl!)

Ich weise darauf hin: Wenn einer gewinnt, ist das Geld dem Landtag, nicht Ihnen. Das sind unsere Zahlen.

Die **Tagesordnungspunkte 37 und 57** werden an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, beteiligt, und den Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz, federführend und zur abschließenden Behandlung, überwiesen.

Die **Tagesordnungspunkte 38 und 56** werden zur abschließenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen.

Der **Tagesordnungspunkt 39** wird zur abschließenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen.

Der **Tagesordnungspunkt 42** wird im nächsten Plenum behandelt.

Der **Tagesordnungspunkt 44** wird an den Rechtsausschuss überwiesen.

Der **Tagesordnungspunkt 45** wird im nächsten Plenum behandelt.

Der **Tagesordnungspunkt 46** wird zur abschließenden Beratung an den Haushaltsausschuss überwiesen.

Der **Tagesordnungspunkt 50** wird im nächsten Plenum behandelt.

Der **Tagesordnungspunkt 51** wird im nächsten Plenum behandelt.

Der **Tagesordnungspunkt 52** wird an den Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz, beteiligt, und an den Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, federführend und zur abschließenden Beratung, überwiesen.

Der **Tagesordnungspunkt 53** wird im nächsten Plenum behandelt.

Der **Tagesordnungspunkt 59** wird an den Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur abschließenden Behandlung überwiesen.

Der **Tagesordnungspunkt 86** wird im nächsten Plenum behandelt.

Der **Tagesordnungspunkt 87** wird an den Haushaltsausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen.

Wer widerspricht diesen Überweisungen und Festlegungen? – Niemand. Dann ist das so beschlossen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, herzlichen Dank. Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende und sage auf Wiedersehen.

(Beifall – Schluss: 19.05 Uhr)



**Anlage (zu den Tagesordnungspunkten 7 und 8)****Nach § 109 Abs. 2 GOHLT zu den Punkten 7 und 8 der Tagesordnung, Drucks. 16/3885 sowie Drucks. 16/3870 zu Drucks. 16/3520, zu Protokoll gegebene Stellungnahme des Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel:**

Das von der Fraktion der FDP vorgeschlagene Gesetz würde gegen zwingende bundesrechtliche Vorschriften verstoßen. Um dies zu verhindern, wäre ein ganz erheblicher bürokratischer Aufwand erforderlich. Angesichts des Abbaus nicht mehr notwendiger Subventionen wäre es nicht vertretbar, denjenigen Mietern die Subventionsvorteile zu belassen, die nach den gesetzlichen Vorschriften die Voraussetzungen nicht mehr erfüllen. Darüber hinaus würden den Kommunen dringend benötigte Mittel für wohnungspolitische Maßnahmen entzogen. Die zur Begründung herangezogene Behauptung, durch die Fehlsubventionierungsabgabe würde eine „Gettoisierung von Wohngebieten“ verursacht, entspricht nicht den Tatsachen.

Erstens. Gemäß § 7 Nr. 2 Satz 1 des Wohnraumförderungsgesetzes (WoFG) sind die Länder verpflichtet, Fehlförderungen zu vermeiden oder auszugleichen. Vermieden werden können Fehlförderungen durch entsprechende Ausgestaltung der Förderprogramme, ausgeglichen werden Fehlförderungen durch die Erhebung der Fehlsubventionierungsabgabe. In den Wohnungsbauförderprogrammen des Landes sind bisher keine Regelungen zur Vermeidung von Fehlförderungen enthalten. Bei Wegfall der Fehlsubventionierungsabgabe mit Aufhebung des Hessischen Gesetzes zum Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen (HessAFWoG) würde das Land damit gegen die Verpflichtung aus § 7 WoFG verstoßen.

Zweitens. Mit dem vorgeschlagenen Wegfall der Ausgleichszahlungen nach HessAFWoG wäre das Land daher gezwungen, seine Wohnungsbauförderprogramme entsprechend umzugestalten. Dies würde aber einen wesentlich höheren bürokratischen Aufwand verursachen. Auch bei der Vermeidung von Fehlförderungen durch die Ausgestaltung der Förderprogramme müssen nämlich die Einkommen der in den mietpreissubventionierten Wohnungen untergebrachten Haushalte in regelmäßigen Abständen überprüft werden. Stellt sich heraus, dass das Gesamteinkommen eines Haushalts über der Einkommensgrenze liegt, werden die Zinsen für den auf die jeweilige Wohnung entfallenden Darlehensanteil erhöht. Nach Erhöhung der Zinsen wird die Miete für die entsprechende Wohnung unter Berücksichtigung der Zinserhöhung neu berechnet und die Miete dann der Erhöhung der Darlehenszinsen entsprechend angehoben. Es handelt sich dabei also um ein dreistufiges Verfahren. Demgegenüber wird bei der Erhebung der Fehlsubventionierungsabgabe lediglich das Einkommen überprüft und bei Überschreitung der für die Fehlsubventionierungsabgabe festgelegten Einkommensgrenze die monatlich zu leistende Ausgleichszahlung festgesetzt. Es handelt sich dabei um ein nur zweistufiges Verfahren, Miete und Darlehenszinsen bleiben unverändert.

Drittens. Der vorgeschlagene Verzicht auf die Abgabe würde auch den Bemühungen zum Abbau nicht mehr notwendiger Subventionen widersprechen. Dabei würde nicht nur auf den Abbau nicht mehr notwendiger Subventionen verzichtet, sondern es würden sogar Subventionsvorteile Begünstigten belassen, die aufgrund ihrer gestiegenen Einkommen keinen Anspruch mehr auf diese Subventionen haben. Sollen aber Subventionen abgebaut werden, auch wenn die Begünstigten noch die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen, wäre es nicht vertretbar, Subventionsvorteile

zu belassen, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen nicht mehr erfüllt werden.

Viertens. Zu den finanziellen Auswirkungen nimmt der Gesetzentwurf nicht Stellung. Es wird lediglich darauf hingewiesen, dass die entstehenden Einnahmeausfälle „von der Erhebungshöhe der Fehlbelegungsabgabe abhängig“ sind. Bei diesen Einnahmen handelt es sich aber um die einzigen Mittel, die den Kommunen überhaupt noch für wohnungspolitische Maßnahmen zur Verfügung stehen.

Wie Sie wissen, wurde die Fehlsubventionierungsabgabe mit einstimmig vom Hessischen Landtag beschlossenen Gesetz vom 25. Februar 1992 eingeführt und wird seit dem 1. Juli 1993 jeweils für die Dauer von drei Jahren festgesetzt. Im ersten Leistungszeitraum (1. Juli 1993 bis 30. Juni 1996) wurde die Abgabe selbstverständlich nicht in allen 426 hessischen Gemeinden erhoben, weil nicht in allen Gemeinden Sozialwohnungen vorhanden sind. Erhebungspflichtig waren im ersten Leistungszeitraum lediglich 293 Kommunen, die Einnahmen beliefen sich auf 81,4 Millionen €. Aufgrund der gewonnenen Erfahrungen wurde die Zahl der erhebungspflichtigen Gemeinden zur Vermeidung unnötigen Verwaltungsaufwandes im zweiten Leistungszeitraum auf 108 verringert, gleichwohl wurde noch ein Betrag von 88,1 Millionen € eingenommen. Im dritten Leistungszeitraum vom 1. Juli 1999 bis 30. Juni 2002 wurde die Zahl der erhebungspflichtigen Gemeinden nochmals auf 89 verringert, das Aufkommen belief sich in diesem Leistungszeitraum auf insgesamt 73,3 Millionen €. Im aktuellen Leistungszeitraum beläuft sich das Aufkommen aus der Fehlsubventionierungsabgabe immer noch auf 64,9 Millionen €. Die Verringerung der Einnahmen ist darauf zurückzuführen, dass in vielen Beständen des sozialen Wohnungsbaus die Mietpreis- und Belegungsbindungen auslaufen und daher für diese Wohnungen keine Ausgleichszahlungen nach dem Hessischen Gesetz zum Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen mehr erhoben werden können.

Hinzu kommt, dass aufgrund der natürlichen Fluktuation in den verbliebenen Beständen Wohnungssuchende in die frei werdenden Wohnungen einziehen, die aufgrund ihres geringen Einkommens auf die subventionierten Mieten angewiesen und zur Inanspruchnahme dieser Subventionsvorteile auch berechtigt sind. Von diesem Personenkreis werden keine Ausgleichszahlungen erhoben, ein leichter Rückgang der Einnahmen ist die Folge. Ohne diese Gelder sind die Städte und Gemeinden in Hessen nicht in der Lage, die notwendige kommunale Mitfinanzierung von Wohnungsbauvorhaben sicherzustellen und die vom Land zur Verfügung gestellten Mittel abzurufen. Damit wäre auch die erfolgreiche Wohnungspolitik der Landesregierung beeinträchtigt.

Fünftens. Begründet wird der Gesetzentwurf mit der nicht weiter bewiesenen Behauptung, die Fehlsubventionierungsabgabe habe „in weiten Teilen zu einer Gettoisierung von Wohngebieten geführt“. Die Erhebung der Abgabe laufe „der Zielsetzung der integrativen Siedlungs- und Stadtentwicklung zuwider“. Diese auch schon in der Vergangenheit von interessierter Seite wiederholt aufgestellten Behauptungen entsprechen nicht im Mindesten den Tatsachen. In keiner Kommune wurde nachgewiesen, dass die Abgabe die für die soziale Stabilisierung wichtigen Bewohner verdrängt hat. Nach den von der Nassauischen Heimstätte erhobenen Statistiken zu den Gründen von Kündigungen durch die Mieter hat die Abgabe für die Entscheidung zum Wegzug aus dem bisherigen Wohngebiet keinerlei Bedeutung. Dies entspricht den Erfahrungen von Stadtverwaltungen und anderen Gesellschaften. So wurde z. B. in Wiesba-

den festgestellt, dass in Gebieten mit einem hohen Anteil an Zahlungspflichtigen die Fluktuation weit unter dem Durchschnitt lag. Dass die Abgabe für die Wegzugsentscheidung keine Bedeutung haben kann, ergibt sich bereits daraus, dass bei einem Umzug für die neue Wohnung eine Miete zu zahlen wäre, die ganz erheblich über der Summe aus bisheriger Miete und Fehlsubventionierungsabgabe liegt. Das wird durch Kappungsgrenzen sichergestellt, die sich an den im Vergleich zu den Wiedervermietungsrenten deutlich niedrigeren „Bestandsrenten“ orientieren.

Die Argumentation zur Aufhebung der Fehlsubventionierungsabgabe ist im Übrigen nur sehr verkürzt und nicht konsequent zu Ende gedacht. Bereits die Annahme, jeder Mieter mit einem hohen Einkommen sei damit automatisch bereits ein „guter Mensch“ und trage zur Stabilisierung seines Wohngebietes bei, erscheint doch zumindest fragwürdig. Abgesehen davon, dass die Abgabe – wie bereits ausgeführt – nicht zu einer Entstehung von sozialen Brennpunkten geführt hat, ist auch nicht zu erwarten, dass ein massenhafter Wegzug von Zahlungspflichtigen zu instabilen Bewohnerstrukturen führt. Wäre dies der Fall, könnten die Kommunen durch eine gezielte Belegungspolitik und eine entsprechende Auswahl der Bewerber für die frei gewordenen Wohnungen sozial stabile Bewohnerstrukturen erreichen. Daneben ist es Aufgabe der Wohnungswirtschaft, durch Wohnumfeldgestaltung und andere geeignete Maßnahmen zur Identifikation der Bewohner mit ihrem Wohngebiet und damit zur sozialen Stabilisierung beizutragen.

Nachvollziehbare Gründe für das mit dem Gesetzentwurf der Fraktion der FDP verfolgte Ziel der Aufhebung des Hessischen Gesetzes zum Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen und damit des Wegfalls der Fehlsubventionierungsabgabe sind also nicht vorhanden. Vielmehr sprechen zwingende Regelungen des Bundesrechts, das Ziel der Vermeidung unnötigen bürokratischen Aufwandes, der notwendige weitere Subventionsabbau und die Fi-

nanzlage der Städte und Gemeinden für die Beibehaltung der Abgabe.

Ich bitte Sie aus diesen Gründen, den Gesetzentwurf der FDP-Fraktion abzulehnen.

Sechstens. Demgegenüber stimmt die Landesregierung dem Gesetzentwurf der CDU-Fraktion in vollem Umfang zu. Mit diesem Gesetzentwurf werden das wichtige wohnungspolitische Instrument der Fehlsubventionierungsabgabe geänderten Verhältnissen der örtlichen Wohnungsmärkte angepasst und die gesetzlichen Bestimmungen dementsprechend weiterentwickelt. Die Anhebung der Einkommensgrenze für die Zahlungspflicht entlastet diejenigen Betroffenen, deren Einkommen nicht erheblich über der Einkommensgrenze für die Wohnberechtigung im sozialen Wohnungsbau liegt.

Im Interesse sozial stabiler Bewohnerstrukturen wird auf die Abgabe zukünftig in Gebieten verzichtet, in denen die Wohnungen von den Belegungsbindungen freigestellt werden. Die Mietpreisbindung dieser Wohnungen bleibt erhalten. Dadurch wird ein finanzieller Anreiz geschaffen, in diese Wohnungen einzuziehen, eine gezielte Belegung der frei gewordenen Wohnungen durch die Kommunen wird erleichtert.

Durch die Flexibilisierung der Mittelverwendungsvorschrift wird den Kommunen ein größerer Spielraum bei der Verwendung des Aufkommens aus der Fehlsubventionierungsabgabe eingeräumt. Auch wenn ein Vorhaben wegen sorgfältiger Planung nicht innerhalb von zwei Jahren verwirklicht werden kann, stehen die Einnahmen den Kommunen weiterhin zur Verfügung, um ihre wohnungspolitischen Ziele zu verwirklichen.

Ich bitte Sie daher, der Empfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr entsprechend dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU zuzustimmen.